

A stylized map of Europe and North Africa is shown in the background. The map is overlaid with horizontal bands of color: orange, green, purple, yellow, and olive. The title text is centered over the map.

Schritte auf dem Weg zur Solidarischen Ökonomie

Hrsg. Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e. V.

kassel
university
press

Schritte auf dem Weg zur Solidarischen Ökonomie



Hrsg.

Schritte auf dem Weg zur Solidarischen Ökonomie

**Verein zur Förderung
der Solidarischen Ökonomie e.V.
Hrsg.**

Koordination

Clarita Müller-Plantenberg

Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V. Towae Stiftung

ISBN print: 978-3-86219-130-7
ISBN online: 978-3-86219-131-4

Herausgeber: Verein zur Förderung
der Solidarischen Ökonomie e.V.

Koordination: Clarita Müller-Plantenberg

Umschlagentwurf: Veit Wolfer

Umschlagbearbeitung: Jörg Batschi

Verlag: 2011, kassel university press GmbH,
Kassel
www.uni-kassel.de/upress

Kontakt: Verein zur Förderung
der Solidarischen Ökonomie e.V.
www.vfsoe.de
info@vfsoe.de

Vorbereitungsteam des Internationalen Workshops: Clarita Müller-Plantenberg
muellerp@uni-kassel.de
Barbara Schweitzer
barbara.schweitzer@gmx.de
Cindy Völler cv.cindy@yahoo.de

Inhaltsverzeichnis

Clarita Müller-Plantenberg

Schritte auf dem Weg zur Solidarischen Ökonomie

9

I Solidarische Ökonomie – Praxis der Transition

Bruno Roelants

Antworten der Arbeiterbewegung auf Insolvenzen in Europa
Staatliche Programme und regulierende Rahmenbedingungen

21

Carl Davidson

Deindustrialisierung, Globalisierung und Aussicht auf Grüne ‘High Road’
Jobs und Solidarische Ökonomie

30

Carl Davidson

‘Ein Arbeiter, eine Stimme.’ Nordamerikanische Stahlarbeiter
experimentieren mit Fabrikeigentum im Mondragon Stil

43

Dan Swinney

Frühwarnsysteme: ein Vorsorgeinstrument für Arbeit in der Regionalen
Ökonomie

50

Dan Swinney

In Chicagos Austin Gemeinde: Alinsky versus Arizmendi
Umverteilung oder Kontrolle des Reichtums

70

II Perspektive Demokratie von unten Gesellschaft und Staaten in Europa und den USA

Podium Wirtschaftsdemokratie

Joachim Beerhorst

Solidarische Ökonomie, Belegschaftsübernahmen und
Demokratisierung der Wirtschaft

77

Hartwig Daniels

Wirtschaftsdemokratie in der historischen Debatte und am Beispiel der
Kampagne Belegschaftsübernahmen: eine Verständigung über An-
knüpfungspunkte (BRD) 93

Giuliana Giorgi

Genossenschaftliche Selbsthilfe in Krisenzeiten:
Ein Beispiel aus Italien: das Marcora Gesetz 102

Giuliana Giorgi

Zum Beispiel Karstadt 118

Hans-Gerd Nottenbohm

Wirtschaftsdemokratie durch Belegschaftsübernahmen – mit welcher Un-
ternehmensverfassung? 121

Podium Unternehmerische Selbstverwaltung nach Insolvenzen

Kristina Bayer

Einleitung 128

Gerd K. Schaumann

Neue Unternehmenskultur 129

Klaus-Dieter Utoff

Deindustrialisierung in Chemnitz 135

Burchard Bösche

Wirtschaftliche Vereine 140

Internationale Praxis: Lehren, die gelernt werden können

Carl Davidson

Unsere genossenschaftlichen Erfahrungen, Einflüsse und Bündnisse 151

Bruno Roelants

Genossenschaften und Gewerkschaften und andere Bündnisse 154

III Solidarische Ökonomie in Nordhessen und Ostdeutschland

Podium Technologie für Profit versus Technologie für den Menschen Kommunale Potentiale

Kristina Bayer 167
Einleitung

Detlef Moebus 169
Vereinigung nachwachsende Rohstoffe Haubern e.V.

Kristina Bayer 179
Umsteuerung des Sektors der Erneuerbaren Energien

Werner Nold 180
Energiegemeinde Zschadraß und ihre sozialökologische Stiftung

Philipp Schmagold 186
Quo vadis, Kommune-Aktivierung kommunaler Nachhaltigkeitspotentiale

Podium Selbstverwaltete Nachhaltige Ernährung:

Barbara Schweitzer 202
Einleitung

Niedermöllricher Erklärung 204

Klaus Adamaschek 206
Besser Esser Pass

Reiner Mathar 218
Vernetzungsstelle Schulverpflegung e.V.

Andreas Näther 223
Cena et Flora Selbstverwaltete Ernährung – ein Beispiel aus Sachsen

Vielfalt regionaler Potentiale: Gesellschaft und Natur

Alexandra Stenzel
Einleitung 229

<i>Cindy Völler</i>	231
Solidarische Textilkette in Nordhessen und Umgebung	

<i>Franz Segbers</i>	253
Es ist allemal besser Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit	

<i>Burghard Flieger</i>	257
Kulturgenossenschaften als Leuchttürme	

Schritte die anstehen

<i>Klaus-Dieter Utoff</i>	263
Es ist ein Anfang, auch eine Chance, dass es doch noch etwas anderes gibt!	

<i>Carl Davidson</i>	264
Drei Hüte	

<i>Bruno Roelants</i>	266
“Welche Art von Demokratie müssen wir entwickeln” - in allen drei Typen der Solidarischen Ökonomie	

Anhang

Autoren	269
---------	-----

Information zum VFSOE	271
-----------------------	-----

<i>Roland Bunzenthal</i>	272
Es geht doch!	
Solidarische Ökonomie: Inseln im Kapitalistischen Meer	

Entwicklungsperspektiven	276
--------------------------	-----

Schritte auf dem Weg zur Solidarischen Ökonomie¹

Clarita Müller-Plantenberg/
Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V.(VFSoE)²

Chance in der Krise

Die Krise ist eine Chance insofern als sie die Suche nach Alternativen dramatisch beschleunigt. Wenn die Suche zu einer *gemeinsamen* wird, dann ist die Alternative nicht mehr aufzuhalten. Von unten Alternativen aufzubauen scheint auch lebensnotwendig, da der Kapitalismus nicht in der Lage ist, Menschen zu integrieren und die Natur zu erhalten.

Daher ist es wichtig zu sehen, wie und wo Menschen von ihrem Land, von ihrer Arbeit verdrängt werden und zu lernen, was zu tun ist, damit eine andere Welt möglich wird.

Wir beobachten, dass Exklusion von Menschen unter dem Druck neoliberaler Wirtschaftspolitik, von Weltmarktdiktat und Gewinnmaximierung zu schnellen Konzentrations- und gleichzeitig zu Verarmungsprozessen führt:

1. Insolvenzen

Das heißt auch, dass die wachstumsorientierten Industrieunternehmen, die sich an der Spitze des viel beschworenen Fortschritts wähnen, dennoch selbst Konzentrations- und Insolvenzprozessen ausgesetzt sind. Unternehmen, die dem Konkurrenzdruck nicht standhalten können, werden aufgekauft und in der Regel ausgeschlachtet, sodass nach einer Weile auch die Arbeiter auf der Straße stehen. Das ist die sogenannte „*low road*“, die schlechte Lösung, zu der es aber eine Alternative, die „*high road*“ gibt. Dies wird in diesem Band erläutert.

2. Abgehängte Regionen

Auch in der Fläche kommt es zu Konzentrationsprozessen. Denn Regionen, in denen sich keine Wirtschaftlichkeitsvorteile durch Skalenerträge erzielen lassen, werden „abgehängt“. Die Menschen finden dort keine Arbeit mehr, wandern ab. Die Überalterung nimmt zu. Schulen, Kirchen und Läden verschwinden.

Die Gegensätze von Insolvenzen versus Konzentration wirtschaftlicher Unternehmensmacht sowie die der ausblutenden Regionen versus räumlichen Ballungsgebiete gehen einher mit Entdemokratisierungsprozessen. Aber es gibt auch Wege, die einen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erhalt von Regionen ermöglichen. Sie werden in dieser Publikation dokumentiert und analysiert.

¹ Vgl. auch den elektronischen Vorbereitungsreader zu diesem Internationalen Workshop http://www.vfsoe.de/images/Dokumente/03Veranstaltungen/schrittesoe/10_06_Reader_IW_SOE.pdf des Vereins zur Förderung der Solidarischen Ökonomie.

² www.vfsoe.de

Was ist Solidarische Ökonomie?

Wir widmen unsere Publikation diesen beiden Schwerpunkten, an denen eine andere Gesellschaft und Wirtschaftsweise – in unserer Region und weltweit – von unten aufgebaut wird.

1. Im Falle der Insolvenzen von Industrieunternehmen gibt es eine Alternative zum Aufkauf, Ausschachten und Entlassen der Arbeiter. Indem die Gewerkschaften im Bündnis mit Kommunen und Belegschaften ein Frühwarnsystem aufbauen, schaffen sie Transparenz und die Möglichkeit, rechtzeitig Krisensituationen ausmachen können, und für die *high road* zu optieren. Die Belegschaften können sich dann in der Regel erkundigen und Unterstützung anfordern, um zu lernen, wie sie ihre Rechte sichern können. Sie können im Extremfall herausfinden, wie die Schritte zu einer Übernahme der Unternehmen mit oder ohne die Kommunen sind. Dies können wir von Dan Swinneys gleichnamigem Aufsatz lernen.

Hier geht es um die Frage der Technologie – im Extremfall auch um die Frage der Konversion bzw. der Wirtschaftlichkeit im Sinne einer langfristigen ökologischen Tragfähigkeit und gesellschaftlichen Naturverbundenheit zugunsten einer regionalen und überregionalen Bedürfnisbefriedigung.³ Marktstudien werden erforderlich und Vernetzung sowie Kooperationen, die zunächst nach innen und sodann nach außen aufgebaut werden können. Dies ist ein langer beschwerlicher Weg, der jedoch mit Entschlossenheit als der einzig nachhaltige und demokratische erkannt und begründet wurde. Das lernen wir u.a. in den Beiträgen von Carl Davidson, Dan Swinney und Bruno Roelants in diesem Band.

Wie der Weg in Richtung Wirtschaftsdemokratie hier in der deutschen Arbeiterbewegung – in Gewerkschaften und Genossenschaften – konzipiert wurde und wird, lernen wir von den Beiträgen von Gewerkschaftern und Genossenschaftlern in diesem Band. Während der Podiumsdebatte Wirtschaftsdemokratie erläutert Joachim Beerhorst wichtige Etappen der gewerkschaftlichen Debatte zum Thema, Hartwig Daniels, Giuliana Giorgi und Hans-Gerd Nottenbohm führen aus, wie heute praktische Schritte in Richtung Wirtschaftsdemokratie vorgenommen werden.

Eine Auseinandersetzung mit konkreten Fällen von unternehmerischer Selbstverwaltung nach Insolvenz und den dabei maßgeblichen Werten liefern uns Klaus-Dieter Utoff und Gerd Schaumann aus gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Perspektive.

Burchard Bösche präsentiert den Vorschlag eines Wirtschaftsvereins, zur rechtlichen Konsolidierung des Weges, den viele Gemeinschaftsunternehmen in Gründung de facto einschlagen. Dieses Gesetzesvorhaben hat eine breite Unterstützung im Rahmen einer parlamentarischen Unterschriftenaktion erhalten.

³ Carl Davidson schreibt über die Aussicht auf Grüne ‚High Road‘ Jobs.

2. Die Bürger der Regionen, am anderen Ende des Spektrums, die von den herrschenden Wirtschaftsmechanismen abgehängt werden,⁴ können ihre Regionen erneut beleben, wenn sie strategisch die Grundbedürfnisse „Ernährung“ und „Energieversorgung“ durch Eigenproduktion und Konsum befriedigen. Das heißt, wenn sie sich in ihrer Region auf gesunde regional-biologische Ernährung und erneuerbare Energien stützen und damit die regionalen Naturpotentiale für sich in Anspruch nehmen. Gesunde Ernährung erhält so eine regionale Grundlage durch biologische Landwirtschaft und den Aufbau von solidarischen Ketten von Erzeugern zu Konsumenten sowie durch die gleichzeitige Stärkung der Ausbildung⁵. Langfristig verfügbare, regional vorhandene Erneuerbare Energieträger wie Sonne, Wind und Biomasse⁶ werden zum Ausgangspunkt für den selbstverwalteten Aufbau solidarischer Energieversorgungsunternehmen⁷ – unter Wahrung des Umfangs der Flächen, die für Ernährung bzw. Energie in den einzelnen Kommunen verwandt werden.

Zeichen dieser Orientierung sind dann – auf der anderen Seite derselben Münze – das Entstehen von „gentechnikfreien“ und „atomkraftfreien“ Kommunen und Landkreisen etc.. In diesem Band sind Aufsätze zu gesunder Ernährung und Erneuerbaren Energien zu finden, sowie die Hinweise auf Sozial- und Kulturgenossenschaften, in denen die menschlichen Dienstleistungen und Ausdrucksformen durch solidarische, selbstverwaltete Unternehmen und Initiativen qualitativ besser konsolidiert werden können.

Technikoptionen und gesellschaftlicher Naturbezug

Die Rückgewinnung gesellschaftlichen Naturbezuges zeigt sich bei dem Eintreten gegen Risikotechnologien in allen Bereichen, so zum Beispiel im Energiesektor. Wichtig ist nicht nur der Aufruf zum Umsteigen von fossilen auf

⁴ Die regionale Konzentration ist eine Herausforderung für „abgehängte Regionen“. Schulen, Kirchen, Coops schließen in vielen Ortschaften – auch Nordhessens – ihre Türen. Alternativen wachsen vereinzelt von unten, sind ungenügend bekannt. Hier entsteht – in abgehängten Regionen Nordhessens – die Rückbesinnung auf das *territoriale Prinzip*. Regionale Kreisläufe und Ablehnung der Risikotechnologien werden zum Ausgangspunkt des gesellschaftlichen Aufbaus einer naturverträglichen Wirtschaft: *Motor* der Verschärfung dieser unternehmerischen und territorialen Probleme ist die kapitalistische Wirtschaftsweise, die auf Grund der Priorität der Profitmaximierung regionale Potentiale in Gesellschaft und Natur nicht beachtet und vielmehr auf deren Kosten ihre Ziele verfolgt.

⁵ Vgl. Dietmar Groß: „Biologisch und regional vom Acker auf den Teller“, in: Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.): *Solidarische Ökonomie in Europa, Betriebe und regionale Entwicklung*, Entwicklungsperspektiven Nr. 85/86, Kassel 2007. Die Krankenkassen unterstützen dies nachdrücklich, denn jedes 5. Kind und jeder 3. Jugendliche sind überge- wichtig, jedes 12. Kind fettleibig. Fehlernährungsbedingte Erkrankungen belasten die Krankenkassen mit 70 Mrd./a (1/3 der Gesamtausgaben), Tendenz steigend.

⁶ Unter Wahrung des Umfangs der Flächen, die für Ernährung bzw. Energie in den einzelnen Kommunen verwandt wird.

⁷ So schafft eine Kommune die Autonomie gegenüber explodierenden Preisen für fossile Energieträger und gegenüber einem ansonsten weiter praktizierten Beitrag zu Treibhausgasemissionen und Klimakatastrophe.

erneuerbare Energieträger,⁸ sondern auch die Warnung vor der Risikotechnologie Atomkraft. Denn es ist unklar, wie die gesamte Produktionskette – vom Abbau des spaltfähigen Erzes über die Verarbeitung in den Atomkraftwerken, die Kontrolle der Aufbereitung für kriegsrische Zwecke, die Entsorgung des Atomabfalls – überschaubar transparent ablaufen kann.

Im Ernährungsbereich erfordert die Vermeidung von Risikotechnologien zum Beispiel die Warnung vor und Vermeidung von Gentechnik sowie den Ersatz von bisher importierten Futtermitteln, bei denen nicht mehr einwandfrei erwiesen werden kann, ob es sich um Gentechnisch Veränderte Organismen (GVO) handelt, durch selbst erneut im eigenen Betrieb bzw. der eigenen Region erzeugten Futtermittel.

Das sind also Fragen der Konversion weg von Risikotechnologien hin zu nachhaltigen Technologien für den industriellen und den landwirtschaftlichen Sektor. Es reicht dann auch nicht, Unternehmen als Belegschaft zu übernehmen, wenn die Produktion langfristig fatale gesundheitliche bzw. ökologische Folgen für Gesellschaft und Natur hat. Daher ebenfalls die Arbeit an einer langfristig nachhaltigen Industriepolitik als notwendige Perspektive einer Solidarischen Ökonomie⁹ bzw. die Debatte in den Kommunen über die Zukunft der Bürger, die Bündnisse schließen, die diese Perspektive ermöglichen und konsolidieren.

In beiden Schwerpunkten der Solidarischen Ökonomie – Belegschaftsübernahmen, die zu Genossenschaften oder anderen Gemeinschaftsunternehmen führen sowie in den abgehangenen Regionen, in denen sich kleine Solidarische Wirtschaftsunternehmen zusammenschließen – gibt es vereinbarte Kooperationen zwischen Unternehmen zu Gruppen bzw. zu Konsortien,¹⁰ lokalen Ökonomien, Netzen, Ketten.¹¹

Solidarische Ökonomie ist eine andere Weise zu produzieren, zu verkaufen, zu konsumieren und zu leben. Indem die Arbeit kollektiv, solidarisch, hierarchiefrei und umweltbewusst organisiert wird, stellt die solidarische Ökonomie eine Strategie für die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und Naturzerstörung dar. Solidarische Wirtschaftsunternehmen, die solidarisch umweltbewusst handeln, haben die nächsten Generationen im Blick und sind daher umweltbewusste Wegbereiter einer humanen Gesellschaft im Einklang mit der Natur.

In diesem Rahmen können viele Initiativen, Organisationen und Bewegungen zusammenfinden soweit sie auf das Gemeinwohl ausgerichtet und bereit sind zu

⁸ Das setzt eine solidarische Regelung der für Biosprit verwandten Flächen und eine Einschränkung von Plantagen voraus. Das heißt eine Kontrolle der Flächennutzung weg von Monokulturen hin zu einer Förderung von Mischkulturen kann die Tragfähigkeit der Böden erhalten.

⁹ Vgl. den Beitrag von Carl Davidson: „Ein Arbeiter, eine Stimme“: Nordamerikanische Stahlarbeiter experimentieren mit Fabrikeigentum im Mondragon Stil.

¹⁰ Vgl. dazu der Beitrag von Bruno Roelants in diesem Band.

¹¹ Vgl. Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.): Ketten und Netze, Entwicklungsperspektiven 98, Kassel 2010.

kooperieren. Die Agenda 21 Bewegung, die Gemeinwesenarbeit, die Umwelt- und Menschenrechtsbewegungen sowie viele andere¹² stellen bereits das Selbstverwaltungsprinzip in den Mittelpunkt ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen Tätigkeit.

Akteure der Solidarischen Ökonomie

Akteure sind die Solidarischen Wirtschaftsunternehmer sowie ihre Zusammenschlüsse und ihre Unterstützer, d.h. Einrichtungen, die sie beraten und fördern. Dies können Kirchen, Gewerkschaften und Universitäten sein, aber auch Nichtregierungsorganisationen. Schließlich können die Kommunen¹³ auch zu strategischen Unterstützern werden. Je eher auch die kommunalen Vertreter verstehen, dass die Insolvenz eines Unternehmens nicht nur die Arbeiter arbeitslos machen kann, sondern auch die Kommune vor finanzielle Belastungsproben stellen wird,¹⁴ desto früher kommt es zu Bündnissen zwischen Belegschaften und Kommunen, oft vermittelt über die Gewerkschaften. Ebenso entscheidend ist es – am anderen Ende der solidarischen Ökonomie – dass die kommunalen Vertreter begreifen, dass die wirtschaftliche Stabilität der Kommune von selbstverwalteten Lösungen in der Ernährung und Energieversorgung ihrer Bürger abhängt. So kann dem Abfließen von Geldern aus der Region Einhalt geboten, die Qualität der Ernährung kontrolliert und die Energiebasis nachhaltig gestaltet werden etc.

Historische Schritte: politische Rahmenbedingungen

Ansätze, den Monopolbildungen und der wachsenden Kluft zwischen Reich und Arm und der damit einher gehenden Entwurzelung entgegen zu treten, fanden wir nach dem Krieg. So versuchte man zum Beispiel, dieser Exklusion durch eine in diesem Sinne sehr fortschrittliche Verfassung den Boden zu entziehen. Sie wurde am 1. April 1946 in Hessen verabschiedet. In ihr werden der privaten Kontrolle des Eigentums Grenzen gesetzt mit dem Ziel, Gerechtigkeit und Gemeinwohlinteressen entschieden in den Vordergrund zu stellen.

„Jeder Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit, insbesondere zur monopolistischen Machtzusammenballung und zur politischen Macht, ist untersagt. Vermögen, das die Gefahr solcher Missstände wirtschaftlicher Freiheit in sich birgt, ist auf Grund gesetzlicher Bestimmung in Gemeineigentum zu überführen. ... Bei festgestelltem Missbrauch wirtschaftlicher Macht ist in der Regel die Entschädigung zu versagen.“ (Art. 39 HV)

Vor wenigen Jahren, am 21. Juni 2007, wurde eine Charta für ein soziales Rheinland Pfalz vom dortigen Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen

¹² U.a. auch jene, die sich für eine gerechte Wirtschaftsordnung einsetzen und nachkoloniales Handeln umzusetzen bereit und in der Lage sind.

¹³ Bzw. Landkreise.

¹⁴ Da sie dann weniger Steuereinnahmen erzielen kann und gleichzeitig höhere Sozialausgaben auf sie zukommen.

verabschiedet.¹⁵ In ihr wird die Gemeinwohl-Orientierung in einer integrativen Bürgergesellschaft hervorgehoben:

„Unsere Vision ist eine aktive und demokratische Bürgerinnen– und Bürgergesellschaft, in der alle Menschen, gleich ob behindert oder nicht behindert, deutscher oder ausländischer Herkunft, weiblichen oder männlichen Geschlechts, aufgewachsen in Armut oder Reichtum, respektvoll miteinander umgehen und ihre eigene sowie die Würde anderer gleichermaßen schützen und wahren. Das Prinzip der Nachrangigkeit (Subsidiarität), das durch die aktive und demokratische Bürgergesellschaft anerkannt wird, ist Ausdruck dieser Lebensphilosophie.“

So gab und gibt es viele Ansätze, in denen solidarischen Gesellschaften und Ökonomien der Weg bereitet werden soll, aber diese Transformation bedarf einer Akzeptanz und tiefgreifender breiter Verständigung zwischen den regionalen Akteuren.¹⁶

Bündnisse und Strategien

In diesem Rahmen können – wie gesagt - Viele zusammenfinden, soweit sie auf das Gemeinwohl ausgerichtet sowie zu kooperieren bereit sind. Sie können eine demokratische Wirtschaftsstruktur aufbauen und sich über die Schritte auf dem Weg dorthin verständigen.

„2007 hatten in Westeuropa rund 135.500 Unternehmen ein Insolvenzverfahren beantragt. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den EU-15 Staaten plus Norwegen und der Schweiz ist 2008 auf gut 150.000 Fälle gestiegen. Das entspricht einem Anstieg von knapp elf Prozent gegenüber dem Vorjahr. ...

Den höchsten Anstieg weist mit einem Plus von 138,6 Prozent auf 2.100 Fälle Spanien auf. Es folgen Irland mit einer Zunahme von 120,8 Prozent auf 700 (Vorjahr: 317 betroffene Betriebe) und Dänemark mit einem Anstieg von 54,5 Prozent auf 3.710 Insolvenzen (Vorjahr: 2.401). ...

2009 sind es in Westeuropa 185.111 Unternehmen.

Der Wirtschaftsaufschwung wirkt zunehmend positiv auf das europäische Insolvenzgeschehen, zu einem merklichen Rückgang der Insolvenzzahlen ist es 2010 aber nicht gekommen. In den EU-15 Staaten plus Norwegen und der Schweiz wurden im vergangenen Jahr 175.677 Firmenkonkurse registriert – das sind 1,4 Prozent weniger als 2009 (178.235 Fälle).

In den Staaten Mittel- und Osteuropas erhöhte sich die Zahl der insolventen Unternehmen um 14,1 Prozent auf 35.581 Fälle (2009: 31.194).

Den größten prozentualen Insolvenzanstieg der westeuropäischen Staaten verzeichnet Luxemburg mit plus 31,5 Prozent auf 918 Verfahren, gefolgt von Italien (plus 30,8 Prozent auf 10.923 Fälle), Schweiz (plus 19,9 Prozent auf 6.255 Fälle) und Portugal (plus 15,6 Prozent auf 5.144 Insolvenzen).

¹⁵ Von vielen Organisationen und Verbänden unterschrieben.

¹⁶ Hierzu auch in diesem Band der Aufsatz von Prof. Dr. Franz Segbers.

Auch in den USA hat die Wirtschafts- und Finanzkrise die Arbeitslosigkeit drastisch erhöht....der Rückgang im Unternehmenssektor fiel in den Vereinigten Staaten stärker aus als in Europa. ¹⁷

Mit den Krisen wird die *Exklusion über Arbeitslosigkeit oder prekäre Arbeit zur Regel*. Die Werte Gerechtigkeit und Gemeinwohlinteressen, sind der gemeinsame Nenner, der auch heute die großen Mehrheiten verbindet. Diese Gemeinsamkeit ist das Unterpfand für breite Bündnisse und gemeinsame Strategien der Bewegungen. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis der Bündnisse von Belegschaften und ihren Gewerkschaften mit den Kommunen in den USA, wie wir im Aufsatz von Carl Davidson "Deindustrialisierung, Globalisierung und Aussicht auf Grüne 'High Road' Jobs und Solidarische Ökonomie" feststellen können.

Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V.

In einer Region wie Nordhessen, die nicht zu den Regionen zählt, in denen die kapitalistischen Konzentrationsprozesse stattfinden, hat unser Verein eine regionale Perspektive entwickelt. Der 2006 gegründete Verein war immer offen für neue Mitglieder. Die aktiven Mitglieder haben Sommerschulen zur Solidarischen Ökonomie organisiert, sind gereist, um in Nachbarländern Italien und Österreich den Aufbau Solidarischer Ökonomie durch soziale Gruppen und Bewegungen zu sehen. Beispiele der solidarischen Ökonomie aus Spanien, Frankreich, Brasilien, Argentinien und Venezuela waren für uns wegweisend.

Also verdanken wir unseren Lernprozess vielen Freunden aus sozialen Bewegungen und dem intensiven Kennenlernen der Solidarischen Wirtschaftsunternehmen in unserer Region, die in verschiedenen historischen Perioden gegründet wurden. Ergebnis unseres Lernprozesses war die Einsicht in Schritte beim Aufbau der Solidarischen Ökonomie,

1. dass es zunächst entscheidend ist, Solidarische Ökonomie sichtbar zu machen und durch Öffentlichkeits- sowie gezielte Bildungsarbeit eine Akzeptanz zu schaffen, wofür die partizipative Erhebung aller Solidarischen Wirtschaftsunternehmen (SWU) im *Atlas der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen*¹⁸ mit seiner *Googlemap*¹⁹ und die Einrichtung des *Regionalen Nachhaltigkeitsforums*²⁰ grundlegend waren. Schnell erkannten wir die Konsolidierung von Solidarischen Wirtschaftsunternehmen (SWU) nach Zusammenschlüssen in lokalen Ökonomien, Netzen und Ketten, d.h. in komplexen solidarischen Wirtschaftsunternehmen, die die Region

¹⁷ Creditreform Wirtschaftsforschung: Insolvenzen in Europa 31.3.2008/2009 und 31.3.2010/2011.

¹⁸ Atlas der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen, Kassel University Press, Kassel 2008
<http://www.upress.uni-kassel.de/publik/978-3-89958-443-1.volltext.frei.pdf>

¹⁹ www.rnf-nordhessen.de Oben in der ersten Zeile auf Betriebe klicken
<http://www.kmfn.de/rnf/>

²⁰ www.rnf-nordhessen.de

stabilisieren.²¹ So haben wir qualitative Untersuchungen von Ketten im Energie- und Ernährungsbereich über Examensarbeiten und Filme durchgeführt.

2. Gründungsberatungen vor allem im Energiebereich gehörten zum Aufbau einer regionalen Dienstleistung und ihrer Vermittlung.

3. Information, Kommunikation und Aktion zwischen Solidarischen Unternehmen (SWU), Unterstützern und Vertretern von Kommunen kann so entstehen und sollte in einem 2006 gegründeten Regionalen Nachhaltigkeitsforum²² verstetigt werden.

Um andere Formen des Aufbaus Solidarischer Ökonomie von unten kennen zu lernen organisierte unser Verein (VFSOE) Fahrten in der Region zu diesen Unternehmen mit in- und ausländischen Studentinnen und Studenten sowie Kolleginnen und Kollegen sowie Verbindungsreisen in andere europäische und außereuropäische Regionen. Wir lernten wie gesagt andere Realitäten kennen und luden Vertreter der Erfahrungen in anderen Regionen zu uns ein, um von ihnen zu lernen und ihnen die Erfahrungen unserer Region zu zeigen, so insbesondere Einladung von Vertretern Solidarischer Ketten (Ardelaine/Ardeche, Frankreich) und Solidarischer Wirtschaftlicher Konsortien (SOLCO, Consorcio Gino Matarelli/ Mantova, Italien).

Die eigene Region und ihre natürlichen Potentiale können wiederentdeckt und für alle nutzbar werden

- so wundert uns, dass Holz aus der Region heraus transportiert wird und dann veredelt wieder zurückkommt, der Aufbau solidarischer Wirtschaftsunternehmen ist ansatzweise vorhanden, ganze Ketten wären möglich, aber es fehlt an Gründungsberatung für Gemeinschaftsunternehmen und am Aufbau von Kooperationen, die dies begünstigen könnten.²³

- auch der Aufbau einer solidarischen Textilkette ist bereits untersucht worden. Sogar der Blick über unsere Grenzen hat es uns ermöglicht, Lehren aus einer solidarischen Textilkette in Brasilien und Frankreich zu ziehen. Vor uns steht die Herausforderung, eine Kooperation aufzubauen, die die wissenschaftliche interdisziplinäre Zuarbeit leistet und dies vor Ort realisiert.

- wir sehen dass es hier – ausgehend von unserer Erhebung der 142 solidarischen Wirtschaftsunternehmen in Nordhessen, darunter den neun komplexen solidarischen Wirtschaftsunternehmen (9 Ketten, lokalen Ökonomie und Netze) Möglichkeiten gibt, sinnvolle Arbeiten in nachhaltiger

²¹Vgl. die Filme zu Gesunde Bildung des VFSOE in Youtube.

http://www.youtube.com/view_play_list?p=6B6BD8B90778EDE0&search_query=Gesunde+Bildung und Ölwechsel des VFSOE in Youtube

http://www.youtube.com/view_play_list?p=9BB42886EE2C2F56&search_query=%C3%96lwechsel

²² RNF jetzt „Netzwerk Solidarische Ökonomie“ in Gründung.

²³ Vgl. der Film hierzu: Solidarischer Holzhandel Nordhessen unter Youtube VFSOE. http://www.youtube.com/view_play_list?p=1262451E9AA714DB&search_query=Solidarische+Holzhandel+Nordhessen

Nutzung der vorhandenen Rohstoffe langfristig zum Wohl der Gemeinschaft aufzubauen. Hierfür ist viel interdisziplinäre Zuarbeit zu leisten. Daher geht es ganz praktisch um eine Verständigung für diese konkreten Schritte über lange Zeit. Diese aufzubauen ist unser Ziel.

Solidarische Ökonomie braucht Schritte – anders gesagt Solidarische Wirtschaftsunternehmen in Gründung, in Betrieb, in der Herausbildung von Ketten, Netzen und lokalen Ökonomien. Dies setzt eine Gesellschaft voraus, die sich nicht mit den ungerechten Strukturen abfindet, die sich verständigt, die sich trifft, die die gemeinsamen Aufgaben definiert, die sich wehrt gegen Fremdbestimmung, Abhängigkeit, menschenunwürdige Verhältnisse.

Daher ist der Workshop „Schritte auf dem Weg zur Solidarischen Ökonomie“ unter dem Motto: „**Dennoch**“, d.h. trotz und wegen Polarisierung, Krise und nicht immer funktionierender Demokratie – können wir erkennen, was wir gemeinsam wollen und zwar langfristig und mit viel Geduld. Wir brauchen dafür eine Agenda, und eine Planung, um diese Agenda kooperativ umzusetzen.

Themen und Gäste waren: Lernende aus den Sozialwissenschaften (Soziologie, Politologie, Ökonomie) und Akteure aus Gewerkschaften, IG Metall. Wir hatten Teilnehmer aus Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir hatten Gäste aus internationalen, europäischen und nationalen Genossenschaftsverbänden, sowie aus regionalen Vereinen und Nicht-Regierungsorganisationen. Aus den USA war Carl Davidson aus dem *Center for Labour and Community Research*²⁴, dem nordamerikanischen *Solidarity Economy Net*, ATTAC, VFSOE sowie vom Institut für Europäische Kommunikation und Forum Neue Politik der Arbeit e.V..

Diese Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Referentinnen und Referenten treiben den Aufbau der Solidarischen Ökonomie an beiden Polen voran bzw. sind dabei, sich die Instrumente und Methoden der Solidarischen Ökonomie anzueignen.

Der TOWAE-STIFTUNG danken wir für Ihre Unterstützung, ohne die wir diese Internationale Werkstatt nicht hätten durchführen können.

²⁴ Es entstand aus den nordamerikanischen Gewerkschaften und wird geleitet von Dan Swinney.

I Solidarische Ökonomie – Praxis der Transition

Antworten der Arbeiterbewegung auf Insolvenzen in Europa

Staatliche Programme und regulierende Rahmenbedingungen

Bruno Roelants

Bevor wir uns mit der Frage auseinandersetzen, wie die Bewegung der Produktivgenossenschaften mit Bankrott und Transformation der Unternehmen in der Krise umgehen, ist es notwendig, das besondere Beharrungsvermögen¹ von Genossenschaften in der zur Zeit bestehenden Wirtschaftskrise zu betrachten.

Auswirkungen der Wirtschaftskrise

Wie man der kürzlich erschienenen zweiten Erhebung von CICOPA über die Wirtschaftskrise entnehmen kann (www.cicopa.coop), sind unsere Produktivgenossenschaften, im Durchschnitt jetzt viel mehr von der Krise betroffen als sie dies vor einem Jahr waren, es gibt mehr Jobverluste und mehr Unternehmensschließungen. Es war zu erwarten, dass die stärksten Auswirkungen der Krise in Bezug auf die Abbremsung des Wirtschaftsprozesses, der Vermögenszerstörung und Arbeitsverluste 2009 eintreten würden. Jedoch zeigt es sich ebenfalls auch in den meisten Ländern, in denen die Studie durchgeführt wurde, dass Produktivgenossenschaften klar widerstandsfähiger sind als andere Unternehmenstypen in denselben Wirtschaftssektoren, insbesondere in Bezug auf das höhere Niveau der Beibehaltung der Arbeitskräfte, des Überlebens der Unternehmen und des niedrigeren Niveaus von Verschuldung. Arbeiter-Mitglieder haben in vielen Genossenschaften demokratisch entschieden, auf ihre Genossenschaftsdividenden zu verzichten, ihre Einkommen zu kürzen oder in einigen Fällen sogar ihre Einkommen einige Monate lang auszusetzen. In vielen Genossenschaften haben Arbeiter-Mitglieder schnell Wege herausgefunden, wie Ausgaben verringert und ihre Produktion bzw. ihre Dienstleistungen an die schwierigen Bedingungen angepasst werden könnten.

Jedoch die Krise zeigt immer deutlicher, dass unser Wirtschaftsmodell nicht nur in Bezug auf die Anpassung an die schlechte Wirtschaftskonjunktur vorteil-

¹ Im Sinne von Resilienz.

haft ist, sondern – was wichtiger ist – dass es sogar in schwierigen Zeiten wie dieser dazu beiträgt, lange-verfügbares und miteinander geteiltes Vermögen von lokalen Gemeinschaften zu schaffen.

Die Transformation in Krisenzeiten von Unternehmen in Genossenschaften ist in so weit voneinander entfernten Orten wie Shanghai und Argentinien erfolgreich geschehen. In diesen beiden Fällen hat sie in einer großen Welle stattgefunden, in Shanghai zwischen 1996 und 1999, über die Kooperativisierung von 99 staatlichen oder quasi staatlichen (so genannten “kollektiven”) Unternehmen mit einer gesamten Arbeitskraft von 35.000 Leuten. In Argentinien wurden etwa 150 Unternehmen in Krise mit etwa 10.000 Arbeitern zwischen 2000 und 2003 kooperativisiert.

In diesen beiden Fällen waren die mit der Unternehmenstransformation verbundenen Probleme jedoch nicht so schwer zu lösen, da sie eher konjunkturell als strukturell bedingt waren: es gab kein spezifisches strukturelles Problem der Wirtschaftssektoren oder der globalen Situation der Industrie, in denen sich diese Unternehmen befanden. In China war das staatliche Verwaltungssystem das Hauptproblem, daher war der Wechsel des Eigentümers und des Verwaltungssystems selbst vom staatlichen in das kooperative in der Regel die Antwort auf das Problem. In Argentinien, wo während der Krise viele Eigentümer ihre Unternehmen verlassen hatten und wo die Arbeiter die Unternehmen übernommen und die Produktion weitergeführt hatten oder zumindest die Produktionsvoraussetzungen und die Maschinen aufrecht erhielten, war die Tatsache, dass die Eigentumssituation durch eine klare Gerichtsentscheidung zugunsten der Arbeiter entschieden werden konnte, entscheidend, um die notwendige gesetzliche Sicherheit für die Arbeiter für die Wiederaufnahme der Produktion und normale Unternehmensführung zu gewährleisten.

Die Kooperativisierung von Unternehmen in Krise in den drei europäischen Ländern mit der höchsten Dichte von Arbeitergenossenschaften (Italien, Frankreich und Spanien) fand auf einer viel normaleren Basis statt, begann lange vorher und oftmals, wenn es sich um den Umgang mit strukturellen Problemen handelte, erforderte sie einen sehr hohen Grad der Spezialisierung.

Die wenigen unten aufgeführten Beispiele sind aus einem Buch, das vor Kurzem publiziert wurde².

Trafilcoop, in einer kleinen Stadt von Apulien, Italien, war das konventionelle Unternehmen, Trafilerie Tatta, das Elektrokabel produzierte. Es wurde in den frühen 1980er Jahren von einer Krise erschüttert, da der italienische Stahlsektor sich in einer Krise befand. Dann wurde es 1985 in eine Genossenschaft um-

² Bruno Roelants, Valerio Pellirossi, Diana Dovgan and Olivier Biron (ed): «In the heart of Europe: cooperatives, territories and jobs»; Brussels: Cecop Publications, 2010.

gewandelt, wobei nur 71 von den 110 Arbeitern aufgenommen wurden. Heute arbeitet das Unternehmen mit einer noch geringeren Belegschaft von 56 Arbeitern, von denen jedoch die Hälfte neu ist, da viele Arbeiter der Krisenperiode jetzt in Rente sind. Zusätzlich hat Trafilcoop zusammen mit einem anderen Unternehmen desselben Sektors eine gemeinsame Filiale gegründet, die – obwohl sie keine Genossenschaft ist – jedoch als Filiale einer Genossenschaft stabile Arbeitsplätze für 25 weitere Personen zur Verfügung stellt. All diese Arbeiten würden heute wahrscheinlich nicht existieren ohne die Kooperativisierung des Unternehmens.

Es sieht so aus, als ob die Arbeiter in Trafilcoop dazu fähig gewesen sind, diese gesamte Umstrukturierung intern selbst zu organisieren. So geschah dies aber nicht, da eine viel weitergehende Expertise und Mobilisierung erforderlich war. Zunächst schaltete sich die italienische Genossenschaftskonföderation Legacoop ein und kooperierte mit den Gewerkschaften. Dann investierte CFI (Cooperazione, Finanza, Impresa), die Finanzgesellschaft, die die Mittel des Marcora Gesetzes kanalisiert,³ Anteilskapital in das Unternehmen, und stellte eine sehr aufmerksame Begleitung der Entwicklung des Unternehmens als Genossenschaft durch kritische Beratung zur Verfügung.

In den ersten 15 Jahren seiner Existenz, half CFI dabei, 159 Industrie oder Dienstleistungsunternehmen wie Trafilcoop durch Konversion in Genossenschaften zu überführen, womit etwa 6.000 Arbeitsplätze gerettet wurden.

Ein zweites Beispiel ist Ceralep, Rhone Alpes, Frankreich, in einer kleinen Stadt am Rohne-Fluss südlich von Lyon. Das Unternehmen, das Keramik Isolierungen für Elektrizität produziert, wurde 1921 etabliert. 1989 ging es in ausländische Hände über (zunächst Schweizer, dann Österreicher). 2001 wurde es an PPC Insulators, eine US Firma verkauft, ein Unternehmen, dass ganz vom US Riverside Equity Fund kontrolliert wurde. Zwischen 2001 und 2003, ging es dem Unternehmen immer schlechter. Der Mutterkonzern hielt sich entschieden zurück und investierte nicht in das Unternehmen. An mehreren Gelegenheiten, mussten die Arbeiter verhindern, dass der Mutterkonzern Daten und wichtige Maschinen von dem Unternehmen entfernte. 2003, reichte PPC Insulators Insolvenz ein und Ceralep wurde als Verwalter eingesetzt. 2004, nach einer Serie von Arbeiterkämpfen, wurde es in eine Genossenschaft umgewandelt, in der 53 der 93 Arbeitsplätze existierten, natürlich Dank der Mobilisierung der Arbeiter aber auch Dank der intensiven Arbeit, die während einiger Wochen von dem

³ Über das Arbeiter in Unternehmen, die sich in einer Krise befinden, mehrere Jahre Arbeitslosenunterstützung in einer einmaligen Summe erhalten - wobei der Staat einen bestimmten Beitrag im Verhältnis dazu, was die Arbeiter in Form von Anteilen von ihrer Arbeitslosenunterstützung in die Genossenschaft investieren, zur Verfügung stellt, der langsam zurückgezogen wird, während das Unternehmen konsolidiert wird.

Zusammenschluss der Regionalen Arbeitergenossenschaften Rhone Alpes geleistet wurde, die den Arbeitern half, eine solide Unternehmensplanung zu machen und ein glaubwürdiges Projekt dem Unternehmensgericht⁴ vorzulegen.

Man brauchte 1.5 Millionen Euro für das Projekt. 50.000 EURO wurden von den Arbeitern als Einlagen (*share capital*) aufgebracht. Zusätzliche 50.000 EURO kamen von der lokalen Gemeinschaft, die dadurch mobilisiert war, dass sie Ceralep für einen Schlüsselfaktor der Stadt hielt. 200.000 EURO kamen dann in Form der quasi eigenen Fonds der beiden *non-banking* Finanzinstitutionen⁵ der genossenschaftlichen Bewegung, die die Fonds in der Regel sehr schnell zur Verfügung stellt. Die 300.000 EURO, die bis zu dem Zeitpunkt zusammengekommen waren, stellten einen Anreiz genauer gesagt eine 1:5 Hebelwirkung dar (300.000 EURO von insgesamt 1.5 Mio. EURO) für andere Institutionen, nämlich die Genossenschaftsbank Crédit Coopératif, die Bank der Solidarischen Ökonomie La Nef, und die lokale Regierung. Dieser ganze Prozess dauerte nur wenige Wochen. Schließlich, stellte der Zusammenschluss der Arbeitergenossenschaften weiterhin intensives Training und Beratung sowie ein Jahr lang Begleitung zur Verfügung. Jetzt ist Ceralep ein erfolgreiches Unternehmen, das Aufträge für große französische und ausländische Unternehmen ausführt. Es ist das einzige in Frankreich verbleibende Unternehmen, das immer noch sehr große keramische Isolierungen produziert.

Seit 2000, wurden 376 Unternehmen wie Ceralep, die sich entweder in Krise befanden oder keinen Nachfolger hatten, in Frankreich in Genossenschaften umgewandelt, wobei 6.617 Arbeitsplätze mit einer Überlebensrate von 79% erhalten wurden, was ein recht hoher Anteil ist, wenn man das hohe Risiko bei dieser Art von Eingriffen bedenkt.

Vorteile des genossenschaftlichen Modells

Unter den verschiedenen Arten von Unternehmensübergaben an Angestellte, besitzt das genossenschaftliche Modell einige spezifische Vorteile, die angemessen bewertet werden sollten. Der erste Vorteil betrifft die Kontrolle. Genossenschaften haben nicht nur gemeinsames Eigentum sondern auch gemeinsame und demokratische Kontrolle. Diese Betonung auf Kontrolle ist be-

⁴ Das Gericht, in dem ein Richter über das Schicksal eines Unternehmens entscheidet, z.B. ob die Arbeiter es übernehmen können, wie es in Argentinien mit den "*empresas recuperadas*" geschieht.

⁵ Das heißt diese Institutionen sind Fonds auf Gegenseitigkeit, Risikokapital Gesellschaften, etc. aber es sind keine Banken. In der Genossenschaftsbewegung haben sie oft eine komplementäre Rolle für die Banken, insbesondere für die Genossenschaftsbanken.

sonders wichtig in einer Zeit, in der, in den globalisierten Produktionsketten die Frage der Kontrolle – neben Verteilung und Finanzierung – sogar noch kritischer zu bewerten ist als die des Eigentums.⁶ Das Augenmerk auf gemeinsamer Kontrolle ist besonders wichtig in Fällen der Transformation von Unternehmen, die sich in einer Krise befinden, wo die Krise sehr oft gerade mit einem Problem oder mit dem Mangel an Kontrolle verbunden ist.

Ein weiterer Vorteil ist die spezifische Form der Demokratie, die in Demokratien besteht, die die oben erwähnte gemeinsame Kontrolle fördert. Es ist nicht nur eine Wahl-Demokratie⁷, in der Vorstandsmitglieder für vier Jahre gewählt werden usw. Es ist auch nicht nur eine partizipative Demokratie, wo Arbeiter an Versammlungen und Debatten über alle Probleme der Genossenschaft partizipieren (“agora” Typ der Demokratie). Es hat mehr mit einem “republikanischen” Typ von Demokratie zu tun, mit einem ganzen System von gegenseitiger Kontrolle⁸ und gegenseitigen Überprüfungen, die immer anspruchsvoller werden, je komplexer das genossenschaftliche System wird.

Eine dritte Charakteristik ist, dass es in dem genossenschaftlichen Modell keine Kapitalvergütung gibt, auch gibt es keine Aktien in dem konventionellen Sinn des Begriffs, auch gibt es keine Aktionäre. Es gibt keine konventionellen Aktien, da das, was auf Englisch als “*shares*” (Aktien) bezeichnet wird, im Fall der Genossenschaften ein Instrument ist, das in keinem Fall handelbar ist. Viele Unternehmenstransfers an die Beschäftigten, die das konventionelle Unternehmensmodell nutzten, sind in dem Moment fehlgeschlagen, in dem die Arbeiter aus diesem oder jenem Grund versucht waren, ihre Aktien zu verkaufen. Zusätzlich sind die Genossenschaftsmitglieder nicht versucht, eine finanzielle Logik zu übernehmen, da die Umverteilung der Profite an die Arbeiter nicht auf der Menge des Aktienkapitals basiert, das sie in das Unternehmen investiert haben, sondern eine Funktion ihrer Arbeit ist (Menge, Qualität, Entgelt usw.).

Ein vierter kritischer Vorteil ist die Existenz der unteilbaren Reserve. Diese Art von Reserven existiert in einigen Ländern und nicht in anderen. Sie sind Pflicht in Genossenschaften in Italien, Spanien und Frankreich, aber nicht in Deutschland oder England.⁹ Unteilbare Reserven sind Reserven, über die weder

⁶ Eine vertiefte Diskussion dieses Phänomens kann man in dem Kapitel “Die wechselnden Grenzen von Eigentum und Kontrolle” (“The shifting boundaries of ownership and control”) finden, in Sanchez Bajo C. & Roelants B. “Capital and the debt trap – rethinking the business model”, to be published at Palgrave – Macmillan, Hampshire 2011.

⁷ Das heißt, der Teil der Demokratie, der mit wählen, auswählen, eigenen Repräsentanten zu tun hat, wobei ein anderer Teil die partizipative Demokratie ist.

⁸ “*checks and balances*”

⁹ In Deutschland ist der Reservefond während der Lebenszeit der Genossenschaft unteilbar. Aber wenn die Genossenschaftsmitglieder entscheiden, die Genossenschaft aufzulösen und wenn die Genossenschaft nach der Bezahlung aller ausstehenden Schulden immer noch

die Mitglieder noch ein potentieller Käufer jemals die Kontrolle gewinnen kann. Im Falle der Abwicklung und nach der Zahlung aller Außenstände werden die unteilbaren Reserven in der Regel an die gemeinsamen Institutionen der Genossenschaftsbewegung auf nationaler Ebene überführt und der Entwicklung der Bewegung gewidmet. Unteilbare Reserven gehören daher zu einem ganz eigenen – *sui generis* – Typ von Eigentum. Sie sind eine starke Abschreckung gegenüber einer Entgenossenschaftlichung oder gegen eine Abschaffung des “Wirtschaftens auf der Basis gegenseitiger Hilfe” und gegen diejenigen Mitglieder, die versucht sind, das Unternehmen für ein paar Heller aufzugeben, wenn sie nach ein paar Jahren ihre Erste Krise der Unterkapitalisierung durchmachen. Die Philosophie hinter solchen Reserven ist der intergenerationelle Charakter der Genossenschaften. Die gegenwärtige Generation der Mitglieder arbeitet auch für die folgenden.

Ein fünfter Vorteil ist die Tatsache, dass das Genossenschaftssystem um so mehr dazu tendiert, unterstützende Institutionen zu schaffen und zu entwickeln je weiter es entwickelt ist. In den oben genannten Beispielen erwähnten wir Legacoop, CFI, Die Rhone Alpes Regionale Vereinigung von Produktivgenossenschaften, zwei französische *non banking* Finanzinstitutionen und die Bank Crédit Coopératif. Diese “Meso-Ebene” Institutionen sind einfach grundlegend für eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit bei Unternehmenstransfers, da sie Fachwissen, Training, Beratung und Begleitung zur Verfügung stellen sowie Leih- und Risikokapital, die für die Begleitung der Anstrengungen der Arbeiter erforderlich sind. Sie sind auch entscheidend, um Unternehmenstransfers an Angestellte zu einem systematischen Prozess zu machen und nicht nur zu einem anekdotischen oder zufälligen.

Ein sechster Vorteil liegt darin, dass es dem Genossenschaftssystem zumindest in vielen Ländern gelingt, zwischen Sektoren in Bezug auf die Lobbyarbeit zu kooperieren und in Bezug auf Staatliche Politik zu verhandeln, und so weit höheren politischen Einfluss zu erzielen als eine Produktivgenossenschaft allein erreichen könnte, ganz zu schweigen von dem, was all die anderen Unternehmensformen in Arbeiterhand oder der Solidarischen Ökonomie, die nicht in Föderationen organisiert sind, erreichen können.

Schließlich und endlich ist die Genossenschaft die einzige bekannte Unternehmensform in Arbeiterhand oder das einzige Unternehmen der Solidarischen Ökonomie, das den Beweis dafür geliefert hat, in der Lage zu sein, stabile und große horizontale Unternehmensgruppen zu entwickeln. Die Fähigkeit, Gruppen

über „unteilbare“ Reserven verfügt, DANN können diese Reserven zwischen den Mitgliedern der Genossenschaft aufgeteilt werden. In Ländern mit realen, völlig unteilbaren Reserven ist dies verboten: die restlichen Reserven werden NICHT unter den Mitgliedern aufgeteilt sondern der Stärkung der Genossenschaftsbewegung zugeleitet (d.h. an einen Solidarischen Fond überwiesen etc.).

aufzubauen ist ganz allgemein wichtig für Unternehmensentwicklung, aber ganz besonders auch für Unternehmenstransfer. Wir beobachten in der Tat, dass eine Reihe von Industrieunternehmen, die in Genossenschaften überführt wurden, beginnen, Mini-Genossenschaftsgruppen aufzubauen, um ihre Unternehmensgröße zu erweitern, dem Wettbewerb besser begegnen zu können und um ihre Unternehmensstrategie zu verbessern. In der globalisierten Industrie, kann diese Art der Entwicklung sehr wichtig für die langfristige wirtschaftliche Nachhaltigkeit des Unternehmens sein.

Bestehende genossenschaftliche Gruppen sind mit der Umstrukturierung und Anpassung an den Wandel der Unternehmen, die sich in Genossenschaften umwandeln, beschäftigt. Der Unterschied ist, dass sie dies auf einer viel breiteren Skala tun. Die weltbekannte Mondragon Gruppe ist so ein Fall. Diese Gruppe, die 1956 mit einem Unternehmen und 25 Arbeitern begonnen hat und jetzt zu einem Komplex von 133 Unternehmen mit 85.000 Arbeitern angewachsen ist, schuf sehr früh eine Mini-Gruppe von fünf Genossenschaften, dann andere Mini-Gruppen, die zum Entstehen von weiter ausgearbeiteten Konstruktionen und schließlich zu dem bestehenden Mondragon Genossenschafts-Konsortium geführt haben. Diese enorme Entwicklung wurde durch zweierlei ermöglicht, durch eine besonders entwickelte und originelle Fähigkeit sich an den Wandel anzupassen, aber auch durch die Tatsache, dass Mondragon das Genossenschaftssystem in extrem orthodoxer Weise auf immer weitere Größenordnungen angewandt hat. Es hat insbesondere nachhaltige Beschäftigung, zur Hauptaufgabe von Produktivgenossenschaften gemacht, und etwas noch nachhaltigeres durch eine Reihe von Solidarischen Instrumenten geschaffen, die nur in so einem breiten Kontext aufgebaut werden können, wie zum Beispiel finanzielle Mechanismen, und die zeitweilige Ausleihe von Arbeitern von einer Genossenschaft in momentaner Krise an eine andere.

Wenn man die staatlichen Politiken und Regulierungen betrachtet, die notwendig wären, um die Aufgabe der Genossenschaftsbewegung zu fördern, nämlich, die Unternehmen in einer Krise in nachhaltige zu transformieren, dann müssen wir zunächst die EU Politiken untersuchen. In der Tat ist die EU bei weitem die Hauptquelle nationaler Gesetzgebung, beides direkt (durch Direktiven und Regulierungen, insbesondere auf dem Gebiet des Wettbewerbs und der Binnenmarktpolitiken) und indirekt (durch weichere Systeme wie die offene Koordinierungsmethode, insbesondere auf dem Gebiet der Beschäftigung und der Sozialpolitiken sowie zu einem gewissen Grad, der Unternehmenspolitik).

Die EU erkennt, dass eine hohe Zahl von Unternehmen jährlich schließen, weil es keine Käufer gibt. Die Mitteilung der Kommission *"Implementing the Lisbon Community Programme for Growth and Jobs: Transfer of Businesses -*

Continuity through a new beginning” (COM (2006) 117 final)¹⁰ stellt fest, dass “ein Drittel der EU Unternehmer, insbesondere jene, die Familienunternehmen betreiben, wollen sich innerhalb der nächsten zehn Jahre zurückziehen. Man schätzt, dass bis zu 690,000 Unternehmen, die 2.8 Mio. Arbeitsplätze zur Verfügung stellen mit dem Problem des jährlichen Transfers an einen neuen Eigner konfrontiert sein werden.“ Jedoch die Förderung der Unternehmenstransfers an die Angestellten von der Europäischen Kommission bleibt extrem schwach, obwohl sie mit unserer laufenden Lobby Aktivität beginnt, sich etwas zu bessern. Im Kontrast dazu beobachten wir auf EU Ebene die Ermutigung zu einer umstrittenen Politik, die darauf abzielt, externe Investoren in kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) zu ermutigen, wie das laufende Projekt von IFRS (International Financial Reporting Standards) für KMUs. Gleichermäßen musste das Marcora Gesetz für die Kooperativisierung von Unternehmen in Krise in Italien modifiziert werden (mit einem niedrigeren Schlüssel für den Finanzierungsmechanismus) nach einer Forderung der Europäischen Kommission auf Grund einer rigiden Anwendung der EU Wettbewerbs Politik, obwohl nachgewiesen werden konnte, dass die staatliche Unterstützung des Unternehmens die irreversible Zerstörung von Reichtum in den Territorien abwenden kann und, dass sie, über die Mehrwertsteuer sowie über diese und jene wirtschaftliche Aktivität in Form von Steuern wieder in die Staatskasse zurückkommen würde.

Der EU fehlt eine richtige Industriepolitik. Sie sagt bescheiden, dass sie eine haben will, aber, gemäß der neuen in Aussicht genommenen Strategie, ist das, was sie Industriepolitik nennt, eher eine Unternehmenspolitik. Die EU Unternehmenspolitik, um den “small business act” herum (macht den *small business act* der Vereinigten Staaten nach, stellt jedoch etwas weitaus leichteres als der ihm in den USA entsprechende dar), ist von geringer Bedeutung, aber, was wichtiger ist, sie ist völlig losgelöst von der Beschäftigungspolitik und von einer Politik der sozialen Inklusion.

Erforderliche staatliche Richtlinien

Auf nationaler Ebene ist es notwendig, für eine gezielte nationale Gesetzgebung einzutreten und jenseits der Gesetzgebung, direkt die Kooperativisierung der Unternehmen in Krise zu ermutigen, wie zum Beispiel durch das Marcora Gesetz in Italien oder durch das neue Bankrottgesetz in Argentinien. Die folgenden Typen legaler Bestimmungen sind ebenfalls sehr wichtig:

¹⁰ “Implementierung des Lissabon-Gemeinschafts-Programms für Wachstum und Arbeitsplätze: Transfer von Unternehmen – Kontinuität durch einen neuen Anfang” (COM (2006) 117 final).

- Richtlinien, die klar definieren, was Produktivgenossenschaften in der nationalen Gesetzgebung sind.
- Richtlinien, die unteilbare Reserven in Genossenschaften institutionalisieren.
- Richtlinie für den Zusammenschluss von Genossenschaftsfonds (wie das italienische Gesetz, nach dem 3% der Profite aller italienischen Genossenschaften in Entwicklungsfonds für die Genossenschaftsbewegung fließen müssen. Tausende nachhaltiger Arbeitsplätze wurden in etwa 15 Jahren dank dieses Gesetzes geschaffen).
- Richtlinien, die es erlauben, Arbeitslosenhilfe als einmalige Pauschalen zu erhalten.
- Richtlinien, die die Institutionen für Unternehmensunterstützung der Genossenschaftsbewegung fördern.

Jenseits der Gesetzgebung, gibt es das Bedürfnis, die Bildungsarbeit und Forschung in Bezug auf Produktivgenossenschaften und andere Formen der Unternehmensdemokratie zu entwickeln. Bildung sollte nicht nur auf Genossenschaftsmitglieder ausgerichtet sein, sondern auch in Unternehmensschulen und in normalen Schul-Curricula. Forschung über die Transformation in Genossenschaften von Unternehmen in Krise, insbesondere über PhD Arbeiten, fehlt weitgehend, was wiederum logisch ist, da es kaum eine Erwähnung von Genossenschaften in *business schools* und Wirtschaftsfakultäten in Europa gibt. Die Forschung sollte wesentlich auf die Zerstörung von Reichtum und die Zusatzkosten ihrer Nicht-Zerstörung ausgerichtet sein.

Aus dem Englischen von Clarita Müller-Plantenberg

Deindustrialisierung, Globalisierung und Aussicht auf Grüne 'High Road' Jobs und Solidarische Ökonomie

Carl Davidson

In den letzten Dekaden haben wir alle eine Menge über Neoliberalismus, Deindustrialisierung und Globalisierung gelernt und wir haben alle eine Reihe von Vorstellungen darüber, was zu tun sei. Wir haben die Lehren sowohl theoretisch als auch für die Praxis des Klassenkampfes gezogen.

Aber ich will heute damit anfangen, in einer persönlichen Art und Weise über diese Dinge zu sprechen, da ich sie aus erster Hand erfuhren bevor ich ganz wusste, was sie waren.

Ich bin in *Beaver County*, Pennsylvania, aufgewachsen, einem Gebiet entlang dem Ohio Fluss, etwa zwanzig Meilen nördlich von Pittsburgh, dem ursprünglichen Gebiet der Kohle- und Stahlproduktion der Vereinigten Staaten. Meine Familie, schottische, irische und deutsche Siedler, war hier seit Ende des 18. Jahrhunderts, noch bevor es *Beaver County* gab, als dies seinerzeit Territorium der Indianer und die westliche Pionierfront war. Sie arbeiteten auf Farmen und später im Kohlebergbau und auf Ölfeldern.

1905 wurde alles anders. Zwei große Kapitalisten, BF Jones und JH Laughlin, beschlossen, die weltgrößte Stahlhütte in unserem Bezirk zu bauen. Im Zeitraum von zwei Jahren bauten sie die Stadt Aliquippa, die J&L Hütte, und importierten zehntausende Arbeiter aus den slawischen Ländern, aus Italien und Afro-amerikaner aus den südlichen Bundesstaaten der U.S.A.. Einige zusätzliche metallverarbeitende und andere Fabriken wurden ebenfalls in der Nähe aufgebaut.

Die meisten meiner Onkel und Cousins arbeiteten jahrzehntelang in diesen Hütten. Mein Großvater und ein Vetter wurden – aufgrund der schlechten Sicherheitsstandards - in ihnen getötet.

Die Hütten veränderten alles. In den 1930ern, war dies der Ort der heftigsten Arbeitskämpfe, die zu der Gründung des *Congress of Industrial Organisations* (CIO) führten, der sich später zu der AFL-CIO zusammenschloss. 1960, als ich die Oberschule verließ, waren wir der proletarischste Bezirk in den gesamten Vereinigten Staaten. Wir hatten die höchste Konzentration der Industriearbeiter, und damals hatten sie anständige Lebensstandards erreicht. Einige ihrer Kinder, wie ich selbst, waren sogar in der Lage, an die Universität zu gehen um zu studieren.

In den 1960ern und 1970ern, war ich Teil der weltweiten Jugendrebellion, die als Neue Linke bekannt ist. Ich wurde ein nationaler Führer der "*Students for a Democratic Society*" (SDS) und der Antikriegsbewegungen bis ich mich schließlich in Chicago niederließ.

Aber als ich in den 1980ern, zu Familienbesuchen nach Hause zurückkehrte, sah ich, dass alles sich erneut verändert hatte. J&L Stahl wurde verkauft an US Stahl, sodann an den militärisch industriellen Großkonzern Ling-Temco-Vought, oder LTV. Anstatt zu modernisieren, um mit brasilianischen und ostasiatischen Hütten zu konkurrieren, schlossen die Eigner von LTV die Hütte und bauten Anlagen ab, die sie verkauften, um in der Zukunft der Ölbranche zu spekulieren.

“Wir sind nicht im Geschäft, um Stahl zu machen,” sagten die Eigner den jetzt arbeitslosen Arbeitern. “Wir sind im Geschäft, um Geld zu machen.” Zusätzlich zu der Streichung ihrer Stellen versuchten die Eigner auch, ihre Pensionen zu streichen, einschließlich der meines Stiefvaters, der über 30 Jahre in der Hütte gearbeitet hatte. Glücklicherweise rebellierte die Arbeiter, und 20.000 gingen auf die Straße. Sie erreichten einen Teilsieg und behielten ihre Gesundheitsversicherung und die Hälfte ihrer Pensionen.

So kam es, dass die Stadt Aliquippa, dermal einst florierend, jetzt eine Geisterstadt ist. Etwa 90 Prozent der Gebäude an ihrer Hauptstraße sind geschlossen und verrottet. Ihre Bevölkerung, einst über 30 000 beläuft sich jetzt auf etwa 6500 meist sehr arme und arbeitslose Afroamerikaner, die nirgends hingehen können. Unser Land zeichnet sich jetzt dadurch aus, dass es ein Land mit einem sehr hohen Prozentsatz von älteren Arbeitern und Rentnern ist. Einer unserer Haupt-‘Exporte’ sind unsere jungen Leute, die auswandern müssen, um Arbeit zu finden.

So habe ich die Bedeutung von ‘neoliberaler Globalisierung’ und ‘Deindustrialisierung’ sehr konkret gelernt. Ich konnte den Schiffbruch mit meinen eigenen Augen sehen. Ich konnte seine Auswirkungen auf meine Familie und die Freunde, mit denen ich aufwuchs, sehen.

Musste das geschehen? Die Neoliberalen behaupten, dass es unausweichlich und sogar positiv war. Aber das war es nicht. Der andere riesige Stahlkomplex in den Vereinigten Staaten ist in Chicago. Er produziert immer noch so viel Stahl wie immer – nur tut er dies mit etwa einem Drittel der Anzahl von Arbeitern. Anstatt die Fabriken zu schließen, um in Öl zu investieren, modernisierten die Eigner die Hütten und fuhren fort zu produzieren.

Als Einwohner Chicagos beobachtete ich diesen Übergang. Als Freund und Co-Autor arbeitete Jerry Harris in den Hütten an einer Drehbank. Er wurde mit neun anderen Drehbankarbeitern entlassen. Jetzt bedient ein Arbeiter einen Computer, der zehn Drehbänke betreibt.

‘high road’ und ‘low road’ Kapitalisten

Wenn ich Chicago mit meiner Heimatstadt vergleiche, dann kann ich die Beibehaltung eines Drittels der Arbeitskraft – verglichen mit einer totalen Schließung – begrüßen. Ich kann sehr konkret den Unterschied zwischen spekulativem Kapital, das keinen wirklichen Reichtum hervorbringt und produktiven Kapital, das Wohlstand erweitert, sehen. Ich kann auch den Beginn

der Unterscheidung zwischen dem, was wir dann ‘*high road*’ und ‘*low road*’ Kapitalisten genannt haben, sehen.

Das heißt nicht, dass Chicago in dieser Zeit gut abschnitt. De facto hatte es im Jahr 2000 4.000 von 7.000 Gewerbebetrieben verloren. Die Arbeiter versuchten, Wege zu finden, dies zu bekämpfen und es war in dieser Periode, in den 1990er Jahren, dass ich begann, mit dem *Center for Labour and Community Research* (CLCR) und mit der landesweiten Föderation für Industriellen Erhalt und Industrielle Erneuerung (FIRR) zu arbeiten.

Wir begannen mit zwei Annahmen. Erstens, ‘passives Akzeptieren’ stellt keine Option dar. Arbeiter machen Geschichte, sie sind nicht nur einfach ihre Objekte. Zweitens, moderne Fertigung und die Jobs und Lebenshaltungsniveaus, die damit verbunden sind, sind wichtig. Wenn diese kapitalistische Ordnung sie nicht erhalten könne, dann würden wir selbst die Kontrolle über die Wirtschaft übernehmen und eine neue Ordnung schaffen, die dies täte.

Aber wir waren keine Dogmatiker. Wir verstanden, dass einige Fabriken ihre Tore schlossen, weil ihre Produkte obsolet waren und sie keine praktischen Mittel besaßen, diese zu transformieren. Wir verstanden ebenfalls die Auswirkungen der Revolution in der Informationsübermittlung, und ihrer Fähigkeit, mehr und bessere Produkte mit weniger Arbeitszeit – insbesondere weniger ungelerten Arbeitskräften – herzustellen. Jedoch langfristig bedeuteten diese technologischen Fortschritte große Verheißungen für Leute überall auf der Welt.

Wir verstanden auch, dass nichts hiervon zwangsläufig zu einer ‘Abwärts-spirale’ führen musste. Nichts erforderte, dass Kapital einfach dahin gehen müsse, wo der Preis der Arbeit am billigsten und die Arbeitsbedingungen schlechter seien. Kurz, wir waren klar in diametraler Opposition zu den ‘Casino Kapitalisten’, Wall Street Neoliberalen, die für unsere Wirtschaft und unsere Politik verantwortlich sind.

CLCR

Eine unserer erste Studien über mehr als 500 kleine und mittlere mit Problemen belastete Unternehmen in der Chicago Region enthielt eine interessante Erkenntnis. Etwa 30 Prozent standen in der Gefahr, schließen zu müssen – nicht weil sie unprofitabel oder weil sie nicht wettbewerbsfähige schlechte Produkte herstellten, oder weil sie ihren Marktanteil nicht halten könnten. Sie waren einfach in Gefahr, weil ihr Eigner alt wurde, jenseits des Alters der Verrentung war und es niemanden in seiner Familie oder unter seinen Partnern gab, der übernehmen wollte.

Dies nannte man ‘Inhabernachfolgekrise’, und sie verfolgte Unternehmen in den Innenstädten mit überwiegend afroamerikanischen Belegschaften. Die Kinder des Inhabers waren an die Uni und weiter zu hochkarätigen Karrieren im Finanzsektor oder als Professionelle weggegangen, und hatten keine Lust, ein Unternehmen im Ghetto zu leiten. Sowie der Inhaber starb, schlossen sie es gleich, verkauften die Anlagen und teilten die Einnahmen daraus unter den Erben auf.

Wir beschlossen, soweit dies in unserer Macht stünde, dies nicht geschehen zu lassen. Wir gingen auf einige dieser Inhaber zu und schlugen Alternativen vor. In einigen Fällen fanden wir andere und jüngere afroamerikanische Unternehmer, die das Unternehmen mit privaten und öffentlichen Darlehen kauften. In anderen organisierten wir für die Arbeiter, dass sie Inhaber werden konnten.

Zum Beispiel Bankers Print...

Ein typisches Beispiel ist Bankers Print. Das ist eine kleine Druckerei mit weniger als 20 afroamerikanischen Angestellten in Chicago. Sie produzierten für einen Nischenmarkt und erzielten stets Gewinne. Nach einigen Verhandlungsrunden halfen wir den Arbeitern, eine Genossenschaft zu gründen und Kapital zu finden, um den Inhaber auszuzahlen. Jahre danach geht es dem Unternehmen gut und die Arbeiter bewähren sich. Es gibt viele Unternehmen wie dieses.

Stewart-Warner

Nicht alle Schlachten waren erfolgreich. Eine groß angelegte Kampagne bezog sich auf Stewart-Warner, eine große Autoteile und Anzeigeeinstrumente produzierende Fabrik in Chicago. In den 1970er Jahren, beschäftigte sie etwa 5.000 Arbeiter, stellte Qualitätsprodukte her und machte stets Profite. Die Fabrik kam jedoch in die Hände eines neuen Eigners und begann, langsam Arbeiter zu entlassen, die Produktion zurückzufahren und ihre Maschinenwerkzeuge und Gussformen in Staaten ohne Gewerkschaften oder außerlandes zu verschiffen. Obwohl die Inhaber es fälschlicherweise leugneten, wurde den Arbeitern klar, dass die Fertigungsanlage 'abhanden kam'.

Stewart-Warners Inhaber wollten mehr als Profit. Sie wollten Maximum Superprofite und Arbeitsbedingungen, die den Arbeitern nicht erlaubten, Gewerkschaften zu gründen. Die Schließung war nicht notwendig oder unvermeidbar. Sie hatten lediglich die '*low road*' anstatt einer '*high road*' gewählt—die '*high road*' bedeutet, Anlagen, wo es Gewerkschaften gab, die modernisiert waren und die Qualitätsprodukte herstellen, die eine hohe Wertschöpfung aufweisen, höchst sachkundig erstellt sind und keine Umwelt Verschmutzung nach sich ziehen. Die '*lower roaders*' waren bereit, die Superprofite nur auf der Grundlage von niedrigeren Löhnen und anderen Umwelteigenschaften in weniger entwickelten Regionen und Ländern zu machen und in diesem Prozess das Leben der Arbeiter in Chicago zu zerstören.

Hier haben wir eine wichtige Schlacht geschlagen. Zuerst haben wir eine Arbeitermehrheit und die Gewerkschaft dafür gewonnen, das Stewart-Warner Unternehmen am Laufen zu halten. Als nächstes gingen wir ein breites Bündnis mit anderen Gewerkschaften, Kirchen und kleinen Unternehmen in der Nachbarschaft ein. Dann gewannen wir lokale Politiker in der Chicago Stadtverwaltung.

Stewart Warner widersetzte sich immer noch allem Druck, daher beschlossen wir, eine andere Option zu verfolgen – es zu übernehmen. Die U.S. Recht-

sprechung erlaubt es, in einigen Fällen, Privateigentum als Abfindung im öffentlichen Interesse und gemeinsames Gut zu übernehmen. Das wird als Enteignungsverfahren, '*eminent domain*,' bezeichnet und in der Regel dafür benutzt, Land zu erwerben, um Schnellstraßen und Bahnstrecken zu bauen. Da Stewart-Warner im Laufe der Jahre mehrere Steuererleichterungen und andere Unterstützungen von der Stadt erhalten hatte und die Stadt darunter leiden würde, wenn es schließen würde, argumentierten wir, dass die Stadt das machtvolle Instrument der '*eminent domain*' nutzen solle und dazu beitragen könne, dass die Arbeiter es kaufen. Wir erhielten die Darlehensversprechungen und sogar eine Mehrheit im Stadtrat, die dies unterstützte.

Eine wichtige Lehre

Dann geschah etwas Interessantes in letzter Minute. Die Führung der Gewerkschaft der Arbeiter stieg aus dem Bündnis aus und weigerte sich, das Unternehmen zu übernehmen. Sie entschieden, dass sie keine Fabriken übernehmen wollten. Anstatt dieses unbekannte Territorium zu betreten, wollten sie lieber, dass die Fabrik geschlossen würde und einfach versuchen, die best mögliche Abfindungszahlung zu bekommen. Mit dem Rückzug der Gewerkschaft fiel das Bündnis auseinander. Das Unternehmen schloss und wurde abmontiert. Jahrelang wurden nun Eigentumswohnungen für Wohlhabende auf diesem Grundstück gebaut. Die Arbeiter mussten für sich selbst sorgen.

Das war eine harte Lehre für uns. Wir lernten eine harte Lektion der Grenzen traditionellen Gewerkschaftswesens – insbesondere, da die betreffende Gewerkschaft tatsächlich eine der besseren und progressiveren Gewerkschaften der Vereinigten Staaten war, die United Electrical Workers (UE). Heute würden sie dies vielleicht überdenken. Die UE in Chicago war die Gewerkschaft, die die Fabrikbesetzung kürzlich in beiden Republik Windows angeführt hatte. Diese Aktion verhinderte die Schließung indem ein neuer '*high road*' Inhaber gefunden wurde.

Aber Stewart-Warner war auch eine fruchtbare Lektion. Denn in diesem Kampf lernten wir, dass wir über konservativere und selbst vernichtende Ansätze hinaus kommen mussten. Zu diesem Zeitpunkt lernten viele von uns erstmals von den Mondragon Genossenschaften in Spanien und von der Solidarischen Ökonomiebewegung, die in der Dritten Welt entstand.

Instrumente: Nachfolgeplanung, Frühwarnung

In dieser Zeit verfeinerte CLCR seine Instrumente der 'Nachfolgeplanung' und des 'Frühwarnnetzwerks'. 'Frühwarnung' war im wesentlichen ein Handbuch, das wir in Bezug darauf entwickelt hatten, was Gewerkschaften und Arbeiterschaft und Unternehmensentwicklungsberater als sinnvolle Einschätzungen über potentielle Unternehmensschließungen ansahen und was getan werden könne, um sie zu stoppen. Hier wurden traditionelle wirtschaftliche Indikatoren mit zusätzlicher von den Arbeitern selbst erhobenen Informationen kombiniert, die

oftmals die Wahrheit dessen, was vor Ort passiert, kennen, auch wenn Unternehmensinhaber dies offiziell verleugnen.

Soziale Auswirkungen – von den Gemeinden ausgehende Bündnisse – FIRR

Wir gingen noch einen Schritt weiter indem wir das, was wir ‘Studien der sozialen Auswirkungen’ nannten, einbezogen. Der Verlust einer Produktionsanlage kostet weit mehr als das, was seine Bilanz aussagt. Erstens, die Kosten der staatlichen Arbeitslosenversicherung für die betroffenen Arbeiter. Zweitens, die Kosten der sich allmählich ausbreitenden Wirkung der Schließung von kleinen Unternehmen und Lieferanten, die von dem Unternehmen abhängen, und die Arbeitslosenzahlungen an die Arbeiter, plus der Verlust der Steuereinkommen von den in der Folge schließenden Unternehmen. Drittens, die langfristige Wohlfahrt und Gesundheitspflege, die den Arbeitern gezahlt wird, die nie wieder angestellt wurden oder die über lange Zeiträume nicht wieder angestellt werden. Viertens, die Kosten des Abbaus, toxische Aufräumarbeiten, Konversion oder andere Arbeitsschritte, um die Liegenschaft wieder produktiver Verwendung zuzuführen.

Die eigentlichen ‘soziale Auswirkungen’ von Werksschließungen waren oft beträchtlich – und sie halfen uns, viele Politiker zu überzeugen, die dann wahrgenommen haben, dass ihre eigenen Interessen betroffen waren und aktiv Position bezogen. Dies führte seinerseits zu breiteren Bündnissen in den Gemeinden. Diese wurden wiederum auf nationaler Ebene in dem FIRR-Netzwerk zusammengeführt, das aus Industrieerhaltungs- und –Erneuerungs- Netzwerken in vielen Bundesstaaten und größeren Städten bestand.

Zum Beispiel New York

Ein Beispiel war die Arbeit von CLCR mit dem bundesstaatlichen New Yorker Industrie Erneuerungs-Netzwerk. Wir konzentrierten uns auf eines der fünf New Yorker Stadtteile, auf Brooklyn, und führten eine Studie über 700 Unternehmen mit über 100 Arbeitern durch. Dies ermöglichte es dem New Yorker Arbeitsrat, mehrere Zonierungs- und andere Beihilfen zu erhalten, die die lokale Fertigung förderten. Ein Resultat davon ist heute “Made in NYC”, eine neue *nonprofit* Organisation, die dieses Label auf Produkte, die in der Stadt gefertigt werden, setzt. So stellt ihr Erwerb einen Beitrag zu einer grünen Wirtschaft dar, da weniger Transportkosten mit lokalen Produkten verbunden sind.

Eine weitere Lektion: Arbeitergenossenschaft oder ESOP

Bei einem anderen Beispiel gab es ein gemischtes Resultat. Das war die Guss-eisen Gießerei in Sharpsville, Pa. Der Inhaber, die Shenango Steel Group, hatte beschlossen, in den frühen 1990er Jahren zu schließen. Die USW Arbeiter leisteten Widerstand, besetzten die Fabrik 42 Tage lang, um die Insolvenzverwalter draußen zu halten. Mit der Hilfe von Associates, einem Bündnispartner

von CLCR in New York City, kauften sie die Gießerei und wurden 1993 zu Sharpsville Quality Products, SQP. Das funktionierte fünf Jahre lang gut.

SQP, war jedoch keine Arbeitergenossenschaft sondern ein Unternehmen, in dem Arbeiter Anteile besitzen, was man in den Vereinigten Staaten einen *Employee Stock Ownership Plan*, kurz 'ESOP,' nennt. Im Fall von SQP hatten die Arbeiter 55 Prozent inne, während auswärtige Investoren die restlichen 45 Prozent inne hatten. Als die globalen Stahlmärkte 1998 fielen, nahmen Aufträge dramatisch ab. Die auswärtigen Investoren zogen sich heraus und hinterließen die Arbeiter in einer Liquiditäts- und Kapitalkrise, die sie nicht meistern konnten. Das Unternehmen wurde 2001 aufgekauft und ausgeweitet.

Obwohl sie sich zu entsprechen scheinen, unterscheiden sich Unternehmen, in denen Arbeiter Anteile besitzen (ESOPS), von Genossenschaften. Genossenschaftliches Eigentum (in denen selbstständige Eigner-Mitglieder jeweils eine Stimme haben, oder wo genossenschaftliche Anteile von einer legalen Einheit kontrolliert werden) unterscheidet sich von Angestellten, die Aktienanteile besitzen (ESOPS) (wo Eigentum normalerweise als ein Anteil von Aktien der Angestellten angesehen und ein Angestellten Unterstützungsfond eingesetzt wird). Der Fond, entscheidet unabhängig von den Arbeitern selbst, oft auf Grund von vorausbestimmten Regeln über die Wahl des Managements und die politische Ausrichtung. In diesen Fällen sind die ESOPS lediglich finanzielle Instrumente, die den Arbeitern Dividenden auszahlen, so wie jedem beliebigen Aktionär. Während die Anzahl der Genossenschaften in Arbeitereigentum in den Vereinigten Staaten zur Zeit sehr gering ist, weniger als 500, ist die Anzahl der ESOPS viel größer. Zur Zeit gibt es fast 10.500 ESOPS, die etwa 12,7 Mio. Arbeiter beschäftigen. Fast 13 Prozent der U.S. Arbeitskraft ist in Unternehmen beschäftigt, wo die Arbeiter einen substantiellen Anteil der Aktien besitzen. In vielen Fällen, besitzen sie eine Mehrheit, und in einigen besitzen sie alle Aktien. Das ist der Fall bei etwa 75 Prozent der ESOPS. Während das zu viel Misstrauen der Arbeiter gegenüber den ESOPS führt, gibt es dennoch eine wichtige Minderheit erfolgreicher ESOPS, etwa 25 Prozent, die auch einen guten Anteil von Arbeitsplatzdemokratie besitzen. Die anderen bleiben ein Feld, auf dem um mehr Wirtschaftsdemokratie gekämpft wird.

In dem größeren Kontext gewannen wir einige Schlachten aber verloren dennoch den Krieg. Die Produktion in den Vereinigten Staaten nahm weiter ab. Obwohl die Produktivität der Arbeiter seit 1970 ständig stieg, blieb ihr Einkommen gering oder nahm sogar ab. Viele hielten ihren Lebensstandard aufrecht indem sie sich hoch verschuldeten. Statt Einkommenssteigerungen erhielten sie Kreditkarten und Darlehen für ihre Häuser.

Die Wall Street Krise 2008 machte die Dinge noch viel schlimmer. Seit 2007, wurden 40.000 Produktionsunternehmen im Land geschlossen und zusätzliche 70.000 sind gefährdet. Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt bei 10 Prozent und wenn man Unterbeschäftigte hinzuzieht, erreicht sie 17 Prozent. Bei jungen Afroamerikanern liegt die Arbeitslosigkeit bei über 30 Prozent.

Wie ein Blitz in der Nacht so hat die letzte Krise schnell und höchst genau Prozesse deutlich gemacht, die zuvor halb versteckt gewesen waren. Unter Neoliberaler Politik, werden große Mengen amerikanischen Reichtums auf Kriege und Militarismus vergeudet, in Länder mit niedrigen Einkommen exportiert, oder in das reine Glückspiel der 'Finanzierung' umgeleitet. Es wurde zugelassen, dass Lebenshaltungsniveaus sanken; notwendige soziale und wirtschaftliche Infrastruktur ließ man verfallen und verrotten. Gleichzeitig waren die Reichen noch nie reicher und die Kluft zwischen ungleichen Einkommen war noch nie größer.

Außerdem hatte der Neoliberalismus keine Lösungen zu bieten. Seine Politik 'gegen Staatsintervention – der Markt regelt alles' hatte das Problem verstärkt. Ein 'weiter so' würde die Dinge nur noch verschlimmern.

Die Krise warf auch ein Licht auf die wichtigsten Gräben, die sich innerhalb der herrschenden Eliten der Vereinigten Staaten auftaten. Es gab drei Haupttrends – die neoliberalen *Hegemonists* der Vereinigten Staaten, die neo-keynesianischen multilateralen Globalisten und die anti-globalen Nationalisten. Die Wahlen von 2008, die stattfanden während die Krise sich vertiefte, drängten die Neoliberalen an die Seite und brachten einen neuen historischen Block zum Vorschein unter Obama und den Neokeynesianern, zusammen mit seinen verbündeten Massen in den Gewerkschaften, Minderheitengemeinden und anderen Interessengruppen.

Leider schloss Obamas neuer Block auch eine gewisse Anzahl von reformorientierten Neoliberalen ein. Dies waren Finanzkapitalisten, die bereit waren, alte Dogmen zu überwinden, um ihre eigenen Reichtümer zu retten, während sie versuchten, zu den vor dem *Crash* herrschenden Bedingungen zurückzukehren. Regierungsaktionen waren ihrer Meinung nach zunächst und am dringendsten erforderlich, um aus dem Wall Street Kasino auszusteigen, Maßnahmen, die – auch wenn sie erforderlich waren – von den Massen zutiefst übel genommen wurden.

Im Grunde wurde die wichtigste Frage in der Wall Street vs. Mainstreet Debatte nach der "Industriepolitik" gestellt. Leider haben die jetzigen Führer der beiden Parteien die Frage zugunsten von halbherzigen oder falschen Maßnahmen vom Tisch gefegt.

Aber trotz dieses Fehlens, besteht das tiefer sitzende Problem darin, dass die U.S.A. schon jetzt eine kaum erwähnenswerte Industriepolitik besitzen. Sie hatten eine seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Das ist die Kalte Kriegs militärische-Kohlenstoff und Uran-verbrennende Industriepolitik. Sie verbindet die Regierung tausendfach mit den Kriegsindustrien und den auf Kohlenstoff basierenden Energiekonzernen. Sogar Richard Nixon erkannte das als er einmal meinte, "Wir sind jetzt alle Keynesianer", sogar als sie versuchten, die übrigen Sektoren von Wirtschaft und Gesellschaft im 'Freien Markt' zu halten.

Das Problem ist, dass die militärische Produktion wenig im Sinne von neuem Wohlstand schafft. Ebenso verändert die Kohlenstoffentnahme und seine

Emittierung in die Luft das globale Klima in negativer Weise. Eine militärisch-industrielle Politik bleibt ein Teil des Problems, nicht ein Teil der Lösung.

Industriepolitik: grüne Energie und ‘high road’ Produktion

Glücklicherweise haben die amerikanischen Gewerkschaften einige neue Führer, die die Schlüsselfragen begreifen. Richard Trumka, der neue Präsident von AFL-CIO, und Leo Gerard, der Präsident der *United Steelworkers*, immer noch eine der größten Gewerkschaften des Landes, sind Paradebeispiele. Beide kamen aus einer Vielzahl von Kämpfen und sozialen Bewegungen, die auf den Straßenkrieg der ‘Schlacht von Seattle’ und auf die globalen Gerechtigkeitskonfrontationen in den 1990er Jahren zurückgehen, an die Macht.

Beide, Trumka und Gerard, verstehen, dass der Schlüssel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine neue grüne Energie und eine Industriepolitik der ‘high road’ Produktion ist. Die Ausdehnung der grünen Wirtschaft ist ihrerseits der Schlüssel für ihr eigenes Überleben und die Wohlfahrt ihrer Mitglieder. Die U.S. Gewerkschaften haben weiterhin abgenommen, heute sind in ihnen etwa 12 Prozent der Nicht-Regierungsangestellten organisiert. Daher verstehen sie, dass sie diese Schlacht nicht alleine gewinnen können. Deshalb sehen sie sich nach neuen Verbündeten bei den breiteren sozialen Bewegungen um.

Neue Bündnisse

Zwei neue Projekte sind von besonderer Bedeutung. Eines ist das Blau-Grüne Bündnis vor allem von den Stahlarbeitern und dem Umwelt Sierra Club. Das andere ist die *Apollo Alliance*, von mehreren pro-industriellen Politik *Think Tanks* sowie den Gewerkschaften. Beide beziehen Tausende Aktivisten in einer vier-Wege Partnerschaft zwischen Gewerkschaften, Umweltbewegten, Jugendvereinen und ‘high-road’ grünen Produktions- und Energieunternehmen ein.

Diese Linke-Mitte-Bündnisse sind auf Grund von weiter gehenden Fragen wichtig: Kann der U.S. Kapitalismus sich von der jetzigen Krise erholen und seine Arbeiterklasse angemessen wieder beschäftigen? Theoretisch meinen wir, dass die Antwort ‘Ja’ lautet, aber es wird eine tiefgreifende Strukturreform erfordern, in der die neuen Produktivkräfte und die Infrastruktur für eine grüne Ökonomie aufgezogen werden.

Jedoch wir sind praktisch gesprochen nicht so optimistisch. Der Grund dafür ist, dass die grüne Umstrukturierung es erfordern wird, den Militär-Öl-Industriekomplex in Frage zu stellen und einzuschrumpfen sowie die Sektoren der Finanzspekulanten, die sich auf ihn stützen. Aber heute hat das Finanzkapital immer noch das Kommando, und es opponiert heftig gegen alle neuen Politiken einer grünen und keynesianischen Art, die bedeutende Ausmaße haben. Auch mit dem Wahlsieg von Obama, ist die Kräftekorrelation noch nicht zu unseren Gunsten. Wie ein U.S. Senator kürzlich in Bezug auf den Kongress zugab, die Banken “besitzen den Ort”¹.

¹ “own the place”

Auf längere Sicht sind wir uns auch ganz der Tatsache bewusst, dass sogar eine *'high road'* grüne kapitalistische Wirtschaft schließlich immer noch eine kapitalistische Ökonomie ist. Als solche ist sie für die laufenden Krisen, für Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Krieg anfällig. So sind die Nutzen hier partiell und temporär. Aber sie können uns helfen, einen Teil der Grundlage für eine neue demokratische und sozialistische Ordnung für das 21. Jahrhundert zu legen.

Anders gesagt ist die grüne Ökonomie nicht dasselbe wie die Solidarische Ökonomie obwohl erstere günstige Bedingungen für das Wachsen letzterer bereitstellen kann und umgekehrt. Es ist besonders wichtig, dies festzustellen, da spekulatives Finanzkapital und Neoliberalismus Politiker zwingen, halbherzige Maßnahmen durchzuführen und ansonsten progressive Lösungen zu sabotieren.

Solidarische Ökonomie – eine Erfahrung, von der wir lernen können

Solidarische Ökonomie wuchs unter den Bedingungen einer von Neoliberalen aufgezwungenen Austeritätspolitik in der Dritten Welt und anderswo, so wie im Baskenland in Spanien unter Franco. Mit wenig oder garkeiner Hilfe von der Regierung wandten sich Leute einander zu, um Mittel zum Überleben mit den zur Verfügung stehenden Instrumenten zu schaffen. Viele dieser Bemühungen schafften es nicht, im großen Maßstab zu existieren und gingen baden. Aber viele sind auch erfolgreich. Einige, so wie die Mondragon Genossenschaften in Spanien, sind wichtige Beispiele erfolgreicher Erfahrungen, von denen wir lernen können.

In den Vereinigten Staaten sind wir Nachzügler in der Solidarischen Ökonomie Bewegung. Wie ich zuvor sagte, haben wir von ihrer Bedeutung gelernt auf Grund unserer Schwierigkeiten bei dem Widerstand gegen Unternehmensschließungen und bei dem Versuch, Unternehmen in Arbeiterhand und von Arbeitern kontrolliert zu etablieren. Die deutsche Erfahrung mit Arbeiter Mitbestimmung, Arbeiter Partizipation, fortschrittlicher Industriepolitik, Berufsschulprogrammen, mit allen möglichen Problemen, ist immer noch beachtlich fortgeschritten gegenüber den typischen amerikanischen Situationen. – Wir müssen eine Menge von Euch lernen; de facto haben wir schon viel bei früheren Besuchen gelernt.

Wichtige Schritte

Kürzlich haben wir jedoch einige wichtige Durchbrüche. Erstens war da die Gründung des *US Solidarity Economy Network* (SEN) im März 2009. Es wuchs aus 80 *Workshops* und Podien, die das U.S. Sozialforum 2007 in Atlanta, Georgia, durchführte, an dem etwa 12.000 junge Leute teilnahmen. So haben wir jetzt ein existierendes Netzwerk von Dutzenden von Organisationen und hunderten von Praktikern, die eine Reihe von Erfahrungen in lokaler Solidarischer Ökonomie jeder Art miteinander teilen.

Zweitens die Ankündigung der Stahlarbeiter, der größten Industriegewerkschaft (USW), im Herbst 2009, dass sie eine Übereinkunft mit Mondragon, dem weltweit größten Netzwerk von Arbeitergenossenschaften (MCC), getroffen hatten, eine Serie von Produktionsgenossenschaften in den Vereinigten Staaten zu entwickeln. Angesichts des Misstrauens unter führenden Stahlarbeitern aufgrund früherer Erfahrungen mit ESOPs, geht diese Partnerschaft sehr vorsichtig vor. Die USW schaut sich nach kleinen funktionierenden Unternehmen um, um sie zu übernehmen und mit der Hilfe von MCC, sie in Genossenschaften umzustrukturieren. Ein Unterschied zu MCC ist, dass alle Arbeiter-Eigner Mitglieder dieser Genossenschaften auch USW Mitglieder sein werden. Dieses war eine radikale und willkommene Abweichung von der früheren Gewerkschaftspolitik, die unsere Niederlage in dem Stuart-Warner Kampf bewirkt hatte.

Der Prozess, der zu dieser Übereinkunft geführt hatte, ist interessant. Er begann mit einem gemeinsamen Projekt der USW und dem Staat von Pennsylvania, um GAMESA, das spanische *'high road'* Windturbinenunternehmen, in mehrere Bezirke in dem Bundesstaat zu bringen. In dem östlichen Teil des Bundesstaates, wurden zwei verlassene Stahlhütten aufgerüstet und mit neuem Werkzeug ausgerüstet, um Turbinen zu produzieren. Im Westen wurde eine Fabrik für den Bau von großen Windmühlenflügeln aufgebaut. Insgesamt wurden etwa 1.000 neue Jobs geschaffen, wobei GAMESA bereit war, nicht in den Gewerkschaftsaufbau zu intervenieren. Heute sind alle Arbeiter in der USW.

Per Zufall war der U.S. Vertreter für GAMESA auch der nordamerikanische Vertreter von Mondragon. Während der Entwicklung des GAMESA Projektes, schlug er der USW vor, weiterzugehen und zu überlegen, eine Reihe neuer Unternehmen nach dem Muster der Mondragon-Genossenschaften zu gründen. Die Gewerkschaft war einverstanden und die Suche nach der ersten Gruppe von Fabriken, die aufgekauft und in Genossenschaften umgewandelt werden können, ist jetzt im Gange.

Drittens war die Eröffnung der Austin Polytechnical Academy in Chicago im Herbst 2007. Dies ist eine öffentliche Hochschule, die in einer afro-amerikanischen Nachbarschaft mit niedrigem Einkommen in Chicago gegründet wurde. CLCR war ein Initiator und diente in dem Entwurfsteam und im Management. Von Mondragon inspiriert, hat die Schule hochtechnologische Fertigung unter Arbeitereigentum in ihrem Curriculum und in ihrer Zielsetzung. Sie ist Partnerin von lokalen Gewerkschaften und hochtechnologischen Produzenten. Kürzlich sandte sie eine Gruppe ihrer Studenten in die Mondragon Universität nach Spanien. Obama hat sie als Modell für das ganze Land deklariert.

Viertens war die Eröffnung der *Evergreen Cooperatives* in Cleveland/ Ohio im Herbst 2009. Sie begann mit drei Genossenschaften nach Mondragon Vorbild, einer industriellen Wäscherei, einem Unternehmen für Solarpanel-Aggregat-Aufbau, und einem großen Gewächshaus für urbane Landwirtschaft,

in dem frische Produkte für den städtischen Markt und städtische Restaurants angebaut werden. Ein Dutzend weiterer Genossenschaften werden hier geplant.

Fünftens die Gründung des Chicago Manufacturing Renaissance Council im Jahr 2005, mit Dan Swinney von CLCR als Exekutivem Direktor. Dies ist ein größeres Bündnis zwischen Arbeit, Stadtregierung, Lehrern, Organisationen der Gemeinde und Unternehmen, engagiert für Produktion mit hoher Wertschöpfung. Eines seiner laufenden Projekte ist das Chicago Green Manufacturing Network. In Partnerschaft mit dem *Great Lakes Wind Network* in Cleveland, hat das Renaissance Council diese neue Initiative etabliert, um Chicago als Basis für die globale Beschaffungskette für die Windturbinenherstellung aufzubauen. Das Programm zielt darauf ab, Windenergie OEMs – Unternehmen in der ganzen Welt, die Turbinen entwerfen und aufstellen – mit lokalen Produktionsunternehmen in Verbindung zu bringen, die hoch spezialisierte, technologisch komplexe Turbinenteile, deren Angebot knapp ist, herstellen können.

Eine offensichtliche Lösung ist die Konversion militärischer Produktion in grüne Energieproduktion. Aus politischen Gründen ist es auch die schwierigste. Aber es gibt einige Beispiele. Eines ist das *Bath Iron Works* im Bundesstaat Maine, das Zerstörerschiffe für die *U.S. Marine* baut. Mehrere seiner Werften werden auf Grund von Rückstufungen des Verteidigungshaushaltes für diese Güter geschlossen oder in andere Staaten transferiert. Eine Koalition von Friedensorganisationen, Umweltbewegten und Gewerkschaften hat sich gebildet, um die leeren Werften in Wind Turbinen und Solar Panel Montage umzuwandeln. Aber sie müssen noch solide Siege erringen.

Lektionen, die wir gelernt haben

Bei diesen neuen Errungenschaften haben wir mehrere sehr wichtige Lektionen gelernt. Erstens, die Solidarische Ökonomie entwickelt sich am besten auf dem weiteren Feld der grünen Wirtschaft. Auf diese Weise hat sie mehr Bündnispartner und mehr Möglichkeiten. Zweitens, die Solidarische Ökonomie besteht nicht nur in Genossenschaften in Arbeitereigentum. De facto bergen Arbeitergenossenschaften selbst große Risiken fehl zu schlagen. Die Erkenntnis des Mondragon Modells ist, dass Arbeitergenossenschaften im Rahmen eines drei in eins Bündnisses erfolgreich sind: einer Fabrik in Arbeiterhand, Banken oder Kreditgenossenschaften und Schulen in Arbeiterhand. Die drei arbeiten sehr gut zusammen, da Arbeitergenossenschaften meistens auf Grund fehlender unabhängiger Quellen für Darlehenskapital und Innovationen und Ausbildung von Fähigkeiten scheitern. Jenseits dieser drei benötigen sie ein breites Spektrum positiver Beziehungen mit den sie umgebenden Gemeinden. Dies zu ermöglichen, ist die Funktion der Renaissance Councils.

Es ist auch wichtig, die Genossenschaften der Solidarischen Ökonomie aus einer utopischen Perspektive zu betrachten. Wir werden nicht zum Sozialismus kommen indem wir einfach Arbeitergenossenschaften multiplizieren bis wir eine

kritische Masse haben, die das Privatkapital überwältigt. Wir stehen vor einem viel schwierigeren und komplexeren Terrain des politischen- und Klassenkampfes.

Arbeitergenossenschaften können sehr gut als Brücken zu einer Zukunft von Wirtschaftsdemokratie gesehen werden, selbst nur eine Komponente einer sozialistischen Ordnung. So wie radikale Strukturreform innerhalb des Kapitalismus, dienen sie als Schulen im Kampf indem sie die kritische Frage stellen: Wenn wir Arbeiter unsere eigenen Fabriken betreiben, warum können wir nicht unsere eigenen Städte anführen? Wenn wir unsere Städte anführen, warum können wir nicht die Lehrmeister unserer Länder sein? Die Antworten sind natürlich nicht einfach, aber die Fragen sind wesentlich insofern als sie weitere Nachforschungen auslösen und das Klassenbewusstsein erweitern und stärken.

Die Arbeitergenossenschaften sichern starke Punkte in den größeren Arenen des Kampfes, insbesondere in der Sphäre der Märkte und der Produktion von Reichtum, wo die Linke traditionell nicht stark war. Aber unsere Fähigkeit, sie aufzubauen ist eine entscheidende Komponente unserer Fähigkeit, einen Positionskrieg zu führen, der – zusammen mit vielen anderen Taktiken – uns befähigen wird, eine starkes, gegenhegemonisches Bündnis aufzubauen.

Eine kritische Herausforderung, der wir in den Vereinigten Staaten gegenüberstehen ist es, politischen Arm und Stimme für die Solidarische Ökonomie und die tiefen Strukturreformen grüner Industriepolitik zu finden. Wir sind durch die rückwärts gewandteste Wahlgesetzgebung jedweder fortschrittlichen Industriegesellschaft gebunden. Wir sind in einem Zwei-Parteien-System eingesperrt, wo eine Partei, die Republikaner, vollkommen vom Neoliberalismus und von sogar noch mehr rechts stehenden Kräften dominiert ist. Die Demokratische Partei ist eine Mischung aus 'Blue Dog' Neoliberalen, unternehmerischen Neokeynesianern und einer Handvoll von Sozialdemokraten, die oft mit sich selbst im Krieg sind. Ihr progressiver Flügel ist signifikant, aber immer noch eine Minderheit. Wir haben nur einen unabhängigen Sozialisten im gesamten Kongress, Senator Bernie Sanders von Vermont.

Wir versuchen, eine einfache aber klare Richtlinie beizubehalten. Selten gewinnen wir oben, wenn wir es noch nicht an der Basis geschafft und konsolidiert haben. Also, mit einer klaren Plattform für weiter gehende Demokratie zusammen mit grüner Energie und struktureller Reform der Produktion, arbeiten wir, um unsere unabhängigen Basisgemeinden und Bündniskoalitionen aufzubauen, Stadt für Stadt, Bundesstaat für Bundesstaat, indem wir gewinnen und aufbauen, was wir können, indem wir Kraft gewinnen, indem wir nach außen und nach oben andere erreichen. Beizeiten wird dieser lange Marsch durch die Institutionen unsere Feinde einkreisen und wird ihnen dann ein Angebot machen, das sie nicht zurückweisen können – sie werden sich verändern oder zur Seite treten. Der Kampf wird lange dauern und er wird heftig sein, aber wir werden uns auf das Schlimmste vorbereiten, während wir das Beste erhoffen.

Aus dem Englischen Clarita Müller-Plantenberg

‘Ein Arbeiter, eine Stimme’: Nordamerikanische Stahlarbeiter experimentieren mit Fabrikeigentum im Mondragon Stil¹

Carl Davidson

Die “United Steel Workers Union”, Nordamerikas größte Industriegewerkschaft, kündigte eine neue Zusammenarbeit mit der weltweit größten Genossenschaft in Arbeitereigentum, Mondragon International, an, die ihren Sitz im Baskenland in Spanien hat. Die Information über diese Ankündigung verbreitete sich schnell unter den Aktivisten der „Globale Gerechtigkeit Gruppen“, den Aktiven Gewerkschaftern, den Organisatoren von wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Sozialisten, grünen Unternehmern und Genossenschafts-Praktikern aller Sorten. Nicht Wenige zogen die Augenbrauen hoch aber die Reaktion der überwiegenden Mehrheit war, „Wunderbar! Wie können wir helfen?“

Die Vision hinter der Vereinbarung ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, aber in einer neuen Richtung. Da die Regierungsanstrengungen durch die Gier von Finanzspekulantinnen unterdrückt bzw. abgedrosselt wurden und Privatkapital an billiger Arbeitskraft in Übersee interessiert war, werden die Gewerkschaften die Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen, willige Partner finden und selbst Arbeitsplätze schaffen, aber in nachhaltigen Unternehmen in Arbeitereigentum.

"Wir sehen die heutige Übereinkunft als einen historischen ersten Schritt in Richtung darauf, Genossenschaften von Gewerkschaften zu einem gangbaren Unternehmensmodell zu machen, das gute Arbeitsplätze schaffen, Arbeiter stärken und Gemeinden in den Vereinigten Staaten und Canada unterstützen kann“, sagte der Präsident Leo W. Gerard der Union of Steelworkers (USW) *"Zu oft haben wir gesehen, wie Wall Street Unternehmen ausgesaugt hat, in dem sie ausgeschlachtet wurden und wie Gemeinden geschwächt wurden, indem Arbeitsplätze abgebaut und Unternehmen geschlossen wurden. Wir brauchen ein neues Unternehmensmodell, das in Arbeiter und Gemeinden investiert."*

"Das ist eine wunderbare Idee“, sagte Rick Kimbrough, ein Stahlarbeiter in Rente von Aliquippa, PA, und ein 37 Jahre alter Veteran von Jones and Laughlin Steel. "Seit sie unsere Stahlfabrik geschlossen haben, habe ich gedacht, warum sollten wir nicht die Eigentümer davon sein?" Wenn wir das wären, würden sie nicht wegrennen." J&L's Aliquippa Works war einstmals eine der größten Stahlfabriken der Welt, aber jetzt ist sie geschlossen und zum größten Teil abgebaut. Ein Großteil der Produktion wurde nach Brasilien ausgelagert.

¹ Solidarity Economy Net 27. Oktober 2009 Stahlarbeiter zielen auf den Aufbau von Arbeitsplätzen über Fabriken in Arbeitereigentum

Die USW Partnerschaft mit Mondragon war ein mutiger Streich.

Obwohl es in den Vereinigten Staaten kaum bekannt war und obwohl die Massenmedien es kaum wussten, war das Genossenschafts Konsortium Mondragon (MCC) seit 50 Jahren der Mutterboden für frische Ideen über Wirtschaftsdemokratie und soziales Unternehmertum.

Es begann 1956 mit 5 Arbeitern in einem kleinen Unternehmen, das Kerosin-öfen herstellte, MCC hat heute über 100.000 Arbeiter-Eigentümer in etwa 260 Unternehmen in 40 Ländern.

Jährliche Verkäufe belaufen sich auf über 16 Mrd. EUR mit einer breiten Produktpalette: *high-tech* Werkzeugmaschinen, Busse, Haushaltsmaschinen und eine Kette von Supermärkten. MCC besitzt auch seine eigene Bank, Kliniken, Wohlfahrtssystem, Schulen und 4.000 Studenten in der Mondragon Universität – alles Genossenschaften in Arbeitereigentum.

Im letzten Jahrzehnt gab es eine ein halbes Dutzend Initiativen, dieses Modell und die MCC-Methoden auf Projekte in den Vereinigten Staaten von Amerika anzuwenden. Fast alle sind auf kleiner Basis – mehrere Bäckereien in dem Bay Area, einige Buchläden, und kürzlich eine industrielle Wäscherei sowie ein Solar-Panel-Unternehmen in Cleveland. In Chicago wurde die Austin Polytechnical Academy, eine neue öffentliche Hochschule in einer Nachbarschaft mit niedrigem Einkommen von Mondragon inspiriert, und eine Gruppe seiner Schüler hat vor Kurzem an einer Studienreise von MCC im Baskenland teilgenommen.

Aber die USW Initiative, und der potentielle Einfluss dahinter, stellt die Mondragon Vision in einen weiteren Zusammenhang. So würde zum Beispiel eine integrierte Kette von Unternehmen in Arbeiterhand eine grüne Restrukturierung der nordamerikanischen Wirtschaft nicht nur eine starke Kraft an sich sein. Sie würde auch Auswirkungen nach sich ziehen, die wahrscheinlich die anderen Regierungs- und privaten Anstrengungen sowohl dazu anspornen, sie zu ergänzen als auch mit ihr zu konkurrieren.

Die USW geht vorsichtig vor. „Wir sind hier eine Verpflichtung eingegangen“, sagte Rob Witherell vor Kurzem während eines Interviews in seinem Organisationsbüro in dem Hauptquartier der USW Pittsburgh. *„Aber aus dem Grund, wollen wir sicher gehen, dass wir es richtig machen, auch wenn das bedeutet, dass wir langsam auf bescheidener Basis beginnen. Witherell erläuterte“ Was das zurzeit bedeutet ist, dass die USW nach gangbaren kleinen Unternehmen in passenden Sektoren sucht, wo die jetzigen Eigner interessiert sind auszusteigen. Die Union sucht auch nach Finanzinstitutionen, die produktive Investitionen suchen, so wie Genossenschaftsbanken. Es kann kompliziert werden,“* fuhr Witherell fort. *„Man muss nicht nur die Abfindung finanzieren, sondern man muss auch einen Weg finden, wie man den Arbeitern Geld leihen kann, um zu kaufen, so dass sie es zu vernünftigen Raten in einem Zeitraum zurückzahlen können und dennoch ordentlich leben können.“*

Der Kern des Mondragon Modells wurde in den 1950er Jahren von einem katholischen Priester, Pater José Maria Arizmendi entwickelt. Es begann mit

einer Schule, einer Genossenschaftsbank und einem Laden – all dies war das Eigentum von Arbeitern, von denen jeder gleiche Einlagen gemacht hatte und gleiche Stimmrechte besaß. Der drei-in-eins Kombination erlaubt es der Genossenschaft, auch Finanzierung und Ausbildung mit eigenen Ressourcen zu organisieren. Die Arbeiter-Eigner können nicht entlassen werden. In regelmäßigen Versammlungen stellen sie ihre Manager an und entlassen sie und bestimmen die allgemeine Politik und Richtung des Unternehmens. Die Arbeiter entscheiden selbst über die Einkommensverteilung zwischen dem geringst bezahlten Arbeiter und dem höchst bezahlten Manager, was zurzeit im Durchschnitt etwa 1:4,5 beträgt (Verglichen mit den Vereinigten Staaten von Amerika 1: 400). Da die Arbeiter-Eigner Ressourcen akkumulieren, können sie die Gründung von neuen Genossenschaften unterstützen, indirekt durch ihre Bank und direkt über ihre Unternehmen, und sie in die Gesamtstruktur der MCC Lenkung integrieren. Dies ist es, wie sie von einem kleinen Unternehmen auf 260 Unternehmen in den letzten 50 Jahren anwachsen konnten. Schließlich, wenn ein Arbeiter-Eigner sich zur Ruhe setzt, kann er oder sie abgefunden werden, aber der Anteil kann nicht verkauft werden. Er steht nur für den Kauf durch einen neuen Arbeiter-Eigner des Unternehmens zur Verfügung.

Dieser letzte entscheidende Punkt wurde von Arizmendi im Zuge seines gründlichen Studiums der katholischen Soziallehre sowie der Werke von Karl Marx und des englischen Genossenschafters Robert Owen entwickelt. Arizmendi fand, dass die Fähigkeit des Arbeiter-Eigners, an irgendjemanden verkaufen zu können, eine Schwachstelle in Owens Konzept sei, da sie Außensternern ermöglichte, die erfolgreicher Genossenschaften zu kaufen indem sie ihre Arbeiter zurück in Lohnarbeiter verwandelte, während die Ressourcen für die anderen weniger erfolgreichen Genossenschaften gedrosselt wurden. Mit Arizmendis neuem Zugang, sind nur vier von mehreren hundert MCC Genossenschafts-Unternehmen fehl geschlagen während des halben Jahrhunderts seit Mondragon angefangen hat.

Der Unterschied zwischen Arbeiter-Eigner Genossenschaften im Mondragon Stil und Arbeiter-Aktiengesellschaften², die in den Vereinigten Staaten überwiegen, hat mit legalen Strukturen und Kontrolle zu tun. In einer Arbeiter-Aktiengesellschaft, gehört ein Teil der Unternehmensaktien – von einem großen Minderheiten Block bis zu 100 Prozent – Arbeitern, aber es ist ein Treuhandfond. Sein Wert schwankt mit dem Aktienmarkt und Arbeiter können Dividenden erhalten, wenn sie bezahlt werden, sie können mehr Aktien kaufen oder sich ausbezahlen lassen,³ wenn sie sich zurückziehen. Wenn sie sich ausbezahlen lassen, bezahlen sie Steuern auf die Summe, die verbleibt, es sei denn sie bringen es in ein steuerbegünstigtes Sparkonto⁴. Im Großen und Ganzen sind

² ESOPs, oder Employee Stock Ownership Programs

³ "cash out"

⁴ Individual Retirement Account (IRA)

Arbeiter-Aktiengesellschaften Finanzierungsinstrumente und führen nicht automatisch zu Arbeiterkontrolle am Arbeitsplatz oder eine Rolle bei der Definition der Unternehmens-Kapitalstrategien. Die Manager werden von dem Vorstand des Unternehmens angestellt, die dann mit dem Treuhandfond verbunden werden. "Wir haben sehr viele Erfahrungen mit Arbeiter-Aktiengesellschaften," sagt Gerald, "aber wir haben herausgefunden, dass die Wall Street Leute nicht lange brauchen, um die Arbeiter zur Seite zu stoßen und erneut die Kontrolle zu übernehmen. Wir sehen das Mondragon Genossenschaftsmodell mit ‚ein Arbeiter eine Stimme‘-Eigentum als ein Mittel, Arbeiter erneut zu stärken und Unternehmen erneut gegenüber der Öffentlichkeit anstelle gegenüber der Wall Street rechenschaftspflichtig zu machen. "

Die USW wird jedoch zumindest auf einer Modifizierung des Mondragon Modells bestehen: die Arbeiter-Eigner werden in Gewerkschaften organisiert sein und kollektive Tarifvereinbarungen mit dem Management Team abschließen. Dies führt zu einer einzigartigen Situation bei der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter eine Übereinkunft mit sich selbst als Arbeiter Versammlung und mit dem Management Team, das sie anstellen, schließen. Dies ist kein so großes Problem wie es zunächst erscheinen mag. "Dies ist nicht der Himmel und wir sind keine Engel" ist ein häufiger Satz, den Besucher in Mondragon hören", sagte Michael Peck, MCCs nordamerikanischer Delegierter. Innerhalb der Struktur jedes MCC Unternehmens ist ein "Soziales Komitee" der Arbeiter, das sich um ihre weiterreichenden sozialen Fragen kümmert. Aber, es musste mit der Zeit auch die Rolle der Regelung alltäglicher Streitereien mit dem Management Team übernehmen und diente daher de facto als eine Gewerkschaft. "Klassenkampf geht sicherlich weiter, auch in einer modifizierten Form in einer Arbeitergenossenschaft.

Es gibt auch andere Charakteristika, die einzigartig für MCC sind, die auf seine Nachbildung in den Vereinigten Staaten zutreffen mögen oder auch nicht. Pater Arizmendi entwickelte seinen Plan als einen Überlebensmechanismus auf Gemeinde-Ebene nach der Zerstörung durch den Spanischen Bürgerkrieg und den Zweiten Weltkrieg. Er war unter Franco eingekerkert.

Das Baskenland war ein Zentrum des Widerstandes gegen Franco. Es befand sich nicht nur in wirtschaftlichem Ruin sondern wurde auch von der Franco Regierung dadurch bestraft, dass ihm Ressourcen versagt wurden. MCC entwickelte sich durch Selbstvertrauen. Da die MCC Arbeiter-Eigner nicht als Lohnarbeiter bezeichnet werden können, jedoch ihr Einkommen von einem Teil der Profite erhalten, werden sie nach der spanischen Rechtsprechung vom Großteil des Sicherheitsnetzes der sozialen Wohlfahrt, das den Arbeitern gehört, ausgeschlossen. MCC antwortete darauf indem es sich organisierte und seine eigene Genossenschaften 'zweiten Grades' finanzierte – Gesundheitsdienst-Kliniken, Rentenpläne, Schulen und andere soziale Dienste, alle in Genossenschaftsform mit ihren eigenen Arbeiterversammlungen. Viel von dieser integrierten Struktur zweiten Grades mag in den Vereinigten Staaten nicht erforderlich sein. Hier mag es mehr Sinn für Unternehmen in Arbeiterhand machen, lokale oder regionale

Genossenschafts- und *stakeholder*-Vereinbarungen mit kommunalen Regierungen, Kreditgesellschaften, Gemeinde-Schulen und technischen Hochschulen, und anderen *non-profit* Institutionen aufzubauen.

Worin besteht die Partnerschaft für Mondragon? José Ugarte, der Präsident von Mondragon International erklärte: *"Was wir heute ankündigen ist historisch erstmalig – wir verbinden die größte Industriearbeitergenossenschaft mit einer der weltweit progressivsten und vorwärts denkenden Industriegewerkschaft, um zusammen zu arbeiten, sodass unser gemeinsames know-how und die komplementären Visionen Industriepraktiken in Nord Amerika transformieren können. Wir fühlen uns inspiriert, diesen Schritt zu gehen, der ausgeht von unseren gemeinsamen Werten mit den Stahlarbeitern, die immer wieder bewiesen haben, dass die Zukunft denen gehört, die Visionen und Wert mit Menschen verbinden und allen dreien erste Priorität zuweisen."*

Neben seinen zentralen Werten und seiner einzigartigen Eigentumsstruktur, bleibt MCC immer noch ein Unternehmen, das Güter produziert und Dienstleistungen auf den Märkten zur Verfügung stellt. Es ist in Spanien verankert aber es reicht über den Globus. Es sucht danach, sich zu erhalten und zu wachsen, obwohl es nicht von demselben ‚Wachsen oder Weichen‘ Zwang der traditionellen Unternehmen in gesellschaftlicher oder privater Hand getrieben ist. Wenn mehr Arbeiter-Eigner dazu kommen, hat jeder Arbeiter ein kleineres Stück des größeren Kuchens. Es gibt keine nichtproduzierenden Anteilseigner, die Superprofite scheffeln oder die mit ihren Anteilen spekulieren, wenn ihr Wert steigt oder fällt.

MCC Unternehmen konkurrieren immer noch mit traditionellen Rivalen um Kunden auf dem Markt und suchen auf diese Weise immer nach einem Wettbewerbsvorteil. MCC Unternehmen sind zum Beispiel vor allem bekannt für Produkte hoher Qualität. Aber wenn dies mit der Tatsache der Selbstverwaltung einher geht und sie weitaus weniger Kontrolleure bezahlen müssen, kommen die Produkte höherer Qualität mit einem niedrigeren Preis auf den Markt. Das führt dazu, dass MCC zu den führenden Unternehmen der spanischen Wirtschaft gehört.

MCC sucht auch nach anderen Vorteilen, wie zum Beispiel horizontale Integration und Sicherung der wettbewerbsfähigen Nachschubquellen. Daher ist es vorsichtig in Übersee expandiert, hat Versorgungsunternehmen oder andere komplementäre Unternehmen gekauft, und versucht, sie in die genossenschaftliche Struktur von MCC umzuwandeln. Oft bekommen sie jedoch Schwierigkeiten, wenn die Gesetze eines anderen Landes Genossenschaften nachteilig behandeln.

Das ist nicht der Fall in den Vereinigten Staaten, wo es – obwohl Industriegenossenschaften nicht häufig sind – wenige nicht gerechtfertigte Restriktionen für ihre Gründung gibt. "Da wir nach Unternehmen Ausschau halten, um sie zu kaufen“, sagte Witherell, "ist MCC nicht nur interessiert, Unternehmen aufzu-

kaufen und die Arbeiter als Angestellte zu haben. Es ist der MCC Vertreter, der stets darauf drängt, möglichst schnell zu Arbeiter-Eigentum überzugehen."

Die Mondragon Initiative ist nicht das erste innovative Projekt der Stahlarbeiter, die weitere Bündnispartner suchen. Mit der Ermutigung des Internationalen Präsidenten Leo Gerard, half die USW – nach den anti-WTO Straßenkämpfen in Seattle in den 1990ern – das Blau-Grüne Bündnis zusammen mit dem Sierra Club und den anderen Umweltaktivisten zu gründen. Es hat sehr eng mit Van Jones⁵ und mit der 'Green for All's jobs initiatives' zusammengearbeitet. Die Gewerkschaft spielt eine wichtige Rolle in den jährlichen Konferenzen zu 'Good Jobs, Green Jobs'. Die USW nahm als großer Teilnehmer in der eine Woche andauernden Reihe von oppositionellen Veranstaltungen zum G20 Gipfel in Pittsburgh teil.

Für Gerard und die USW, sind diese Bündnisse Fragen von größter Praktikabilität, es sind Überlebensfragen. Gerard weist darauf hin, dass 40.000 Industrieunternehmen in den Vereinigten Staaten seit dem Beginn der Wirtschaftskrise 2007 aufgegeben haben und zwei Mio. Leute auf die Straße geworfen haben. Seine Antwort ist die Strukturreform in der Wirtschaft gemäß den Linien einer 'grünen industriellen Revolution' die mit einer Besteuerung der Finanztransaktionen des spekulativen Kapitals, bekannt als 'Tobin Steuer' finanziert werden soll.

"Wenn die Amerikaner grün werden – bei der Herstellung von Windmühlen und Solarzellen – würde das sowohl der Wirtschaft als auch der Umwelt nützen", sagte Gerard in einem Artikel für die Kampagne für Amerikas Zukunft. "Das Wall Street Debakel, das das Land 2008 in die Große Rezession gestoßen hat, zeigte, dass die Vereinigten Staaten sich nicht auf Handel mit obskuren Finanzprodukten verlassen kann, um seine Wirtschaft zu unterstützen.

Um zu überleben muss Amerika in der Lage sein, wertvolle Produkte herstellen zu können, die hier und international gehandelt werden können. " Er stellt oft fest, dass es 200 Tonnen Stahl und 8.000 bewegliche Teile in jeder großen Windturbine gibt – ein Konzept, das nie an den arbeitslosen und unterbeschäftigten Industriearbeitern vorbei geht, wenn sie es hören.

Derselbe Punkt ist nicht uninteressant für kleine und mittlere Unternehmen, die nach Aufträgen für neue Vorhaben suchen. Dies ist es, wo grüne Unternehmer Bündnisse mit Genossenschaften in Arbeiterhand, Gewerkschaften, Beratern für die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Globalen Gerechtigkeitsbewegung aufbauen können. Die Schlüsselfrage ist, ob der politische Wille und die Organisationsfähigkeit zusammengebracht werden können, damit all das in einer Weise geschehen kann, die die Stärke und das Leben der Arbeiterklasse am meisten erhöht. Hier kommt der Ball zurück auf das Feld der linken Organisatoren und der Solidarische Ökonomie Aktivisten.

⁵ Gründer von 'Green for All' und Autor von 'The Green Collar Economy' ein Afro-Amerikaner mit marxistischer Geschichte, der von Obama auf einen hohen Umweltposten berufen wurde, dann unter Druck der extremen Rechten 'zurücktrat'.

Eine helfende Hand für die neue Initiative bedeutet eine Menge Recherche in Bezug auf die Situation der lokalen Unternehmen, sowie den Aufbau von Bündnissen, die Schaffung von Öffentlichkeit und den Beitrag von Bildungsarbeit unter all jenen, die betroffen sind. Da sind nicht zu viele und es ist eine Menge zu tun.

Aus dem Englischen von Clarita Müller-Plantenberg

Frühwarnsysteme: Vorsorgeinstrumente für Arbeit in der Regionalen Ökonomie¹

Dan Swinney

Als Antwort auf die Krise der Industrie in den 1980er Jahren

In der unberechenbaren Wirtschaft der Vereinigten Staaten der 1980er und 1990er Jahre wurden Unternehmen im Bemühen, Profite zu maximieren, immer wieder verkauft, umstrukturiert, verkleinert und oft geschlossen. Manchmal werden diese Arbeitsplätze in Staaten oder Ländern neu angesiedelt, wo Arbeit und andere Kosten billiger sind. Manchmal schließen Unternehmen, da schlecht geplant wurde oder weil es keinen Zugang zu notwendigen Ressourcen gab. Einige Unternehmen sollten schließen, obwohl sie durch vorsorgende Recherche und Forschung gerettet werden könnten, wenn die realen Probleme identifiziert werden, für die es reale Lösungen gibt.

Diese Entwicklungen haben die industrielle Grundlage der Nation verwüstet. Seit 1978, sind in den USA über 43 Mio. Fabrikarbeitsplätze verloren gegangen. Städte wie Chicago wurden besonders hart getroffen – insbesondere in den Gemeinschaften der Minderheiten – da diese Arbeitsplätze oft die Hauptstütze von Arbeiterfamilien sind. In den 1980ern schlossen über drei Tausend der sieben Tausend Fabriken in Chicago, was zu einem Verlust von über 150.000 Fabrikarbeitsplätzen und in den 1990ern gingen auf diese Weise über 50.000 Arbeitsplätze verloren. Darüber hinaus hat der Verlust dieser Arbeitsplätze Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft und führt zu einem durchschnittlichen Verlust von 2,5 bis zu 3 Arbeitsplätzen in anderen Branchen, sowie zu einem Verlust von verwendbarem Einkommen, dass im Einzelhandel ausgegeben worden wäre, weiterhin zu einem Verlust von dringend benötigten Steuereinkommen und einem Anwachsen von Sozialausgaben z.B. für Arbeitslosigkeit und Wohlfahrt.

Die vorherrschende Sicht unter den meisten Anführern sowie in der Öffentlichkeit ist, dass diese Auswirkungskette und ihre Konsequenzen **unvermeidlich** sind. Die Logik ist, dass wir in einer neuen globalen Wirtschaft leben und Zeugen eines grundsätzlichen Wandels in der internationalen Arbeitsteilung sind. Die neue Rolle für die USA und andere Teile der entwickelten Welt ist es, als Quelle von Intelligenz, Vermarktung, Information und Finanzen zu dienen. Die Entwicklungsländer werden mit ihren niedrigen Arbeitskosten das Zentrum für Produktion sein.

¹ Presented to the Third International Congress of the Work and Labour Network, "Labour, Globalization and the New Economy," Osnabruck, Germany, May 22-25, 2002.

Das *Center for Labor and Community Research* (CLCR) wurde 1982 als Antwort auf die Welle von Werksschließungen in Chicago von lokalen Anführern der Stahlarbeitergewerkschaft, sowie von Anführern des Gemeinwesens und anderen, die sich um die Krise der Industrie Sorgen machten, gegründet. Wir konzentrierten uns auf die Probleme einzelner Unternehmen und Gemeinden, und wurden gerufen, um zu versuchen zu verhindern, dass einzelne Unternehmen geschlossen werden. In den 1980ern, hatten wir die Möglichkeit, hunderte von Unternehmen anzuschauen, die entweder geschlossen wurden oder dem Risiko der Schließung ausgesetzt waren.

Natürlich fanden wir einige Unternehmen, die wirklich schließen mussten – wie die der Hersteller von Rechenschiebern. Ihre Produkte oder Technologie waren vollkommen veraltet und es gab gar keine Möglichkeit, wie sie auf dem Markt produzieren könnten. Auf der anderen Seite war die überwältigende Mehrheit der Unternehmen, die untersucht wurden, nicht obsolet. Sie waren einem Risiko auf Grund von Problemen, die eine Lösung in unserer Wirtschaft unter dem bestehenden System besaßen, ausgesetzt. Einige Probleme waren einfach und erforderten direkte Lösungen; andere waren komplex.

In den frühen 1980ern, fanden wir viele größere Unternehmen, die schlossen und zwar nicht weil irgend ein objektives Erfordernis des Marktes nicht erfüllt werden konnte, sondern auf Grund einer bestimmten Unternehmensstrategie, die darauf fußte, dass der höchst mögliche Gewinn in kürzester Zeit erreicht werden sollte, und weil sie es ablehnten beziehungsweise dabei scheiterten, adäquate Investitionen in dem Unternehmen zu tätigen, die ein langfristiges Überleben gesichert hätten. Eine lokale Gesellschaft, Taylor Forge, wurde von dem Mischkonzern Gulf & Western (G+W) gekauft, der eine Unternehmensstrategie hatte, die als *“milking the cash cow”*² beschrieben wurde. Sie konzentrierte sich darauf, Bargeld aus dem Unternehmen abzuziehen und es für andere Investitionen zu nutzen. Es gab keine langfristige Verpflichtung mit dem Unternehmen und Taylor Forge schloss es 1983. Ein anderes Unternehmen in Chicago wurde von dem britischen Mischkonzern BTR gekauft, und die Produktion wurde zu niedrigeren Lohnkosten nach Mexiko verlagert. Das Unternehmen hätte jedoch weiterhin profitabel in Chicago produzieren können. Diese Art von Strategien sind das, was wir *Low Road* Strategien nennen. Diese Strategien suchen nach einem Gewinn auf Wegen, die für die produktive Kapazität des Unternehmens schädlich sind, für die Belegschaft, den Sektor und/oder die übrige Gemeinde. Niemand stellte jedoch die Managementstrategie in Frage bevor es zu spät und der Schaden bereits eingetroffen war. Gewerkschaften reagierten in der Regel auf Versuche, die Löhne und den Gewinn zu senken beziehungsweise auf die Schließung, aber sie stellten die Investitions- und Managemententscheidungen, die unweigerlich zu einer Unternehmensschließung führen würden, nicht rechtzeitig in Frage.

² “Die Geldkuh melken”.

Als sie das jedoch taten, war ein Erfolg möglich, wie im Fall von Morse Cutting Tool in New Bedford, Massachusetts in den frühen 1980er Jahren. Morse war ein Unternehmen, das ebenfalls G+W gehörte, und G+W verfolgte dieselbe destruktive Strategie, die damals von Taylor Forge benutzt worden war. Aber in Morse, erkannte die Gewerkschaft *United Electrical Workers Local 277* die Frühwarnzeichen von G+W's Konzernstrategie. Zwei Jahre vor der antizipierten Krise, verfasste die Gewerkschaft unter Assistenz einer Beraterfirma wie CLCR eine detaillierte Analyse des Unternehmens, seiner Märkte, seines Managements und der positiven Auswirkung dieses großen Unternehmens auf die kleine Stadt. Sie dokumentierten, wie der Unternehmensplan von G+W das völlig gesunde Unternehmen, das langfristiges Potential besaß, zerstörte. Mit dieser Information begannen sie geduldig eine Organisationsarbeit in der Gemeinde und schufen eine breite Koalition zur Rettung der Arbeitsplätze von Morse Cutting Tool. Mit dieser Unterstützungsbasis gingen sie zu dem lokalen Bürgermeister, präsentierten ihre Analyse und forderten, dass G+W aufhören solle, das Unternehmen zu zerstören. Der Bürgermeister wandte sich an das Unternehmen und sagte "Entweder investieren Sie in Morse Cutting Tool, oder verkaufen es an jemanden, der dies tun wird, anderenfalls werde ich es Ihnen mit meiner Macht des *eminent domain*³ wegnehmen." Die Presse zeterte, dass diese Unterstützung das Wirtschaftsklima von New Bedford und des Unternehmens zerstören würde. Aber das tat sie nicht. G+W gaben ihre Pläne auf und verkauften das Unternehmen an einen lokalen Investor, der eine effektive Partnerschaft mit der Gewerkschaft entwickelte.

Mit hunderten von kleinen Unternehmen, die durch die Spalten der Wirtschaft fielen, war ebenfalls eine erfolgreiche Strategie möglich. 1986 meldete sich Gladys Scott eine Bewohnerin von Chicagos South Side bei CLCR mit der alarmierenden Information über eine Druckerei – Bankers Print –, die über 16 Jahre in Betrieb war. Der Inhaber, Carl Wilson, hatte Krebs und keinen Erben, der das Unternehmen übernehmen könnte. Nach dem Treffen mit Mr. Wilson und nach einem Gespräch mit den Angestellten, war CLCR in der Lage, den Kauf des Unternehmens durch die Angestellten zu arrangieren, eine erfolgreiche Lösung, die niemand als Alternative vermutet hatte.

Die Erfahrung lenkte unsere Aufmerksamkeit auf kleine Unternehmen. Schließlich sind, trotz der gegenteiligen öffentlichen Wahrnehmung, 90% aller Gewerbebetriebe keine großen, komplexen, völlig integrierten Unternehmen, sondern kleine Unternehmen mit weniger als 100 Arbeitern. Einzelne sind sie unbedeutend, aber in ihrer Summe sind sie eine feste Grundlage der gewerblichen Wirtschaft. Normalerweise haben sie lokale Märkte, adäquate Techno-

³ Das Recht der Regierung privates Eigentum zu übernehmen, wenn es im öffentlichen Interesse gebraucht wird. Die Regierung muss faire Marktpreise für das Eigentum zahlen. Es handelt sich nicht um Nationalisierung oder Enteignung. Es wird oft von Regierungen verwandt, wenn sie eine Straße oder Eisenbahnstrecke oder ein Krankenhaus bauen.

logie, und ausgebildete Arbeitskräfte. Oft sind sie mit den größeren Unternehmen verbunden, stellen Dienstleistungen und Materialien für die Produktion her. Die Gesundheit dieser kleinen Unternehmen ist eine wesentliche Variable für den Erfolg oder das Scheitern der größeren Unternehmen und des Gemeinwesens.

CLCR studierte 800 von diesen kleinen Unternehmen mit einem 55 Jahre alten oder älteren Inhaber, und fand heraus, dass bei fast 40% von ihnen wegen der Frage der Inhabernachfolge das Risiko der Schließung existierte.⁴ Ein typischer erfolgreicher weißer Unternehmer war in die Vororte gekommen, da es sein Reichtum ermöglichte und oft auch ermutigt durch die Veränderung der Gemeinde von weißer- hin zu afroamerikanischer- oder Latino-Bevölkerung. Angesichts von Krankheit, Tod oder Ruhestand war er unfähig, einen Nachfolger in seiner Familie oder im Management auszumachen, um das Unternehmen zu übernehmen, das auf Grund seiner Größe und Lage schwer zu verkaufen war. Normalerweise gibt der Vater es an den Sohn weiter. Der Sohn will normalerweise nicht zurück in das "Ghetto", um das Unternehmen zu führen. Auch wenn der Sohn ein betriebswirtschaftliches Studium absolviert hat, wird er Geld in der "Casino Wirtschaft" verdienen wollen, indem er Wert- und Rentenscheine kauft und verkauft oder er will lieber als ein MBA⁵ für ein hohes Gehalt in einem sehr großen Konzern⁶ arbeiten als ein Produkt herstellen.

Doch dieses Problem kann mit konventionellen Ressourcen, ein bisschen Kreativität und Extraanstrengung von jenen gelöst werden, die mit Gemeindeentwicklung zu tun haben. Kleine Unternehmen mit alternden Inhabern und ohne Nachfolger können auf verschiedenen Wegen identifiziert werden. Sie stellen, wie im Fall von Bankers Print, oft gute Möglichkeiten für den Aufkauf eines Unternehmens durch die Angestellten dar. Oder sie können eine ausgezeichnete Gelegenheit für interessierte lokale Unternehmer – dort in der Regel Afroamerikaner oder Latinos – sein, die aus diesem Grund in der Regel von derartigen Gelegenheiten ausgeschlossen sind. CLCR hat eine Reihe von Übernahmen dieser Art durchgeführt und damit Arbeitsplätze sowie Gewerkschaftsmitgliedschaft erhalten und damit Gewerbebetriebe mit geschulter Arbeitskraft, sowie einer Bildungs-, Transport- und anderen Formen von Infrastruktur etc. und somit die lokale Ökonomie stabilisiert – anstatt sie zu verlieren.

⁴ *Intervening with Aging Owners to Save Industrial Jobs: A Report to the Economic Development Commission Foundation of Chicago*, Center for Labor and Community Research, August 1989.

⁵ Masters degree in Business Administration.

⁶ Gemeint ist eine der 500 größten Konzerne, die jährlich von dem Wirtschaftsmagazin "Fortune" aufgelistet werden.

Schaffung eines Frühwarn-Unternehmensentwicklungssystems

Nach einer Dekade der Evaluierung dieser Unternehmen in Krise und dem Engagement vielerlei Bemühungen, wo irgend machbar, Unternehmen zu retten, kamen wir zu dem Schluss, dass die Krise in der gewerblichen Wirtschaft nicht unumgänglich ist, sondern vielmehr auf eine Reihe von Faktoren zurückgeführt werden kann:

- Neue korporative Konzernstrategien, die produktive Kapazitäten zerstören
- Eine Anarchie in der Wirtschaft, die sich nicht mit den traditionellen Markt-basierten Konzepten auseinandersetzt; und
- Eine Passivität der Arbeitskraft, der Gemeindeentwicklung, der Unternehmen und der Regierung in Bezug auf eine Anpassung an die Bedingungen einer sich verändernden Wirtschaft.

Traditionelle Konzepte der Wirtschaftsentwicklung – die die Unternehmen nach einer Krise unterstützen – erwiesen sich eindeutig als ineffektiv im Kampf gegen die Abnahme der Industriearbeitsplätze.

CLCR schätzt, dass 75% der Arbeitsplätze und Unternehmen, die in den 1980ern und 1990ern in Chicago und anderen größeren Städten verloren gingen, mit einiger Kreativität und Entschlossenheit von den Arbeitern, den Gemeinden, der Regierung und Wirtschaft – zusammen mit dem Zugang zu einer rechtzeitigen und genauen Information, einem Frühwarnsystem – hätten gerettet werden können.

Das Frühwarnkonzept für Wirtschaftsentwicklung ist nicht neu. Rechtzeitig genaue Information zu sammeln – insbesondere über unterbewertete Vermögenswerte und Wirtschaftsgelegenheiten – ist das A und O jedes Unternehmens, das investiert oder aufkauft. Es ist ein mit der Zeit getestetes Instrument der kapitalistischen Gesellschaft. Es wurde einfach historisch weder entwickelt noch von der sozialen Seite der Wirtschaft effektiv genutzt. Es wurde von CLCR sowie von einigen anderen Organisationen, die mit Unternehmensschließungsprozessen in den frühen 1980ern in den Vereinigten Staaten von Amerika arbeiteten, ausprobiert und entwickelt. CLCR war von der Erfahrung und den Schriften des Greater London Enterprise Board in das Konzept eingeführt worden — einer auf der Arbeitskraft basierenden sozialdemokratischen Struktur, die mit neuen Konzepten für die wirtschaftliche Entwicklung in London/ England in den 1970er und 1980ern experimentierte.

CLCR hatte die Gelegenheit, einen programmatischen Ausdruck dieses Konzeptes in Partnerschaft mit der Mayor Harold Washington Administration in Chicago in der Periode 1983-1987 auszuprobieren. Angesichts der Welle von Unternehmensschließungen in der Region Chicago, versuchten wir, Arbeitsplätze zu erhalten indem wir die Information und die Kapazitäten zur Unterstützung von einer Reihe unterschiedlicher Akteure in der lokalen Ökonomie

bekannt machen. Diese Akteure helfen, so rechtzeitig Information über regionale Unternehmen zu sammeln, sodass effektive Anstrengungen, eine Krise abzuwenden, die die Unternehmen und Arbeitsplätze einem Risiko aussetzen würden, ermöglicht werden würden. Diese Information wird ergänzt mit traditionelleren Unternehmensdaten über regionale Unternehmen von solchen Quellen wie Handels-Datenbanken und staatlichen sowie föderalen Beschäftigungs- und Unternehmensstatistiken zu einer Stiftung für gezielte Unterstützung. Insbesondere Schlüssel-Komponenten unterscheiden das Frühwarn-Konzept von traditionelleren wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien mit der Betonung auf:

- Sehr rechtzeitiger Identifizierung und Unterstützung von Unternehmen, die sich vor einer Krise einem Risiko ausgesetzt sehen, wodurch die Erfolgsmöglichkeiten dramatisch verbessert werden.
- Der Anwendung eines gemischten Wirtschaftsentwicklungskonzepts, das versucht, eine große Breite von traditionellen und nicht-traditionelle Teilnehmern in den Prozess des Arbeitsplatzerhalts zu integrieren.
- Der Nutzung der Teilnahme der Gruppen – so wie der Arbeitergewerkschaften und Gemeindeorganisationen – die wertvolle Information über lokale Unternehmen besitzen und sehr fähig sind zu unterstützen, jedoch traditionell von dem Entwicklungsprozess ausgeschlossen worden sind.
- Förderung von Antworten, die durch den Markt vorangetrieben werden, die Privatkapital anziehen, eher als die Nutzung von Regierungssubventionen und Anreizen, um die langfristige Machbarkeit lokaler Gewerbebetriebe zu unterstützen.
- Der Bereitschaft, im Kampf um die Blockierung der Low Road Wirtschaftspraktiken Kampagnen aufzubauen sowie in den High Road Unternehmensoptionen voranzukommen.
- Der Anwendung von Nachfolgeplanung als einem mächtigen Instrument, um gangbare Unternehmen zu erhalten, die nur deshalb ein Risiko laufen, weil der älter werdende Inhaber keinen Nachfolger hat
- Der Förderung von lokalem-, Angestellten- und/ oder Minderheiten-Eigentum als einem Mittel, um Unternehmen in den Gemeinden zu verankern; und
- Anstellung von professionellem Personal gemäß den Erfordernissen, um die Fähigkeiten der Regierung und der *non-profit* Entwicklungsorganisationen zu ergänzen.

Der Erfolg des Frühwarn-Konzeptes spiegelt sich in effektiveren Interventionsstrategien wieder, die dazu führen, dass die lokalen Industrieunternehmen und Arbeitsplätze erhalten und gestärkt werden. Schlüsselindikatoren von Fortschritt in Richtung auf dieses Ziel schließen rechtzeitige genaue Information über Unternehmen in der Region ein; eine erweiterte Ressourcengrundlage und verbesserte Fähigkeit, um lokale Unternehmen in ihren Anstrengungen zu überleben

und zu wachsen unterstützen zu können; zunehmende Kooperation von Unternehmensinhabern; und neue Partnerschaften, Perspektiven, und Ressourcen, die den Erhalt der bestehenden Unternehmen als Basis für eine neue ökonomische Entwicklung in Gemeinwesen erlauben, deren Wirtschaften sich in den letzten 15-20 Jahren dramatisch verschlechtert haben.

Wie ein Frühwarn-Unternehmensentwicklungs-System arbeitet

Es gibt eine Reihe von wichtigen, miteinander verbundenen Teilen bei dem Aufbau eines Frühwarn-Unternehmensentwicklungs-Systems:

- Aufbau einer Zusammenarbeit der wichtigsten Akteure, die sich in dem Frühwarn-Unternehmensentwicklungs-System engagieren;
- Sammeln von publizierten und nicht publizierten Informationen über die regionalen Unternehmen;
- Identifizierung von Problemen und von Möglichkeiten sowie ein Aktionsplan und
- Nutzung der Erfahrung, Information und Aktion als ein Sprungbrett für weitere Entwicklung des Gemeinwesens und der regionalen Ökonomie.

1. Aufbau einer lokalen Zusammenarbeit des Gemeinwesens, der Arbeiter, der religiösen Gemeinde, der Regierung und lokaler Unternehmen, die sich bei der Entwicklung eines Frühwarn-Unternehmensentwicklungs-Systems engagieren.

Einer der kreativsten Aspekte des Frühwarn-Konzeptes für Wirtschaftsentwicklung ist es, sich mit Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, mit lokalen Entwicklungsgesellschaften, Regierungsstellen, Finanzunternehmen, mit Professionellen und Organisationen in dem Gemeinwesen, um Informationen über Unternehmen zu erhalten, die das Risiko laufen, geschlossen oder aus dem Gemeinwesen ausgelagert zu werden. Schließlich kann dieser Prozess zu dem Aufbau eines formalen Netzwerkes führen, wo die Teilnehmer Informationen über und Lösungen für Unternehmen, die einem Risiko ausgesetzt sind, austauschen. Unsere eigene Erfahrung zeigt, dass diese lokalen Wissensquellen und Informationen oft weitaus besser sind als Daten des öffentlichen und privaten Sektors. Sie können alle Aufgaben erfüllen, haben die Fähigkeiten, das Engagement und die Verantwortung, die lokale Wirtschaft zu schützen und zu entwickeln. Niemand kann eine Aufgabe allein so effektiv durchführen als wenn alle zusammenarbeiten. Ein Schlüssel für den Erfolg des Systems ist die Schaffung dieses Bündnisses in der einen oder anderen Form.

Das erste Stadium beim Aufbau dieser Koalition ist eine systematische Kontaktaufnahme, Bildung und Rekrutierung von Schlüsselorganisationen der verschiedenen Akteursgruppen einschließlich der Arbeiter, lokalen Unternehmen und Gemeindeentwicklungsorganisationen, der geeigneten lokalen Regierungs-

stellen, lokalen Kirchen und religiösen Führung. Bei dieser Kontaktaufnahme mit Organisationen, erläutern wir die Gründe dafür, warum Unternehmen schließen, die Art der Konzepte, die genutzt werden können, um Arbeitsplatz- und Unternehmensverlust zu vermeiden und den generellen Zweck und Wert eines Frühwarn-Netzwerks. Das Ziel der Kontaktaufnahme ist es, ein Engagement der Organisation bei der Mitwirkung in der Zusammenarbeit zu sichern, eine weitergehende Schulung in Bezug auf das Frühwarn-Konzept zu erhalten, und an dem Sammeln von Information über Unternehmen teilzunehmen sowie die Teilnahme an der Unterstützung dieser Unternehmen oder das Engagement für eine angemessene Form der Intervention mit zu tragen.

Nachdem sich viele öffentliche und private Akteure und Gewerkschaften dazu entschlossen teilzunehmen, ist der nächste Schritt, ein weiter gehendes Training und Ausbildung von Repräsentanten des Distrikts in Bezug auf die Prinzipien des Frühwarn-Konzeptes. Insbesondere CLCR hat ein Training-Handbuch entwickelt⁷, das die verschiedenen Komponenten dieses Konzeptes so präsentiert, dass es als gute Struktur und Ressource dazu dienen kann, verschiedene Organisationen zu einer gemeinsamen effektiven Aktivität zu bringen. Das Handbuch liefert einen Diskussionsrahmen für alle praktischen sowie strategischen Fragen, die mit dem Frühwarn-Unternehmensentwicklungs-System zu tun haben. Ein ideales Training schließt eine Übersicht über das Handbuch und eine Diskussion über die spezifischen Charakteristika der lokalen Wirtschaft ein, sowie Fallstudien über Anstrengungen, um Schließungen zuvor zu kommen oder um Unternehmen beizustehen und eine Übersicht über die praktischen Hinweise – einschließlich der Information über lokale Unternehmen und die Entwicklung eines angemessenen Unterstützungsplans – die Teilnehmern gegeben werden. Teilnehmer werden ebenfalls in die spezifischen Pläne und Charakteristika des lokalen Netzwerks eingeführt.

Im Handbuch werden über 20 Jahre Erfahrung von CLCR in Bezug auf Industrieerhalt und Aufbau ähnlicher Netzwerke zusammengefasst. Es enthält Informationen über Schlüsselindikatoren und Aktionsschritte für den Erhalt von Unternehmen. Es beschreibt die verschiedenen Komponenten eines Netzwerks. Es kann in einem flexiblen Format organisiert werden, dass es erlaubt, zusätzliche ergänzende Materialien im Zuge der Akkumulation von Erfahrungen der Organisationen und des Netzwerks dazu zufügen. Das lokale Netzwerk wird in der Lage sein, die Nutzen des Handbuchs mit ihrer lokalen Erfahrung sowie mit der Erfahrung von Anderen, die ähnliche Netzwerke im Land entwickeln, zu steigern.

Ein wichtiges Thema beim Training der Mitglieder des Netzwerks ist das Verständnis der „Protokolle“ und Erfordernisse, die Frühwarn-Information zu

⁷ *Early Warning Business Development System Manual*, Center for Labor and Community Research, 72 pages, 1996.

sammeln und zu nutzen. Die Identifizierung von Unternehmen, die vor dem Risiko stehen, ausgelagert oder aber geschlossen zu werden, ist nur die Hälfte der Aufgaben für die Akteure oder offiziellen Entwickler. Einen "Fuß in die Tür" zu bekommen ist oftmals die größte Herausforderung für das Bemühen, um den Erhalt. Entwicklungsbeamte erfahren zum Beispiel manchmal - Monate bevor die Information öffentlich ist - von Gerüchten, dass ein Unternehmen schließt, aber sie sind bei ihren Bemühungen um Unterstützung unfähig, leitende Angestellte des Unternehmens zu treffen, um die Information zu überprüfen oder um Unterstützung anzubieten. Es gibt auch Situationen, wo ein wichtiger Akteur eine Risiko-Situation identifizieren konnte, jedoch seine oder ihre Position durch ein direktes Zugehen auf das Unternehmen auf das Spiel setzen würde. Ein Gewerkschaftsführer, der erkennt, dass das Unternehmen eines Arbeitgebers abbaut, kann zum Beispiel riskieren, die Tür für Forderungen nach Lohnkonzessionen zu öffnen indem er den Arbeitgeber direkt mit der Frage konfrontiert, ob die Arbeitskosten ein Faktor für die Unternehmensprobleme sind oder nicht.

Für das lokale Projekt ist es wesentlich zu wissen, wie diese "Barrieren zum Hereinkommen" überwunden werden können indem sie ein Interventionsprotokoll entwickeln. Dieses Protokoll stellt die zweite Aufgabe des Frühwarn-Netzwerks dar: um die Einführungen zu Unternehmen mit Risiko zu erleichtern, werden Mitglieder des Netzwerks mit den bestehenden Beziehungen zu diesen Firmen identifiziert. Auf diese Weise dient das Netzwerk sowohl als Identifizierungs- als auch als Interventionsmechanismus.

Oft ist es dieselbe Person oder Organisation, die Information über ein Unternehmen in Krise in das Netz einspeist und auf angemessene Ressourcen des Netzwerks für das Unternehmen hinweist. Da dies den beteiligten Organisationen erlaubt, eine aktive Rolle im Prozess aufrecht zu erhalten, ist dies der beste Weg und war bei fast allen Hinweisen der Fall.

Wenn die Informationsquelle jedoch nicht bereit oder unfähig ist, die Einführung zu liefern, dann sucht der Netzwerkkordinator mit anderen Mitgliedern des Netzwerks danach, zusätzliche Information zu sammeln und - so dies angemessen ist - auf das Unternehmen zuzugehen. (Jedoch in vielen Fällen ist eine direkte Intervention nicht nötig.) Wenn man eine breite Gruppe lokaler Akteure für die Teilnahme in dem Netz rekrutiert, die von Gewerkschaften, Regierungsangestellten und lokalen Entwicklungsgesellschaften bis zur Handelskammer, kommerziellen Banken und Wirtschaftsfachleuten reicht, ist es ein entscheidendes Ziel, die Anzahl derartiger Beziehungen zu maximieren.

2. Sammeln von veröffentlichten und nicht-veröffentlichten Informationen über regionale Unternehmen

Publizierte Information über Unternehmen kann man in den Jahresberichten, in Datenbanken, in Handelszeitschriften, in der Wirtschaftspresse und in öffentlichen Berichten finden. Unveröffentlichte Informationen kommen von Leuten mit Kenntnissen aus erster Hand über das Unternehmen, einschließlich der Angestellten, Kunden, Bewohner des Viertels, Zulieferer, lokalen Entwicklungsfachleute und der lokalen Regierung. Oft sehen diese Leute Zeichen für Probleme, ohne zu wissen, wie sie zu erkennen oder zu interpretieren sind. Insbesondere Angestellte sind oft seit Jahren 40 oder mehr Stunden in der Woche im Unternehmen. Sie wissen über alle Aspekte des Unternehmens Bescheid. Oft kennen sie die Kunden, sie fühlen die Auswirkungen von Management Entscheidungen, und sie kennen die Schlüsselinformation, die für jedwede Bemühung um Verbesserung der Produktivität und Effizienz essentiell ist. Wir schließen das Management in die Gruppe der Angestellten ein. Sie gehören oft zu den besten Quellen für kritische Information. Die Weiterbildung der Arbeiter, ihrer Gewerkschaften, Gemeindebewohner und anderer in Bezug auf die Fähigkeit, die Anzeichen zu erkennen, kann kritische Information zu Tage fördern, die eine effektive Intervention und Unterstützung erlaubt.

Wir haben eine Reihe von Variablen identifiziert, die dazu verhelfen können, diese Unternehmen auszumachen, die potentiell dem Risiko einer Auslagerung oder Schließung gegenüber stehen. Einige oder viele dieser Faktoren dienen den Akteuren als rote Fahnen, indem sie signalisieren, dass sich eine Einrichtung im Risiko befinden könnte und weitergehende Aufmerksamkeit erfordert. Zu diesen Variablen gehören:

- Sich verschlechternde Unternehmensaussichten/finanzieller Zustand
 - Bankrott;
 - Abnehmende Verkäufe;
 - Abnehmende Gewinne;
 - Abnehmende Beschäftigung;
 - Hoher und/oder steigender Einfluss (Schulden/Firmenkapital);
 - Erfordernis größerer neuer Investitionen;
 - Strafbare Rechnungszahlungen für Nutzen und/ oder Lieferanten; und/ oder
 - Alterndes Eigentum, Werk und Ausrüstung.
- Schnelle Ausdehnung ist auch ein potentieller Indikator für ein Unternehmen, das das Risiko läuft, ausgelagert zu werden.
 - Starkes Wachstum der Beschäftigung und/ oder der Verkäufe;
 - Wachsender Verbrauch von Energie, Wasser, oder Gas für Heizung etc.; und/oder
 - Sehr hohe Auslastung der Kapazität.
- Mit Eigentum verbundene Risiken schließen ein

- Kürzlicher Inhaberwechsel;
- Abwesender Inhaber;
- Alternder Inhaber ohne erkenntlichen Nachfolger;
- Veränderung der Familienunternehmensstrategie in Richtung auf Verkauf von Aktiva;
- Zweigwerk einer Branche von einem Unternehmen mit vielen Werken; und/oder
- Schwesterwerke mit doppelter Kapazität
- Andere Risiko-Indikatoren schließen ein
 - Legale/ regulierende Aktionen gegen ein Unternehmen;
 - Schlechte Personal-Management Beziehungen und/ oder
 - Ein plötzlicher Wandel in der Personalpolitik.

Eine Schlüsselkomponente bei der Sammlung von regionalen Unternehmen ist die Sichtung der verfügbaren Quellen ebenso wie die Erkundung der Frage, was von publizierten Quellen und verschiedenen Datenbanken erstanden werden kann. Es gibt eine Vielzahl von Quellen, die wir in unseren Projekten gefunden haben.

1996 wurde CLCR vom Staat New York beauftragt, ein Pilotprojekt in Brooklyn, NY unter Nutzung unseres Frühwarn-Konzeptes durchzuführen. Das Projekt war erfolgreich und führte zu der Schaffung des New York Industrie-Erhaltungs-Netzes (www.nyirn.org) das jetzt in allen fünf Stadtbezirke von New York City funktioniert. Unser Partner in diesem Projekt war ein New Yorker Unternehmen, Locker Associates⁸, welches den Forschungsplan der Informationssammlung von publizierten Quellen entwickelte und umsetzte. Es folgt der Teil des Endreport dieses Projektes, der die Details und die Gründlichkeit unserer Forschungsmethode im Brooklyn-Zusammenhang illustriert.⁹

Exzerpt aus dem New York Report:

A. Erste Forschung: Das Projektteam begann damit, sich um wirtschaftliche Entwicklung und Industrieerhalt zu bemühen, indem es staatliche und föderale Daten zur Beschäftigung und zu den Unternehmen analysierte und lokale Wirtschaftsentwicklungsfachleute und Industrieexperten interviewte. Unsere frühere Forschung half, Industrien zu identifizieren, die um Unterstützung gebeten werden könnten sowie Organisationen zu kontaktieren, die mögliche Netzwerk-

⁸ Locker Associates, 225 Broadway, New York, NY, 212 962 2980.

⁹ *Alternatives to Industrial Decline: Results from the New York City Early Warning Pilot Project*, March 1998; Mike Locker and Mike Granger, Locker Associates; Dan Swinney, Center for Labor and Community Research; available from CLCR, 3411 W. Diversey, Chicago, IL 60647.

teilnehmer sein könnten. Wir verwandten diese anfängliche *top-down* Recherche für den Entwurf und Aufbau einer Datenbank von Brooklyn Gewerbebetrieben.

Um die besonderen Charakteristika von Brooklyns Industriesektor einschließlich der Unternehmensgröße und der Beschäftigungsebenen und Trends besser zu verstehen, sammelte Locker Associates Beschäftigungsdaten und analysierte Daten in Bezug auf Beschäftigungstrends (1980-1995) des New York State Department of Labor und der kürzlich erstellten Erhebung (1992) durch die New Yorker Consulting Gesellschaft *County Business Patterns*.

Interviews mit lokalen Fachleuten der Wirtschaftsentwicklung und Industrieexperten ergänzten die Datenanalyse und trugen zu einer besseren Übersicht über die lokale Wirtschaft bei. Insbesondere erlaubten sie unschätzbare Einblicke in die Dynamiken besonderer Industrien einschließlich geographischer Konzentrationen, und die einzigartigen Vorzüge oder Nachteile einer Ansiedlung in Brooklyn. Diese Analyse ermöglichte (1) die Auswahl von Schlüsselindustrien, auf die besonders bei der Sammlung von Frühwarn-Datensammlung und Forschung geachtet werden müsse, wie weiter unten diskutiert werden wird und (2) die Auswahl potentieller Netzwerkmitglieder, die mit besonderen Industrien und/ oder Nachbarschaften verbunden waren.

B. Identifizierung und Evaluierung von Datenquellen: Locker Associates erarbeitete einen umfassenden Überblick, um Datenquellen über Industrieunternehmen Gewerbebetriebe in Brooklyn zu identifizieren und zu evaluieren. Diese Quellen schlossen kommerzielle Datenbanken, Regierungsdatenbanken und andere weniger bekannte Quellen systematischer Daten ein.

Von den durchgesehenen sechs kommerziellen Datenbanken, stellte die *Dun's Enhanced Modifiers Plus* die breiteste Behandlung von Variablen und die höchste Anzahl von aufgenommenen Unternehmen dar. Duns Datenbank berichtet 1995 von 1.035 Gewerbebetrieben mit 10 oder mehr Angestellten in Brooklyn, was 85% der 1.215 derartigen Unternehmen darstellt, die 1992 von *County Business Patterns* genannt werden, den letzten öffentlich zugänglichen Regierungsdaten. Ein Betrieb bezieht sich auf einen bestimmten Ort und kann ein Zweig oder Hauptsitz eines Unternehmens mit vielen Filialen sein oder ein einzelner Gewerbebetrieb. Daher besorgten wir Duns Daten für alle Gewerbebetriebe in Brooklyn mit 10 oder mehr Angestellten und \$1 Mio. oder mehr jährlichem Umsatz. Da Duns Daten eine gute Informationsbasis für eine große Anzahl von Unternehmen liefern aber relativ wenig Frühwarn-Vorhersagewert besitzen, stellen sie das „Skelett“ der Frühwarn- Datenbank dar.

Zusätzliche Datenquellen, die für das Projekt ausgewählt wurden, schließen *Dun & Bradstreet* Kreditauskunft, Unternehmens Dokumente, spezifische Beschäftigungsdaten ein, die monatlich von der Staatlichen New Yorker Arbeits-

behörde (DOL) gesammelt wurden. Die DOL Daten sind sehr stark in Bezug auf ihre Frühwarn-Vorhersagefähigkeit, und sie sind wahrscheinlich die zeitnächsten, genauesten Daten mit dem größten Überblick in Bezug auf Beschäftigung und Anzahl der berücksichtigten Unternehmen.

C. Auswahl eines Auswahl samples von Brooklyn Unternehmen, um die Methodologie zu testen: Um die Forschung und Analyse auf eine handhabbare Anzahl von Unternehmen zu konzentrieren, wurde ein Auswahl sample von Duns Datensatz von 115 Unternehmen identifiziert, wobei zwei unabhängige Methoden benutzt wurden:

Brooklyns Größte Unternehmen: Die 75 größten Unternehmen in Duns Datensatz wurden ausgewählt, da: (a) die Konzentration auf Brooklyns größte Unternehmen die Anzahl von Angestellten maximiert, die in dem Pilot Projekt berücksichtigt werden; (b) mehr Information für die größeren Unternehmen vorhanden ist; (c) Forschung mit lokalen Experten ergab dass Brooklyns größte Unternehmen am meisten Risiken ausgesetzt sind; und (d) erfolgreiche Interventionen in großen Unternehmen die größte wirtschaftliche Auswirkung haben.

Mittelgroße Unternehmen in vier ausgewählten Industriebranchen: Ein Auswahl sample von 40 Unternehmen mit 40 bis 80 Angestellten in der Nahrungsmittel-, Textil-, Druckerei- und Verlagsbranche, und Industrien für die Weiterverarbeitung von Metallen wurden mit einem Stichprobenverfahren ausgewählt um zu testen, ob die Frühwarn-Methodologie angesichts der extrem begrenzt vorhandenen öffentlichen Information für kleinere Unternehmen gangbar ist. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die meisten Brooklyn Unternehmen mit 40 bis 80 Angestellten Familienunternehmen sind (in der Regel mit begrenzter Managementtiefe), ein Auswahl sample solcher Unternehmen aufzunehmen erhöht die Wahrscheinlichkeit, einen Inhaber ohne Nachfolger, der sich zur Ruhe setzt, identifizieren zu können, ein Ziel mit hoher Priorität für das New Yorker Beratungsunternehmen Ownership Transition Services.

Die vier Industrien in diesem Sample von mittelgroßen Unternehmen wurden ausgesucht, da sie allem Anschein nach die wichtigsten in Brooklyn sind, wenn man von den insgesamt dort Beschäftigten ausgeht und unsere Forschung suggeriert, dass es Möglichkeiten für Unternehmen gibt, erfolgreich in diesen Industriezweigen in Brooklyn zu arbeiten. Wir haben die Bekleidung außen vor gelassen, da Unternehmen mit 40 bis 80 Angestellten in der Regel Vertragsunternehmen sind, die eine problematische Planung für Unterstützung oder Inhaberwechsel erfordern.

Sechs Unternehmen der beiden genannten Gruppen wurden auf Grund von Unternehmensschließung, Dopplung oder anderen Faktoren, die sie zu un-

geeigneten Zielen für das Pilotprojekt machten, in der Folge ausgeschlossen, was zu einer anfänglichen Zielgruppe von 109 Unternehmen führte.

D. Durchführung von unternehmensspezifischen Erhebungen und Forschungen: Locker Associates führte eine Telephonerhebung mit dem Ziel durch: 1) festzustellen, dass sie noch in Betrieb sind und Auftragsfertigung vor Ort durchführen, 2) die laufende Beschäftigung festzustellen, 3) den Status gewerkschaftlicher Organisation und den Namen der Gewerkschaft, wenn relevant, zu überprüfen, und 4) die gesamte Genauigkeit und Aktualität von Duns Daten zu überprüfen. Erhebungen wurden an jene Unternehmen gefaxt oder gemailt, die sich weigerten, die Information über Telefon weiterzugeben. Wir erhielten schließlich ganz oder teilweise durchgeführte Erhebungen von 86 der 109 Unternehmen, was einer 79% Beantwortungsrate entspricht. Die Resultate der Erhebung stellen einen unabhängigen Datensatz innerhalb der Frühwarn-Datenbank dar, wie weiter unten diskutiert werden wird.

E. Methodologie: Entwicklung und Integration traditioneller und nicht-traditioneller Daten: Ein erstes Ziel des Frühwarnprojektes war es, eine Methodologie für die Datensammlung über Brooklyn Gewerbebetriebe ausgehend von vielen Quellen zu entwickeln, diese Information zu systematisieren und sie laufend in die Computer Datenbasis zu integrieren. Um dieses Ziel möglichst gut zu erreichen, versuchte Locker Associates eine Datenbank und damit verbundene Methodologie zu entwickeln, um den folgenden Kriterien zu entsprechen:

- Die Datenbank muss fähig sein, quantitative und qualitative Daten zu speichern;
- Die Datenbank muss leicht erreichbar und aktualisierbar sein;
- Die Datenbank muss in der Lage sein, neue Daten aufzunehmen, während sie die Gesamtheit vorheriger Datensätze erhält, und
- Der Entwurf der Datenbasis muss flexible sein, sodass Modifizierungen und Weiterentwicklungen möglich sind.

Wir entwickelten eine Datenbank, die all diesen Kriterien entsprach. Um die Integration von Unternehmensinformation von nicht-systematischen und nicht-traditionellen Quellen, wie den Netzwerkmitgliedern, Zeitungsartikeln und Telefon-Erhebungen zu erlauben, wurde ein „Status“ der erhaltenen Dokumente¹⁰ eingesetzt, der beide alphanumerischen, Texte und gemischte Gebiete enthält. Anders als die oben beschriebenen Datensätze, die nicht aktualisiert sondern lediglich mit neueren Versionen ergänzt werden, ist die Status-Datenbank so ent-

¹⁰ Beweis, dass etwas de facto abgeliefert worden ist, wie eine mail, ein Paket oder ein bestimmtes Produkt, das eingekauft worden war.

worfen, dass sie mit neuer Information in Bezug auf Unternehmen, die gewählt wurden, aktualisiert wird. Ganze Text Kommentare können integriert werden und neue Felder können je nach Erfordernis hinzugefügt werden. Zur Zeit schließt dieser Datensatz ein (a) Information über den Status von den Telefon-Erhebungen; (b) die Namen und das Alter eines Inhabers und der wichtigsten Unternehmer aus den D&B Kreditauskunft; (c) einen Code der aussagt, dass ein Beraterunternehmen kontaktiert wurde; und (d) andere gemischte Information aus der Presse herausgesucht oder über das Netzwerk gewonnen.

Der Prozess des Aufbaus der Datenbank machte auf die Begrenztheit des “top-down”¹¹ Zugangs aufmerksam. Traditionelle Quellen versagten bei der Produktion von sinnvoller Information über Brooklyn Unternehmen. Die meisten Gewerbebetriebe in Brooklyn sind in Privatbesitz und es gibt wenig öffentlich zugängliche Information über sie, und die wenigen, die in öffentlicher Hand sind, sind Tochterunternehmen größerer Unternehmen, die wenig oder gar keine unternehmensspezifische Information in ihren öffentlichen Dokumenten zur Verfügung stellen. Obwohl die Information in Duns Datensatz eine gute Informationsgrundlage über die lokalen Unternehmen bietet, so ist sie doch zu begrenzt und die Qualität zu inkonsistent, um eine Voraussagefähigkeit zu liefern. Der Beschäftigungs-Datensatz der Arbeitsbehörde¹² hat mehr Potential, insbesondere wenn er zusammen mit Duns Datensatz benutzt wird. Aber er wurde zu spät in Empfang genommen, um vollkommen integriert oder systematisch analysiert zu werden. Aus diesen Gründen, erwies sich die Information aus dem Netzwerk – die „bottom-up“¹³ Komponente des Frühwarn-Konzeptes für wirtschaftliche Entwicklung – als weitaus nützlicher.

3. Ein Problem oder eine Möglichkeit identifizieren und einen Aktionsplan entwickeln

Mit beidem, publizierter und nicht-publizierter Information, können Mitglieder eines Netzwerks potentielle Probleme oder Möglichkeiten eines Unternehmens identifizieren, sie können das besondere Problem und die besondere Möglichkeit analysieren, die Information überprüfen, und einen Aktionsplan entwickeln, um ein Unternehmen zu ermutigen und ihm dabei zu assistieren, seine Türen offen zu halten oder zu expandieren. (Das Netzwerk kann auch Unternehmen identifizieren, die wirklich jenseits von Reparatur und Unterstützung sind und die Akteure offen darüber informieren, um zu vermeiden, dass schlecht informierte öffentliche Investition und falsche Erwartungen gehegt werden.) Diese Art systematischer Zugang zu lokalen Unternehmen kann dazu führen, dass ein Hinweis auf ein in zwei Jahren auftretendes potentielles Problem gegeben werden

¹¹ “von oben nach unten”

¹² The Department of Labor

¹³ “von unten nach oben”

kann, das – wenn es nicht erkannt würde – in eine Krise des Unternehmens und seine mögliche Schließung münden könnte. Dieser Zugang macht auch auf vom lokalen Management oft übersehene Möglichkeiten aufmerksam, die zu einer Expansion von einem ansonsten gesunden Unternehmen führen können so wie:

- Identifiziere einen qualifizierten, gemeinwesenorientierten Unternehmer oder eine Gruppe von Angestellten, die das Unternehmen kaufen können, wenn es mit einem Nachfolgerproblem konfrontiert ist;
- Stelle Zugang zu neuem und verbessertem Management Personal oder Zugang zu Kapital her;
- Biete Unterstützung bei der Unternehmensplanung oder technische Begleitung, um die Produktivität zu erhöhen;
- Biete Dienste, um einem insolventen oder gefährdeten Unternehmen zu helfen, erneut gesund und profitabel zu werden und Begleitung;
- Trainiere und entwickle die lokale Arbeitskraft; und
- Ermögliche eine effektive Arbeitsbeziehung mit den Behörden der Stadt und des Bundesstaates.

Diese Information kann auch zu kreativen und bedeutsamen breiten Kampagnen gegen ein *Low Road* Unternehmen oder *Low Road* Geschäftspraktiken führen. In Chicago führte Frühwarn-Information von lokalen Organisationen in Bezug auf Entlassungen 1989 an der *Brach Candy Company* zu einer Kampagne,¹⁴ die immer noch nach 13 Jahren weitergeht. Brach Candy beschäftigte etwa 3.700 Arbeiter im Westen von Chicago. Es wurde von einem Schweizer Milliardär, Klaus Jacobs, gekauft, der jetzt 3.000 Stellen des Unternehmens gestrichen und mehrfach gedroht hat, es zu schließen. Er versuchte, die Gewerkschaft zu vernichten und die Löhne der neuen Angestellten auf die Hälfte zu reduzieren. Bis heute versucht er, die Produktion nach Mexico und Argentinien zu verlagern. Die Höhepunkte dieser Kampagne beinhalteten:

- Eine Anstrengung von Angestellten und Managern, das Unternehmen zu kaufen – ein Angebot, das vom Inhaber zurückgewiesen wurde;
- Eine erfolgreiche Organisationskampagne, die eine Koalition von 80 Organisationen in Chicago einschloss, die die Bemühungen der Gewerkschaft unterstützten, einen starken Vertrag zu erzielen und die Löhne und Gewinne der Angestellten zu beizubehalten.
- Einen Prozess durch den Inhaber gegen den Exekutiv Direktor von CLCR und gegen CLCR, der verloren ging;
- Die Schaffung eines *Candy Instituts* – ein Programm von CLCR – um eine wettbewerbsfähige Candy-Industrie mit *high road* Praktiken zu entwickeln. Das Candy Institut kooperiert mit allen wichtigen Akteuren in der Industrie in Programmen wie dem Training und der

¹⁴ See “*Misadventures in Candyland*” Numbers 1 & 2. These are two pamphlets summarizing the Brach Campaign published by and available from CLCR, 3411 W. Diversey, Chicago, IL 60647.

- Bildung, bei gemeinsamem Kauf und bei der Netzwerkarbeit sowie bei der politischen Unterstützung für *high road* Praktiken; und
- Eine Delegation von Arbeiter- und Gemeindeführern, die Gewerkschafts- und Unternehmensführer in Argentinien trifft und versucht, eine Fusion zwischen dem nordamerikanischen Unternehmen Brach und einem argentinischen Unternehmen zu verhindern.

4. Nutzung des Systems, um die Vision des Gemeinwesens und seine Fähigkeiten zu entwickeln

Das Frühwarn-Unternehmensentwicklungs-System¹⁵ ist ein exzellenter Zugang für die soziale Seite der Wirtschaft – für Arbeiter, Organisationen des Gemeinwesens, zivile Vereine, die lokale Regierung und andere. Es spielt eine dynamische Rolle in der lokalen Wirtschaft, sei es in einem individuellen Unternehmen, einer Branche, oder bei allen anderen Punkten, die Unternehmen und Gemeinden erfolgreich machen. Die Erfahrung auf der Mikro-Ebene führt zu einem tieferen Verständnis der Fragen, die auf der Makro-Ebene, in der Politik, oder auf der legislativen Ebene behandelt werden müssen. Der Prozess baut ein Netzwerk von Individuen und Institutionen, das jenseits der unmittelbar bevorstehenden Aufgaben einen Wert hat. In Chicago, hat das Frühwarn-Netzwerk zu einer breiteren Entwicklung in dem Nahrungsmittelsektor geführt. Ein Frühwarn-Netzwerk in Brooklyn führte zu einem Netzwerk in der ganzen Stadt und einer Reihe anderer Projekte, die mit der Entwicklung einer gesunden regionalen Ökonomie verbunden sind.

Strategische Implikationen des Frühwarn-Unternehmensentwicklungs-Systems

In der heutigen Wirtschaft sind die entstehenden und vielleicht machtvollsten Trends im privaten Sektor jene, die in Richtung *low road* weisen. Ihre Suche nach einem hohen kurzfristigen Gewinnen für ihre Aktienbesitzer nach Investitionen, und außerordentliche Kompensationen für ihre Exekutiv Direktoren, führen Unternehmen dazu, kurzfristige Strategien zu verfolgen, die schließlich und endlich für die produktive Kapazität der Unternehmen, für die Bürger und Gemeinden — sowohl in der entwickelten als auch in der sich entwickelnden Welt – destruktiv sind. Gewiss gibt es *high road* Unternehmen, die ein genuiner Teil eines Entwicklungskonzeptes sind, das wirtschaftlich, sozial und in Bezug auf die Umwelt nachhaltig ist. Sie erkennen “*stakeholder*”¹⁶ sowie “*shareholder*”¹⁷ an und sind beiden auf angemessene Weise verpflichtet. Diese Unternehmen sind in ihren Märkten wettbewerbsfähig und profitabel — und in

¹⁵ The Early Warning Business Development System

¹⁶ Interessengruppen bzw. Anspruchsberechtigte

¹⁷ Aktienbesitzer

der Regel haben sie eine sehr gute Arbeitsleistung. Sie konkurrieren dadurch, dass sie smarter sind. Aber sie sind nicht der aufstrebende Trend.

In den Vereinigten Staaten von Amerika sowie in anderen Ländern, haben der öffentliche Wirtschaftssektor sowie die Arbeiter, erwartet, dass der Privatsektor, der Anführer der produktiven Kapazität sei. Die soziale Bewegung konzentrierte sich in der Regel auf Fragen der Umverteilung des Reichtums (sowie auf die Anzahl der Arbeitsplätze, Löhne, Gewinn- und Arbeitsbedingungen); und nicht auf die Fragen, die mit der Schaffung des Reichtums zu tun haben (wie Finanzen, Vermarktung, Diskriminierung, Technologie, Produktentwicklung, Eigentum, Management und Produktionstechniken). George Meany, der Präsident der AFL-CIO Gewerkschaftsföderation¹⁸ sagte 1955,

“Wo Managemententscheidungen einen Arbeiter direkt betreffen wird eine Gewerkschaft intervenieren aber die Fragen, die einen Arbeiter nicht direkt berühren können, wird eine Gewerkschaft nicht in Frage stellen. Zu ihnen gehören Investitionspolitik, die Entscheidung, ein neues Produkt zu machen, der Wunsch, ein neues Werk aufzubauen, um näher an expandierenden Märkten zu sein, etc....”

Die soziale Bewegung, einschließlich der Aktivisten der 1960er Bewegung, ist in der Regel innerhalb dieser generellen Richtlinien geblieben. Es gab keinen grundlegenden Unterschied zwischen den Linken und den rechten Flügeln dieser Bewegungen außer in der Art des Zugangs. Wo immer man es für notwendig hielt zu intervenieren, sah man die Regierung als Akteur mit den geeigneten Instrumenten der Regulierung, Steuer- und Handelspolitik sowie der Subventionen.

CLCR erkannte jedoch zusammen mit Anderen in den USA und zusammen mit der internationalen Arbeiterbewegung und Entwicklungsbestrebungen die absolute Notwendigkeit, von aktivem Engagement und der Führung durch die Arbeiter und die soziale Seite der Wirtschaft in den Fragen der Schaffung sowie in der Umverteilung von Reichtum in dem Unternehmen oder in der Wirtschaft auf Mikro-Ebene.¹⁹ Frühwarn-Unternehmens-entwicklungs-Systeme sind in vielerlei Hinsicht ein wesentlicher programmatischer Ausdruck dieses strategischen Konzeptes.

- Diese Aktivität ist eine einzigartige Gelegenheit, die Hindernisse und Lösungen der Schaffung von Reichtum in dem spezifischen Unternehmen und Sektor anzugehen;
- Es ist der Beginn einer Schlüsselkomponente in der Schaffung von Reichtum – die Entwicklung eines unabhängigen Blickes darauf, wie das Unternehmen gemäß der Werte und Interessen der Arbeiter und breiteren Gemeinde geführt und entwickelt werden kann;
- Arbeiter und die Teilnehmer bei dem Frühwarnsystem haben das Potential, ein Verständnis der lokalen Wirtschaft zu entwickeln, das mit

¹⁸ American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations ...

¹⁹ See *Building the Bridge to the High Road*, by Dan Swinney, 80 pages, available from CLCR, 3411 W. Diversey, Chicago, IL 60647 or on their web site: www.clcr.org

der Zeit jeder anderen Quelle überlegen ist. Über dieses Netzwerk haben sie einfach Zugang zu mehr Information als die Gruppe von Investoren, oder sogar als die Inhaber und Manager des besonderen Unternehmens selbst. Diese Information wird zu der Grundlage für ein breites Spektrum von Aktivitäten;

- Es gibt einen tiefgreifenden Wechsel von individuellem- und Gruppen Bewusstsein, der im Zuge der Teilnahme an Versammlungen und bei der Analyse dieser Art von Information stattfinden kann. Für einen Arbeiter, der nur darauf geeicht war, eine Arbeit, Lohn und Gewinne zu haben, kann es einen sehr signifikanten Sprung im Denken, der Philosophie und den Erwartungen bedeuten, über Einfluss auf das Management oder sogar Eigentum nachzudenken.
- Diese Erfahrung ist die dynamische Grundlage von Wirtschaftsdemokratie. Sie findet in der Arena statt, wo die meisten Leute den größten Teil ihres Lebens verbringen. Das ist wirklich radikale Demokratie, die an den Wurzeln der Wirtschaft stattfindet—im individuellen Unternehmen, und an dem Ursprung von menschlichen Lern- und Erfahrungsprozessen – bei der Arbeit; und
- Frühwarnsysteme sind die Grundlage für eine breitere Koalition von Unternehmen, zivilen, religiösen, politischen und Gemeindeorganisationen in Bezug auf eine Strategie für die High Road Unternehmensentwicklung. Diese Koalitionen haben neue und interessante Charakteristika. Das Bündnis ist größer als die Summe seiner Teile, indem sie jeder teilnehmenden Organisation Ressourcen und Optionen zur Verfügung stellen, die sie in den traditionellen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Netzwerken normalerweise nicht haben.

Schlussfolgerungen

Frühwarn-Unternehmensentwicklungs-Systeme wurden als effektives Konzept entwickelt, das ein breites Spektrum von öffentlichen und privaten Organisationen in gemeinsamer Arbeit für den Erhalt und die Entwicklung lokaler Unternehmen in der regionalen Ökonomie einschließt. Statt passiv den Niedergang von Unternehmen oder Sektoren mit verheerenden Konsequenzen für die Regionale Ökonomie zu beobachten, identifiziert frühes Warnen Probleme solange sie noch gelöst werden können. Diese Arbeit ist auch ein wichtiges Instrument bei der Ausweitung von Demokratie in den Grundlagen von Wirtschaft und Gesellschaft.

Dieses Konzept befindet sich noch in der Experimentierphase. Es wurde in einer Reihe von US Städten und Regionen verwandt einschließlich Chicago und in kleineren Städten in Illinois, New York und Pennsylvania, in Montreal und von U.S. Gewerkschaften sowie dem International Brotherhood of Machinists, die ihr "Alert" System entwickelt haben. Wo es verwandt wurde, war es erfolgreich bei der Rettung von Unternehmen und Arbeitsplätzen und bei der Schaffung von stärkeren Gewerkschafts- und Entwicklungsbündnissen. Es ist

ein Konzept, das getestet und in größerem Maßstab von jenen weiterentwickelt werden sollte, die sich dafür engagieren, dass die produktive Kapazität unserer internationalen Wirtschaft aufgebaut wird und wir gleichzeitig die Demokratie in größerem Umfang und sinnvollerer Weise erweitern.

Anhang: Frühwarn-Erhebung

Was passiert mit Deinem Job? Was passiert mit Deinem Unternehmen?

Diese Erhebung ist ein Versuch des Center for Labor and Community Research (CLCR), unsere Arbeitsplätze und unsere Unternehmen hier gesund zu erhalten. Bitte beantworten Sie die Fragen und senden oder faxen sie das Formular an uns zurück. Wir werden Sie kontaktieren. Alle Information wird vertraulich behandelt.

Name: _____ Datum: _____

Adresse: _____

Unternehmensname: _____ Deine Arbeit _____

Unternehmensadresse: _____

Habt Ihr eine Gewerkschaft? __ Wenn ja welche? _____

Bitte antworte JA oder NEIN auf die folgenden Fragen. Ein "ja" auf irgendeine von ihnen könnte bedeuten, dass Dein Job nicht sicher ist und wahrscheinlich mehr Aufmerksamkeit verlangt.

1. Gab es Gerüchte, dass das Werk schließen wird? _____
2. Gab es größere Entlassungswellen in den letzten 2 Jahren? _____
3. Wird der Inhaber alt und/oder krank ohne jemanden für die Übernahme des Unternehmens auszubilden? _____
6. Wurde Arbeitskraft und/oder größere Ausrüstungen von dem Unternehmen abgezogen? _____
7. Bringen sie Leute in das Unternehmen, die Du nicht kennst. Räumen sie das Werk auf? Haben sie die Sicherheit ohne Erklärung erhöht? _____
8. Leben die Inhaber außerhalb der Stadt? Wurde das Unternehmen kürzlich verkauft? _____
9. Nimmt das Unternehmen unübliche Positionen in Vertragsaushandlungen ein? _____
10. Ist das Management im Umgang besonders nett oder ungewöhnlich schwierig? _____

Bitte senden an: Mike Jin, Center for Labor and Community Research, 3411 W. Diversey, Chicago, IL 60647, www.clcr.org ...**Danke für Deine Hilfe!**

In Chicagos Austin Gemeinde: Alinsky versus Arizmendi Umverteilung oder Kontrolle des Reichtums¹

Dan Swinney

Die Ära nach dem Zweiten Weltkrieg gab zwei Visionären Auftrieb, die darauf aus waren, mehr Demokratie und Wohlstand in ihre Wahlkreise mit Leuten niedriger Einkommen zu bringen als Teil einer breiteren Vision, die Welt zu verändern. Beide waren kritisch gegenüber dem Kapitalismus sowie gegenüber der Art von Sozialismus, der in der Sowjetunion praktiziert wurde und allein auf dem Staat aufbaute. Beide mobilisierten die Basis, in ihrem eigenen Namen Macht auszuüben, und dies taten Tausende, was tiefe Auswirkungen auf die Gemeinden hatte, denen sie dienten. Beide werden von den jungen und alten Organisatoren, die nach neuen Lösungen für alte, scheinbar unlösbare Probleme suchen, überall auf der Welt studiert.

Saul Alinsky, stark beeinflusst von John L. Lewis von der Bergarbeitergewerkschaft *United Mineworkers of America*, verkündete eine Vision für Gemeinden mit niedrigem Einkommen, die eine Parallele zu der erfolgreichen Organisationsstrategie des *Congress of Industrial Organizations* darstellte. Diese Strategie fußte auf der Auffassung, dass die Produktionsmittel, die Schaffer des Reichtums in den Vereinigten Staaten, eine gute Arbeit leisteten. Schließlich war das, was für *General Motors* (GM) gut war, gut für das Land. Damals stimmten die Profite der großen amerikanischen Konzerne im Allgemeinen mit der langfristigen Entwicklung der Branche, in die sie investiert hatten, überein: GM stellte Autos her und schien sich langfristig mit Investitionen für neue Technologien und allgemeines Schritthalten zu engagieren. IBM tat dasselbe mit Computern. *US Steel* tat dasselbe mit Stahl. Und traditionell, ging es den weißen Mittelklasse Gemeinden, wo diese Konzerne angesiedelt waren, sowie den Oberklassen ganz gut. Gemeinden, Arbeiter und Unternehmer anderer Hautfarbe sahen sich konfrontiert mit Diskriminierung in jedem Aspekt der Wirtschaft und Gesellschaft einschließlich der Einkommen und Arbeitsbedingungen, Zugang zu Eigentum, Wohnung und ungleicher Rechtsprechung.

Alinsky ging es nicht um die guten Produktionsmittel sondern um die Verbesserung der Verteilung des Reichtums, der von dem System geschaffen wurde, darum, Gemeinden einzubeziehen, die systematisch ausgeschlossen oder ausgenutzt wurden, weil sie Schwarz oder Latino waren, beziehungsweise der Arbeiterklasse angehörten. Er und seine Organisationen kämpften gegen alle Formen von Diskriminierung und Ungerechtigkeit. Seine Pionierorganisationen

¹ Oktober 13, 2007

wurden in Chicago geschaffen—*The Woodlawn Organization, the Back of the Yards*, und die *Organization for a Better Austin*. Sie wurden von professionellen Organisatoren gegründet und durch die *Industrial Areas Foundation* rekrutiert, in der sie auch Mitglieder wurden, und später von Organisationen, die gegründet wurden, die die Alinsky Perspektive verfolgten.

Sie organisierten Anwohner ausgehend von ihrem “Eigeninteresse” und um unmittelbare wichtige Forderungen nach besseren und anständigen Wohnungen, nach sozialer- und Rassengerechtigkeit, für eine Reform der Sozialhilfe, und andere unmittelbare Fragen, so wie es auch ihre Gewerkschaften parallel taten, in den großen Fabriken und Niederlassungen im ganzen Land. Sie organisierten sich um die Umverteilung des Reichtums in ihren eigenen Distrikten zu erreichen, wobei sie alle Fragen, die mit der Schaffung des Reichtums in dem Amerika der Großunternehmen und des privaten Sektors zu tun hatten, beiseiteließen.

Zur gleichen Zeit verfolgte ein Priester, Pater Jose Maria Arizmendi in dem Baskenland in Nordspanien, in dem Ort Mondragon, einen anderen Kurs. Er gehörte zum baskischen Widerstand gegen Franco, dem spanischen Faschisten, der Ende der 1930er Jahre an die Macht gekommen war. In dieser Zeit wurde er festgenommen und entkam nur knapp der Hinrichtung. Er wurde der Kirchengemeinde in der Kleinstadt Mondragon zugewiesen. In seiner Betrachtungsweise ging er davon aus, dass die Kontrolle und Entwicklung der Produktionsmittel nach den Werten und Prioritäten der lokalen Gemeinschaft der Hauptfokus der Organisation und Entwicklung von Organisation sein sollte anstatt nur die breitere Verteilung des Reichtums anzusteuern. Es war am Ort der Produktion, wo die Arbeit getätigt wurde, wo Demokratie erweitert werden sollte und wo Arbeiter/ Einwohner den größten Einfluss, die meiste Macht besaßen. Besonderheiten der spanischen Gesetzgebung machten die Gründung von Genossenschaften attraktiv, die zu den hervorragenden Charakteristika des Mondragon “Models” wurden. Dies war schwierige aber langfristig leistungsfähigere Arbeit.

1943, kurz nach Ankunft in Mondragon, organisierte er eine Polytechnische Schule für junge Basken, die sowohl die technischen Fähigkeiten der Fertigung und Produktion lehrte als auch Werte vermittelte. 1956, kaufte Arizmendi mit fünf Abgängern dieser Schule ein Gasherdundernehmen und organisierte es auf genossenschaftlicher Basis—ein Arbeiter/ eine Stimme – und mit einer Einkommensskala von eins zu drei. Das Anfangsunternehmen beschäftigte 30 Arbeiter-Eigner. Es war erfolgreich. Ein weiteres Unternehmen wurde mit einem anderen Team gegründet, und dann ein weiteres und wieder ein weiteres. Mitte der 1970er, hatten sie etwa 45 Unternehmen, die 17.000 Arbeiter in Produktion und Handel sowie in der gemeinsamen Bank, Berufsschulen und Wohnungsgenossenschaften beschäftigten. 2007 besaß das Mondragon Netzwerk—jetzt die *Mondragon Corporación Cooperativa* —100 Unternehmen, die global 130.000 Personen beschäftigte. Es gibt große Handels- und Produktiv-

genossenschaften. Eroski ist ein großes Handelsunternehmen im Besitz seiner Beschäftigten und Kunden und hat Wal-Mart einfach dadurch aus Spanien herausgehalten, dass es eine wettbewerbsstärkere Alternative für die Konsumenten ist. Mondragon ist der Vorreiter der spanischen industriellen Wirtschaft und die Region wird als eine der führenden Produktionsregionen der globalen Ökonomie angesehen. Die Arbeitslosigkeit ist sehr niedrig und das pro Kopf einkommen ist hoch. Demokratie ist eine Realität in der Politik sowie in der Wirtschaft.

Arizmendi erkannte die zentrale Rolle der Schaffung des Reichtums in der Gesellschaft und die Tatsache, dass Markterfahrenheit und Wettbewerb mit sozialen Werten kombiniert werden kann. Durch die Organisation, Entwicklung von Führungsfähigkeit und Organisationserfahrung, konnte Arizmendi eine Bewegung anführen, die sich erfolgreich auf dem Markt und in dem Staat behauptet und die die zivile Gesellschaft nachhaltig beeinflusst hat.

Heute ist die von Alinsky-inspirierte Bewegung immer weniger durchsetzungsfähig. Mächtige Teile des Privaten Sektors haben sich qualitativ verändert und das mächtige *Low Road*² Segment, das von der *Wall Street* beherrscht wird und einige der großen multinationalen öffentlich verkauften Konzerne haben den Sozialen Vertrag, der die von Alinsky inspirierte Bewegung in den 1950ern und 1960ern möglich gemacht hatte, zerschlagen. Bei den mächtigsten Konzernen sind kurzfristige Gewinne für die Aktionäre an die Stelle jedweden Wunsches oder langfristigen Engagements in einzelne Konzerne, Produkte oder Branchen und noch weniger Gemeinden, wo die Produktion stattfindet, getreten.

Eine soziale Bewegung oder Regierung in den Vereinigten Staaten kann ihre Rolle nicht mehr auf die reine Umverteilung des Reichtums und Regulierung beschränken. Umverteilung und Regulierung sind erforderlich aber nicht länger ausreichend. Es ist entscheidend, dass jene, die sich für nachhaltige Gemeinden interessieren, die Fragen der Schaffung des Reichtums aufgreifen und Bündnisse mit jenen in der Wirtschaft aufbauen, die immer noch eine heutige Version der alten Idee von Verantwortung teilen.

Aus meiner Sicht war und ist Arizmendi ein stärkerer und effektiverer Visionär in der Weichenstellung für die Organisation in Gemeinden als Alinsky. Wir müssen heute mehr als zuvor Perspektiven wie die seine nutzen und nicht nur andere nach einer Entwicklung fragen, die die Bewohner der Gemeinde einschließt, sondern dies auf eine Weise zustande bringen, die unter lokaler Kontrolle und nach lokalen Werten ausgerichtet ist. Wir müssen die Fähigkeit und Vision entwickeln, die es denen mit einem Engagement für eine Ent-

² Low Road

wicklung, die ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltig ist, um auf dem Markt, in dem Staat und in der Zivilen Gesellschaft gegen den destruktiven *low road* Trend anzutreten. Es gibt jetzt ein großes Führungs-Vakuum in der Wirtschaft und Gesellschaft, insbesondere in Gemeinden wie Austin, Chicago. Wir sollten darum kämpfen, dieses Vakuum mit einer Vision zu füllen, die die Gemeinde wirklich im Namen ihrer Einwohner aufbaut und die Art von Bündnissen knüpft, die für den Erfolg entscheidend sind. *Austin Polytech*(www.austinpolytech.com) ist Teil dieser Bemühung.

Aus dem Englischen von Clarita Müller-Plantenberg

II Perspektive Demokratie von unten Gesellschaft und Staaten – Europa, USA

Podium Wirtschaftsdemokratie

Solidarische Ökonomie, Belegschaftsübernahmen und Demokratisierung der Wirtschaft

Joachim Beerhorst

Ich gliedere meine Ausführungen in drei Thesen, die ich zu Beginn kurz vorstelle:

1. Es gibt in der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ein durchgängig starkes Verlangen nach der Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft – aber eine Distanz gegenüber Betriebsübernahmen, Arbeiterselbstverwaltung, Produktivgenossenschaften unter kapitalistischen Bedingungen.

2. Die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft (und damit die Bedingungen einer solidarischen Ökonomie) werden eher institutionell und betriebsübergreifend/ gesamtwirtschaftlich gedacht – mit einem konzeptionellen Reichtum, der in begrenzte Erfahrungen, aber auch in weiterführende Überlegungen mündet. Diese weiterführenden Überlegungen bedürfen der Aktualisierung und Konkretisierung; dadurch würden eine umfassende Politisierung und Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft möglich – und damit eine solidarische, zumindest eine solidarischere, Ökonomie. Ich werde versuchen, diese Thesen im Folgenden näher darzustellen und zu begründen – teilweise historisch, teilweise mit direktem Bezug auf die Gegenwart.

***Zur ersten These:** Es gibt in der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ein durchgängig starkes Verlangen nach der Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft – aber eine Distanz gegenüber Betriebsübernahmen, Arbeiterselbstverwaltung, Produktivgenossenschaften auf kapitalistischer Basis.*

Wir finden in der deutschen Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung das Verlangen nach Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft bereits sehr früh - seit Beginn der Industrialisierung. Die Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung, die erste große Arbeiterorganisation, die sich 1848 im Zuge der bürgerlichen Revolution herausbildet und in Berlin versammelt, postuliert in ihrem politischen und sozialen Forderungskatalog unter anderem die: „freie Wahl der Aufseher und Werkmeister“, also der Vorgesetzten im kapitalistisch werdenden Arbeitsprozess. Darin kommt schon ein leitendes Motiv zum Ausdruck, das sich in der Arbeiterbewegung durchhält. Fremdbestimmte Autoritätsverhältnisse im Betrieb nicht einfach zu akzeptieren.

Explizit und als Bestandteil eines gradualistischen Veränderungskonzepts artikuliert das - in der Expansions- und Konsolidierungsphase der gewerkschaftlichen Organisationen - ihr Vorsitzender Carl Legien in einer Schrift über die Ziele der deutschen Gewerkschaftsbewegung: „Die Regelung der Arbeitsverhältnisse wird ... sich aber bei weiterer Entwicklung nicht nur auf die Lohnhöhe und die Dauer der Arbeitszeit beschränken, sondern sich auch auf die Be-

triebseinrichtungen erstrecken. Der letzte Schritt wäre dann die *Übernahme der Leitung der Produktion durch die Arbeiterschaft*, wobei es ja dem Unternehmer, welcher die nötige Qualifikation besitzt, frei stünde, seinen Teil zur Vervollkommenung und Erhöhung der Produktivität beizutragen. Das Ziel der Gewerkschaftsbewegung ist die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung und die *Beseitigung des Absolutismus im Fabrikbetriebe*, an dessen Stelle die *demokratische (sozialistische) Organisation der Betriebsstätten* zu treten hat.“¹

Diese programmatische Erklärung des Vorsitzenden der sich gerade zentralisierenden und zur Massenorganisation werdenden deutschen Gewerkschaften um 1900 habe ich vorangestellt, weil sie, was den Themenkomplex Wirtschaftsdemokratie anbelangt, in gewisser Weise paradigmatisch ist für die weitere theoretische und konzeptionelle Entwicklung der Arbeiterbewegung. 1919 etwa, in der revolutionären Phase nach dem Ersten Weltkrieg, postuliert die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften Deutschlands, „innerhalb der Betriebe (...) freigeählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte) zu schaffen, die, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben. (...) Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.“ Dieses Motiv - Einschränkung der Verfügungsgewalt der Kapitaleigner über Sachen und Menschen durch die Arbeitenden und ihre Vertreter - leitet zur gleichen Zeit auch die revolutionären Obleute der Metallbetriebe Groß-Berlins, gewerkschaftlich organisierte radikale sozialistische Vertrauensleute des deutschen Metallarbeiterverbandes, die konkretisieren, wie sie die Kapitalhoheit zurückdrängen wollen: „Wir fordern die Kontrolle der Produktion, die Überwachung der Unternehmertätigkeit durch den Betriebsrat aufgrund der Einsichtnahme in sämtliche technischen, betriebswirtschaftlichen und finanziellen Vorgänge des Unternehmens sowie die gleichberechtigte Mitentscheidung bei allen wichtigen Angelegenheiten.“

Was aus beiden Erklärungen deutlich wird: Es gibt einerseits einen deutlich artikulierten Anspruch auf Veränderung der kapitalistischen Arbeitsverhältnisse – und wir werden noch sehen: auch der überbetrieblichen Verhältnisse –, aber in der praktischen Umsetzung mündet dies - selbst in einer revolutionären Situation - mehr in einem Modell der Parität von Kapital und Arbeit als in der Aufhebung des Kapitals. Die sozialistische Perspektive wird zwar offen gehalten, aber ihre Vergegenwärtigung durch direkte Betriebsübernahme steht nicht an. Ohnehin zeigt dieser Paritätsgedanke in der weiteren Entwicklung der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung seine Ambivalenz: Wird die Kontrolle von Unternehmerentscheidungen und die Gleichberechtigung von Kapital und

¹ Carl Legien Ziele und Mittel der deutschen Gewerkschaftsbewegung, in: Sozialistische Monatshefte, 1900, 4. Jahrgang, Nr. 3, S. 109 ff.

Arbeit zunächst noch als Etappe auf dem Weg zur sozialistischen Transformation aufgefasst, so verwandelt sich – insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg – dieses Mittel in das Ziel: paritätische Mitbestimmung auf kapitalistischer Basis tritt an die Stelle der demokratischen Kooperation auf Basis gesellschaftlichen Eigentums.

Zum zweiten Teil der These – zur Distanz gegenüber Selbstverwaltung und Kooperativen. Wenn in der deutschen Arbeiterbewegung von Genossenschaften die Rede ist, dann sind fast ausschließlich Konsumgenossenschaften, in den seltensten Fällen Produktivgenossenschaften gemeint. Gegenüber Produktivgenossenschaften gibt es eine sehr große Skepsis, teilweise sogar offene Ablehnung. Der sozialdemokratische Parteitag von 1892 beispielsweise nimmt zu Genossenschaften folgende Position ein:

In der Frage des Genossenschaftswesens steht die Partei auf dem Standpunkt: sie kann die Gründung von Genossenschaften nur da gut heißen, wo sie die soziale Existenzermöglichung von im politischen oder gewerkschaftlichen Kampf gemäßregelten Genossen bezwecken... Im Übrigen haben Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften. entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, dass Genossenschaften imstande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern." Genossenschaften gelten also allenfalls als Notnagel, aber nicht als Transformationsperspektive. Dieses harte Urteil wird in den Folgejahren etwas differenzierter, die Haltung zu Genossenschaften bleibt aber kritisch. Die Vorbehalte, die sich bis heute durch die deutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ziehen, lassen sich so zusammenfassen:

Genossenschaften und selbstverwaltete Betriebe unter Bedingungen des Kapitalismus

- haben das Problem der Kapitalbeschaffung und des Kapitalmangels, neigen zum Betriebsegoismus und zur Reproduktion der Konkurrenz
- bleiben abhängig von Marktunsicherheiten
- müssen komplexe Prozesse der Produktions-und Arbeitsorganisation im Spannungsfeld von Betriebsleitung und Arbeiterselbstverwaltung lösen - und für letztere stellt sich das Problem der erforderlichen Qualifikation und Kompetenz
- stehen in der Gefahr oder setzen voraus, erkämpfte gewerkschaftliche Standards der Lohnhöhe, der Arbeitszeiten, der sozialen Sicherung zu unterschreiten und zu Selbstausbeutung zu führen, wodurch ein Absenkungsdruck auf die anderen Betriebe ausgeübt wird
- lenken ab von der Transformationsperspektive des Sozialismus
- passen nicht zur eher zentralistischen, effizienzorientierten und repräsentativen Betriebs- und Organisationskultur.

Die Entwicklung nach 1945 läuft dann darauf hinaus, dass wir sowohl die Genossenschaftsidee wie die Perspektive der Systemtransformation aufgeben - vielleicht lässt sich ja beides mit dem Referenzpunkt "solidarische Ökonomie" revitalisieren?

Zur zweiten These: *Die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft (und damit die Bedingungen einer solidarischen Ökonomie) werden eher institutionell und betriebsübergreifend/gesamtwirtschaftlich gedacht – mit einem konzeptionellen Reichtum, der in begrenzte Erfahrungen, aber auch in weiterführende Überlegungen mündet.*

Welche wirtschaftsdemokratischen Repräsentationsformen werden hervor-gebracht, was sind wichtige konzeptionelle und politische Beiträge aus der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung?

Zunächst ein kurzer Überblick: Repräsentation auf der betrieblichen Ebene: „Konstitutionelle Fabrik“ als Stufe zur sozialistischen Republik der Arbeit (Carl Legien).

Die überbetriebliche Ebene: Repräsentation öffentlicher Interessen gegenüber der Einzelwirtschaft (Karl Korsch, Fritz Naphtali, Prager Frühling), Wiederaufnahme der wirtschaftsdemokratischen Programmatik: Paritätische Mitbestimmung und Wirtschafts- und Sozialräte (DGB 1949 ff.).

Konzeptionelle Desiderate: Repräsentationsdefizite und Möglichkeiten ihrer Überwindung: „Dritte Bank“ und Selbstvertretung in Betrieb und Gesellschaft.

Zum ersten Punkt – Carl Legien – noch einmal sein Gedanke:

„Das Ziel der Gewerkschaftsbewegung ist die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung und die *Beseitigung des Absolutismus im Fabrikbetriebe*, an dessen Stelle die *demokratische (sozialistische) Organisation der Betriebsstätten* zu treten hat.“

In diesem Gedanken ist der Kern seiner Konzeption enthalten: die Eingrenzung der kapitalistischen Vorherrschaft durch die Stärkung bis hin zur paritätischen Vertretung der Arbeiter und die Kontrolle der Prerogative des Kapitals durch eine verfasste Fabrik (eine durchaus folgenreiche Vorstellung - die heutige Rechtsgrundlage für die innerbetriebliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer heißt *Betriebsverfassungsgesetz*). Die Analogie zur Gesellschaftsgeschichte, die Legien zieht, besteht darin, dass man in der Fabrikwelt ebenso wenig wie in der Gesellschaft vom Absolutismus unmittelbar zur demokratischen Republik kommt - es bedarf der konstitutionellen Beschränkung der Macht des Souveräns bis hin zur paritätisch gleichberechtigten Beteiligung der Arbeitenden (mit der Perspektive der demokratisch-sozialistischen Republik der Arbeit).

Zum zweiten Aspekt - die überbetriebliche Ebene. Eine Frage lässt der Fabrikansatz (in der Arbeiterbewegung, aber auch in der Genossenschafts- und Alter-

nativbewegung) offen: Was geschieht jenseits der Betriebe? Kann aus der Summe von mitbestimmten oder selbstverwalteten Unternehmen so etwas wie eine demokratische Gesamtwirtschaft werden?

Dies ist das Thema von Karl Korsch, einem sozialistischen Theoretiker der Weimarer Republik, der sich mit wichtigen Beiträgen insbesondere in die Sozialisierungsdebatten der frühen zwanziger Jahre einmischt und auf Blindstellen bisheriger Konzepte hinweist. Durch die alleinige Repräsentation der betrieblichen Produzenten entsteht, Korsch zufolge, noch keine wirtschaftliche Demokratie, sondern Betriebs- oder Produzentensyndikalismus - für die Herstellung wirtschaftlicher Demokratie bedarf es der Repräsentation und des Ausgleichs einzelwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Interessen: „Die dem privatkapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln durch staatliche Sozialpolitik auferlegten Einschränkungen des Eigentums (müssen) zu einem effektiven Obereigentum der Gesamtheit weiter entwickelt werden (...) - durch Staat, Gemeinde, Konsumgenossenschaften und besonders gegründete Zweckverbände“, die zusammen mit den Vertretern der einzelwirtschaftlichen Einheiten die öffentliche Bedarfsfeststellung und Bedarfserfüllung regulieren.² Es bedarf in und gegenüber der Wirtschaft also einer mehrfachen Repräsentation: die der Produzenten - einmal als in der wirtschaftlichen Einzeleinheit produzierende Besonderheit und zum Zweiten als produzierende Allgemeinheit aller Arbeitenden. Und die der überbetrieblichen gesellschaftlichen Interessen (insbesondere an sozial erwünschter, qualitativ und quantitativ zufriedenstellender und ökologisch verantwortbarer Güter- und Dienstleistungsproduktion), also der gesamtgesellschaftlichen Allgemeinheit.³

Diese Überlegungen nimmt am Ende der Weimarer Republik Fritz Naphtali - als Urheber und Namensgeber des Konzepts „Wirtschaftsdemokratie“ im engeren Sinn - wieder auf.⁴ Sein Demokratisierungskonzept zielt im Kern darauf, Elemente der Wirtschaftsplanung zur Ausrichtung der Produktion an gesellschaftlichen Bedürfnissen gegen die Dominanz der kapitalistischen Verwertungslogik durchzusetzen. Mittel dazu sind drittelparitätisch aus Unternehmern, Arbeiterv Vertretern und Verbrauchern zusammengesetzte Selbstverwaltungskörperschaften der verschiedenen Wirtschaftszweige, die Vertretung

² Karl Korsch, Was heißt Sozialisierung?, in: Ders., Gesamtausgabe, Band 2, Frankfurt am Main 1980, S. 116 ff.

³ Diese Repräsentationsproblematik spielt eine große Rolle in der Auseinandersetzung über den Weg, den die russische Revolution 1918 einschlägt (und entscheidet letztlich über ihre demokratische Qualität): Der Auflösung der Konstituierenden Versammlung als Repräsentantin der Gesellschaft und ihrer alleinigen Ersetzung durch Arbeiterräte hält Rosa Luxemburg in ihrer demokratietheoretischen Kritik das Postulat entgegen: „Sowohl Sowjets als Rückgrat Konstituante und allgemeines Wahlrecht“ (Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, in: Dies., Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1979, S. 358.)

⁴ Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie - ihr Wesen, Weg und Ziel, Köln/Frankfurt am Main 1977.

der Gewerkschaften in allen Organen der staatlichen Wirtschaftspolitik sowie der Ausbau eines gemeinwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Sektors.

Aus der Perspektive und der Repräsentation der Produzenten allein entsteht kein legitimates ökonomisches und gesellschaftliches Ganzes, es bedarf der Repräsentation der einzelwirtschaftlichen Einheiten und ihrer Akteure *und* der Repräsentation des Gemeinwesens und ihres (konfliktorischen) Ausgleichs - so lassen sich die wirtschaftsdemokratischen Überlegungen dieses Strangs der Arbeiterbewegung zusammenfassen.⁵

Zum dritten Aspekt: Nach 1945 - nach Faschismus und Weltkrieg und Unterdrückung der Arbeiterbewegung - knüpft der DGB an die wirtschaftsdemokratische Programmatik der Weimarer Republik wieder an und formuliert in seiner Positionsbestimmung 1949 drei Grundsätze:

- ❑ Die Gewerkschaften fordern **Mitbestimmung** der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung
- ❑ Überführung der Schlüsselindustrien in **Gemeineigentum**
- ❑ **Volkswirtschaftliche Rahmenplanung** statt chaotische Marktwirtschaft und zentralistische Staatswirtschaft

Diese strategische Trias soll die profitorientierte Wirtschaft in Richtung nicht explizit des Sozialismus, aber doch in Richtung einer gemeinwirtschaftlichen Orientierung verändern - ein Transformationskonzept mit offenem Ausgang (das im Zeichen des Prosperitätskapitalismus ab Mitte der fünfziger Jahre aber nicht mehr ernsthaft verfolgt wird).

Realisiert werden weder Sozialisierung noch volkswirtschaftliche Planung, sondern ein spezifisches Modell der unternehmensbezogenen und der betrieblichen Mitbestimmung: Auf dem Hintergrund der in der unmittelbaren Nachkriegszeit in der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie durchgesetzten und - nach Urabstimmung und drohendem Arbeitskampf - 1951 zum Gesetz gewordenen paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie wird mit dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 in allen Aktienunternehmen mit über 2000 Beschäftigten auf der *Unternehmensebene* die formell paritätische, mit gleichem

⁵ Als Fluchtpunkt einer entwickelten historischen Konkretisierung wirtschaftsdemokratischer Motive kann bis heute das umfassende Reformkonzept des „Prager Frühlings“ von 1968 gelten (vgl. Jiri Kosta, Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus - Probleme und Alternativen, Köln 1984; Ota Sik, Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg, Hamburg 1978). Mit seinen Elementen der gesellschaftlichen Kontrolle des Eigentums, der Unterordnung von Marktprozessen unter eine diskursiv zustande gekommene Rahmenplanung, der Begrenzung von einzelwirtschaftlichen Ertragsansprüchen, der radikalen Ausweitung betrieblicher und gesellschaftlicher Demokratie und der Ausbalancierung egoistischer und altruistischer Motive, von Individualismus und Sozialität enthält es - obgleich entstanden als demokratisch-sozialistische Veränderung einer nichtkapitalistischen Ökonomie - unhintergehbare Bezugspunkte auch für ein Projekt antikapitalistischer Strukturreformen in der nachfordistischen Phase des Kapitalismus mit ihren krisenhaften Verwerfungen.

Stimmgewicht ausgestattete Beteiligung von betriebsinternen und externen gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat verbindlich - allerdings (neben der Aufspaltung der Arbeitnehmerbank durch einen Vertreter der leitenden Angestellten) unter Wahrung der Dominanz der Kapitaleseite: Der von den Anteilseignern gestellte Aufsichtsratsvorsitzende hat im Konfliktfall doppeltes Stimmrecht (s. Schaubild 1). Auf der *betrieblichen* Ebene bleibt die Mitbestimmung des Betriebsrats im Wesentlichen beschränkt auf soziale und personelle Angelegenheiten⁶ - enthält den Beschäftigten die Mitentscheidung in wirtschaftlichen Angelegenheiten also bewusst vor.

Zu Beginn der siebziger Jahre bringen die Gewerkschaften mit ihrer Forderung nach der Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten noch einmal eine überbetriebliche Mitbestimmungsform ins Spiel, die sowohl Elemente von Rahmenplanung wie von gesellschaftlicher Unternehmenskontrolle enthält (s. Schaubild 2): Auf regionaler, Landes- und Bundesebene sollen paritätisch aus **Arbeitnehmer-** und Unternehmervertretern zusammengesetzte Beratungsgremien installiert werden, die einerseits Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung erörtern (und damit ansatzweise Orientierungsdaten für einzelwirtschaftliche Entscheidungen liefern können), andererseits gegenüber Parlamenten und Regierungen in allen wirtschafts- und sozialpolitischen Angelegenheiten Informations-, Anhörungs- und Initiativrechte haben. Dieses Konzept findet jedoch keine öffentliche Resonanz und wird auch von den Gewerkschaften - abgesehen von ihrer Beteiligung an der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik - nicht aktiv weiter verfolgt.

Gleichwohl wird die Zielsetzung "Demokratisierung der Wirtschaft" - wenn auch strategisch nicht unterfüttert - programmatisch nicht aufgegeben. So heißt es im gültigen DGB-Grundsatzprogramm von 1996:

□ „Gewerkschaften (...) müssen für eine andere Zukunft, für gesellschaftliche Alternativen, für die Überwindung sozial ungerechter und ökologisch unerträglicher Verhältnisse kämpfen.“

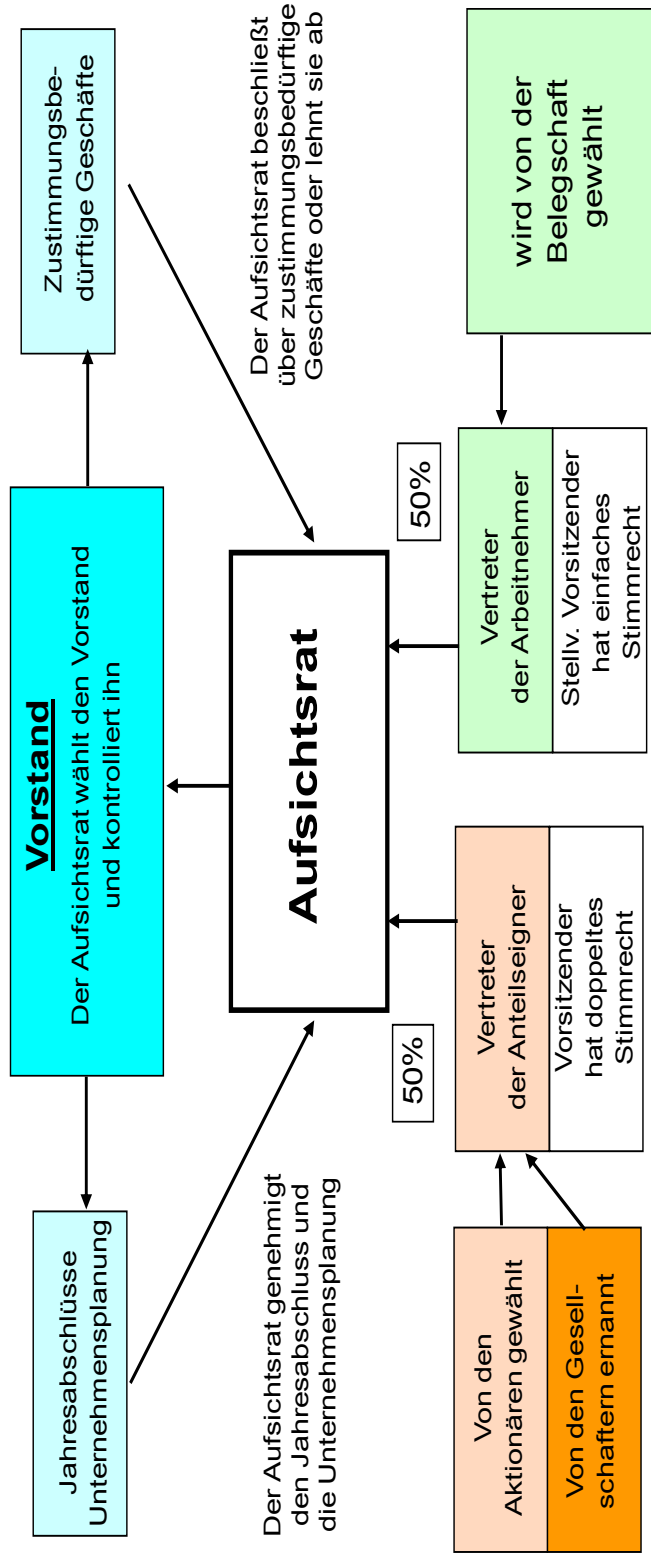
□ Es geht um den Ausbau der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz, „um den kommunikativen Charakter der Arbeit zu erhalten.“

□ „Den Gewerkschaften geht es um Entscheidungen der Gesellschaft, wie sie leben, arbeiten und wirtschaften will.“

Wenn man diesen Anspruch ernst nimmt, so ist er offenkundig in einer verwertungsorientierten und marktgesteuerten Ökonomie nicht zu verwirklichen - er weist erneut oder nach wie vor auf die Perspektive einer demokratischen und solidarischen Gemeinwirtschaft.

⁶ „Die Eingriffsmöglichkeiten und Beteiligungsrechte des Betriebsrats sind um so größer, je weiter sie von den wichtigen Unternehmerentscheidungen (z.B. über Ziele und Inhalte der Produktion) entfernt sind.“ Müller-Jentsch 1986: 224.

Mitbestimmungsgesetz von 1976



Joachim Beerhorst: Solidarische Ökonomie und
Demokratisierung der Wirtschaft
Imshausen - 11. Juni 2010

Schaubild 1

Zur dritten These: *Diese Überlegungen müssen weitergeführt werden und bedürfen der Aktualisierung und Konkretisierung; dadurch würden eine umfassende Politisierung und Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft möglich – und damit eine solidarische, zumindest eine solidarischere, Ökonomie.*

Dazu fünf Beispiele:

1. Eine erweiterte mitbestimmungspolitische Konzeption: Umwelt- und andere öffentliche Interessen werden institutionell in die Unternehmensentscheidungen integriert - mittels der Einrichtung einer „dritten Bank“ im Aufsichtsrat und der Kooptation eines Vorstandsmitglieds mit besonderem Mandat.

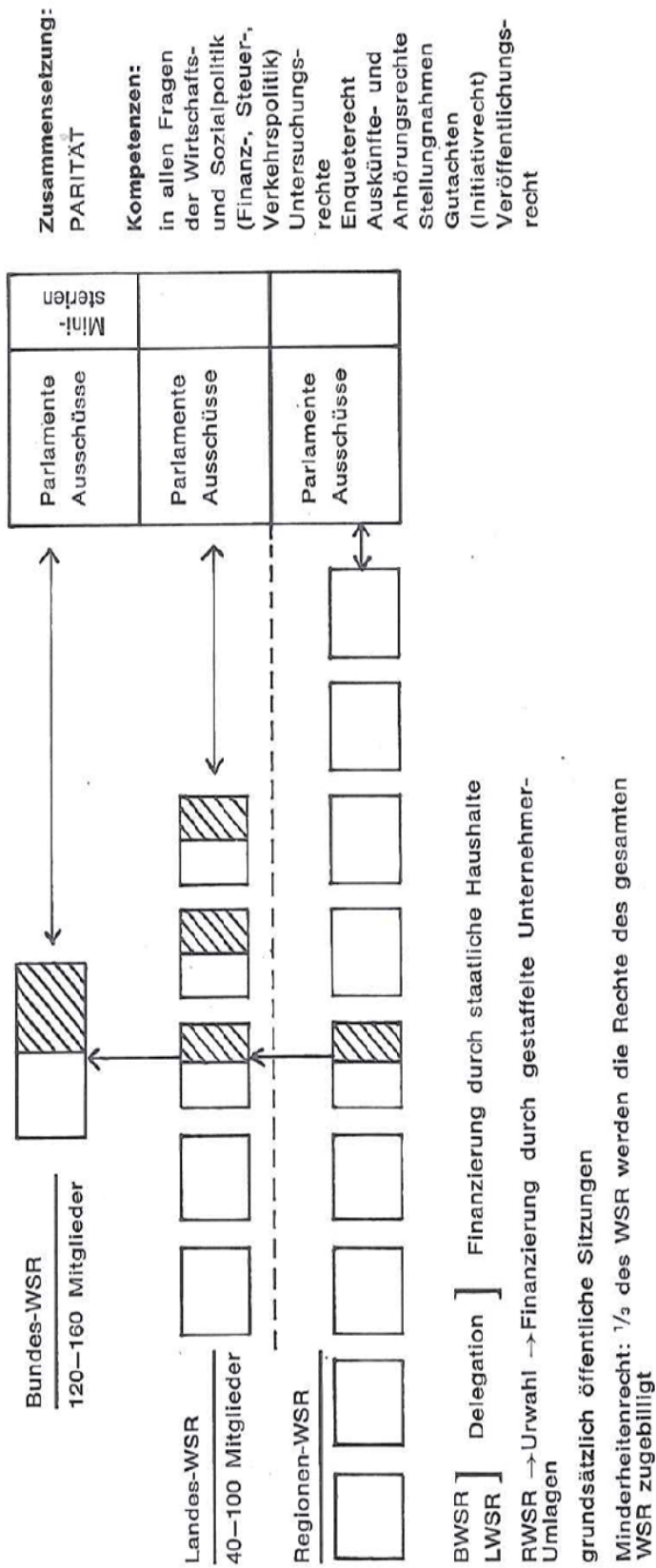
Unter dem Eindruck der ökologischen Krise und der lokalen und regionalen Auswirkungen von Unternehmensentscheidungen wird zur Mitte der achtziger Jahre kurzzeitig eine erweiterte Konzeption der Unternehmensmitbestimmung diskutiert, die das dualistische Kapital-Arbeit-Paradigma überschreitet. Ausgehend von der Kritik, dass im halbparitätischen, die „Produktionsfaktoren“ repräsentierenden Mitbestimmungsmodell der Faktor Natur nicht vertreten sei und beide repräsentierten Interessen – Kapital und Arbeit – dazu neigten, sich in einer Art faktischer Produktivitäts- und Wachstumskoalition über Umweltbelange und externe Wirkungen der einzelwirtschaftlichen Produktionsweise hinwegzusetzen, geht es in dieser Konzeption darum, Umwelt- und andere öffentliche Interessen institutionell in die Unternehmensentscheidungen zu integrieren – und zwar mittels der Einrichtung einer „dritten Bank“ im Aufsichtsrat und der Kooptation eines Vorstandsmitglieds mit besonderem Mandat. Einen Vorstoß in diese Richtung unternimmt im Jahr 1989 ein Gesetzentwurf der Bundestagsfraktion der Grünen zum „Ausbau der Mitbestimmung im Unternehmen und zur ökologischen Unternehmensverfassung“.⁷ Dessen Kernelement ist die Wahl von je zwei zusätzlichen stimmberechtigten Umweltvertretern auf der Anteilseigner- und Arbeitnehmerbank in den Aufsichtsrat von Großunternehmen ab 1.000 Beschäftigte, die aber von beiden Seiten unabhängig wären; Nominierungsrecht für die Wahl dieser vier Umweltsachwalter hätten Natur- und Umweltverbände sowie das Kommunalparlament am Unternehmenssitz (s. Schaubild 3).

Eine derart erweiterte Konzeption von Mitbestimmung greift die Überlegungen von Naphtali und Korsch wieder auf, dass aus der reinen Produzentenperspektive weder unter kapitalistischen noch unter nicht-kapitalistischen Verhältnissen eine gesellschaftliche Kontrolle der Ökonomie organisiert werden kann; dazu bedarf es, was die Ausrichtung der Produktion und den Einsatz ihrer Voraussetzungen und Resultate angeht, der gleichgewichtigen Mitentscheidung aus der Konsumentenperspektive – erst dann ist von einer bewusst vergesellschafteten Wirtschaft zu sprechen. Mit einer so veränderten Zusammensetzung des Aufsichtsrats wäre die klassische Halbparität durchbrochen, die Kapitaleseite könnte unter bestimmten Konstellationen in die Minderheit geraten. Dies um so eher,

⁷ Eckhard Stratmann-Mehrens, Ökologisierung und Demokratisierung der Unternehmensverfassung – Plädoyer für eine Gesetzesinitiative, in: Memo-Forum Nr. 17, Mai 1991, S. 4.

Wirtschafts- und Sozialräte (WSR)

(Ersatz der Industrie- und Handelskammern, Fortbestand nur als Unternehmerrammer)



Joachim Beerhorst: Solidarische Ökonomie und Demokratisierung der Wirtschaft
Imshausen - 11. Juni 2010

Schaubild 2

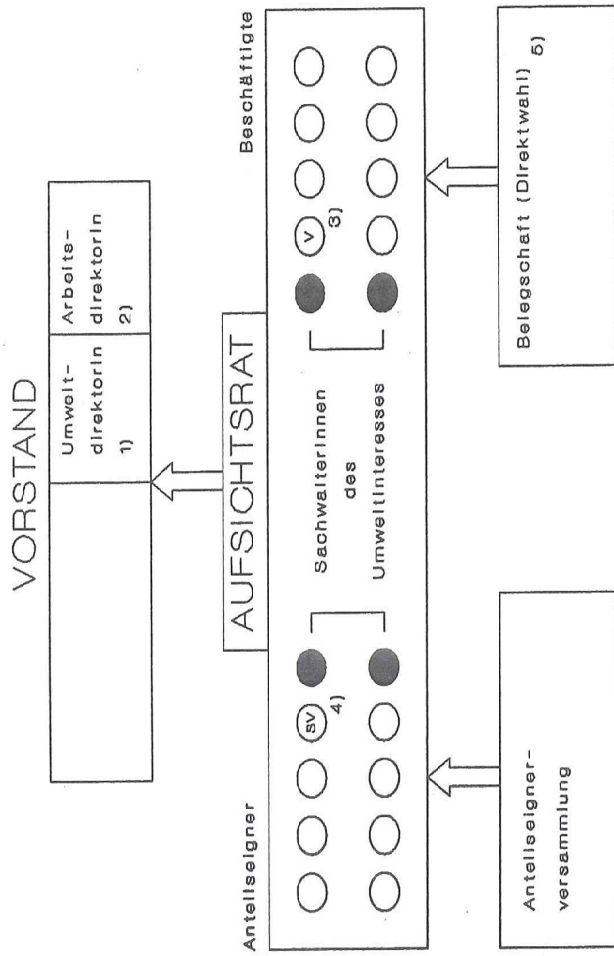
wenn auch das zweite Element dieses Modells realisiert würde: ein gegenüber dem gegebenen Rechtszustand veränderter Modus bei der Bestellung des Aufsichtsratsvorsitzenden und damit eine Umkehrung seines Stimmgewichts: Während nach dem geltenden Mitbestimmungsgesetz die Anteilseigner bei der Wahl des Vorsitzenden den Ausschlag geben und dieser in Pattsituationen doppeltes Stimmrecht hat – im Konfliktfall also die Letztentscheidung immer bei den Eigentümerseite liegt – würde nun, wenn eine Wahlmehrheit nicht zustande kommt, die Arbeitnehmerbank den Aufsichtsratsvorsitzenden, die Anteilseigner seinen Stellvertreter benennen; da der so bestellte Vorsitzende sein Doppelstimmrecht behielte, könnten Pattsituationen zugunsten der Arbeitnehmerseite aufgelöst werden.

2. Die Verankerung von Beteiligungs- und wirksamen Mitbestimmungsrechten der Betroffenen am Arbeitsplatz.

Diese Konzeption der Erweiterung von Mitbestimmung nach oben und außen ließe sich verbinden mit ihrer Erweiterung nach innen und unten – mit der direkten Mitbestimmung am Arbeitsplatz: Im Rüstungssektor, in der Schiffbauindustrie, ansatzweise in der Automobilproduktion entstehen zur Mitte der achtziger Jahre Arbeitskreise aus Arbeitern, Angestellten, Vertrauensleuten und Betriebsräten - unterstützt von der Gewerkschaft und von Wissenschaftlern – die, unabhängig vom Management und teilweise gegen seinen Widerstand, Konzepte der Diversifizierung und Konversion bestehender Produktionslinien entwickelten und dabei neben dem Hauptmotiv der Arbeitsplatzsicherung die soziale Wünschbarkeit und die ökologische Vertretbarkeit einbeziehen. Dazu gehört überbetrieblich die Berücksichtigung des lokalen und regionalen Umfeldes und innerbetrieblich die Infragestellung der überlieferten Arbeitsteilungsverhältnisse. Paradigmatisch für diese Ansätze einer Revolutionierung der „industriellen Beziehungen“, einer veränderten Beziehung zum Arbeitsgegenstand und zum Arbeitsprozess – von Alfred Sohn-Rethel als „Produktionslogik gegen Aneignungslogik“ bezeichnet – ist der „Corporate Plan“ der Belegschaftsinitiative im britischen Rüstungskonzern Lucas Aerospace, dessen Bedeutung Sohn-Rethel als Spurenlegung einer sozialistischen Produktionsweise charakterisiert: Die unmittelbaren Produzenten sind die Autoren der Produktionspläne, die Planungen sind geleitet von der Frage nach dem Gebrauchswert der Produkte, vom Interesse der Produzenten an den Konsumenten und vom Bewusstsein ökologischer Verantwortbarkeit, sie basieren auf der Überwindung der tayloristischen Arbeitsteilung, auf der direkten Zuführung von körperlicher und geistiger Arbeit.⁸

⁸ Alfred Sohn-Rethel, Produktionslogik gegen Aneignungslogik, in: Peter Löw-Beer, Industrie und Glück, Berlin 1981, S. 196.

ABB.1: ENTWURF EINES GRÜNEN MITBESTIMMUNGSMODELLS
DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG (August 1988)
Überparitätisches Modell
(für Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten)



Joachim Beerhorst: Solidarische Ökonomie und
Demokratisierung der Wirtschaft
Imhausen - 11. Juni 2010

Schaubild 3

Die bundesdeutschen Konversionsarbeitskreise der achtziger Jahre haben nicht den Entwicklungsstand von Lucas Aerospace erreicht, und generell sollte ein nüchterner Blick vor manchen Überhöhungen bewahren⁹: Primär ist immer das Interesse am Erhalt des Arbeitsplatzes als Einkommensquelle – soziale, arbeitspolitische und ökologische Interessen sind dem nachgeordnet. Dennoch lässt sich – mit Blick auf einige bis zum heutigen Tage wirkende Konversionsarbeitskreise – sagen: Das Exempel und der Geist der Produzentendemokratie sind nicht aus der Welt, sie motivieren und inspirieren weiterhin.

3. Das direkte gesellschaftliche und politische Umfeld der Betriebe, das auf sie einwirkt und das sie selbst prägen, wird neu politisiert

Komplementär zu erweiterten, auf die Arbeitsprodukte und die gesellschaftlichen Folgen von Unternehmensentscheidungen übergreifenden innerbetrieblichen und unternehmensbezogenen Mitbestimmungsformen wäre das direkte gesellschaftliche und politische Umfeld der Betriebe, das auf sie einwirkt und das sie selbst prägen, in die Neubestimmung von Repräsentation einzubeziehen. Denn für neue Produkte und Dienstleistungen, insbesondere wenn sie auf nicht marktgängige soziale Bedürfnisse ausgerichtet oder Kollektivgüter sind, bedürfen zumeist durch den Staat (als Fiskus, Dienstleister oder Gesetzgeber) getragener öffentlicher Nachfrage. Im Sinne einer Ergänzung zur dezentralen Politikebene im Unternehmen kommt der dezentralen Ebene im politischen System dabei eine besondere Bedeutung zu: der Kommune und der Region. Denn dieser dezentrale politische Raum unterscheidet sich von den anderen Ebenen des politischen Systems durch seine Nähe zur Lebenswelt der Politikbetroffenen, durch die geringere Abgrenzung der lokalen politischen Repräsentanten von den Repräsentierten, durch das Zusammenfallen und die unmittelbare Mobilisierbarkeit von Arbeitsinteressen und Lebensinteressen, durch das Entstehen von spontanen oder dauerhaften neuen Vertretungsformen. Daher suchen betriebs- und unternehmensbezogene Initiativen immer nach der Einbettung in ein förderliches kommunal- und regionalpolitisches Umfeld, bis hin zu neuen Verbindungen im Rahmen regionaler Wirtschafts- und Strukturpolitik. Diese haben zwar zumeist einen wirtschaftsorientierten Bias, können aber auch durch ein Verständnis von Kommune als „assoziativer Demokratie“ geleitet sein.

4. Einrichtung von Investitionsfonds in Arbeitnehmerhand

Neben diesen Ansätzen einer unternehmens- und arbeitsplatzbezogenen sowie betriebsübergreifenden Erweiterung von Mitbestimmung sei an ein in der schwedischen Sozialdemokratie entwickeltes Konzept erinnert, das über die einzelwirtschaftliche Einheit hinaus den öffentlichen Zugriff auf die makroökonomische Entwicklung anzielt: Investitionsfonds in Arbeitnehmerhand. Anders als in der deutschen Debatte in den sechziger Jahren, die um die Vermögens-

⁹ Klaus Mehrens (Hrsg.), *Alternative Produktion – Arbeitnehmerinitiativen für sinnvolle Arbeit*, Köln 1985.

bildung durch Umwandlung von Lohnsteigerungen in individuelle Unternehmensanteile kreist, ist die Konzeption der Arbeitnehmerfonds, wie sie in Schweden vom Ökonomen Rudolf Meidner entworfen und zeitweise vom Gewerkschaftsbund LO in Programmatik und gesellschaftliche Realität umgesetzt wurde, auf kollektive Eigentumsumwidmung bezogen. Es besteht im Kern darin, zusätzlich zur gegebenen Besteuerung einen Teil der Unternehmensgewinne über eine prozentual festgelegte Abgabe abzuschöpfen und in drittelparitätisch von Unternehmer-Staats- und Gewerkschaftsvertretern kontrollierte überbetriebliche Investitionsfonds abzuführen, deren Anlageverhalten sich an Kriterien gesellschaftlichen Nutzens orientiert. Mit dieser Konstruktion wird der Anspruch erhoben, einen Teil der mit gesellschaftlich gebildetem Arbeitsvermögen und öffentlicher Infrastruktur erzielten Resultate des Produktionsprozesses der rein privaten Bestimmung zu entziehen und gemeinschaftlicher Verfügung zu unterstellen - es geht um die Lenkung von Investitionen, um die Mitbestimmung über den Akkumulationsprozess. Gedacht und in den acht Jahren ihrer Existenz realisiert werden die Fondsbeiträge als gesetzlich festgelegte Abgabe; vorstellbar wäre aber auch eine gewerkschaftliche Tarifpolitik, die – bei Ausbleiben staatlicher Regelungen – Anteile von Lohnerhöhungen nicht der privaten Auszahlung, sondern der kollektiven Verwendung im Rahmen derartiger Fonds zuführt, kollektive Investitionspolitik also eigenständig angeht.

5. Gewerkschaftliche Diskurse zur Krisenbewältigung

In der gegenwärtigen Debatte in den Gewerkschaften über die Konsequenzen, die aus der nur vordergründig überwundenen Krise des Finanzmarktkapitalismus und ihren Ursachen zu ziehen sind, bekommen wirtschaftsdemokratische Orientierungen wieder Aktualität und Gewicht. So postuliert das Aktionsprogramm der IG Metall zur Krisenbewältigung u.a.: Einrichtung eines öffentlichen Beteiligungsfonds (Public Equity) zur Unternehmenssicherung und zum Erhalt industrieller Strukturen

- ☐ Ausstattung mit mindestens 100 Mrd. Euro
- ☐ Gespeist durch eine Zukunftsanleihe (d.h. eine rückzahlbare Zwangsabgabe) auf große Vermögen (ab 750.000 Euro)
- ☐ Gewährung von Public Equity nur unter bestimmten Bedingungen (tragfähiges unternehmerisches Konzept, Eigenbeitrag der Eigentümer, Erhalt der Arbeitsplätze, Anerkennung von Mitbestimmungsrechten, Tariflöhne etc.)
- ☐ Gebunden an öffentliche Unternehmensanteile und paritätische regionale Entscheidungsgremien Wirtschaft demokratisch gestalten
- ☐ Senkung der Schwellenwerte für paritätische Vertretung im Aufsichtsrat von 2000 auf 1000 Beschäftigte (unabhängig von der Rechtsform)
- ☐ Änderung des Aktienrechts: Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Wohl der Beschäftigten und der Allgemeinheit verpflichtet
- ☐ Ausrichtung der Vorstandsvergütungen an nachhaltigen Unternehmenszielen

- ❑ Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung (wichtige Entscheidungen wie z. B. Standortverlagerungen nur bei 2/3 Mehrheit im Aufsichtsrat)(VW Gesetz)
- ❑ Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte und Beschäftigten (z. B. bei Betriebsänderungen, Erstellung von Sanierungs- und Restrukturierungskonzepten)

Hingewiesen sei am Schluss darauf, dass Weiterungen von Mitbestimmung und Demokratisierung, wie sie hier vorgestellt wurden, keine bloßen konzeptionellen Luftbuchungen sind, sondern durchaus auf Empfänglichkeit und Orientierungsbedürfnisse bei den Subjekten treffen. So werden in einem Expertengespräch zwischen Sozialwissenschaftlern und Betriebsräten über neue Formen der Gruppenarbeit die Äußerungen von Arbeitern mit den Worten zitiert: „Dass wir das alles, was jetzt von uns verlangt wird, selbst organisieren können, wussten wir schon immer. Jetzt fragen wir uns gelegentlich schon mal: Wenn wir dazu in der Lage sind, warum sollten wir dann nicht gleich den ganzen Betrieb schmeißen können?“¹⁰

Gemeinsam zu arbeiten wäre an einer Verknüpfung dieser subjektiven Motive mit den politischen Motiven erweiterter Mitbestimmung, Demokratisierung der Wirtschaft und solidarischer Ökonomie.

Literatur

- Korsch, Karl, Was heißt Sozialisierung?, in: ders., Gesamtausgabe, Band 2, Frankfurt am Main 1980.
- Kosta, Jiri, Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus - Probleme und Alternativen, Köln 1984.
- Legien, Carl, Ziele und Mittel der deutschen Gewerkschaftsbewegung, in: Sozialistische Monatshefte, 1900, 4. Jahrgang, Nr. 3.
- Luxemburg, Rosa, Zur russischen Revolution, in: dies., Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1979.
- Mehrens, Klaus (Hrsg.), Alternative Produktion – Arbeitnehmerinitiativen für sinnvolle Arbeit, Köln 1985.
- Müller-Jentsch, Walther, 1986: Soziologie der industriellen Beziehungen, Frankfurt/New York.
- Naphtali, Fritz, Wirtschaftsdemokratie - ihr Wesen, Weg und Ziel, Köln/Frankfurt am Main 1977.
- Sik, Ota, Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg, Hamburg 1978
- Sohn-Rethel, Alfred, Produktionslogik gegen Aneignungslogik, in: Peter Löw-Beer, Industrie und Glück, Berlin 1981.

¹⁰ Harald Wolf, Arbeit und Autonomie - Ein Versuch über Widersprüche und Metamorphosen kapitalistischer Produktion, Münster 1999, S.224.

Stratmann-Mehrens, Eckhard, Ökologisierung und Demokratisierung der Unternehmensverfassung - Plädoyer für eine Gesetzesinitiative, in: Memo-Forum Nr. 17, Mai 1991.

Wolf, Harald, Arbeit und Autonomie - Ein Versuch über Widersprüche und Metamorphosen kapitalistischer Produktion, Münster 1999.

Wirtschaftsdemokratie + Solidarische Ökonomie,

Vorstellung der Attac-Kampagne „Betriebe in Belegschaftshand“

Hartwig Daniels

Unsere Ziele und Forderungen

Die Kampagne „Betriebe in Belegschaftshand“ will an der Realisierung von Wirtschaftsdemokratie mitwirken. Es stellt sich daher zu Anfang die Frage nach unserem Verständnis von Wirtschaftsdemokratie.

Unsere Kampagne ist aus zwei bestehenden Projekten entstanden. Die „Attac Bundesarbeitsgemeinschaft Solidarische Ökonomie“ und das Projekt „Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie“ – beide 2008 gegründet – haben sich die Aufgabe gestellt, Leitvorstellungen, Konzepte und Realisierungswege einer Solidarischen Ökonomie (SÖ) als Alternative zur gescheiterten neoliberalen Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu diskutieren und zu entwickeln. Eine SÖ – so wie sie in der aktuellen Diskussion gesehen wird – entsteht und entwickelt sich im Rahmen von gesellschaftlichen Transformationsprojekten. Das bedeutet: es handelt sich um eine schrittweise Emanzipation aus bestehenden ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen heraus. Der Weg ist die Selbstorganisation in konkreten Projekten und Wirtschaftsunternehmen, die Beteiligung ist demokratisch organisiert und freiwillig.

Es steht also nicht ein fertiges Modell einer Alternative im Zentrum, sondern gewissermaßen sogar das Gegenteil: die schrittweise Herausbildung von Alternativen im Rahmen von konkreten Projekten auf der Basis von solidarökonomischen Prinzipien. So entstand aus der Anregung von Clarita Müller-Plantenberg, die bereits 2006 mit ihren Studenten eine Studienfahrt nach Italien unternommen hatte, der Entschluss, Beispiele von Sozialgenossenschaften und Verbänden in Italien und die Auswirkungen des ‚Marcora‘-Gesetzes im Rahmen einer Reise nach Italien zu analysieren. Uns wurde deutlich, wie viel für die Entwicklung von Unternehmen der SÖ letztlich von eben solchen gesetzlichen und anderen politischen Voraussetzungen abhängt. Daraus entstand schließlich die Idee, in Deutschland eine Kampagne zu starten, die sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen bei Betriebsfortführungen in Belegschaftshand einsetzt. Im Laufe unserer Arbeit haben wir diese Ziele etwas erweitert, dazu später mehr. Es hat sich eine Zusammenarbeit in einer Gruppe ergeben, deren Kern vielleicht 10 Personen ausmacht, die aber über die zwei genannten Initiativen über einen weiteren Zufluss von Ideen und Anregungen verfügt. Aus dieser Entstehungsgeschichte ergibt sich auch unser theoretischer und politischer Bezugsrahmen, das Konzept der Solidarischen Ökonomie.

Wirtschaftsdemokratie wird hier in einem Gesamtzusammenhang der „Solidarischen Ökonomie als politischem Projekt“ gesehen und nicht als ein Umbau

von innerbetrieblichen Macht- und Entscheidungsstrukturen im Sinne von Mitbestimmungsmodellen. Auch die Berücksichtigung einzelner betriebsexterner gesellschaftlicher Interessen, wie Umweltbelange oder Konsumenteninteressen in den Entscheidungen von Unternehmen wird nicht als ausreichend erachtet. Allerdings sehen wir in dieser Diskussion um Ausbau und Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung mit dem ausdrücklichen Ziel der Selbstverwaltung und der Vergesellschaftung der Unternehmen, so wie sie in der Vergangenheit bei Gewerkschaften und in der politischen Debatte immer mal wieder geführt wurde, einen der wichtigsten Ansätze einer Transformationsstrategie im Sinne der Solidarischen Ökonomie.

Was verstehen wir nun unter diesem Bezugsrahmen der Solidarischen Ökonomie?

Historische Bezüge

SÖ hat sich als Sammelbegriff für verschiedene gesellschaftliche Projekte und für Konzepte etabliert, die gemeinsame oder verwandte Ziele und Denktraditionen haben. Ihnen allen ist die Zielvorstellung einer solidarischen Gesellschaft und das dazugehörige Menschenbild gemein. Für SÖ gibt es keine verbindliche Definition, und dass ist vielleicht auch gut so, wie ich später noch kurz erläutern möchte.

Mir erscheint es hilfreich, zwei historische Bezüge herzustellen.

Einer ergibt sich für mich aus der Diskussion zu Commons / Gemeingüter / Allmende und der damit verbundenen Themen Selbstorganisation und Selbstverwaltung. Die Diskussion betrifft sämtliche Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion (inkl. dessen, was als ‚Wirtschaft‘ und als ‚Wissen‘ in zunehmendem Maße privatisiert wurde und wird). Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass unter Gemeingütern im Sinne der ‚Allmende‘ nicht ‚herrenlose natürliche Ressourcen‘ verstanden wurden und werden. Vielmehr geht es um Ressourcen, die von – man würde heute sagen – Anspruchsgruppen in eigener Verantwortung nachhaltig und gemeinwohlverpflichtet bewirtschaftet werden. Dieser Bezug ist für mich praktisch die umfassende historische, politische und kulturelle Folie für unsere heutige Diskussion zur Solidarischen Ökonomie (SÖ).

Der zweite wichtige historische Bezug ergibt sich natürlich aus den bestehenden Projekten der SÖ, die in der Regel als Selbsthilfe benachteiligter Bevölkerungsgruppen nicht nur Lateinamerikas, sondern auch schon in der europäischen Genossenschaftsbewegung seit dem 19. Jahrhundert entstanden sind. Die Commons-Diskussion spielt auch hier eine wichtige Rolle, denkt man etwa an die Landlosenbewegung in Brasilien oder Aspekte der Fabrikbesetzungen in Argentinien.

In beiden genannten historischen Bezügen spielt ein politischer und kultureller Emanzipationsanspruch eine Rolle. Eine Reduktion von SÖ auf Initiativen der Existenzsicherung in Notlagen wird dem Konzept in keiner Weise gerecht.

Welche Bedeutung haben diese historischen Bezüge für eine Solidarische Ökonomie und die Demokratisierung von Unternehmen heute?

In der Diskussion um die SÖ geht es heute wesentlich um die Wiederaneignung und Vergesellschaftung (nicht Verstaatlichung!) der Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion, die historisch fortschreitend unserer Verfügung („Besitz“) durch Privatisierung („Eigentum“) entzogen wurden (historisch „Einhegung“). SÖ umfasst daher nicht nur den Bereich „Wirtschaft“, wie er heute als gesellschaftliches Subsystem isoliert betrachtet wird, sondern sieht die „wirtschaftliche“ Betätigung eingebettet in die übrigen Aufgaben und Problemstellungen der gesellschaftlichen Reproduktion und Daseinsvorsorge. Daraus ergibt sich ein neues Verständnis von Arbeit und die zentrale Bedeutung einer gelebten solidarischen Kultur der beteiligten Menschen.

Was sind nun die Prinzipien, die Grundätze einer selbstverwalteten und/oder selbstorganisierten Ökonomie?

Wie können wir feststellen, ob ein Unternehmen der SÖ zugerechnet werden kann, oder nicht?

Es gibt verschiedene Aufstellungen von Anforderungen, die unterschiedlichen Traditionen, Projekten oder ordnungspolitischen Zielen entstammen. Man kann sich nun an einer gemeinsamen Schnittmenge orientieren und darin quasi die Mindestanforderungen sehen. Mit ihrer Umsetzung wäre dann schon viel erreicht. Und die Offenheit der Definition der SÖ lässt ja eine Diskussion und Begriffserweiterung auf Basis des Grundkonsens zu. Die Prinzipien in Brasilien sind (1) Kooperation, (2) Selbstverwaltung, (3) Wirtschaftsunternehmen und (4) Solidarität. Solidarität wurde dann noch unterteilt in Gemeinwesenorientierung und ökologische Orientierung. Sieht man sich die Grundsätze des Genossenschaftswesens an, so finden sich Analogien. Und wenn wir noch einmal auf den „commons“-Gedanken zurückgreifen, so könnte die ökologische Orientierung noch begrifflich um den Aspekt der nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Nutzung unserer natürlichen Ressourcen sowie um die uneingeschränkte Verfügung über unser gesellschaftlich hervorgebrachtes Wissen erweitert werden. Aber das ist vielleicht schon indirekt in anderen Grundsätzen enthalten. Eine SÖ will eine solidarische Gesellschaft und ist daher mehr als die Gesamtheit einzelner Projekte und Unternehmen. Sie ist ein politisches Projekt. Sein Gelingen hängt von der dauerhaften solidarischen Orientierung aller Beteiligten ab.

Eine „Wirtschaftsdemokratie“ wäre im Sinne dieser Ansätze in der Selbstverwaltung von Unternehmen *und weiteren Projekten der gesellschaftlichen (Re-)Produktion* realisiert. Der Weg dorthin besteht in einzelnen, politisch durchsetzbaren Schritten zur Demokratisierung der Unternehmen, sowie zur Orientierung der Unternehmensentscheidungen an gesellschaftlichen Bedürfnissen und ökologischen Anforderungen. Er führt auch über Neugründungen solidarökonomischer Betriebe und Projekte zur Ausweitung von gesellschaftlicher Selbst-

organisation und Selbstverwaltung und er wird abgesichert durch die Arbeit an den politischen und kulturellen Rahmenbedingungen.

In diesem Transformationsprojekt haben historisch die Gewerkschaften immer eine wichtige Rolle gespielt, nicht nur indem sie in Teilen der Wirtschaft Mitbestimmungsrechte der Belegschaften erkämpft haben und heute verteidigen, sondern auch in der Wahrnehmung eines gesellschaftspolitischen Mandats. Dieser Kampf muss weitergeführt werden und zu einem Kampf um eine weitergehende Demokratisierung werden, gemeinsam mit anderen Bündnispartnern.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf den bekannten Rollenkonflikt, in dem sich die Gewerkschaften immer befanden, hinweisen. In ihrer Rolle als Verhandlungspartner des Kapitals im zentralen Zusammenhang von Lohnfindung und Arbeitsplatzsicherung, als ‚Lobbyisten‘ der Lohnabhängigen, sind sie zugleich systemisch an das Kapital gebunden. Diese Bindung wird spätestens vor dem Hintergrund unserer Kampagnenziele als Konflikt virulent, wenn ein Betrieb tatsächlich von seiner Belegschaft übernommen werden kann und somit die Kapitaleseite quasi mit übernommen würde oder entfällt. In Gesprächen mit Gewerkschaftern stelle ich daher auch immer wieder fest, dass kaum Wissen über z.B. das Genossenschaftsmodell vorhanden ist und auch das Interesse daran nicht groß ist – teilweise bin ich auch auf klare Ablehnung gestoßen.

Nun sind aber die Betriebsräte und Gewerkschaften im Prozess der weitergehenden Demokratisierung der Wirtschaft und auch der Betriebsübernahmen unverzichtbare Kooperationspartner. Sie kennen Geschichte, Potentiale und die strukturellen und personellen Probleme ihres Unternehmens und seines Geschäftsumfelds sehr genau. Genauer, als Bündnispartner und kooperierende Anspruchsgruppen außerhalb des Betriebs.

Wenn Betriebsräte die Interessen der abhängig Beschäftigten vertreten indem sie an Belegschaftsübernahmen mitwirken, könnten sie sich vermeintlich überflüssig machen. Ein Problem, auf das Antworten gefunden werden müssen. Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften müssten im Rahmen dieses Prozesses neue, zusätzliche Aufgaben erkennen und sich aktiv und nachdrücklich einbringen – oder sie verhindern den letzten Schritt der Demokratisierung faktisch dort wo er möglich wäre. Dabei kommen ihnen die außerordentliche Nähe zum Unternehmen und die daraus erwachsenen Kompetenzen zugute.

Ein Beispiel. Von einer Beraterin, die Betriebsräte und Belegschaften bei Eigentümerwechsel des Unternehmens betreut, erfahre ich, dass die Betriebsräte oft nicht frühzeitig informiert sind, wenn ein Verkauf ‚ihres‘ Unternehmens ansteht und mit wem welche Vertragskonditionen verhandelt werden. Es ist daher schwierig, die mögliche Alternative der Fortführung in Belegschaftshand frühzeitig genug in die betriebliche und in die öffentliche Diskussion einzuführen und dafür zu werben. Und wenn die Sicherung der Arbeitsplätze auch durch einen Investor (auch nur z.T.) möglich scheint, wird die Alternative der Fortführung durch die Belegschaft gar nicht ins Auge gefasst. Es ist schon ungewöhnlich, wenn – wie bei dem insolventen Karstadt-Betrieb in Kaiserslautern

– der Betriebsrat nicht nur die Alternative der Fortführung durch die Belegschaft für möglich hält, sondern sich nachdrücklich dafür einsetzt. Würde die Rolle des Betriebsrats, sein Informationsanspruch im Hinblick auf Veräußerungsabsichten und Verhandlungen rechtlich gestärkt, wäre es vielleicht rechtzeitig möglich, eine Fortführung oder Übernahme durch die Belegschaft zu erwägen und entsprechende Verhandlungsangebote zu machen. Dies wäre allerdings nur realistisch, wenn weitere Voraussetzungen geschaffen werden könnten, dazu später noch der Entwurf der Forderungen unserer Kampagne.

Die Betriebsübernahme wird auch deshalb häufig nicht in Betracht gezogen, weil die betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen und die finanzielle Basis nicht gegeben sind. Daher wäre es eine Aufgabe der Gewerkschaften in einem neuen Rollenverständnis als gesellschaftspolitische Kraft im Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Gruppen daran mitzuwirken, die Voraussetzungen für die Fortführung in Belegschaftshand politisch herzustellen. Etwa durch

- *Beratung und Information:* Erfolgreiche Betriebsfortführungen erfordern ein hohes Niveau an sozialer, finanz- und betriebswirtschaftlicher Kompetenz. Daher muss ein entsprechendes Beratungsangebot geschaffen werden, das es den Betroffenen ermöglicht, den richtigen Übergang, die angemessene Unternehmensform und vor allem ein tragfähiges Geschäftsmodell für die Zukunft zu entwickeln.
- *Politische Arbeit, damit eine solide Finanzierung möglich wird:* Über eine Aufstockung und gezielte Verwendung von Sozialplanmitteln sollten Betriebsfortführungen finanziell erleichtert werden. Betrieben sollten öffentlich finanzierte Gründungszuschüsse und Bürgschaften zur Verfügung gestellt werden, um drohende Arbeitslosigkeit durch eine Neugründung in Selbstverwaltung abzuwenden.
- *Unterstützung der Forderung zur Einführung eines Vorkaufsrechts der Belegschaft* bei einer Veräußerung eines insolventen Unternehmens oder der Regelung einer Unternehmensnachfolge.

Schließlich können wir uns noch in Lateinamerika Ideen für ein neues Rollenverständnis der Gewerkschaften im Zusammenhang mit dem Entstehen einer SÖ beschaffen. Dort sind die Gewerkschaften zusammen mit Hochschulen, kirchlichen Einrichtungen und weiteren Gruppen, etwa sozialen Bewegungen, an der Gründungsberatung für solidarökonomischen Unternehmen beteiligt. Und wer sagt, das es in einem solchen Unternehmen nicht auch Konflikte, u.a. über die Entlohnung, gibt, in denen die ‚neuen‘ Gewerkschaften aufgrund ihrer historischen Erfahrungen und vorhandenen Organisationen eine schlichtende Rolle übernehmen könnten? Die Fragen, wie man Entscheidungsstrukturen im Betrieb organisiert, damit sie den Erwartungen der Belegschaft an eine demokratische Betriebsverfassung gerecht werden, fordern ebenfalls die Kompetenz der Gewerkschaften heraus. Im fortlaufenden Wandel und Anpassungsdruck, dem selbstverwaltete Betriebe aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik

ausgesetzt sind, wandelt sich auch der betriebsinterne wie auch der außerbetriebliche Beratungsbedarf und bleibt langfristig bestehen.

Die Kampagne ‚Betriebe in Belegschaftshand‘, unsere Ziele

Wenn wir uns auf die Gemeingüter-Diskussion beziehen, wird deutlich, dass es sich bei der Fortführung von Betrieben in Belegschaftshand oder bei Betriebsübernahmen eigentlich nur um einen Teilbereich einer SÖ handelt. Einen Teilbereich übrigens, der sich nur dann entwickeln kann, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – ökonomisch und politisch – diese Entwicklung nicht behindern oder ihr gleichgültig gegenüber stehen, sondern sie unterstützen. D.h., dass quasi parallel in Ökonomie, Politik und Kultur unterstützende Strukturen und kooperative Beziehungen zwischen unterschiedlichen Gruppen und Akteuren entstehen, die in letzter Konsequenz alle am Bild einer solidarischen Gesellschaft orientiert sind.

Die Probleme, die ich hier anspreche, werden schnell deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass solidarökonomische Projekte sich häufig aufgrund ihrer Einbindung in durch den Neoliberalismus geprägte Marktbeziehungen und –bedingungen und repressive gesetzliche Bestimmungen nur schwer entwickeln können.

Um eine SÖ zu entwickeln, müssen wir grundsätzlich die Vergesellschaftung der privatisierten Teile unserer Wirtschaft anstreben, sei es durch Betriebsübernahmen durch die Belegschaften, sei es durch die Neugründung von solidarökonomischen Unternehmen. Selbstverständlich gehört hierzu auch die Bekämpfung jedweder Form von weiteren Privatisierungsbestrebungen. Wir müssen aber auch die Frage stellen, welche Bereiche der Daseinsvorsorge, die derzeit in staatlicher bzw. kommunaler Regie geleistet werden, auf andere Weise besser erledigt werden könnten, etwa durch genossenschaftliche Privatisierung oder rechtlich und organisatorisch anders gefasste Formen der Vergesellschaftung (die Problematik der Verstaatlichung als Form der Sozialisierung muss in diesem Zusammenhang nachdrücklich diskutiert werden, da der Staat als Eigentümer über das Recht verfügt, Gemeingüter zu privatisieren oder zu beleihen, er kann sie schlecht verwalten oder Einfallstor für Privatisierungen durch Korruption sein).

In unserer bisherigen Arbeit haben wir Beispiele von selbstverwalteten Betrieben, von Unternehmen, die durch die Belegschaft weitergeführt werden analysiert, um die typischen Schwierigkeiten und auch Gründe des Scheiterns von Projekten besser zu verstehen. Da in anderen – auch europäischen Ländern – der genossenschaftliche Bereich der Wirtschaft z.T. weiter entwickelt ist, aber auch eine Vielzahl von Projekten der Selbstorganisation bestehen, haben wir uns mit den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen in diesen Ländern zugewandt. Ein Besuch von Verbänden und Projekten in Italien hat uns u.a. die Rolle des dortigen ‚Marcora‘-Gesetzes vor Augen geführt. Unser Fokus liegt bisher vor allem auf den Rahmenbedingungen der Fortführung von Unter-

nehmen in Belegschaftshand. Wir haben allerdings festgestellt, dass das Interesse von Belegschaften, ihren Betrieb zu übernehmen, schwer einzuschätzen ist. Das heißt nicht, dass ein solches Interesse nicht bestünde. Es dürfte wohl stark davon abhängig sein, ob Menschen etwa in Betrieben, die von der Insolvenz bedroht sind oder wo ein Besitzerwechsel, eine Nachfolgeregelung o.ä. ansteht, die Übernahme überhaupt als realistische Perspektive aus der Situation heraus ansehen. Zunächst einmal steht die Angst um den Arbeitsplatz im Vordergrund und es gibt in der Regel von keiner Seite ermutigenden Signale, das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Das sähe sicherlich schon anders aus, wenn wir möglichst viele unserer Forderungen auch durchsetzen könnten. Darüber hinaus sehen wir auch einen Weg darin, an Beispielen gelungener Betriebsfortführungen und auch Neugründungen die Möglichkeiten und auch das Maß der Risiken aufzuzeigen und damit eben solche ermutigenden Signale zu senden.

Entwurf eines Forderungskatalogs

Aus unserer bisherigen Arbeit sind erste Forderungen entstanden, die wir in einem ersten Entwurf zusammengefasst haben:

1. Vorkaufsrecht der Belegschaft

Bei der Übernahme eines Unternehmens durch Dritte, wenn damit der Erwerb der Kontrolle verbunden ist, sind die Mitwirkungsrechte der Belegschaft nach dem Betriebsverfassungsgesetz und andere Gesetze zu stärken. Die Belegschaft muss Betriebsvereinbarungen zu anstehenden Betriebsänderungen abschließen können, mit deren Hilfe sie u.a. in die Lage versetzt wird, das Unternehmen oder Teile des Unternehmens fortzuführen.

2. Entschuldung

Wir fordern ein Insolvenzrecht, das die Übernahme von Unternehmen durch die Belegschaft fördert und dem dauerhaften Erhalt der Arbeitsplätze oberste Priorität verleiht.

3. Beratung der betroffenen Belegschaft

Das Recht des Betriebsrates in wirtschaftlichen Angelegenheiten externe Berater in Anspruch zu nehmen ist bei beabsichtigten Betriebsänderungen auf alle Unternehmen mit Betriebsrat auszudehnen.

4. Sicherung der Rechte der Belegschaft im Interessenausgleich und beim Sozialplan

Die Möglichkeit, Sozialpläne im Insolvenzfall bis zu über einem Drittel der Insolvenzmasse abzuschließen ist auf die Hälfte zu erhöhen.

5. Verankerung der Betriebsfortführung im SGB III

Die Möglichkeit nach dem SGB III, für Transfergesellschaften die Sozialplanmittel des Betriebes aufzustocken, ist auf Mitarbeitergesellschaften zur Fortführung des Betriebes oder von Betriebsteilen auszudehnen.

6. Beratungs- und Gründungszuschüsse für die Gründung von Mitarbeitergesellschaften

Die Gewährung von Gründungszuschüssen nach dem SGB III ist auf die Gründung durch Mitarbeiter, die drohende Entlassungen durch die Gründung einer Mitarbeitergesellschaft abwenden wollen, auszudehnen. Die Beratung von Unternehmensgründern ist auf die Gründer von Mitarbeitergesellschaften auszudehnen, da sie eine Existenzgründung in Form einer Mitarbeitergesellschaft anstreben.

7. Gründungszuschuss und Transfersozialplanmittel auch für MAGs und Genossenschaften

- Keine Diskriminierung der genossenschaftlichen Selbsthilfe mehr in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik

8. Risikokapital und Beratung für Mitarbeitergesellschaften

Für eine überbetriebliche Risikokapitalgesellschaft unter Kontrolle der Gewerkschaften und Unternehmensverbände von Mitarbeitergesellschaften ist eine Risikoabsicherung zu gewähren und befristet das Management zu bezuschussen.

Gesellschaftliches Bündnis

Um unsere Forderungen an Politik, Verbände, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen wie auch unsere inhaltliche Arbeit weiter zu qualifizieren und konkret voranzubringen, suchen wir das Bündnis mit Menschen und Organisationen, die unsere Kampagnenziele unterstützen wollen.

Wir wünschen uns die Zusammenarbeit mit:

- MitarbeiterInnen und GewerkschaftsvertreterInnen aus Unternehmen, die in Belegschaftshand fortgeführt werden, die eine Fortführung erwägen, oder deren Betriebsübernahme gescheitert ist
- VertreterInnen aus Gewerkschaften und Betriebsräten
- Interessierten PolitikerInnen aus Kommunal- und Landespolitik
- Juristen und Juristinnen, InsolvenzverwalterInnen, SozialrechtlerInnen und ExpertInnen weiterer betroffener Rechtsgebiete
- Betriebs-, VolkswirtInnen, UnternehmensberaterInnen
- Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen, Menschen aus den sozialen Bewegungen und auch aus kirchlichen Organisationen, die mit diesem Themenkreis befasst oder an ihm interessiert sind

Es geht uns dabei um:

- Informationen zu geplanten oder existierenden, sowie gescheiterten Projekten der Selbstorganisation (sei es als Betriebsfortführung oder als Neugründung), sowie zu geplanten Betriebsübergaben ohne NachfolgerIn
- Themen und Einzelfragen zu Sozialrecht, Insolvenzrecht, Arbeitsrecht, Unternehmens- und Steuerrecht, Genossenschaftswesen, europarechtlichen Bedingungen
- Betriebswirtschaftliche Einzelfragen und praktische Erfahrungen: Krisenmanagement und Fortführung in der Insolvenz, Betriebswirtschaft der

Genossenschaft oder anderer Rechtsformen des selbstverwalteten Unternehmens

- Informationen zur aktuellen betrieblichen und gesellschaftspolitischen Gewerkschaftsarbeit im Hinblick auf unsere Fragen

Wie soll ein Bündnis entstehen?

Im persönlichen Kontakt und/oder über elektronische Kommunikation könnten erste (Netzwerk-)Kontakte, gemeinsame Perspektiven und Ziele, sowie der gemeinsame Fundus an Informationen und Wissen aufgebaut und weiterentwickelt werden.

Auf einer gemeinsamen Arbeitstagung mit allen Beteiligten und weiteren Interessierten würden wir

- die Kampagne und ihre Ziele sowie den Entwicklungsstand der Arbeit vorstellen
- strategische Verbündete zu den Kampagnenzielen enger zusammenführen
- Möglichkeiten einer weitergehenden Zusammenarbeit prüfen (Interessen und Vorstellungen abgleichen)
- konkrete Kooperationen für einzelne Handlungsfelder vereinbaren und Vorgehen planen (Lobbying, Forderungen im Hinblick auf gesetzliche Rahmenbedingungen ausarbeiten, Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen mit Betroffenen aus Betrieben, die für Übernahmen in Frage kämen, diskutieren und planen).

Genossenschaftliche Selbsthilfe in Krisenzeiten: Ein Beispiel aus Italien: das Marcora-Gesetz

Giuliana Giorgi

Die folgenden Erkenntnisse wurden auf einer Studienreise gesammelt, die Mitglieder der „Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie“ und der Attac-AG Solidarische Ökonomie, auf Anregung von Frau Prof. Dr. Clarita Müller-Plantenberg, Anfang April 2009 unternommen haben, um Genossenschaften zu besuchen, die aufgrund dieses Gesetzes in den Jahren 1987-1996 entstanden.

Das Gesetz entstand Anfang der 80er Jahre in Italien als Lösungsansatz für die damalige Wirtschaftskrise.

In einigen Gebieten Italiens gab es bereits eine Tradition, wonach Arbeitnehmer in Krisenzeiten Wege suchten, ihre Arbeitsplätze zu retten. Diese Tradition war ausschlaggebend für diese Erfahrung. Die meisten großen Produktivgenossenschaften, die es in Italien gibt, wenn nicht alle, sind entweder von Arbeitslosen gegründet worden oder von Personen, die kurz zuvor entlassen worden waren.

Die genannten Krisenjahre waren auch Jahre, in denen die Staatsausgaben für Soziales stark zunahmen. Aus der Kombination von Wirtschaftskrise, Zunahme der Staatsausgaben und Initiativen der Arbeitnehmer entstand ein Lösungsansatz, der von damaligen Industrieminister Marcora formuliert wurde, aber Ausdruck der Forderungen der Genossenschaftsbewegung war, die auch von den drei großen Gewerkschaftszentralen unterstützt wurden.

Das Marcora Gesetz in der ursprünglichen Fassung

Die Idee war: Anstatt Arbeitslosenunterstützung, möglicherweise für viele Jahre, zu zahlen - was sowohl für viele Arbeitslose das endgültige Ausscheiden aus dem Arbeitsleben bedeutet, als auch die Auflösung vieler Unternehmen - sollte den Arbeitnehmern der Betrag zur Verfügung gestellt werden, worauf sie zwei oder drei Jahre lang Anspruch gehabt hätten, auf einmal, wenn sie, zusammen mit ihren Kollegen, einen Teil oder den gesamten insolventen Betrieb übernahmen oder wenn sie beschlossen, eine neue Initiative zu starten. Wenn sie sich zu einer Genossenschaft zusammen schlossen, zahlte ihnen der Staat die gesamte Arbeitslosenunterstützung, auf die sie einen Anspruch besessen hätten, wenn sie arbeitslos geworden wären, im Voraus.

Diese **Kapitalisierung der Sozialversicherungsleistungen** war zwar eine öffentliche Ausgabe, aber eine, die sich sofort in produktive Aktivität verwandelte und sich nicht in Verlust von Fachkenntnissen, Professionalität und Betrieben auswirkte. Außerdem wurde die Investition nach und nach von der neu entstandenen Genossenschaft zurückgezahlt, wenn sie sich – gut beraten – erfolgreich etablierte.

Das Originelle an diesem Gesetz war, dass der Gesamtbetrag der Arbeitslosenunterstützung (durchschnittlich ca. 10.000 Euro pro Person für die gesamte

Bezugszeit von maximal drei Jahren) **nicht unmittelbar an die Arbeitslosen** ausgezahlt, sondern **in die von ihnen gegründete Genossenschaft als Risikokapital investiert** wurde. Dies erfolgte über eine speziell dafür eingerichtete **Risikokapital-Beteiligungsgesellschaft** - die „CFI“¹. Diese Finanzgesellschaft ist selbst eine Genossenschaft, gegründet von 300 bestehenden Produktionsgenossenschaften, so dass sie die neu zu gründende Genossenschaften mit der Erfahrung von Hunderten von Produktionsgenossenschaften kompetent beraten kann.

Die CFI hilft den zu gründenden Genossenschaften, den insolventen Betrieb zu übernehmen - eine Aufgabe, die für eine Gruppe Arbeitnehmer, die nie einen Betrieb geführt haben, allein schwer zu bewältigen wäre.

Die Finanzgesellschaft CFI wird jeweils - zeitlich begrenzt - finanzierendes Mitglied der Produktivgenossenschaft. Dadurch ist die Unterstützung keine Subvention, sondern eine vorübergehende Beteiligung am Genossenschaftskapital.

In der ursprünglichen Fassung des Gesetzes gab es noch zwei wichtige Voraussetzungen:

1. Die Kapitalisierung der Sozialversicherungsleistungen der Arbeitnehmer schloss eine Inanspruchnahme der Leistungen bei erneuter Arbeitslosigkeit in den ersten 3 Jahren des neuen Beschäftigungsverhältnisses aus. (Karenzzeit). Sinn dieser Bestimmung war, die Mitglieder der Genossenschaft zu bewegen, es sich ganz genau zu überlegen, ob sie diesen Weg gehen wollten. Sie mussten versuchen, etwas zu unternehmen, das längerfristig Bestand haben konnte.

2. Eine finanzielle Einlage war (und ist) für alle Mitglieder verpflichtend. Der Betrag, den die Mitglieder investierten, war die Berechnungsgrundlage für die Investition der CFI. Die CFI konnte nach der 1. Fassung des Gesetzes vom Staat einen Betrag erhalten, der höchstens dreimal so hoch war wie die Summe der Mitgliederanteile (3:1). Höchstgrenze war allerdings der Betrag, den die Mitglieder insgesamt an Arbeitslosenunterstützung bekommen hätten. In der heutigen Fassung des Gesetzes darf die CFI in der Regel nur noch den gleichen Betrag wie die Mitglieder einzahlen (1:1), in Ausnahmefällen doppelt so viel.

Die Mitglieder mussten allerdings nicht ihre Ersparnisse einzahlen: sie konnten auch Forderungen an den alten Betrieb dazu verwenden, wie die Abfindung² oder Forderungen aus dem sog. Mobilitätsfond - d.h. Entschädigungszahlungen für betriebsbedingte Kündigungen - die, aufgrund eines Gesetzes aus dem Jahre

¹ Cooperazione Finanza Impresa (CFI)

² Die „Abfindung“ ist das 14. Monatsgehalt nach dem italienischen Arbeitsrecht. D.h., ein Monatsgehalt pro Jahr Betriebszugehörigkeit wird zurückgestellt und an den Arbeitnehmer ausgezahlt, wenn das Arbeitsverhältnis - aus welchem Grund auch immer - beendet wird. Rückstellungen für Abfindungen muss der Betrieb bilden, die "Mobilität" ist hingegen eine Sozialversicherungsleistung, die von der staatlichen Rentenversicherungsgesellschaft INPS anstelle des Arbeitslosengeldes bei betriebsbedingten Massenentlassungen gezahlt wird.

1992, ebenfalls kapitalisiert werden können, wenn der Arbeitnehmer sich unternehmerisch betätigen will.

Das Gesetz bewirkte, in der ursprünglichen Fassung,

- dass die staatlichen Sozialversicherungsleistungen sich sofort in produktive Aktivität verwandelten und
- mit diesen Geldern kein Verlust von Fachkenntnissen und Produktionsstätten in der Region finanziert wurde.
- Belegschaften mussten nicht die Schulden des vorher existierenden Unternehmens übernehmen.

Prüfung des Geschäftsplans

Mit der Vergabe der Gelder ist auch eine Prüfung auf Zukunftsfähigkeit oder Nachhaltigkeit der neu gegründeten Genossenschaft verbunden.

Die Genossenschaft stellt der CFI einen Antrag und die CFI beginnt eine Untersuchung der Erfolgsaussichten der von den Mitarbeitern gegründeten Genossenschaft. Die Untersuchung betrifft alle Aspekte: den kommerziellen Aspekt, die Produktion, die Organisation, usw.

Prof. Zevi³: „In der ersten Phase erfolgte diese Untersuchung sehr häufig auf dem Papier. Die CFI versuchte, nach objektiven Kriterien zu urteilen. Im Laufe der Zeit haben wir aus der Erfahrung gelernt, viel mehr auf die Personen zu schauen. D.h., die betriebswirtschaftlichen Aspekte bleiben wichtig, aber noch wichtiger ist der Eindruck, den die Prüfer der CFI von den beteiligten Menschen haben, von ihrer Fähigkeit, in einem Kollektiv mitzuarbeiten.

Wichtig sind Aspekte, die mit Sozialisation zu tun haben, d.h., mit der Fähigkeit, sich zu beteiligen, nicht nur seitens des Sprechers oder des Vorsitzenden, sondern auch der anderen.

In jedem Kollektiv gibt es immer eine Führungsperson oder eine Führungsgruppe. Oft ist die Führungsperson in solchen Gruppen jemand, der früher im Betrieb der wichtigste Vertreter der Gewerkschaft war. Das war in manchen Fällen sehr positiv für das Projekt, in anderen Fällen sehr negativ. Denn die Tatsache, eine anerkannte Führungsperson zu sein, gibt demjenigen eine gewisse Autorität und normalerweise kennt ein Gewerkschafter nicht nur das Handwerk, sondern er hat eine Gesamtsicht des Unternehmens. Dies ist wichtig, denn seine Arbeit gut zu machen ist das eine, aber den Betrieb zu führen ist etwas anderes. Wir haben viele positive Beispiele von Genossenschaften, in denen der ehemalige Vertreter der Gewerkschaft wenigstens eine Zeit lang Vorstandsvorsitzender wurde. Es gab aber auch andere Beispiele, bei denen der Gewerkschaftsvertreter im Vorstand, ggf. als Vorsitzender, nicht als Unternehmer handelte, sondern nach wie vor strikt als Gewerkschafter. Der Betrieb ändert sich aber wesentlich, wenn die Belegschaft ihn als Genossenschaft weiterführt.

³) Vorsitzender der CFI auf einer Besprechung am 2. April 2009 in Rom mit den Mitgliedern der "Marcora-Studienreise".

Das kann man ganz wertfrei feststellen. Dementsprechend müssen sich auch die Rollen ändern. Das ist unsere Erfahrung.“

„Man braucht eine enorme Flexibilität, damit es funktioniert. Denn die Probleme, die sich auftun, wenn man den Betrieb insgesamt führt, sind sehr komplex, auch bei einem kleinen Betrieb. Diese Probleme müssen alle kommuniziert werden, wenn man Partizipation haben will, sonst kriegt man es nicht in den Griff.“

Wichtig: das Vorkaufsrecht der Belegschaft

Das Marcora-Gesetz räumt der Belegschaft ein Vorkaufsrecht an dem insolventen Betrieb ein. D.h., wenn die Belegschaft eines insolventen Betriebes beschließt, eine Genossenschaft zu gründen, um den Betrieb oder Teile davon fortzuführen, kann sie die Anlagen, Hallen usw. des Betriebes vom Konkursverwalter pachten und hat später, wenn das Firmenvermögen versteigert wird, ein Vorkaufsrecht, d.h., bei gleichem Gebot bekommt sie den Zuschlag. Diese Regelung begünstigt die beteiligten Mitarbeiter und stärkt die lokale Ökonomie.

Die Risikokapital-Beteiligungsgesellschaft **CFI** investiert, wenn sie den Geschäftsplan befürwortet, die kapitalisierten Sozialversicherungsleistungen der Mitglieder für eine begrenzte Zeit in die Genossenschaft (heute nur im Verhältnis 1:1 zu den Mitgliederanteilen) und hat in dieser Zeit **eine begleitende und beratende Funktion** für die neu gegründete Genossenschaft. Diese Funktion ist sehr wichtig, weil die **Leitung des Unternehmens** für die ehemaligen Arbeitnehmer eine völlig neue Aufgabe darstellt.

Wettbewerbsbedenken der EU

Die ursprüngliche Fassung des Marcora-Gesetzes war von 1987 bis 1996 in Kraft und bewirkte in dieser Zeit die Entstehung von 159 Produktivgenossenschaften und die Rettung von 6.000 Arbeitsplätzen.

1996 meldete die EU „Ernsthafte Zweifel an der Vereinbarkeit dieser Beihilfen mit dem Binnenmarkt“, weil das Gesetz „weder den Richtlinien der Arbeitsmarktförderung noch den Beihilfen zur Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeit“ entspreche. Die EU suspendierte deshalb 1996 die Anwendung des Marcora-Gesetzes.

Die EU beanstandete, dass der italienische Staat der CFI Gelder *a fond perdu* vergab, mit dem sich die CFI an den Genossenschaften beteiligte. Es handelte sich allerdings um die Sozialversicherungsleistungen, auf welche die Beschäftigten Anspruch gehabt hätten, wenn sie arbeitslos geworden wären. Mit diesem Geld wurden stattdessen die Arbeitsplätze gerettet und der Staat hatte nur Vorteile, weil das Weiterbestehen der Unternehmen

- Steuereinnahmen generierte und
- die Sozialkassen entlastete, weil auch die Mitglieder von Produktivgenossenschaften Sozialbeiträge bezahlen.

Durch die Rettung der Arbeitsplätze in der Region erhielt also der Staat - wie die CFI ausrechnete - all seine Investitionen in weniger als zwei Jahren zurück.

Der italienische Staat musste trotzdem das Gesetz ändern. Nach der neuen Fassung von 2001 muss u.a. das Kapital der CFI innerhalb von 10 Jahren zurückfließen. Ferner darf heute die Investition der CFI nur eine Minderheitsbeteiligung sein.

Die Einlage der CFI darf heute nicht höher als die Summe der Anteile der Mitglieder sein (1:1 anstatt 3:1).

Außerdem darf die CFI nur Genossenschaften mit höchstens 250 Mitgliedern unterstützen.

Alte und neue Fassung des Marcora-Gesetzes – eine Gegenüberstellung

Alte Fassung Gesetz 49/(19)85	Neue Fassung Gesetz 57/(20)01
ZIELE	
‣ Durch die Neugründung einer Genossenschaft die Beschäftigung von Arbeitnehmern sichern, welche: - Leistungen aus der staatlichen Lohnausgleichskasse beziehen, - infolge von betriebsbedingten Kündigungen arbeitslos geworden sind, - entlassen wurden oder bei Firmen beschäftigt sind, die Konkurs angemeldet haben.	‣ Durch die Förderung und die Entwicklung des Unternehmensmodells Genossenschaft die Beschäftigung erhöhen und absichern.
EINSATZBEREICHE	
‣ Modell: von Arbeitnehmern in den o.g. Beschäftigungsverhältnissen gegründete Produktivgenossenschaften. ‣ Wirtschaftsbereiche: Industrie und Dienstleistungen ‣ Größe: KMU nach der EU Definition ‣ Voraussetzungen: jedes Mitglied musste einen Anteil von mindestens € 4.132 zeichnen. Dafür konnte das Mitglied seine Abfindungsansprüche gegenüber dem insolventen Betrieb und gegebenenfalls die Mobilitätsentschädigung verwenden. ‣ Lebenszyklus-Phasen: Genossenschafts-Neugründung. ‣ Kriterien für die Förderungswürdigkeit: Machbarkeit des Projekts,	‣ Modell: Nicht nur aus insolventen Betrieben stammende Produktions- und Sozialgenossenschaften. ‣ Wirtschaftsbereiche: Industrie und Dienstleistungen ‣ Größe: KMU nach der EU Definition ‣ Voraussetzungen: jedes Mitglied muss Aktien für einen Gegenwert von mindestens € 4.000 für Produktionsgenossenschaften und € 1.000 für Sozialgenossenschaften zeichnen. ‣ Lebenszyklus-Phasen: Neugründung, Entwicklung, Konsolidierung, Neupositionierung von Genossenschaften auf dem Markt. ‣ Kriterien für die Förderungswürdigkeit: Machbarkeit, Innovation,

Wirtschaftlichkeit, Erhaltung der Beschäftigung	Zuverlässigkeit des Management und Rentabilität des Projekts
---	--

INTERVENTIONS-MODALITÄTEN	
‣ RISIKOKAPITAL: CFI steuerte, als juristische Person, die [ausnahmsweise] Mitglied einer Genossenschaft sein durfte, Genossenschaftskapital bei, indem sie eine Beteiligung zeichnete, die höchstens dreimal so hoch sein durfte wie die Summe der von den Mitgliedern gezeichneten und eingezahlten Anteile. Obergrenze ihres Beitrages war allerdings die Summe der Zahlungen aus der speziellen Lohnausgleichskasse, auf welche die Mitglieder im Zeitraum von drei Jahren [bei Fortdauer der Arbeitslosigkeit] Anspruch gehabt hätten. ‣ Die Mitglieder der Genossenschaften, für welche die Beteiligung der CFI bewilligt wurde, verloren für drei Jahre alle Ansprüche auf Leistungen aus der ordentlichen und aus der speziellen Lohnausgleichskasse und auf die außerordentliche Arbeitslosigkeits-Entschädigung.	INTERVENTION ZU MARKTBEDINGUNGEN RISIKOKAPITAL: CFI steuert Gesellschaftskapital als finanzierendes Mitglied bei. Ihre Beteiligung muss: ‣ Eine Minderheitsbeteiligung sein: höchstens das Doppelte des Genossenschaftskapital betragen, nur wenn Reserven und Mitgliederdarlehen ausreichend sind (Reserven und Mitgliederdarlehen $\geq$ (gleich/ größer) als das Genossenschaftskapital). ‣ Zeitlich befristet sein: nicht länger als 10 Jahre FINANZIERUNG CFI integriert ihre Interventionen durch eine Finanzierung der Investitionen der Genossenschaft für Anlagen, usw. (fixe Investitionen) durch: ‣ Darlehen ‣ Beteiligungsdarlehen ‣ Wandelanleihen ‣ Bürgschaften ‣ Immobilien-Leasing Der Rückzahlungsplan berücksichtigt die finanzielle Tragfähigkeit des Unternehmens und die Art der Investition. Der Zinssatz kann fest oder variabel sein und das <i>Spread</i> dem Unternehmensrisiko angemessen.

Die Cooperazione Finanza Impresa (CFI)

Die CFI ist eine institutionelle [d.h. für den Staat handelnde] finanzierende Genossenschaft, die von Produktionsgenossenschaften gegründet wurde, die den drei wichtigsten italienischen Genossenschaftsverbänden angehören: AGCI, Confcooperative und Legacoop.

Sie ist ein Partner, der sich am Unternehmerrisiko beteiligt, Investitionen ermöglicht, die Geschäftsführung längerfristig und aus der Nähe begleitet und bei strategischen und operativen Entscheidungen berät. Das Nettovermögen der CFI beträgt 98 Millionen €. Mitglieder sind 240 Produktivgenossenschaften, "Entwicklung Italien"⁴ und das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung.

Die CFI wurde 1986 gegründet mit dem Ziel, die Beschäftigung durch die Gründung von Genossenschaften zu fördern. In den ersten 15 Jahren ihrer Aktivität investierte sie ca. 80 Mio. € in das Risikokapital von 159 Produktionsgenossenschaften, die von der Belegschaft von insolventen Betrieben – oder Teilen davon - gegründet wurden. Auf diese Weise hat sie die Entstehung von insgesamt ca. 6.000 längerfristig angelegten Arbeitsplätzen ermöglicht.

Nach den eingetretenen Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen in Italien hat CFI aufgrund ihrer Erfahrung ihren Aktionsradius erweitert und den veränderten Marktgegebenheiten angepasst. Seit 2003 kann CFI auch die Neugründung, die Erweiterung und die Umgestaltung von Produktions- oder Sozialgenossenschaften finanzieren.

Instrumente, mit denen CFI interveniert, sind die zeitweise Beteiligung am Risikokapital und die Finanzierung von Fixinvestitionen (Anlagen, Gebäuden, usw.).

Die bisher erfolgten Interventionen haben wesentlich zum Gedeihen der Genossenschaften, an denen sich die CFI beteiligt hat, und zur Verbesserung der Geschäftsführung beigetragen. Dadurch wurden Arbeitsplätze bei effizienten wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen gesichert.

Zum 31.12.2008 war die CFI an 61 Genossenschaften mit einem Gesamtumsatz von über 450 Mio. € beteiligt und hatte dadurch die Beschäftigung von 2.823 Personen abgesichert.

Fazit

Die erste Fassung des Marcora-Gesetzes war von 1987 bis zum Veto der EU 1996 in Kraft. 1999 wurde die Anwendung des Gesetzes ganz gestoppt und bis 2001 wurden nur die bereits gestellten Anträge abgearbeitet.

Vom Inkrafttreten des Gesetzes bis 1996 wurden 65,2 % der Anträge bewilligt, insgesamt vom gleichen Zeitpunkt bis 2001 56,6%.

Bis 1999 wurden 281 Anträge gestellt. Davon wurden 159 bewilligt, d.h., die CFI befürwortete die Operation und beteiligte sich an den Genossenschaften. Dadurch wurden 6.000 Arbeitsplätze gerettet und langfristig neu angelegt.

⁴) Sviluppo Italia ist eine Agentur des italienischen Staates für die Entwicklung von Unternehmen und die Anregung von Investitionen, vor allem in Süditalien.

Die Anträge stiegen im Laufe der Jahre von 2 im ersten Jahr bis 151 im Jahre 1999.

Nach der Änderung des Gesetzes wurden, zwischen 2002 und 2008, nur 6 Anträge gestellt, davon 4 bewilligt.

Heute ist das Marcora-Gesetz kein spezifisches Instrument zur Unterstützung von Belegschaftsinitiativen aus Krisenbetrieben mehr. Es ist aber ein wirksames Instrument zur Förderung von Genossenschafts-Neugründungen und zur Mo-



dernisierung von bestehenden Genossenschaften. Denn gerade bei der sehr restriktiven Kreditvergabepraxis der Banken in der jetzigen Krise bekommen viele Genossenschaften keine Kredite von den Banken. Die CFI bietet hier oft die entscheidende Alternative, die Investitionen ermöglicht.

Das Marcora-Gesetz in der Praxis: Vier Beispiele

Metalcoop

Metalcoop ist ein Unternehmen unweit von Florenz, das Regale für Verbrauchermärkte herstellt. Der Gründer musste 1984 während der damaligen Krise, als die Kreditzinsen bis zu 19% stiegen, Konkurs anmelden. Eine spekulative Finanzgesellschaft kaufte diese und weitere 47 mittelständische Betriebe auf. 10 Jahre später meldete die Finanzgesellschaft selbst Konkurs an und zog alle 48 Firmen mit in die Insolvenz. Die Belegschaft des metallverarbeitenden Betriebes glaubte aber an ihr Unternehmen, das ein gefragtes Produkt herstellte und volle Auftragsbücher hatte. Also beschlossen die Beschäftigten, eine Genossenschaft zu gründen, um den Betrieb zu übernehmen.

Jeder zahlte umgerechnet mindestens 2.000 € als Eigenanteil in das Genossenschaftskapital und sie beantragten die Kapitalisierung ihrer Sozialversicherungsleistungen nach dem Marcora-Gesetz.

Die zentrale Genossenschaft CFI, die im Auftrag des Staates als Finanzgesellschaft fungierte, prüfte den Geschäftsplan und befürwortete die Intervention. Damals konnte die CFI Risikokapital in Verhältnis 3:1 zu den Mitgliederanteilen in die Genossenschaft investieren. Obergrenze war die Summe der Sozialversicherungsleistungen, auf die die Beschäftigten Anspruch gehabt hätten, wenn sie arbeitslos geworden wären.

Mit diesem Kapital konnte die Genossenschaft Anlagen und Maschinen aus der Konkursmasse ersteigern, um den Betrieb in Eigenregie fort zu führen.

Die CFI wurde finanzierendes Mitglied der Genossenschaft. Sie beriet und begleitete den Vorstand 10 Jahre lang, bis zur vollständigen Rückzahlung der Investition.

Metalcoop ist heute ein gesundes Unternehmen, das 7 Millionen Euro im Jahr umsetzt und 23 Mitarbeiter beschäftigt. 13 von ihnen sind Mitglieder der Genossenschaft, die übrigen 10 sind abhängig Beschäftigte, können aber jederzeit Mitglieder werden und den inzwischen beträchtlich gewordenen Mitgliederanteil mit einem Teil ihres Lohns ansparen.

Papier-Recyclingfabrik CCR

Die CCR (Cartiera Cooperativa Rivalta) ist eine Papierrecyclingfabrik unweit des Garda Sees. Die Vorstandsmitglieder Alberto und Roberto erzählen gerne die Geschichte ihrer Genossenschaft, die 1984 entstand, also schon vor der Verabschiedung des Marcora-Gesetzes. Damals wollte der Inhaber die veraltete und nicht mehr konkurrenzfähige Papierfabrik schließen oder verkaufen, weil sie für ihn nicht mehr rentabel war.

In den Bergen um den Gardasee wird Wein angebaut und die Winzer sind in Genossenschaften organisiert, durch die sie gemeinsame Einrichtungen und Dienstleistungen nutzen können.

Deshalb waren die Funktionsweise einer Genossenschaft und die Vorteile der Kooperation den 16 Mitarbeitern der Papierfabrik vertraut und die Entscheidung, eine Genossenschaft zu gründen und die Papierfabrik in Eigenregie fortzuführen lag nicht außerhalb ihres Erfahrungshorizonts.

Der Inhaber unterstützte sie, denn für die Fabrik war kein Käufer in Sicht. Er lieferte seinen ehemaligen Mitarbeitern das Rohmaterial und nahm ihr Produkt für seine Kartonagenfabrik ab. Der Abnahmepreis reichte aus, um Herstellungskosten und Löhne zu bezahlen. Diese Vorgehensweise erleichterte der Belegschaft den Übergang, denn sie hatten keine Erfahrung mit der Führung eines Betriebes.

Nach 2 Jahren ermutigte der Inhaber die Mitglieder, weitere Abnehmer auf dem freien Markt zu finden und die Genossenschaft zahlte eine Pacht für die Anlagen.

1992 konnten die Genossenschaftsmitglieder mithilfe einer Finanzierung nach dem Marcora-Gesetz die Fabrik kaufen. Die entrichtete Pacht wurde, wie im Vorfeld vereinbart, als Anzahlung angerechnet. Für die dringend notwendige Modernisierung waren aber zusätzliche Investitionen in Höhe von 1,5 Millionen Euro erforderlich. Dafür wurde eine Beteiligung der CFI nach dem Marcora-Gesetz beantragt.

Nach eingehender Prüfung des Geschäftsplans beteiligte sich die CFI im Verhältnis 3:1 zur Summe der Mitgliederanteile. Die vom Staat über die CFI getätigte Investition wurde von den Mitgliedern nach und nach mit ihren Dividenden zurück gezahlt. Denn die Mitglieder hatten beschlossen, ihre Dividende in der Genossenschaft zu belassen. Sie hatten einen Nießbrauchvertrag mit der CFI abgeschlossen, wonach sie gegen Zahlung einer Gebühr an die CFI auch



über deren Dividende verfügen konnten. Auch diese flossen in die Genossen-

schaft und halfen den arbeitenden Mitgliedern, die Beteiligung der CFI schneller zurück zu zahlen.

Wenn es keine Gewinne gab, bekam auch die CFI nichts, denn ihre Investition war echtes Risikokapital. Dafür hatte die CFI die Chancen des Unternehmens auf dem Markt vor der Investition eingehend geprüft, und sie übte eine Kontrollfunktion auf die Geschäftsführung aus, indem sie für die gesamte Dauer der Beteiligung im Aufsichtsrat vertreten war.

2004 hatte die Genossenschaft die ursprüngliche Investition vollständig zurückgezahlt, so dass sie 2005 eine weitere Beteiligung der CFI für weitere Investitionen beantragen konnte. Dies erfolgte nach der neuen Fassung des Marcora-Gesetzes, wonach die Kapitalbeteiligung der CFI innerhalb von 10 Jahren zurückfließen muss.

Heute besteht die Genossenschaft aus 22 Mitgliedern. Einige haben inzwischen das Rentenalter erreicht, andere sind dazu gekommen. Sie arbeiten in Schichten und produzieren 80 Tonnen Verpackungspapier pro Tag, viermal so viel wie bei der Gründung.

Eine Werft für Flussschiffe

Die kleine Werft gibt es an diesem Standort an der weitläufigen Mündung des Flusses Po in die Adria bei Rovigo seit etwa 40 Jahren. Sie repariert kleine und mittlere Flussschiffe, Fähren und Boote, die als öffentliche Verkehrsmittel im nahen Venedig eingesetzt werden.

Ursprünglich wurde die Werft von einer Flussschiffahrt-Gesellschaft gebaut, die sie brauchte, um ihre Schiffe schnell vor Ort zu reparieren. Dann wurde die Werft ein eigenständiges Unternehmen. Dieses geriet in den 80er Jahren in eine Krise der Flussschiffahrt, weil Heizöl und Salz nicht mehr per Schiff transportiert wurden. So wurde die Werft von einer Gesellschaft gekauft, welche die Branche nicht kannte. Sie betrachtete die Werft lediglich als Investition, konnte sie aber nicht wirtschaftlich führen und trieb sie nach einigen Jahren in den Konkurs. Die Belegschaft kannte aber das Potential der Werft und wollte nicht aufgeben. Ihr Steuerberater informierte die Mitarbeiter über das Marcora-Gesetz. Eine Gruppe von 5-6 von insgesamt 28 Beschäftigten wollte den Weg einer Belegschaftsübernahme gehen. Sie nahmen Kontakt mit der CFI auf und rissen alle anderen mit.

„Die Belegschaft war eine kompakte Gruppe – erklärt der ehemalige Vorstandsvorsitzender Finotti, inzwischen pensioniert – alle Beschäftigten stammen hier aus dem Ort. Wir sprechen die gleiche Sprache, wir verstehen uns mit einem Wink, wir kennen uns seit unserer Kindheit“.

Sie gründeten 1990 die Genossenschaft CNP (Cantieri Navale Polesano) . Alle Beschäftigten traten ihr bei. Die ersten zwei Jahre zahlten sie eine Pacht an den Konkursverwalter. Erst danach konnten sie die Werft ersteigern. In der Zwischenzeit arbeiteten sie zusammen mit der CFI den Geschäftsplan aus, um ihn dem Ministerium vorzulegen.

Die Funktionsweise und die Vorteile einer Genossenschaft war den Beschäftigten bekannt, weil die Region auch von Fischerei lebt und alle Fischer in Genossenschaften organisiert sind, die sich um Dinge wie die gemeinsame Vermarktung kümmern und ihre Interessen vertreten.

„Am Anfang – erzählt Finotti - bei den Verhandlungen mit dem Konkursverwalter, hat die Gewerkschaft uns geholfen. Es war die Gewerkschaft, die das Gericht überredete, uns die Werft zu verkaufen“, obwohl die Genossenschaft keinerlei finanzielle Unterstützung hatte.

Die CFI war ihre einzige Chance, weil die Beschäftigten den Banken keinerlei Sicherheit für Kredite geben konnten. Bevor die Investition durch die CFI bewilligt wurde, verging kostbare Zeit. Aber die Genossenschaft konnte einen Überbrückungskredit bei einer Bank beantragen, weil die CFI für sie bürgte. Die Mitglieder zahlten eigene Ersparnisse in das Genossenschaftskapital, umgerechnet 5.000 Euro pro Person. Das Aufbringen dieser Summe war einer der größten Probleme, denn die Beschäftigten hatten gerade eine Krisenzeit durchgemacht und hatten die letzten drei Monate keinen Lohn bekommen. Sie hatten



zwar Anspruch auf die Abfindung und auf die nicht gezahlten Löhne, aber bei einer Pleite muss zuerst das Gericht das Konkursverfahren eröffnen und die Beschäftigten müssen Klage einreichen und ihre Ansprüche geltend machen. Sie bekamen das Geld aus dem Abfindungsfonds erst 2-3 Jahre später. Deshalb investierten sie am Anfang ihre eigenen Ersparnisse oder borgten Geld bei Verwandten.

Durch das Genossenschaftskapital, den Sicherheitsfonds nach dem Marcora-Gesetz und die Bürgschaft der CFI konnte die Genossenschaft einen Kredit von der Bank erhalten und die Werft vom Konkursverwalter ersteigern. Der Vorstandsvorsitzende und sein Stellvertreter waren die einzigen Interessenten im 2. Versteigerungstermin. Sie beschlossen zu kaufen, um die Gefahr abzuwenden, dass beim nächsten Termin andere mitbieten könnten. Das Geld für die Kautions einzuzahlen war auch ein Problem. Denn die Bank wollte den Kredit erst nach Übereignung der Werft auszahlen, obwohl die Zahlung einer Kautions Voraussetzung für die Teilnahme an der Versteigerung war. Die Bank verlangte Bürgschaften von allen Beschäftigten. Die Beschäftigten bürgten 15 Tage lang, um die Teilnahme an der Versteigerung zu ermöglichen.

Die CFI konnte noch nicht helfen – erklärt Finotti. Sie wurde erst danach aktiv, als einige Voraussetzungen erfüllt waren. Auch weil die CFI verstehen wollte, ob der Geschäftsplan solide war. Auch der Genossenschaftsverband wollte den Geschäftsplan sehen. Er vergibt zwar kein Geld, aber er stellt Sicherheiten. Die Übernahme wurde von der CFI, dem Genossenschaftsverband Legacoop und der Genossenschaft durchgeführt.

Nachdem die Investition der CFI bewilligt wurde, beteiligte sich die CFI mit Risikokapital im Verhältnis 3:1 am Übernahmeprojekt. Der Bankkredit war nicht mehr erforderlich und wurde zurückgezahlt. Bis zur vollständigen Rückzahlung ihrer Beteiligung war die CFI im Aufsichtsrat vertreten und sie beteiligte sich auch an der Vollversammlung.

Diese Phase ist längst vorbei, die Werft, die von Anfang an das Vertrauen ihrer Kunden hatte, schrieb schwarze Zahlen und zahlte ihren Mitgliedern tarifliche Löhne für Metallarbeiter. In den letzten Jahren sind Flussschiffe, die früher in der Regel 10 m breit waren, durch 12 m breite ersetzt worden und das Hebe-Dock der Werft ist dafür zu klein geworden. Deshalb startete die Genossenschaft 2007 ein neues Projekt, um das kleine Hebe-Dock gegen ein größeres auszutauschen. Gesamtkosten: 2,4 Millionen Euro. Auch dieses Projekt wurde von der CFI genehmigt und sie beteiligt sich mit einem Drittel der Investition.

Schon in der Satzung hatten die Mitglieder beschlossen, keine Dividende auszuschütten, sondern die Gewinne in der Genossenschaft zu belassen. Auch deshalb hat die Genossenschaft jetzt ein ordentliches Eigenkapital, deshalb bekommt sie auch Kredite von den Banken.

Videosfera – ein Filmstudio

TELESIA hieß das Filmstudio in Rom mit ca. 150 Beschäftigten, die in den 90er Jahren Videoaufnahmen für das Fernsehen machten. Die Firma gehörte einer multinationalen Holding und als diese 1996 in eine Krise geriet, musste Telesia, wie alle anderen Tochterfirmen, abgewickelt werden.

Zwölf von den 150 Mitarbeitern wollten allerdings zusammen bleiben und weiter in ihrem Beruf arbeiten. Sie tauschten ihre Ansprüche gegenüber TELESIA gegen die technische Ausrüstung und einen bereits akquirierten Großauftrag. Sie gründeten 1997 eine Genossenschaft, die sie Videosfera nannten und zahlten eigenes Geld ein. Das reichte allerdings nicht, um die neue Produktionslinie zu kaufen, die sie brauchten. Dann stellten sie einen Antrag bei der CFI. Das Marcora Gesetz war gerade von der EU blockiert worden, die darin einen Verstoß gegen die Regeln des fairen Wettbewerbs sah. Es gab Verhandlungen und Übergangsregelungen. Die bereits gestellten Anträge wurden abgearbeitet, aber die Beteiligung der CFI erfolgte in diesem Fall in zwei Raten, in einem Zeitraum von Jahren.

Videosfera hatte die Anlagen bereits bestellt und musste um ihre Existenz bangen. Schließen flossen die Gelder, die Anlagen wurden bezahlt und die Mitglieder konnten loslegen. Die CFI schulte auch einige Mitglieder in Betriebswirtschaft kostenlos. Sie brachte ihnen bei, wie man einen Geschäftsplan und eine Bilanz erstellt. Einige Jahre lang machte Videosfera gute Umsätze. Dann gab es eine starke Krise in ihrem Sektor. Von den zwölf Mitgliedern blieben nur acht übrig. Vier traten aus, weil sie persönlich nicht bereit waren, die starke



Gehalt kürzung, die die Mitglieder beschlossen hatten, hinzunehmen. Trotz der Schwierigkeiten zahlte ihnen die Genossenschaft ihren Anteil aus, der sich inzwischen aufgewertet hatte.

Um weiter zu bestehen erweiterte die Genossenschaft die Palette ihrer Dienstleistungen. Diese Strategie war erfolgreich. Heute beschäftigt Videosfera mit neun Mitgliedern durchschnittlich 40 Personen. Die Nicht-Mitglieder sind freie Mitarbeiter mit einem projektbezogenem Vertrag, was in der Film- und Fernsehbranche üblich ist.

„Am schwierigsten zu bewältigen – erzählt der Vorstandsvorsitzender Fabio Rea – war der Übergang von der Identität eines Arbeitnehmers zu einem Mitinhaber einer Genossenschaft. Wir waren früher gut bezahlte Fachkräfte, dann wurden wir Inhaber einer Firma. Die zwei Rollen miteinander zu kombinieren war nicht einfach. Schwierig war auch, eine Entscheidungsstruktur aufzubauen.“

„Denn beim ersten Auftrag waren die Rollen ganz klar definiert. Aber als der Auftrag zu Ende war und wir uns auf dem Markt behaupten mussten, stellten wir fest, dass wir keine Struktur hatten, um Entscheidungen zu treffen. Da haben wir intensiv miteinander diskutiert. Wir mussten ein Gleichgewicht finden zwischen dem Zweck der Genossenschaft, der gegenseitigen Hilfe und der Förderung, und dem Ziel, uns als Betrieb auf dem Markt zu behaupten. Dieser schwierige Drahtseilakt ist uns gelungen, können wir heute sagen. Wir haben es geschafft, diese zwei Ziele miteinander zu vereinbaren.“

In einer gewissen Phase mussten wir unsere Gehälter drastisch kürzen. Im Rückblick war das Wichtigste, die Beziehungen zwischen den Mitarbeitern der ursprünglichen Firma genau unter die Lupe zu nehmen, d.h., zu verstehen, wie die Entscheidungsprozesse in der ursprünglichen Firma verliefen denn dies stand selten im Einklang mit den Interessen der Mitarbeiter.

Interessant war herauszufinden, dass wir Entscheidungsprozesse in Eigenregie gestalten konnten, wobei wir die Lebensbedingungen für alle Mitglieder verbessern konnten. Zum Beispiel dadurch, dass wir in den Phasen, in denen wir wenig zu tun hatten, viel mehr Zeit zur eigenen Verfügung hatten. Wir haben auch Mitgliedern die Möglichkeit gegeben, Kredite von der Genossenschaft zu erhalten – sogar zinslos. Dadurch mussten sie sich nicht an die Banken wenden, wenn sie persönliche Kredite brauchten.

Auch ist es jetzt den Mitgliedern möglich, sich eine Auszeit von 2-3 Monaten zu nehmen – aus welchem Grund auch immer. Die Genossenschaft beschäftigt in der Zeit einen freien Mitarbeiter und das Mitglied kann problemlos zurückkommen und weiter arbeiten. Wir haben beschlossen, dass wir uns von niemand mehr auf die Straße setzen lassen. Wir wollen selbst bestimmen, wann wir aufhören.

Sehr schön ist auch die Arbeitsatmosphäre bei uns, seitdem wir unsere eigenen Chefs sind. Wir arbeiten viel entspannter. Ohne Angst. Es ist schön zu wissen, neben jemand zu sitzen, der mir meine Arbeit nicht wegnehmen will und mir hilft, wenn ich Schwierigkeiten habe.

Auch in schwierigen Zeiten, wenn wir kaum Geld hatten, war das Arbeitsklima immer entspannt. Konkurrenz erleben wir auf dem Markt und in Bezug auf unsere Dienstleistungen, aber nicht auch noch zwischen den Kollegen.

Wir arbeiten auch 15 Stunden pro Tag, wenn es erforderlich ist, um eine Sendung zu realisieren, aber nicht, um befördert zu werden. Solidarität bedeutet nicht nur, Verluste auf mehreren Schultern zu verteilen. Sie bedeutet auch, dass größere Anstrengungen leicht akzeptiert werden, weil man weiß, dass sie nicht der Bereicherung einiger weniger dienen, sondern der Stärkung der gemeinsamen Firma“.

In der Genossenschaft werden die Gehälter und die tarifliche Einstufung in der Vollversammlung beschlossen, d.h., diese Aspekte sind völlig transparent.

Die Filmstudio-Genossenschaft arbeitet für andere Genossenschaften und für NGOs zu sehr günstigen Preisen, manchmal fast umsonst, z.B. für Nowar TV, einen Satellitenkanal gegen den Krieg.

Fallbeispiel Karstadt Kaiserslautern

Giuliana Giorgi

Nach der Rückkehr von der „Marcora“ Studienreise bildete sich innerhalb der Attac AG Solidarische Ökonomie eine Unter-AG "Betriebe in Belegschaftshand". Ziel war, in Erfahrung zu bringen, was erforderlich wäre, um auch in Deutschland bessere Rahmenbedingungen für die Übernahme bzw. Fortführung von Betrieben durch die Belegschaft zu schaffen.

Ein erster konkreter Krisenfall ergab sich Anfang Dezember 2009 mit der angekündigten Schließung der Karstadt Filiale Kaiserslautern.

Fallbeispiel Karstadt Kaiserslautern

Nachdem die Unternehmensleitung der Karstadt-Filiale Kaiserslautern monatelang der besorgten Belegschaft die Weiterbeschäftigung zugesichert hatte, erklärte sie am 1. Dezember 2009, dass das Kaufhaus Ende März 2010 schließen würde - eine Katastrophe für die Bürgerinnen und Bürger, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für den Einzelhandel der Stadt.

Die Empörung in der ganzen Bevölkerung war enorm, denn Karstadt Kaiserslautern erzielte Gewinne und war das letzte übrig gebliebene Kaufhaus in der Stadt. Die Bürger befürchteten, dass Kaiserslautern „abgehängt“ würde.

Auch der Umgang mit den Beschäftigten durch die irreführende Informationspolitik bis zum Schluss war empörend.

Attac Kaiserslautern alarmierte sofort die Attac AG „Betriebe in Belegschaftshand“ und es bildete sich ein Team, bestehend aus Mitgliedern der AG und von Attac KL, die dem Betriebsrat Unterstützung bei der Überführung des Kaufhauses in eine Konsumgenossenschaft mit Beteiligung der Mitarbeiter und der Bürger („K-Stadt“) anbot.

Das Team beschloss, auf keinem Fall eine Parallelstruktur aufzubauen, sondern eng mit dem Betriebsrat zu kooperieren.

Kurz nach der Ankündigung der bevorstehenden Schließung organisierte der Betriebsrat im Dezember eine Veranstaltung für die Beschäftigten und interessierte Bürger in Kaiserslautern, auf dem der OB der Stadt und andere Politiker, bis zum Ministerpräsident Kurt Beck, ihre Solidarität mit der Belegschaft bekundeten. Ein Mitarbeiter der Technologieberatungsstelle des DGB Rheinland-Pfalz, Herr Winfried Ott, sprach von der Suche nach einem neuen Investor und von anderen Fortführungsoptionen, wobei er einräumte, dass er sich mit Genossenschaften nicht auskennt. Die Belegschaft spielte dabei nur eine Zuschauerrolle. Weder der Betriebsrat noch der Experte des DGB ließen sich in die Karten schauen, weder auf der Veranstaltung noch in der Folgezeit. Sie gingen auch nicht auf die Angebote des Attac Teams ein, sie mit Experten für Genossenschaftsgründungen in Verbindung zu setzen.

Auf dem Infotag-Karstatt am letzten Samstag vor Weihnachten warb das Attac-Team für ein „Kaufhaus in Bürgerhand“ mit Beteiligung der Bürger und erntete viel Zustimmung von den Karstatt-KundInnenen.

Der vom Betriebsrat organisierte Infotag „versprühte aber „zu 90% Verzweiflung und Anklage wegen der baldigen Arbeitslosigkeit, und nur sehr wenig Kampfgeist und Charme des Projektes K-Stadt (Kaufhaus in BürgerInnenhand), für das man ja auch einen gewissen Optimismus braucht. Es fehlte nur noch der obligatorische Sarg mit der Aufschrift „Hier ruht Karstadt Kaiserslautern“. Symptomatisch dafür ist der Text des Plakats:

„Qualifizierte und motivierte Kaufhausbelegschaft sucht zum 1.04.2010 einen neuen Arbeitgeber. Interessenten bitte melden“

(Aus dem Bericht von Kris Kunst, damals Mitglied der Attac AG "Betriebe in Belegschaftshand".)

Mit einer Flugblatt-Aktion lud das Attac Team Karstatt-Mitarbeiter und alle interessierte Bürger zu einem von Attac und Verdi gemeinsam veranstalteten Informations- und Diskussionsabend zum Thema „Genossenschaften“ am 26.02.2010 ein.

Die Eröffnungsrede hielt der Betriebsratsvorsitzender Herrmann Heinrichs. Er berichtete von vielen Solidaritätsbekundungen und von der Unterstützung für eine Fortführung des Kaufhaus. Er sagte,

- Die Stadtwerke hatten angekündigt, das neue Kaufhaus auf alle Fälle weiterhin mit Energie beliefern zu wollen;
- Die Hotels der Stadt hatten dem Betriebsrat angeboten, dass die Unterstützer der Bemühungen um eine Fortführung des Kaufhauses bis Ende 2010 bei ihnen umsonst übernachten könnten;
- Die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz, namentlich der Ministerpräsident, war sofort bereit gewesen, eine Task Force in Mainz mit der Aufgabe einzurichten, den Erwerb bzw. das Pachten des Gebäudes zu organisieren;
- Die bisherigen Lieferanten hätten sich bereit erklärt, das neue Kaufhaus sofort mit allen Waren zu beliefern und das neue Kaufhaus durch verzögerte Rechnungsstellungen finanziell entgegen zu kommen. Nach ihrer Motivation gefragt, hätten die Lieferanten erklärt, dass sie von einem Massensterben von Kaufhäusern in Städten mit weniger als 200.000 Einwohner in den nächsten 10 Jahren ausgehen. Sie brauchten deshalb ein Vorzeigeobjekt als Beispiel einer anderen, einer positiven Lösung.
- Die Fakultät für Architektur der Universität Kaiserslautern hatte angeboten, energiesparende Konzepte für die Beleuchtung des neuen Kaufhauses kostenlos auszuarbeiten.

Er berichtete dann von Treffen mit Vertretern der Finanzgesellschaft Highstreet, der die Immobilie, in der die Karstatt-Filiale untergebracht war, gehört. Diese hatten sich das Anliegen der Vertreter der Karstatt-Mitarbeiter angehört, die Immobilien entweder zu erwerben oder zu pachten und hatten dann

gesagt, sie wollten die Immobilien an die Belegschaft weder verkaufen noch vermieten.

Damit sah der Betriebsratsvorsitzender Heinrichs keine Möglichkeit, das Projekt weiter zu verfolgen.

Die spärliche Besetzung des Saales schien das geringe Interesse der Belegschaft und der Bevölkerung an einer Initiative zur Fortführung des Kaufhauses in Belegschaftshand auch zu belegen. Die OrganisatorInnen des Abends bei Attac KL hatten allerdings in Erfahrung gebracht, dass der Betriebsrat die Einladung nicht, wie versprochen, an die Belegschaft weiter gegeben hatte.

Es kursierten außerdem Gerüchte, wonach der Oberbürgermeister und offensichtlich auch andere Beteiligte sich von der Aussicht einer Shopping-Mall, die *Highstreet* an der Stelle des Karstatt-Gebäudes bauen lassen will, hatten verführen lassen.

Angesichts dieser Intransparenz und der Lobby-Arbeit hinter den Kulissen beschloss das Attac-Team, das Ziel eines Kaufhauses in Bürgerhand nicht weiter zu verfolgen.

Reflektionen

Die Beteiligten Mitglieder der Attac AG "Betriebe in Belegschaftshand" haben im Nachhinein folgende Mängel in der Vorbereitung ihrer Kampagne erkannt:

- Sie haben sich nicht bemüht, mit Vertretern der Gewerkschaften im Vorfeld ins Gespräch zu kommen.

- Als die Schließung des Kaufhauses Anfang Dezember 2009 zum Ende März 2010 angekündigt wurde, blieb sehr wenig Zeit, um ein Konzept für eine Fortführung in Belegschaftshand mit den Gewerkschaften zu erörtern, geschweige denn rechtzeitig umzusetzen, um das letzte Kaufhaus der Stadt und damit möglichst viele Arbeitsplätze zu retten.

- Das Team hat auch versäumt, die Beteiligten (einschließlich des Bürgermeisters) über die verheerenden Auswirkungen einer Shopping Mall auf den lang eingesessenen Einzelhandel der Stadt und auf die Innenstadt aufzuklären.

- Wie Andrea Rothkegel von der EWR Consulting GmbH, Frankfurt (Beratung von Belegschaftsinitiativen) auf einer Sitzung der AG am 30.04.10 in Frankfurt erklärte, sind Belegschaftsmitglieder wirkungsvoll ansprechbar nur mit konkreten Vorschlägen zur Betriebsfortführung, die genau auf ihre Situation und auf den rechtlichen Bezugsrahmen zugeschnitten sind. Man muss mit anderen Worten im Vorfeld einen Plan fertig ausarbeiten und der Belegschaft erklären, wie die nächsten Schritte konkret aussehen.

Fortführung von Betrieben durch die Belegschaften – mit welcher Unternehmensverfassung?

Hans-Gerd Nottenbohm

Zu Beginn möchte ich erwähnen, wie ich zu dem Thema Betriebe in Belegschaftshand gekommen bin. Als ich 1975 in Bochum Wirtschaftswissenschaften studiert habe, musste ich mir etwas Geld dazu verdienen. Das habe ich getan, indem ich u.a. für die Industriegewerkschaft Chemie (IG Chemie), Bezirk Westfalen über das Betriebsverfassungsgesetz, das Mitbestimmungsgesetz usw. referiert habe. Durch diese Bildungsarbeit bin ich in Erwitte, einer Kleinstadt in Westfalen, mit Arbeitskämpfen rund um ein Zementwerk, das in kapitalistischer Manier geschlossen werden sollte, in Berührung gekommen. Die Belegschaft hat sich gegen die Schließung gewehrt und diesen Betrieb über ein Jahr lang besetzt. Im Endeffekt ist nach dieser Besetzung zwar keine Zerstörung des Betriebes in seiner Grundsubstanz eingetreten, aber auch kein durch die Belegschaft geführter Betrieb. Trotzdem war dieser einjährige Arbeitskampf sehr wichtig für die Gewerkschaft und auch für die Fortführung von Betrieben durch die Belegschaft in Deutschland, weil dort letztendlich das Recht erkämpft worden ist, dass eine Betriebsbesetzung eine legale Arbeitskampfmaßnahme ist, die Belegschaften ergreifen dürfen.

Im Großen und Ganzen hat sich das Recht bis heute trotz aller Reformen und Bemühungen, die Arbeitnehmerrechte einzuschränken, erhalten und insofern war der Streik in Erwitte ein wichtiger Erfolg. Dieses Recht auf die Führung solcher Arbeitskämpfe alleine nützt allerdings wenig, wenn am Ende der Betrieb zerstört ist und die Belegschaft keine Arbeit mehr hat. Deswegen brauchen wir auch erfolgreiche Fortführungen von Betrieben.

In den Jahren nach den Arbeitskämpfen in Erwitte hat es immer wieder Versuche von Belegschaften gegeben, ihren Betrieb in eigener Regie fortzuführen. Etliche dieser Versuche waren nicht erfolgreich. Das gilt insbesondere für Fortführungsversuche von größeren bekannteren Unternehmen:

- Olympia-Werke AG in Leer
- Firma Arendt in Sersheim
- Schmalbach-Lubeca GmbH in Velbert
- Mönninghoff GmbH in Hattingen

Aber es gab durchaus auch erfolgreiche Beispiele:

- Nachdem die Augsburger Weberei und Spinnerei mit 1.050 Arbeitsplätzen nach einer Insolvenz 7 Jahre durch den Insolvenzverwalter fortgeführt wurde, wird Anfang 1984 der Betrieb durch die SWA Spinnerei und Weberei GmbH, deren Eigenkapital zu $\frac{3}{4}$ durch die Sozialplankmittel der Belegschaft und zu einem Viertel durch Kunden und Lieferanten aufgebracht wurde, übernommen.
- Im September 1983 wurde die AN Maschinenbau und Umweltschutzanlagenbau GmbH gegründet, die einen kleinen Teil der Produktion des stillgelegten Werkes vom Anlagenbauer Voith in Bremen fortführte. Die Arbeitnehmergeellschaft (AN) befand sich im Mehrheitsbesitz von rund 50 ehemaligen Beschäftigten des Bremer Voith Werkes.
- Die fünf Beschäftigten einer kleinen, vom Inhaber in den Konkurs geführten Düsseldorfer Druckerei übernahmen ihren Betrieb im August 1983 mittels Gründung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, die später in die belegschaftseigene Richard Adam und Co. GmbH überführt wurde.

Die Liste der Betriebsfortführungen durch die Belegschaft – oder unter maßgeblicher Beteiligung der Belegschaft – lässt sich bis heute fortsetzen. Im Ergebnis sind diese erfolgreichen Fortführungen jedoch häufig nur von begrenzter Dauer. Durch den Verkauf der Kapitalanteile der Arbeitnehmergeellschaften ist in vielen Fällen zu beobachten, dass der Belegschaftsanteil sich auf einen Minderheitsanteil reduziert oder ganz aufgegeben wird.

Diese Entwicklung hat meiner Meinung nach drei Ursachen:

- Die Fortführung des Betriebes durch die Belegschaft erfolgt nur in Ermangelung eines investierenden Unternehmers. Die Fortführung durch die Belegschaft ist die letzte Option vor der Schließung des Betriebes.
- Betriebe haben ständig einen Investitionsbedarf, der nicht nur durch Fremdkapital gedeckt werden kann, sondern auch eine Erhöhung des haftenden Eigenkapitals erfordert. Dieses zusätzliche Eigenkapital kommt selten aus den Reihen der Beschäftigten, sondern über die Beteiligung von Investoren.
- Die gesellschaftsrechtliche Form einer Kapitalgesellschaft (GmbH oder Aktiengesellschaft) erleichtert es Finanzinvestoren, einen Betrieb zu übernehmen.

Die Gewerkschaften haben bei der Fortführung von Betrieben durch die Belegschaften darauf geachtet, dass eine strikte Trennung zwischen dem Arbeitsverhältnis mit dem Betrieb und der Beteiligung am Betrieb erhalten blieb. Aktienpakete oder Gesellschafteranteile wurden z. B. nicht durch die Beschäftigten direkt erworben sondern treuhänderisch verwaltet.

Das führt dazu, dass sich die Beschäftigten nicht in der unternehmerischen Verantwortung für den Betrieb sehen. Deshalb sind die Beschäftigten auch bereit, den mehrheitlichen Besitz an der Kapitalgesellschaft wieder abzugeben.

Die Gründung einer GmbH oder eine Aktiengesellschaft, an der sich die Arbeitnehmer mit Kapitalanteilen beteiligen, ist der Weg, der dem „normalen“ kapitalistischen Weg am nächsten kommt. In diesen Kapitalgesellschaften, die dann ganz „normal“ an kapitalistischen Verhältnissen ausgerichtet werden, gibt es dann Arbeiterkapitalanteile – im englischsprachigen Raum werden sie Employee Share oder Stock Ownership Plan (ESOP) genannt. Da ist es natürlich sehr naheliegend, weil es unseren „normalen“ Vorstellungen entspricht, dass nach Kapitalanteilen entschieden wird und die Anteile der Beschäftigten keine Mehrheit mehr haben und so die Unternehmen wieder verkauft werden können.

Diese Modelle bewirken keine dauerhafte Emanzipation der MitarbeiterInnen im Betrieb und die Beschäftigten bleiben nach wie vor Spielball der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens ohne gestaltend eingreifen zu können. Deshalb halte ich die (Produktiv)Genossenschaften für die bessere, geeignetere Form zur Fortführung von Betrieben durch die Belegschaft. Dabei kommt es auf die produktivwirtschaftliche Herangehensweise an. Ein Betrieb, der von der Belegschaft finanziert, genutzt und gestaltet wird, ist etwas anderes, als wenn der Betrieb nur gekauft und als Eigentum, das man auch wieder verkaufen kann, betrachtet wird. Ebenso denke ich die Produktivgenossenschaft ist eine Möglichkeit, in der Menschen gemeinsam ihr wirtschaftliches Überleben gestalten können.

Vorstellung der innova eG:

Die innova eG ist eine eingetragene Genossenschaft. Unsere Mitglieder und Partner sind u.a.:

- Prüfungsverband der kleinen und mittelständischen Genossenschaften e.V.
- Prüfungsverband der Deutschen Verkehrs-, Dienstleistungs- und Konsumgenossenschaften e.V.
- Mitteldeutsche Genossenschaftsverband (Raiffeisen/Schulze-Delitzsch) e.V.
- Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
- Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.
- Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V.

Unser Dienstleistungsangebot u.a.:

- Beratung von Genossenschaftsgründungen und Beratung in Krisensituationen
- Weiterbildung von aktiven Genossenschaftsmitgliedern
- Schulungen für genossenschaftliche ProjektentwicklerInnen

Wir sind ein Team, das seit rund 30 Jahren Erfahrungen mit Selbstverwaltung und Selbstorganisation hat. Zur Selbstverwaltung zählen viele Alternativbetriebe, die in den 80er Jahren entstanden sind, in denen Leute versuchten, der „normalen“ Arbeit zu entkommen, indem sie gesagt haben, wir wollen ohne Chef arbeiten.

1. Beispiel

Einer der ersten, heute noch bekannten Betriebe, die das gewagt haben, ist Wagner und Co. gegründet 1979 mit heute über 400 MitarbeiterInnen und internationalen Niederlassungen in ganz Europa. Allerdings sind heute nur noch rund 100 MitarbeiterInnen am Unternehmen beteiligt.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen sich erst nach zwei Jahren Zugehörigkeit zum Betrieb um eine Mitgliedschaft bemühen. Das mag eine Ursache dafür sein, dass nur 100 MitarbeiterInnen beteiligt sind. Eine andere Ursache ist meiner Meinung nach aber auch, dass dieser Betrieb nicht als Genossenschaft organisiert ist sondern als GmbH. Wenn eine Person aus dem Betrieb ausscheidet, dann erhält er oder sie nicht nur –wie das bei Genossenschaften üblich ist –das, was er oder sie einmal eingezahlt hat zurück, sondern er oder sie partizipiert auch an dem gewachsenen Wert des Unternehmens. Und bei einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung kann das erheblich viel Geld sein.

Unzureichende gesetzliche Rahmenbedingungen:

Im Gegensatz zu anderen Ländern der Europäischen Union hat die BRD Mitte der 80ziger Jahre nicht auf aufkommende Neugründungen von Produktivgenossenschaften reagiert und ihr Genossenschaftsgesetz entsprechend reformiert. Deshalb entstanden selbstverwaltete Betriebe, die ihre MitarbeiterInnen in anderen Rechtsformen am Betrieb beteiligten. Die fehlende offene Mitgliedschaft der anderen Rechtsformen erschwerte eine konsequente und dauerhafte MitarbeiterInnenbeteiligung.

In Italien gab es Mitte der 80er Jahre auch viele Neugründungen von Genossenschaft insbesondere zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die italienische Gesetzgebung zu Genossenschaften reagierte auf die Neugründungen und schuf förderliche Rahmenbedingungen.

In Deutschland hat sich die Regierung den Forderungen nach einer ähnlichen Reform des Genossenschaftsgesetzes verweigert, deshalb sind diese Betriebe in Form von Kapitalgesellschaften gegründet worden oder wieder in solche zurücküberführt worden. Das war nachteilig, weil diese Kapitalgesellschaften keine offenen Gesellschaften sind, sondern ausscheiden kann immer nur jemand, wenn ein anderer einsteigt. Die Kapitalgesellschaften haben kein variables Kapital; sie sind nicht offen.

Die Grünen richteten Ende der 80ziger Jahre eine Arbeitsgruppe zu selbstverwalteten Betrieben ein und brachten Anfang der 90er Jahre einen Gesetzentwurf zu Betriebskooperativen in den Bundestag ein. Dieser scheiterte damals allerdings an den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag.

2. Beispiel

Ein weiterer selbstverwalteter Betrieb, der etwas später als Wagner und Co. entstanden ist, ist die Solvis GmbH, in der Nähe von Braunschweig. Heute hat der Betrieb rund 170 MitarbeiterInnen, von denen nur rund 40 MitarbeiterInnen beteiligt sind. Hier hat sicherlich die fehlende geeignete Rechtsform wieder ihren Beitrag zur Verhinderung einer konsequenten, handhabbaren MitarbeiterInnenbeteiligung geleistet.

Förderliche Rahmenbedingungen

Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung war Ende der 80ziger Jahre die Öffnung der Wirtschaftsförderprogramme und die Schaffung spezieller Förderprogramme für selbstverwaltete Betriebe und Genossenschaften, um diesen neu aufkommenden Gründungsbemühungen von selbstverwalteten Betrieben entgegenzukommen. Es gab diese Programme in Hessen, in Berlin und später auch in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Förderprogramme, die speziell für Betriebe, an denen sich die MitarbeiterInnen mehrheitlich beteiligten, sind eine förderliche Rahmenbedingung. Die Grünen waren in den 80er Jahren in den Bundestag gekommen. Sie hatten – wie oben bereits erwähnt – eine „Arbeitsgemeinschaft Selbstverwaltete Betriebe“ und brachten Anfang der 90er Jahre neben dem Gesetzentwurf für eine neue Rechtsform auch ein Förderprogramm für Genossenschaften und selbstverwaltete Betriebe in den Bundestag ein. Bei den Mehrheitsverhältnissen war auch das nicht von Erfolg gekrönt.

In den 90er Jahren kam es zu weiteren Neugründungen von selbstverwalteten Betrieben und in einigen Fällen auch zu Gründungen von Produktivgenossenschaften. Ebenfalls in den 90er Jahren entstanden in den neuen Bundesländern über 500 Produktivgenossenschaften aus der Überführung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks nach DDR Recht in das westdeutsche Genossenschaftsrecht.

3. Beispiel

1996 wurde die Biber GmbH in Verden gegründet. Bis heute sind alle MitarbeiterInnen auch am Unternehmen beteiligt. Allerdings werden die Beteiligung und der Status als selbstverwalteter Betrieb z.B. nicht in ihrer Internetpräsentation publiziert. Das ist durchaus typisch für selbstverwaltete Betriebe in den 90er Jahren. Aber es gibt sie noch.

Trendwende in der Wirtschaftspolitik zum Jahrtausendwechsel

Durch die Ausrichtung auf eine mittelstandsorientierte Wirtschaftspolitik wurden Ende der 90ziger Jahre die Rahmenbedingungen für selbstverwaltete Betriebe und Produktivgenossenschaften immer schlechter. Diese veränderte Ausrichtung äußert sich u.a. in

- einer Förderung der UnternehmerInnen statt der Unternehmen
- dem Ausschluss von den öffentlich geförderten Krediten insbesondere bei Gründungen

- der Aufhebung der Steuerfreiheit der genossenschaftlichen Rückvergütung für Produktivgenossenschaften.

Auch die Beschäftigungspolitik wurde stärker am Mittelstand orientiert. Das Unternehmen stand nicht mehr im Mittelpunkt dessen, was gefördert werden sollte, sondern es war der Unternehmer oder die Unternehmerin, die es zu fördern galt. Damit haben sich viele Förderprogramme strukturell verändert. Dadurch wurden Ende der 90er Jahre die Rahmenbedingungen für selbstverwaltete Betriebe und auch für Genossenschaften immer schlechter.

Nach 2000 zerstörten dann noch die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Regierung die Möglichkeiten für Personen, die aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt waren, in selbstverwalteten Betrieben oder Genossenschaften einen Arbeitsplatz zu finden.

In Deutschland wird die Genossenschaft weder als eine Form angesehen, in der Menschen gemeinschaftlich unternehmerisch tätig werden, noch wird ein Arbeitsplatz in einer Genossenschaft, wenn der Arbeitnehmer Mitglied in der Genossenschaft ist, als ein zu förderndes Beschäftigungsverhältnis angesehen, da ja das Interesse des Mitglieds einer Genossenschaft gegenüber dem öffentlichen Interesse an einer Beschäftigung überwiegt.

Die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft wird auf den Besitz eines Kapitalanteils reduziert aber nicht als MitunternehmerInnenschaft anerkannt, deshalb fallen die Genossenschaften aus allen Förderprogrammen, die auf den Unternehmer/die Unternehmerin zugeschnitten sind, heraus.

Reform des Genossenschaftsgesetzes

Mit der Reform des Genossenschaftsgesetzes 2006 ist es nun einfacher, Produktivgenossenschaften zu gründen, da auch bereits eine Gruppe ab drei Personen eine Genossenschaft gründen kann und die Prüfung kleiner Genossenschaft vereinfacht wurde. Da wurde etwas nachgeholt, was eigentlich schon Mitte der 80er Jahre in Deutschland hätte gemacht werden müssen, um die Gründung kleiner Genossenschaften zu ermöglichen. Die Reform ist ein Erfolg, kommt allerdings 20 Jahre zu spät, da es inzwischen an den förderlichen Rahmenbedingungen fehlt.

Wir von der INNOVA versuchen, Neugründungen zu unterstützen. Bisher haben wir siebzig neue Genossenschaftsneugründungen unterstützt. Es handelt sich dabei zum größten Teil – wenn man von den Energiegenossenschaften absieht – um Neugründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus, in denen es Menschen geschafft haben, für sich einen Arbeitsplatz zu schaffen. Es gibt aber auch Beispiele für Genossenschaften, die einen bestehenden Betrieb in einer Krisensituation fortgeführt haben.

4. Beispiel

Cena et Flora eG ist eine Genossenschaft im sächsischen Riesa, die nach der Schließung einer Beschäftigungsgesellschaft der Diakonie entstanden ist, um

einen Catering – und Gartenbaubetrieb fortzuführen. Die Beroma eG ist eine Genossenschaft in Solingen, die einen Lebensmitteleinzelhandelsbetrieb aus der Insolvenzmasse einer GmbH gekauft hat.

Zukunftsperspektive

Meiner Meinung nach wäre es schon einmal ein wichtiger Schritt vorwärts, wenn die Produktivgenossenschaften und die selbstverwalteten Betriebe an den existierenden Förderprogrammen teilnehmen könnten, bevor man über eigene neue Förderprogramme nachdenkt. Die Nutzung der bestehenden Programme wäre schon mal ein gewaltiger Schritt. Es gibt in Deutschland viele Förderprogramme, die genutzt werden könnten. Ich wünsche mir aber auch, dass die Besonderheiten der Genossenschaft in der Fiskalpolitik berücksichtigt werden.

- Die Steuerfreiheit der Rückvergütung an mitarbeitende Genossenschaftsmitglieder.
- Die Befreiung der gesetzlichen Rücklage von der Körperschafts- und der Gewerbesteuer.

Was ist eine Rückvergütung?

- Die Satzung kann bestimmen, dass die Mitglieder aus dem Teil des Jahresüberschusses, der aus dem Umsatz mit Mitgliedern stammt, eine Rückvergütung erhalten.
- Die Genossenschaft muss diesen Teil des Jahresüberschusses nicht versteuern.
- Wenn eine Rückvergütung gewährt wird, haben alle Mitglieder einen Anspruch darauf.

Was ist die gesetzliche Rücklage?

- Die Satzung muss bestimmen welcher Anteil des Jahresüberschusses minus Rückvergütung einer gesetzlichen Rücklage zugeführt wird.
- Die gesetzliche Rücklage darf nur aufgelöst werden, um später Verluste der Genossenschaft abzudecken.
- Die Satzung bestimmt, bis zu welcher Höhe eine gesetzliche Rücklage gebildet werden muss.
- Die Zuführung in die gesetzliche Rücklage muss versteuert werden.

Die Rückvergütung und die gesetzliche Rücklage sind zwei genossenschaftliche Besonderheiten, die auch in ihrer Besteuerung nicht wie Gewinne behandelt werden dürfen. In anderen Ländern der Europäischen Union werden diese Besonderheiten auch steuerlich anerkannt.

Podium Unternehmerische Selbstverwaltung nach Insolvenzen und bei Unternehmensnachfolgelösungen in Deutschland

Kristina Bayer

An dem Podium "Unternehmerische Selbstverwaltung nach Insolvenzen oder bei Unternehmensnachfolgelösungen in Deutschland" nehmen teil Gerd Schaumann von dem Verein "Menschen machen Wirtschaft" und Klaus-Dieter Utoff von der IG Metall aus Chemnitz. Es wird darum gehen, das Thema „Unternehmensnachfolge, Betriebsübernahme, Insolvenz“ aus der Perspektive dieser beiden Institutionen zu beleuchten.

Warum ist dieses Thema hier in Deutschland so wenig attraktiv, obwohl wir eine steigende Zahl von Betriebsinsolvenzen haben? Natürlich wird das mit der Wirtschaftskrise jetzt noch zunehmen. Es gab aber auch schon vorher 70.000 Insolvenzen pro Jahr in Deutschland und davon werden jährlich ca. 140 Unternehmen in die Selbstverwaltung überführt. Das heißt, es ist ein sehr geringer Prozentsatz. Die Frage, die wir uns natürlich stellen ist, warum spricht die Gesellschaft nicht an auf die unternehmerische Selbstverwaltung, auf den Gedanken der Genossenschaft? Was können wir dafür tun, dass dieser mehr verbreitet wird?

Herr Schaumann ist im Vorstand des VerbändeNetzwerk Menschen machen Wirtschaft e.V. und Vorstand in einem genossenschaftlichen Prüfungsverband VDP.

Herr Utoff kommt aus der Industrie Gewerkschaft Metall. Es ist besonders schön, einen Gewerkschafter da zu haben, der sich für das Thema Solidarische Ökonomie interessiert und auch mehr praktische Beispiele, darüber erzählen wird.

Genossenschaften benötigen eine Unternehmenskultur mit großer „SOG-Kraft“¹

Gerd K. Schaumann

Lassen Sie mich bitte zunächst einen kurzen Blick in die Historie werfen, den Zeitraum 1989/ 1990, das Gebiet der späteren neuen Bundesländer, das Geschehen um den Umbau des ostdeutschen Genossenschaftswesens und daraus ein kurzes „Vorab-Resümee“ ziehen.

Strukturell ist es sicher recht gut gelungen, eine Vielzahl der fast 3.000 Genossenschaften der DDR in den Vereinigungsprozess Deutschlands zu integrieren.

Das war sicherlich nicht ganz einfach, denn das Genossenschaftswesen beider Teile der Republik hatte sich doch im Laufe der über vierzig Jahre sehr unterschiedlich entwickelt.

Einerseits ein Genossenschaftswesen, was weitgehend den Spielregeln der Wettbewerbswirtschaft gefolgt war, andererseits ein Genossenschaftswesen im Kontext der Planwirtschaft, nicht Staatswirtschaft, aber doch funktionell angepasst.

Zwei völlig unterschiedliche Denksysteme mit folglich zwei unterschiedlichen Ausprägungen, nicht nur bezogen auf ihr Rechnungswesen, den Verwertungsaspekt der Leistungen oder ihre Gestalt-Autonomie.

Es wäre sicherlich interessant und reizvoll den Bedeutungsgehalt, den der jeweilige Staat dem jeweiligen Genossenschaftswesen entgegenbrachte, näher zu untersuchen, aber das ist hier nicht unsere Aufgabe. Nur vielleicht so viel – auch mit dem Risiko, dass ich mir mit dieser Aussage nicht nur Zustimmung zuziehe: In der DDR war das Genossenschaftswesen ein wichtiger Wirtschaftsteil des Ganzen, und ganz und gar nicht so „linientreu“ aufgestellt, wie viele dies gern sehen möchten.

Jeder weiß, wie es in den Folgejahren nach 1990 abgelaufen ist. Die Regie-führung, wie das künftige „Gesamtdeutsche Genossenschaftswesen“ aussehen könnte, lag im Westen; das Ziel klar definiert, das ostdeutsche Genossenschaftswesen möglichst 1:1 in das westdeutsche Genossenschaftswesen zu „integrieren“. Ob die das im Osten so wollten? Eine gute Frage, der es sich – aus der zeitlichen Distanz – lohnen würde nachzugehen.

¹ Zum entsprechenden Thema verweisen wir gern auf entsprechende Artikel auf unseren Internet-Seiten www.menschen-machen-wirtschaft.de unter „Infothek“ und den entsprechenden Stichworten.

Wir wollen jedoch hier einer anderen Spur folgen und die selbstkritische Frage stellen, was es denn sein könnte, was das westdeutsche Genossenschaftswesen zum Zeitpunkt der Vereinigung so sicher gemacht hatte, dass dies und ausschließlich dies vorfindbare westdeutsche Genossenschaftswesen, der richtige Weg sei, um dem gesamtdeutschen Genossenschaftswesen eine neue, vielleicht eine moderne Perspektive zu eröffnen, gar so etwas wie eine „SOG-Wirkung“ zugunsten von Genossenschaften in der Bevölkerung auszulösen?

Eine solche gab es weder 1990 in Westdeutschland, noch konnte man sie in Ostdeutschland erkennen, aber man hätte sie wohl eher in Westdeutschland erwarten dürfen, als in Ostdeutschland. Gleichwohl war das Selbstbewusstsein des organisierten Genossenschaftswesens in Westdeutschland so frei von Selbstkritik, dass eigentlich nur ein Gedanke blieb, nämlich der, dass es im Osten genauso werden sollte und müsste, wie im Westen.

Und in den Folgejahren? Das mag jeder selbst beurteilen, der sich in anderen EU-Staaten umsieht, vielleicht in Italien, Spanien, Frankreich oder Tschechien.

Wen wundert es, wenn es deshalb ausgerechnet im Osten zur Neugründung von zahlreichen Genossenschaftsverbänden kam, die zumindest versuchten, neue Sichtweisen zu eröffnen und neue Wege zu gehen.

Wenige Zahlen mögen verdeutlichen, wie relativ gering die „SOG-Wirkung“ in Richtung Genossenschaften in Deutschland nach wie vor ist: Es gibt in Deutschland knapp 8.000 Genossenschaften. Tendenz steigend? Eine Frage der Sichtweise, denn vor 20 Jahren gab es bereits fast 11.000 Genossenschaften, davon ca. 2.500 allein in den Neuen Bundesländern. Würde man die Dichte der Genossenschaften der Schweiz auf Deutschland übertragen, müssten wir hier etwa 120.000 bis 130.000 Genossenschaften haben; ein drastischer Unterschied zu den tatsächlichen Begebenheiten!

Auch wenn bei den sinkenden Zahlen ein gewisser „Konzentrations-Schwund“ zu berücksichtigen ist, die Zahlen lassen absolut keine „SOG-Wirkung“ erkennen, was sich im Übrigen auch nicht wirklich nach der Novellierung des Genossenschaftsrechts von 2006 zu erkennen ist.

Worin mögen Ursachen liegen, dass ausgerechnet in Deutschland, im „Mutterland“ des Genossenschaftswesens, dem Land wichtiger Entwickler des Genossenschaftsgedankens, wie Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch, eine so relativ geringe Faszination in Richtung Genossenschaften besteht.

Die Frage spitzt sich in ihrer Tragweite noch zu, wenn man das sehr gut entwickelte Vereinsleben in Deutschland damit vergleicht, in dem fast 50 Millionen Mitglieder organisiert sind. Zu sagen, die Deutschen seien nicht geübt in Sachen Gemeinschaft und Kooperation scheint nicht zu stimmen, denn Vereine repräsentieren nicht nur die gleiche „Rechtsfamilie“ wie Genossenschaften, man

könnte sie sogar als so eine Art wirtschaftlicher „Bruder“ des nichtwirtschaftlich orientierten Vereins bezeichnen.

Wer den Integrationsprozess nach 1990 in Deutschland aufmerksam verfolgt hat, insbesondere den Begründungen nachgeht, mit denen den ostdeutschen Genossenschaftsmitgliedern nahegelegt wurde, Genossenschaftler zu bleiben, wird recht schnell erkennen, dass sich diese Argumentationsketten auch nach 20 Jahren fast ähneln.

Und diese lauten damals, wie heute, etwa so: In einer Genossenschaft ist jeder Teilhaber, kann mitwirken bei der Gestaltung der Wirtschaftseinrichtung Im Gegensatz zu einer anderen Rechtsform haben Mitglieder usw. usw. – und natürlich die Prinzipien Demokratie und Selbsthilfe.

Nicht dass daran etwas falsch wäre, es ist korrekt, sogar rechtlich exakt formuliert, wie überhaupt das gesamte Genossenschaftswesen – durch Verbände besonders dazu angehalten – korrekt aufgestellt und ausformuliert dasteht.

Diese Art von „correctness“, bezogen auf die Formal-Struktur, geprüft durch Verbände, ist aber nur ein Bruchteil dessen, was ein lebendiges „Wesen“ ausmacht. Strukturen, die Faszination, „SOG“ oder ähnliches auslösen könnten – irgendwie ein komischer Gedanke ...

Das gebräuchliche EU-Wort für Genossenschaften heißt „co-operative“ und das hat etwas mit Kooperation zu tun und Kooperation hat zunächst etwas mit Menschen zu tun. Also wären Genossenschaften eine Unternehmensform, in denen es besonders um den oder die MENSCHEN geht, deren Zusammenwirken, deren Interessen, deren Teamfähigkeit, den möglichen Teamgeist, den man so eigentlich in keiner anderen Unternehmensform herstellen kann. Aber irgendwie scheinen wir es nicht begreifen zu wollen, dass es Menschen erst **nachrangig** um Recht und Organisation geht. Es geht ihnen viel eher um „emotionale“ Aspekte im weitesten Sinne, wozu so etwas gehört wie z.B. Sicherheit, Arbeitsfreude, Akzeptanz und natürlich auch entsprechendes Einkommen.

Die Werbung zeigt es sehr deutlich: Die Information folgt der Identifikation und der emotionalen Ansprache, und kaum umgekehrt.

Wir wollen die provokante These wagen, dass die Vorrangstellung des rechtlichen Elementes, der Zahlen und der Strukturfragen, möglicherweise – mehr als wir wahrzunehmen bereit sind – recht wirksam dazu beigetragen hat, dass es so wenig gelungen ist, dem Genossenschaftswesen in Deutschland zu einer „SOG-Wirkung“ zu verhelfen.

Natürlich haben die Verbände im Genossenschaftswesen wesentlich an dem mitgewirkt, was heute das Genossenschaftswesen in Deutschland darstellt und ausmacht. Als Vorstand eines solchen Verbandes nehme ich die Kritik – insbesondere vieler ostdeutscher Genossenschaftler - sehr ernst, die bedauern, dass

die historische Chance von 1989/ 1990 so leichtfertig vertan wurde. Sie haben wohl recht, es hätte dem gesamtdeutschen Genossenschaftswesen gut getan, zunächst ehrlich eine Bestandsaufnahme zu machen und dann die unverkennbaren Schwächen des Status quo zunächst zu korrigieren. Eine solche Schwäche ist zweifellos die wenig ausgeprägte Ausrichtung auf den eigentlichen Wertschöpfungsträger von Genossenschaften, den MENSCHEN!

Ein Blick auf die Homepage vieler Genossenschaftsverbände zeigt deutlich auf, was gemeint ist: Kaum eine Aussage darüber, was die Unternehmenskultur einer Genossenschaft von der eines Unternehmens anderer Rechtsform unterscheidet. Kaum eine Aussage zur Besonderheit des Managements in einer Genossenschaft im Vergleich zu einer GmbH oder AG. Die Argumente, dass der „MENSCH im Mittelpunkt“ steht, fehlen gänzlich. Wer mag, kann das gern nachvollziehen...

Es dürfte zu kurz gegriffen sein, den MENSCHEN zu sagen, „seht her, in einer Genossenschaft gibt es mehr Demokratie, sind alle Unternehmer, können alle Mitglieder über die Generalversammlung an der Unternehmensentwicklung mitwirken. Korrekt ist das auch wieder, aber führt das deshalb auch zu mehr Freude bei der Arbeit, mehr Motivation, mehr Engagement und letztlich auch mehr Einkommen?

Viele Funktionsträger – gleich ob in Verbänden oder Genossenschaften – werden sich schwer tun zu erkennen, dass „Emotionalität“ (Arbeitsfreude, Betriebsklima, Akzeptanz, etc.) etwas mit dem Genossenschaftsgedanken zu tun haben könnte.

Hat es aber, denn es sind genau solche Fragen, die sowohl den MENSCHEN in seiner Rolle als Mitglied, wie auch den MENSCHEN in seiner Rolle als Mitarbeiter, wie auch das Unternehmen bezüglich der Entfaltung der „WIRKRAFT“ der Wertschöpfungsträger vorrangig tangieren.

Eigentlich müsste doch jede Genossenschaft zumindest in einem solcher „SOG-Kriterien“ marktführend sein und als Unternehmen auf der Begehrlichkeitsstufe für Teilhabe oder Beschäftigung ganz oben stehen. Eigentlich müssten es doch Genossenschaften sein, die die höchste Arbeitsplatzsicherheit bieten, das beste Einkommen, ein ausgezeichnetes Betriebsklima, usw. Leider kann man derzeit eher noch viele Verbände und Genossenschaften mit einem Vorschlag irritieren, dass der (gesetzlich) definierte Förderzweck auch oder gerade solche Faktoren umfassen könnte. Es ist einfach kaum plausibel, dass in Genossenschaften eine latente Abwehrhaltung gegen das Betriebsverfassungsrecht besteht (was vielleicht sogar nachvollziehbar sei kann, denn es gibt eigentlich keinen „Gegnerbezug“), also auch den Kündigungsschutz, aber gleichzeitig kein Aufsichtsrat auf die Idee kommt, solche Geltungsbereiche vertraglich zu fixieren. Das führt z.B. zu einem (beinahe) paradoxen Ergebnis: Ein tätiger Teilhaber, der in einem Aufsichtsrat einer Genossenschaft sitzt, ist weniger geschützt, als ein Mitglied

eines Betriebsrates. Welche Wirkung mag ein solcher Aufsichtsrat haben, z.B. bei ernsthaften Meinungsunterschieden mit der Unternehmens-Führung?

Wir wollen abschließend noch drei wesentliche Kritikpunkte aufgreifen, die gern von denen ins Feld geführt werden, die mit Kooperation und Gemeinschaft relativ wenig im Sinn haben:

- Die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen, wie z.B. Produktivität, Wirtschaftlichkeit sind in Genossenschaften – branchenbezogen – keineswegs „Spitze“, sondern eher das Gegenteil.
- Die Entgeltstruktur in Genossenschaft ist ebenfalls – branchenbezogen – nicht herausgehoben.
- Arbeitsplätze werden in Genossenschaft genauso regelmäßig abgebaut, wie in der übrigen Wirtschaft.

Man macht es sich zu einfach, über solche Kritik einfach hinwegzugehen, denn sie trifft irgendwie den Nerv, vor allem den Nerv eines Gemeinschaftsunternehmens.

Man mag das Genossenschaftswesen der DDR in vielen Punkten kritisieren. Aber man sollte dabei auch genauer hinschauen: Dort war es z.B. recht begehrt, in einer Genossenschaft mitwirken zu können, und auch der Staat hatte rechtliche Privilegien zugunsten der Genossenschaften definiert.

Was wäre zu tun, in Richtung Faszination und „SOG“?

Auf den „Staat“ zu warten, zumal in Deutschland, um zu einer deutlichen Willensbekundung in Richtung Kooperationswirtschaft zu kommen, wäre sicherlich (erfahrungsgemäß) recht naiv gedacht und sehr langwierig. Natürlich nicht aussichtslos, wenn man sich andere EU-Länder anschaut, zumal wenn es kein Geld kostet.

Eher wäre auf die Verbände zu setzen, und von diesen eine deutlichere Blick-Wende einzufordern, sozusagen die vom Genossenschaftsmitglied auf den GenossenschaftsmENSCHEN. Würde das heißen, sich weniger um Fragen von Struktur, Recht und Rechnungswesen zu kümmern? Nein! Aber sich eindeutiger auf den Weg zu machen, mehr Kompetenzen zugunsten der Wertschöpfung, besonders der MENSCHEN in Genossenschaften zu entwickeln.

Es muss doch nachdenklich machen, wenn in kaum einer anderen Rechtsform, zur Lösung von (eigentlich) zwischenmenschlichen Fragen, der Gesetzeskommentar zu Rate gezogen wird

Ein Symbol für die zu geringe menschenbezogene Ausrichtung? – irgendwie schon. Weitere Symbole dafür? Ja – eventuell die Ausrichtung der genossenschaftlichen (Fach-) Institute ...

Das alles hat natürlich etwas mit Unternehmenskultur zu tun, aber einer genossenschaftsadäquaten.

Zwei Trends stimmen zuversichtlich, selbst dann, wenn sich der Staat fast nicht und wenn sich die Genossenschaftsverbände zu wenig bewegen sollten:

1. Das Kooperationswesen wird von Experten als ein stetig wachsender und nachhaltig dynamisch bleibender Trend in Gesellschaft und Wirtschaft gesehen

2. Immer mehr MENSCHEN sind immer weniger damit zufrieden, dass sie etwas zum Arbeiten haben, sondern fragen nach dem WAS und dem WIE der Arbeit bzw. den Folgen ihrer Arbeit, dem WOZU.

Die Entwicklungen im Energiesektor zugunsten von Energiegenossenschaften, sind auch deshalb so erfolgreich, weil im hohen Maße Werte und Emotionen betroffen sind und thematisiert werden. Und weil das passiert, kommt es zu vielen Neugründungen. Energiegenossenschaften haben es also geschafft, die vorgenannte „SOG-Wirkung“ zu erzeugen. Schauen wir uns deren Entwicklung genauer an und übertragen dann diese positiven Impulse auf andere Bereiche und wir werden sehen: Es geht doch!

Denn Genossenschaften sind eigentlich die einzige Rechtsform, in der MENSCHEN sich und das (Leistungs-) Angebot wirklich selbstverantwortlich entwickeln können.

„Der MENSCH steht bei uns wirklich im Mittelpunkt!“ – mit einer solchen Aussage im Zentrum einer genossenschaftlichen Unternehmenskultur, entsteht ein gutes Stück der „Emotionalität“, die für mehr „SOG-Wirkung“ zugunsten des Genossenschafts-Gedankens sorgen wird....

Deindustrialisierung in Chemnitz

Klaus-Dieter Utoff

Damit man die Beispiele auch versteht, gebe ich kurz einen Überblick über die Industrieregion Chemnitz. Sie ist klassisch gesehen ein Industriearbeitergebiet. Man kann die Rolle der Arbeiterstadt von Chemnitz mit der von Mannheim vergleichen. Und man könnte die Industriestrukturen Sachsens mit Baden Württemberg vergleichen. Zur Wendezeit gab es in der Region Chemnitz 80.000 Industrie-Arbeitsplätze. Die Region hat jedoch einen wahnsinnigen Deindustrialisierungs- und Strukturwandlungsprozess durchgemacht. Das heißt von den 80.000 Industriearbeitsplätzen sind 15.000 übriggeblieben.

Das bedeutet, dass wir als IG Metall logischerweise einen Schwerpunkt auf Struktur- und Industriepolitik legen mussten. Was meint, dass der Schwerpunkt darauf gelegt werden sollte zu gucken, dass die Wertschöpfungsketten nicht ganz zerschlagen werden, um die Chance für Neuentwicklung zu erhalten. Industriepolitisch heißt das, die industriellen Kerne soweit es geht zu erhalten. Deswegen haben wir in der kurzen Phase der Treuhandpolitik, die ja eine neue Form der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln war, eine Reihe von Betriebsbesetzungen in den Kernbereichen Maschinenbau, Textilmaschinenbau, Sondermaschinen- und Anlagenbau sowie Fahrzeugbau gehabt. Das will ich einfach kurz vorausschicken.

Man muss wissen, dass es in diesem Prozess bei den Menschen in der Region auch zu einer gravierenden Bewusstseinsspaltung kam. Die Arbeitnehmer haben nämlich durch den Deindustrialisierungsprozess und durch den Strukturwandel ihre Arbeitsplätze verloren. Sie haben teilweise ihre Fabriken, in denen sie gearbeitet haben, selber wieder abgerissen. Durch sogenannte Strukturmaßnahmen, Anpassungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Ich hatte gesagt 65.000 Industriearbeitsplätze wurden vernichtet. Dann sind die Arbeitnehmer in andere Branchen gegangen: in das Baugewerbe und in das Dienstleistungsgewerbe. Dann kam aber wieder die Krise in dem Baugewerbe, d.h. durch Umschulungs- und durch Weiterbildungsmaßnahmen sind sie wieder in dem Arbeitsmarkt zurückgeschleudert worden und haben sich dann, wenn sie wieder einen Arbeitsplatz in einer privatisierten Firma erhalten haben, an den Arbeitsplatz an die neue Existenz geklammert.

Die Mobilisierung, das Kämpfen für das Eigentliche, nämlich für die Verbesserung der Arbeitswelt, für die Einkommen, für die Existenz ist also in den Köpfen unheimlich schwer gewesen. Das heißt, die Arbeitnehmerschaft hat dort viele Opfer hingenommen, den Druck des Kapitals ausgehalten. Das muss man einfach wissen. Ich will das nicht weiter ausbauen, aber ich habe das jetzt mal als Vorstufe geschildert, damit man sich in die Beispiele hineindenken kann.

Das erste Beispiel: Union Chemnitz

Union Chemnitz, ist ein Werkzeugmaschinenbaubetrieb. Er wurde durch die Treuhandanstalt an die Schieß AG, eine Tochter der Frankfurter Metallgesellschaft verkauft. Nach Auflösung des Treuhandvertrages mit der Schieß AG wurde die Union an die Dörries & Scharmann – Bremer Vulkan Gruppe verkauft. Nachdem das wesentliche Betriebsvermögen herausgezogen war, musste die Union Chemnitz Konkurs anmelden.

Wir haben dann mit der Belegschaft eine Betriebsbesetzung durchgeführt und haben über die Betriebsbesetzung erzwungen, dass ein Unternehmenskonzept mit der Belegschaft erarbeitet wurde. Das heißt mit dem Kopf, ich sag mit der Summe des Geistes, nämlich der Qualifikation des Kernes der Belegschaft in Kooperation mit Wirtschaftsprüfern. Das heißt, es wurde externer Sachverstand in den Prozess eingebunden. Und es ist uns gelungen, ein Konzept zur Herstellung von Kleinrohrwerken mit 101 Beschäftigten zu entwickeln. Diese 101 Beschäftigten haben damals Kapital hinterlegt – eigenes Geld, jeder 10.000 DM – obwohl für den Start der Firma nur 13 Arbeitnehmer mit der Arbeit beginnen konnten.

Das muss man sich überlegen: 13 konnten Arbeit aufnehmen, die restlichen Beschäftigten ($101-13=88$) mussten also warten, bis sich die Firma wieder in den Markt hinein entwickelt hat, das Produkt im Markt ausgetauscht wird, um alles was die Betriebswirtschaft fordert, dort zu erwirtschaften um die restlichen Arbeitnehmer einzustellen. Aufgrund dieser Tatsache ist es uns zur damaligen Zeit, 1995, gelungen, auch die öffentliche Hand von der Notwendigkeit der Unternehmensfortführung zu überzeugen. Es war unbedingt notwendig, dass die sächsische Staatsregierung das Unternehmen mit Fördermitteln von rund 18 Mio. EUR unterstützt. Der Druck der Arbeiterschaft, der Glaube und die Überzeugung an das eigene Können hat letztendlich zur Ausreichung der Fördermittel für das Unternehmen geführt. Das würde heute nicht mehr gehen.

Es gibt also die Selbstverwaltung in der Firma, es gibt die Betriebsräte, es gibt die Mitbestimmung, es gibt die Beiräte, es gab die Gesellschafterversammlung mit insgesamt 101 Gesellschaftern. Der gewählte Beirat ist der Aufsichtsrat der Gesellschafter. Die Arbeitnehmer hatten im eigentlichen Sinne ihren Arbeitnehmer Status, Arbeiterrechte und Solidarität sind in dem Unternehmen geblieben und wurden durch kollektive Mitbestimmung gelebt. Sie sind an der gesamten Kapitalisierung der Gesellschaft mit allen entsprechenden Regularien und Regeln, die von da ab durchzusetzen sind, in diesem Status geblieben. Das ist ein ganz schwieriger Prozess. Aber das muss man fairer Weise sagen. Es bedeutet wiederum, dass bei der ersten Nachschusspflicht von Kapital die Bank in dem Fall die Commerzbank, die Mitarbeitergesellschaft mit allen Mitteln bekämpft hat. Das will ich auch hier konkretisieren, es war nach 10 Jahren ein neuer Kapitalbedarf von 1,6 Mio. EUR notwendig. Die noch verbliebenen 70 Gesellschafter der Union konnten dieses Geld nicht aufbringen. Es musste ein neuer Gesellschafter gefunden werden. Wenn dies nicht gelingt, hätte die Bank

die noch laufenden Kredite fällig gestellt, was das „Aus“ für die Union Chemnitz bedeutet hätte. Es wurde ein neuer Gesellschafter (Hedge Fonds) gefunden. Und der Schluss, das Fazit dieses Prozesses ist, dass eigentlich jetzt die Mitarbeitergesellschaft zum systematischen Untergang verdammt ist. Die Anteile an die Mitarbeiter werden ausgezahlt, das Finanzkapital hat seine Macht eindrucksvoll zelebriert und nach über 10 Jahren die Mitarbeitergesellschaft in die Knie gezwungen.

Zweites Beispiel

Ich will ein zweites Beispiel schildern, ganz anders, auch kurz: Wir haben es hier mit einem Unternehmen zu tun, welches 1990 reprivatisiert wurde. Die Treuhandanstalt hat die Altschulden mit übertragen, so dass das Unternehmen mit zusätzlicher Kreditaufnahme bei den Banken zusätzlich belastet wurde. Nach dem sich eine Rentabilitätskrise anzeigte, ist die Geschäftsführung mit der Bitte um Hilfe für die 100 Arbeitsplätze an den Betriebsrat und die IG Metall herangetreten. Wir haben gesagt okay, wir brauchen eine Konzeptgruppe, die den Prozess im Unternehmen mit Hilfe externen Sachverstandes analysiert.

Nach relativ kurzer Zeit wurde ein Beirat bestellt und durch das Arbeitsamt Chemnitz aus dem Fonds der „Freien Förderung“ zweckgebundenes Kapital zur Sicherung der 100 Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt. Wir haben einfach vorgerechnet, wenn 100 Menschen arbeitslos werden, zahlen sie keine Arbeitslosenversicherung mehr, wenn sie arbeiten und über die „Freie Förderung“ des Arbeitsamtes unterstützt werden, zahlen sie Arbeitslosenversicherung und tragen somit zur Reproduktion der Arbeitsamtsmittel bei und erhalten gleichzeitig ihre Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Drittes Beispiel: Strickmaschinenbau Terrot

Ich will zum letzten Beispiel etwas sagen, dem Strickmaschinenbau. Chemnitzer Strickmaschinenbau heißt Terrot und meint einen Standort in Stuttgart und einen Standort in Chemnitz. Dieses Unternehmen ist 2001 in Insolvenz gegangen, hat 4 1/2 Jahre durch den Insolvenzverwalter Grub, Insolvenzverwaltungsbüro in Stuttgart, weitergelebt. Und hat dann durch Druck der Banken im letzten halben Jahr, also nach fast fünf Jahren einen Stilllegungsbeschluss hinnehmen müssen. Wir haben dann im November 2005 eine Betriebsversammlung mit allen Beschäftigten durchgeführt. Und ich habe auf der Betriebsversammlung mit den Beschäftigten gesprochen und nur gesagt: Lauft nicht auseinander, haltet weiter zusammen und wir versuchen mit allen Mitteln und Möglichkeiten, das Unternehmen Strickmaschinenbau, was eure Existenz ist, hier zu halten. Als ich das auf der Betriebsversammlung gesagt habe, habe ich nicht gewusst, wie es geht.

Ich habe nicht gewusst wie es geht. Wir haben dann die Konzeptgruppe gegründet und alle Fakten, die betriebswirtschaftlich notwendig sind, zu Papier gebracht. Zur Unterstützung hatten wir einen Gutachter der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Price Waterhouse. Die musste ja für die Staatsregierung ein Gutachten machen, deswegen, weil alle Gläubiger, die Banken, der Insolvenz-

verwalter, die sächsische Staatsregierung Price Waterhouse als Gutachter und Befürworter von öffentlichen Mitteln gesagt hat: "In das Unternehmen keinen Cent, es ist zu liquidieren. Das Unternehmen wird stillgelegt und geschlossen". Wir haben aber für unsere Strategie das Gutachten gebraucht. Das Gutachten hat am Ende nur einen Satz ausgesagt: "Unter bestimmten Voraussetzungen ist das Unternehmen fortführbar". Da kann sich jeder denken, der das liest, bei den Finanzausschüssen, die Geld geben sollen, was das bedeutet. Ich bin dann mit unseren Zahlen losgerannt und habe durch einen glücklichen Umstand und durch einen guten Freund in Berlin, Dr. Holz, eine Partnerschaft gefunden, nämlich Schüring & Andreas, und der Peter Schüring war 40 Jahre an der City Bank in New York und habe dem unsere Zahlen gegeben. Der hat unsere Zahlen in den Rechner gehauen und hat folgenden Satz formuliert: Er hat gesagt: "Klaus Dieter wenn das Produkt am Markt austauschbar ist, und das Produkt in seinem Preis, wie ihr das ermittelt habt, auch den Deckungsbeitrag bringt, dann können wir sowohl die Arbeitsplätze als auch das Produkt auf dem Markt halten. Und dann bin ich bereit, für Euch das Unternehmen zu führen und zu managen".

Mit dieser Vision sind wir dann in die sächsische Aufbaubank gefahren. In der sächsischen Aufbaubank in Sachsen, da saßen wir zu fünft: Betriebsrat, IG Metall, der Geschäftsführer und Peter Schüring, da saßen uns 20 Mann gegenüber. Die haben uns nur erklärt, dass das Thema Hedgefonds, dass das Thema Heuschrecken, dass hier Kapitalvernichtung ansteht, dass es hier darum geht, ein Unternehmen, das nicht mehr rentabel ist, am Leben zu erhalten, dass öffentliche Mittel in den Sand gesetzt werden, und so fort. Wir sind dann vor die Tür gegangen und haben gesagt: "Wir verzichten auf die Beteiligung der sächsische Aufbaubank", wir verzichten auf die „Mittelständische Beteiligungsgesellschaft", und haben das angegebene Eigenkapital für die neue Firma um 100% erhöht. Fortan haben wir um eine Landesbürgschaft gestritten und gekämpft. Das heißt: In diesem Prozess, der von November bis Mai 2006 ging, sind wir dann mit allen Beschäftigten, mit 120 Beschäftigten mit einem Autokorso nach Dresden gefahren und haben das Finanzministerium mit politischem Druck gezwungen, wenigstens über das Wirtschaftsministerium eine Landesbürgschaft auszureichen. Weil, sonst unser Ziel als Mitarbeitergesellschaft zu starten, an der Finanzierungsbereitschaft einer Bank gescheitert wäre. Keine Bank wollte den Mitarbeitern 4 Mio. Kapital als Kredit gewähren. Wir hätten zwar die Bedingungen erfüllt, aber uns hätte man diese Plausibilität, die berühmte Vertrauensfrage nicht abgenommen und deswegen das Unternehmen stillgelegt. Die sächsische Staatsregierung, das Finanzministerium, d.h. der Finanzminister Metz hat mit Druck auf die kämpfende Belegschaft versucht, die Aktion mit der Androhung zu stoppen "ihr werdet alle eure Arbeitsplätze verlieren, wenn ihr nicht sofort die Aktion beendet". Wir alle sind in Dresden vor dem Finanzministerium gewesen und haben gekämpft, mit Erfolg: Herr Metz hat zwei Tage später öffentlich verkündet, dass die sächsische Staatsregierung eine Landesbürgschaft für das neue Unternehmen übernimmt. Nachdem das

bekannt war, und die Mitarbeiter das wussten, und wir telefoniert haben, hab ich eine halbe Stunde nicht reden können. Ich hab eine halbe Stunde kein Wort raus gebracht. Weil das so ein Nervenstress von November bis in den Mai war, das kann sich niemand vorstellen. Der Peter Schüring ist in Amerika gewesen. Ich habe abends zu Hause 20 Uhr mit ihm Telefonkonferenz gemacht, damit wir die Rahmenbedingungen hinbekommen. Jetzt kam noch eins dazu: Nachdem der Insolvenzverwalter wusste, wir haben eine Lösung, da hat der Insolvenzverwalter den Kaufpreis für die Firma erhöht. Nachdem das passiert ist, hat natürlich die Partnerschaft gesagt: "Wir springen ab".

Dann haben wir wieder Folgendes gemacht: wir haben versucht, über die Mitarbeiter, sozusagen das, was ja Sozialbankansprüche waren einzulösen. Man muss wissen, die waren alle ja schon in einer Transfergesellschaft, die waren schon raus aus dem Unternehmen. So haben wir das über diesen Weg wieder gelöst. Wir sind am 1. Mai 2006 neu gestartet. Wir haben jetzt 48 Monate in einer der schwersten Wirtschaftskrisen überlebt. Wir haben zurzeit die Auftragsbücher voll. So voll wie noch nie. Und ich sage, ich habe mir immer gewünscht, dass wir in das Jahr 2011 kommen, zwar unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen in einem schwierigen Prozess, aber im Bewusstsein der Menschen, dass sie diese Aufgabe meistern.

Was uns nicht gelingt ist, dass wir diese Beispiele – es sind ja keine Modelle – in die Köpfe hineinzubringen: Dass eine Vernetzung innerhalb von Wertschöpfungsketten stattfindet, was ein neues Bewusstsein für neue Wege unter schwierigen Bedingungen erzeugt. Und ich wünschte mir, dass das mal aufgegriffen würde: Es gab 1899 in Hamburg den ersten Schritt für eine sogenannte Produktivgesellschaft, wo also produziert, konsumiert wurde, ich kürze ab, eine Sparkasse gebildet wurde usw. Das eigentlich das Wesen der Genossenschaft oder der Konsumgenossenschaften ist, dass wir vielmehr auf solche Punkte aufsetzen, um Transparenz zu schaffen, um unsere Menschen mitzunehmen.

Und solidarische Ökonomie verstehe ich so: Dass wir sie brauchen, für eine logischerweise humane Gesellschaft, dass wir sie brauchen für eine selbstverwaltete Gesellschaft, unter existentiellen Bedingungen unter einer Röhre des Kapitals, und ich halte auch den Stiftungsgedanken, der genannt wurde, für ganz wesentlich. Denn ich möchte gerne, dass das Kapital im Unternehmen bleibt und nicht entnommen wird und in einer Stiftung der Selbstverwaltung für die zukünftigen Generationen weiter dient, damit Existenz und Leben möglich wird.

Wirtschaftliche Vereine als kleine Genossenschaften¹

Burchard Bösche

Der wirtschaftliche Verein ist in § 22 BGB geregelt, der lautet:

„Ein Verein, dessen Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, erlangt in Ermangelung besonderer bundesgesetzlicher Vorschriften Rechtsfähigkeit durch staatliche Verleihung. Die Verleihung steht dem Land zu, in dessen Gebiet der Verein seinen Sitz hat.“

Von dem in § 21 BGB genannten Idealverein (,eingetragener Verein' – e.V.) unterscheidet er sich vor allem dadurch, dass der Idealverein nicht auf einen wirtschaftlichen Zweck gerichtet sein darf (*„... dessen Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist...“*) und dafür keiner Genehmigung bedarf, seine Rechtsfähigkeit vielmehr durch Eintragung in das Vereinsregister erwirbt. Der wirtschaftliche Verein wird demgegenüber nicht in das Vereinsregister eingetragen.

Für die Genehmigung wirtschaftlicher Vereine sind die Länder zuständig, die die Genehmigungskompetenz sehr unterschiedlich verteilt haben. Grundsätzlich liegt die Kompetenz für das Vereinswesen bei den Innenministerien, die diese Zuständigkeit vielfach an nachgeordnete Behörden delegiert haben, in NRW beispielsweise an die Regierungspräsidenten, in Niedersachsen an die Landkreise, in Rheinland-Pfalz an die landesweit zuständige *„Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD)“* in Trier, während in Bremen nach wie vor der Innenminister zuständig ist.

In der Zuständigkeitsverteilung liegt für den, der einen wirtschaftlichen Verein gründen möchte, schon das erste Problem. Es bedarf oft intensiver Suche und vieler Telefonate, um die zuständige Stelle zu finden, weil oft seit Jahrzehnten keine wirtschaftlichen Vereine mehr genehmigt worden sind und mangels Befassung niemand weiß, wo die Zuständigkeit liegt. Hat man schließlich die zuständige Stelle gefunden, kommt auf die Frage nach der Genehmigung in der Regel die spontane Antwort, man sei zwar für die Genehmigung zuständig, werde diese aber auf keinen Fall erteilen. Zur Begründung wird dann angeführt, dass wirtschaftliche Vereine schon seit Jahrzehnten nicht mehr genehmigt worden seien. Auf den Einwand, dass dies Argument für die Genehmigungsverweigerung durch eine rechtsstaatlich handelnde Verwaltung wohl kaum ausreichen würde, da § 22 BGB geltendes

¹ Dr. Burchard Bösche 4.2.2010 in: Genossenschaft Sondernummer Nr.1/2010 Informationen vom Zentralverband der Konsumgenossenschaften

Recht sei, wird dann schablonenhaft geantwortet, die Verhältnisse hätten sich seit dem Inkrafttreten des BGB vor über 100 Jahren grundlegend geändert, heute gebe es andere Möglichkeiten gemeinsamer wirtschaftlicher Betätigung, weshalb für den wirtschaftlichen Verein kein Bedarf mehr bestehe. Eine Genehmigung käme schon aus Gründen des mangelhaften Gläubigerschutzes beim wirtschaftlichen Verein nicht in Frage. Der Einwand, das die grundlegenden Rechtsformen des Gesellschaftsrechtes, die OHG, die KG, die AG, die GmbH und die Genossenschaft, alle bei Erlass des BGB schon in Kraft waren, kann die Beamten nicht überzeugen.

Was kennzeichnet den wirtschaftlichen Verein?

Die Vorschriften des BGB zum Vereinsrecht finden fast vollständig auch auf den wirtschaftlichen Verein Anwendung. Das bedeutet zunächst einmal die weitgehende Dispositivität, d.h. Satzungs Offenheit des rechtlichen Rahmens, worin gerade die Attraktivität des Vereinsrechts liegt. Durch die freie Satzungs-gestaltung kann man den wirtschaftlichen Verein so ausbilden, dass er etwa wie eine Genossenschaft funktioniert. Gerichts- und Notarkosten entstehen nicht, da der wirtschaftliche Verein nicht ins Vereinsregister eingetragen wird. Die teuren notariellen Beurkundungen – etwa bei Änderungen der Satzung einer AG oder des Gesellschaftsvertrages einer GmbH – fallen nicht an.

Der Verein führt seine Mitgliederliste selbst, seine Mitglieder müssen nicht – jeweils mit Notarkosten – an das Register gemeldet werden, wie bei der KGaA, oder wie bei der GmbH listenmäßig mitgeteilt werden. Dies ist wichtig für Unternehmen mit großer Mitgliederzahl und großer Fluktuation in der Mitgliedschaft.

Der Verein ist nicht Formkaufmann, also wird er nicht von vornherein Zwangsmitglied und Zwangsbeitragszahler der Industrie- und Handelskammer, wie dies bei jeder Genossenschaft der Fall ist. Auch unterliegt er nicht, um die Rechtsfähigkeit zu erlangen, dem Anschlusszwang an einen genossenschaftlichen Prüfverband und damit der dortigen Beitragspflicht. Und schließlich kann der wirtschaftliche Verein wie auch der Idealverein (e.V.) seine Kassenprüfung und Revision in der Satzung selbst regeln und unterliegt nicht einer gesetzlich angeordneten Prüfung, die sich an dem Modell der Prüfung mittelgroßer und großer Kapitalgesellschaften orientiert, und bei der Tagessätze zwischen 500 und 1.000 € berechnet werden, wie das bei Genossenschaften der Fall ist.

Das Recht des wirtschaftlichen Vereins ähnelt in vieler Hinsicht dem deutschen Genossenschaftsrecht zu Zeiten, als es noch viele Genossenschaften gab und dem Genossenschaftsrecht der Länder, in denen es auch heute noch viele Genossenschaften gibt, der Schweiz etwa, Schweden oder Finnland. In Finnland kostet die Gründung einer Genossenschaft rund 100 €, während in Deutschland allein für die obligatorische Gründungsprüfung durch den Prüfungsverband zwi-

schen 1.000 und 3.000 € hinzulegen sind, von den Notars- und Gerichtskosten ganz zu schweigen.

Argumente gegen den wirtschaftlichen Verein

Als Argument gegen den wirtschaftlichen Verein wird von den Vertretern der Genehmigungsbehörden gebetsmühlenartig der fehlende Gläubigerschutz angeführt. Dieses Argument entbehrt jeder empirischen Grundlage und ist darum einer rechtsstaatlich handelnden Verwaltung unwürdig. Es gibt in Deutschland durchaus eine größere Zahl an wirtschaftlichen Vereinen, deren Insolvenzrate so niedrig ist, dass sie statistisch nicht erfasst wird. Als besonders insolvenzsicher wird in der gesellschaftsrechtlichen Diskussion häufig die Genossenschaft angeführt. Tatsächlich ist der eingetragene Verein, der in seinem rechtlichen Rahmen dem wirtschaftlichen Verein entspricht, die mit Abstand insolvenzsicherste Rechtsform. Die Insolvenzhäufigkeit der Genossenschaft lag 2008 bei 0,35%, die des e.V. nur bei 0,05%. Dabei ist zu beobachten, dass nahezu alle eingetragenen Vereine, sei es im Rahmen des Nebenzweckprivilegs, sei es unter Missbrauch der Rechtsform, in irgendeiner Weise wirtschaftlich tätig und damit durchaus dem Insolvenzrisiko ausgesetzt sind. Eine empirische Untersuchung in unseren europäischen Nachbarländern würde im Übrigen ergeben, dass die Insolvenzneigung von Genossenschaften, die nicht teuren Prüfungsregeln wie in Deutschland unterliegen, keineswegs signifikant höher ist als bei uns.

Argumente für den wirtschaftlichen Verein

Wenn argumentiert wird, dass sich seit dem Erlass des BGB gesellschaftsrechtlich viel verändert hätte, weshalb der wirtschaftliche Verein heute überflüssig sei, so wird genau umgekehrt ein Schuh draus. Alle deutschen Gesellschaftsformen, die heute in Konkurrenz zum wirtschaftlichen Verein stehen, gab es beim Erlass des BGB schon: die Aktiengesellschaft, die GmbH, die OHGs, die KG und waren in ihrer Eigenart bekannt. Neu sind seitdem nur die europäische Wirtschaftliche Vereinigung, die europäische Aktiengesellschaft und die europäische Genossenschaft hinzugekommen, die aber deshalb in dieser Frage keine Rolle spielen, da sie grenzüberschreitende Aktivitäten verlangen und auch aus diesem Grund bedeutungslos sind. Mit dem Wegfall der bergrechtlichen Gewerkschaft nach preußischem Bergrecht ist die Auswahl eher kleiner geworden. Wichtiger aber ist, dass sich die rechtlichen Regeln insbesondere der wesentlichen Rechtsformen mit eigener Rechtspersönlichkeit, also der Kapitalgesellschaften und der Genossenschaft in den letzten 100 Jahren enorm verkompliziert haben, was insbesondere am Prüfungsrecht deutlich wird. Diese Gesellschaftsformen sind immer mehr auf die Probleme großer Unternehmen und von Konzernzusammenschlüssen hin optimiert worden, insbesondere im Prüfungsrecht und im Haftungsrecht, so dass sie für ganz kleine Unternehmen immer unhandhabbarer und zu einem oft untragbaren Kostenfaktor geworden sind. Wenn es wahr wäre, dass es das Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist, kleine Un-

ternehmen zu fördern, dann würde man ihnen auch die geeignete Rechtsform anbieten, aber leider ist das Gegenteil der Fall, die durchaus bestehende geeignete Rechtsform des wirtschaftlichen Vereins wird ihnen abgesperrt.

Allerdings gibt es eine Ausnahme: die Landwirtschaft, die augenscheinlich über eine hinreichend große Lobbykraft verfügt, um für sich Sonderregeln durchzusetzen, nämlich die Erzeugergemeinschaften und Forstbetriebsgemeinschaften, die gemeinsam land- oder forstwirtschaftliche Produkte vermarkten. Obwohl es sich hier um Zusammenschlüsse handelt, die in der Regel problemlos in der Lage wären, die Rechtsformkosten der Genossenschaft zu tragen, wird ihnen das Privileg eingeräumt, die Rechtsform des wirtschaftlichen Vereins zu nutzen. Offensichtlich wird hier überhaupt nicht die Frage gestellt, ob die anderen verfügbaren Rechtsformen unzumutbar sind. An diesem Beispiel wird deutlich, dass Karsten Schmidt Recht hatte, als er schon vor 30 Jahren für die Zulassung wirtschaftlicher Vereine nachvollziehbare Kriterien anmahnte, weil andernfalls Willkür einkehren werde.² Hier ist Willkür eingekehrt.

Andere Rechtsform nicht zumutbar

Stereotyp wird, wenn man sich in der Literatur oder bei Google umsieht, unter Bezug auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahre 1979 argumentiert, dass ein wirtschaftlicher Verein nur zugelassen werden könne, wenn die Nutzung der übrigen gesellschaftsrechtlichen Formen nicht zumutbar sei.³ Es mangelt allerdings an der Ausfüllung des unbestimmten Rechtsbegriffs der Unzumutbarkeit.

Zutreffend wird festgestellt, dass Unzumutbarkeit nicht bedeute, dass die Nutzung einer anderen Rechtsform objektiv unmöglich sei,⁴ denn selbstverständlich kann jede wirtschaftliche Betätigung in der Form der GmbH abgewickelt werden.⁵

Anknüpfungspunkte wird man zunächst in den vom Gesetzgeber erlassenen Bestimmungen finden können. So ist die Rechtsform des wirtschaftlichen Vereins im Bundeswaldgesetz ausdrücklich genannt⁶ („rechtsfähiger Verein mit wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb“), dieser aber neben der Genossenschaft, dem e.V. und der Kapitalgesellschaft, so dass aus dem BWaldG keineswegs abzuleiten ist, dass hier die Bedingungen für die Verleihung der Rechtsfähigkeit

² K. Schmidt, NJW 1979, 2239 (2240)

³ BVerwG NJW 1979, 2261

⁴ *Rechtsformen wie die AG und die GmbH sind im Interesse einer weiten Verwendbarkeit dieser Organisationsformen nicht auf Vereinigungen mit einer bestimmten Zwecksetzung hin konzipiert. Dadurch werden Vereinigungen unterschiedlicher Zweckrichtung zwar diese Organisationsformen eröffnet, das gewährleistet aber nicht jeder zulässigen Zweckrichtung eine dieser zumutbare Organisation.* BVerwG 1979, 2261 (2263)

⁵ Der preußische Staat sah sich genötigt, die Verwendung der Rechtsform GmbH für Kirchen zu untersagen:

⁶ § 18 Abs. 1 Nr. 4 BWaldG

andere wären, als bei wirtschaftlichen Vereinen außerhalb des Bundeswaldgesetzes. Noch deutlicher wird dies beim ‚Gesetz zur Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung an die Erfordernisse des Marktes (Marktstrukturgesetz)‘, in dem in § 3 Abs. 1 Nr. 3 nur verlangt wird, dass die Erzeugergemeinschaft als Voraussetzung ihrer Förderfähigkeit die Struktur einer juristischen Person haben muss, wo aber der wirtschaftliche Verein überhaupt nicht erwähnt wird. Gleichwohl wird in der Praxis der Verleihung der Rechtsfähigkeit offenbar davon ausgegangen, dass den Erzeugergemeinschaften die Rechtsform des wirtschaftlichen Vereins ohne besondere weitere Anforderungen zur Verfügung steht.⁷ Anders kann etwa der Runderlass des NRW-Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 15.9.1970 über die ‚Anerkennung von Erzeugergemeinschaften ...‘ nicht verstanden werden, wenn es heißt: *„Die EG (Erzeugergemeinschaft) muss eine juristische Person des privaten Rechts sein. Als solche kommen in Betracht: - Idealverein (§ 21 BGB), - Wirtschaftlicher Verein (§ 22 BGB), - eingetragene Genossenschaft ...“*. Praktischerweise ist die Verleihung der Rechtsfähigkeit für die wirtschaftlichen Vereine, die als Erzeugergemeinschaften dienen sollen, den ansonsten zuständigen Regierungspräsidenten entzogen und dem Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd übertragen worden.⁸

Erzeugergemeinschaften und Forstbetriebsgemeinschaften

In der Diskussion wird gern der Eindruck verbreitet, dass der wirtschaftliche Verein praktisch keine Rolle mehr spiele und eigentlich abgeschafft gehöre, wie dies im Referentenentwurf zum Vereinsrecht vom August 2004 auch vorgesehen war.⁹ Dieser Eindruck ist falsch. Zwar ist es schwierig, Zahlen über die Verbreitung der Erzeugergemeinschaften und der Forstbetriebsgemeinschaften, die sich ebenfalls der gemeinsamen Vermarktung widmen, zu finden, aber es gibt sie. Für 2003 wurden 1.723 Forstbetriebsgemeinschaften mit 311.000 Mitgliedern genannt, wobei festgestellt wurde, dass die meisten Gemeinschaften die Rechtsform des wirtschaftlichen Vereins gewählt hätten.¹⁰ Für Erzeugergemein-

⁷ Der Vertreter einer Genehmigungsbehörde in NRW verstieg sich gegenüber dem telefonisch anfragenden Verfasser zu der Aussage, die Erzeugergemeinschaften seien gar keine Vereine nach § 22 BGB sondern eine Rechtsform eigener Art.

⁸ - II C 1 – 2458-2740; <https://recht.nrw.de>, 1.2.2010

⁹ Bundesministerium der Justiz, Referat I B 1, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vereinsrechts, Stand 25. August 2004, Artikel 1 Ziff. 1 b

¹⁰ http://www.waldwissen.net/themen/betriebsfuehrung/zusammenschluesse/fva_forstzu..., 1.2.2010; für 2009 wurde aus dem BMELV die Zahl von 4.550 forstwirtschaftlichen Vereinigungen genannt, die allerdings nicht nur die Forstbetriebsgemeinschaften enthält, und deshalb wahrscheinlich mit den Zahlen für 1995 und 2003 schlecht vergleichbar ist. Auf jeden Fall darf man annehmen, dass die Zahl der Forstbetriebsgemeinschaften seit 2003 nicht zurückgegangen ist.

schaften¹¹ wurde vom für Landwirtschaft zuständigen Ministerium BMELV die Zahl von 1042¹² genannt, wobei statistisch nur die erfasst werden, die staatliche Finanzhilfen beziehen, so dass die tatsächliche Zahl größer ist. In der Summe bedeutet das, dass die Zahl der Erzeugergemeinschaften und Forstbetriebsgemeinschaften mit rund 3.000 über ein Drittel der Zahl der eingetragenen Genossenschaften ausmacht. Zwar wird die Zulassung der Rechtsform des wirtschaftlichen Vereins bei den Forstbetriebsgemeinschaften damit begründet, dass man vor allem die Besitzer kleiner Waldflächen unterstützen wolle, tatsächlich ist es aber kein Hinderungsgrund, wenn auch die Besitzer großer Waldflächen dem Verein angehören. Man darf unterstellen, dass dies in gleicher Weise für die Erzeugergemeinschaften gilt. Dabei lässt sich beobachten, dass die Zahl der Forstbetriebsgemeinschaften rasant zunimmt. Wurden 1995 noch 1.223 gezählt, waren es acht Jahre später, also 2003, bereits 1.723, also eine Steigerung um über 40%. In der gleichen Zeit hat die Rechtsform, die in erster Linie in Konkurrenz zum wirtschaftlichen Verein steht, die eingetragene Genossenschaft, von 10.729 auf 8.126 abgenommen, also um fast ein Viertel.

Ausweichen auf den Idealverein

Die willkürliche Blockade der Rechtsform des wirtschaftlichen Vereins außerhalb der Landwirtschaft hat dazu geführt, dass viele Unternehmen, die sich eine kostenträchtige und bürokratische Rechtsform des Genossenschafts- oder Handelsrechts nicht leisten können oder wollen, in den Idealverein nach § 21 BGB ausgewichen sind. Hier haben wir es mit einem Massenphänomen zu tun, gibt es doch rund 550.000 eingetragene Vereine in Deutschland, von denen fast alle in der einen oder anderen Weise wirtschaftlich tätig sind. Diese Rechtformwahl wird auch bei den auf einen wirtschaftlichen Zweck gerichteten Vereinen inzwischen durchweg als legitim angesehen, so dass es kaum Gegenmaßnahmen der zuständigen Verwaltungen gibt. Das beginnt schon mit der Verwischung des definitorischen Unterschiedes zwischen dem wirtschaftlichen und dem Idealverein. So schreibt das Justizministerium NRW auf seiner Website: „*In das Vereinsregister können nur solche Vereine eingetragen werden, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb ausgerichtet ist (keine Gewinnabsicht, Gemeinnützigkeit ...)*“.¹³ Tatsächlich kommt es nicht auf Gemeinnützigkeit und Gewinnabsicht an, sondern auf den Austausch von Leistung (Waren, Dienstleistungen) und Gegenleistung (i.d.R. Geld). Würde diese Regel eingehalten, so müsste Hunderten von Privatschulen, die als e.V. organisiert sind, die Rechtsfähigkeit entzogen werden, da sie sich überwiegend durch

¹¹ In der genannten Zahl enthalten sind auch 103 Erzeugerzusammenschlüsse für regionale und ökologisch erzeugte Produkte.

¹² Nach einer Schätzung aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium sind die Erzeugergemeinschaften zu 90% als wirtschaftlicher Verein organisiert.

¹³ www.justiz-nrw.de/BS/Gerichte/FGG/Einzelfahren/Registersachen/Vereinsr..., 1.2.2010

Schulgeld, also eine Gegenleistung für die schulische Dienstleistung des Vereins, finanzieren. Das gleiche gilt für Hunderte von Weltläden, die sich weit überwiegend nicht durch Mitgliedsbeiträge sondern durch den Verkauf von Waren finanzieren. Dabei kann die Tatsache, dass die Dienstleistung mit bestimmter ideologischer Motivation erbracht wird, einen wirtschaftlich tätigen Verein nicht zum Idealverein machen. Wenn ein Verein koscheres Brot backt oder Halal-Wurst herstellt, bleibt er gleichwohl ein wirtschaftlicher Verein. Und das gilt sicher auch für die als Idealverein firmierende Fraunhofer-Gesellschaft¹⁴, die laut ihrer Internetseite bei einem jährlichen Forschungsvolumen von 1,5 Mrd. € 870 Mio. € aus der Auftragsforschung erwirtschaftet¹⁵: Leistung und Gegenleistung.

Die Verwischung der Unterschiede zwischen wirtschaftlichem und Idealverein reicht bis in die Gesetzgebung hinein. So bestimmt § 63 b Abs. 1 GenG über den genossenschaftlichen Prüfungsverband, er „*soll die Rechtsform eines eingetragenen Vereins haben*“, obwohl Prüfungsverbände sich wie Wirtschaftsprüfergesellschaften weit überwiegend durch Prüfungsentgelte finanzieren. Unklar ist die Gesetzeslage, nicht aber die Praxis, bei Lohnsteuerhilfvereinen, die nach § 4 Ziff. 11 StBerG Hilfe in Steuersachen leisten dürfen. Diese Hilfe wird als Gegenleistung zum Mitgliedsbeitrag erbracht, also liegt zweifelsfrei ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb vor. Gleichwohl werden die Lohnsteuerhilfvereine landauf landab unangefochten als Idealvereine in das Vereinsregister eingetragen.

Man fragt sich, wie sich die unterschiedliche Praxis erklärt, wo auf der einen Seite die Genehmigung wirtschaftlicher Vereine strikt verweigert wird, während der Missbrauch der Rechtsform Idealverein fast immer ungeahndet bleibt. Die Erklärung ergibt sich ganz einfach aus der Personalsituation der zuständigen Behörden. Die Referenten sind typischerweise neben dem Vereinsrecht für umfangreiche andere Aufgaben zuständig, z.B. die Stiftungsaufsicht. Die Verweigerung der Genehmigung der Rechtsfähigkeit ist mit einem Brief oder auch Telefongespräch getan. Einem bereits ins Register eingetragenen Verein die Rechtsfähigkeit zu entziehen setzt demgegenüber regelmäßig die aufwendige Sammlung von Beweismaterial voraus, die neben den anderen täglichen Aufgaben nur ausnahmsweise zu leisten ist. Hinzu kommt, dass die wirtschaftlichen Vereine nicht in das Vereinsregister aufgenommen werden, weshalb die Genehmigungsbehörden regelmäßig eigene Listen führen, um den Überblick zu behalten. Weiterhin werden bei der Genehmigung oft Auflagen erteilt, die wiederum überwacht werden müssen.

Es bleibt die Frage, warum man die Initiative für die Kontrolle des Rechtsformmissbrauchs ohnehin überarbeiteten öffentlich Bediensteten überlässt und denjenigen, die an einer gesetzeskonformen Handhabung ein eigenes wirtschaft-

¹⁴ Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V.

¹⁵ www.fraunhofer.de/ueber-fraunhofer/ - 3.2.2010

liches Interesse haben, kein Antragsrecht einräumt. Und dieses Interesse liegt zweifellos bei den Genossenschaftsverbänden, die die wirtschaftlich agierenden Idealvereine zur Recht als Schmutzkonkurrenz empfinden. Durch die Anerkennung des Antragsrechts könnte man mit wenig Aufwand ein Übel beseitigen, wenn man denn wollte.

Genehmigungsvoraussetzungen

Kehren wir zurück zur Frage der Unzumutbarkeit der Wahl einer anderen Rechtsform als Bedingung für die Verleihung der Rechtsfähigkeit an einen wirtschaftlichen Verein. Wie oben schon bemerkt: Der wirtschaftliche Verein hat gegenüber Kapitalgesellschaften den Vorteil, dass der Eintritt und Austritt der Mitglieder einfach und kostengünstig zu gestalten ist. Änderungen der Satzung bedürfen keiner notariellen Beurkundung und sind einfach durchzuführen. Die Mitgliederliste wird selbst geführt. Die Eintragung in das Handelsregister kann fast immer vermieden werden, wie auch die Konsequenzen der Zwangsmitgliedschaft in der IHK. In das Vereinsregister ist der wirtschaftliche Verein nicht einzutragen. Der wirtschaftliche Verein ist kein Formkaufmann, deshalb ist er nicht immer zur Aufstellung eines Jahresabschlusses nach HGB verpflichtet, was die Kosten des Steuerberaters senkt oder ganz zu vermeiden hilft. Die eingetragene Genossenschaft teilt mit dem wirtschaftlichen Verein die Leichtigkeit des Ein- und Austritts, weshalb sie in vielen Fällen die am ehesten denkbare Alternative zum wirtschaftlichen Verein darstellt. Allerdings ist die Genossenschaft Formkaufmann, was eine einfache, kostengünstige Buchführung verhindert, und muss Mitglied eines genossenschaftlichen Prüfungsverbandes sein und sich mindestens alle zwei Jahre von diesem prüfen lassen. Selbst bei ganz kleinen Genossenschaften kann man davon ausgehen, dass die Rechtsformkosten zwischen 1.000 und 3.000 € im Jahr ausmachen.

Wenn es um einen Dorfladen oder einen Bauernladen geht, um eine Arbeitsgenossenschaft einer Arbeitsloseninitiative, um ein gemeinschaftliches Kino- oder Theaterprojekt, dann sind Genossenschaften mit einem Jahresumsatz von 20.000 bis 100.000 € gar nicht selten.¹⁶ Noch bei 100.000 € Umsatz machen 1.000 € Rechtsformkosten 1% des Umsatzes aus. Wenn man weiß, dass im Lebensmitteleinzelhandel die Umsatzrendite oft gerade 1% ausmacht, dann bedeutet das, dass diese gesamte Rendite für die Rechtsformkosten verbraucht wird, dass kein Euro für Rücklage oder die Tilgung von Krediten zur Verfügung steht.

Oder nehmen wir ein ganz krasses Beispiel: Die bald 90 Jahre alte Konsumgenossenschaft Elleringhausen im Sauerland hat schon vor Jahren das operative

¹⁶ Zwei Drittel aller Genossenschaften befinden sich in der Größenklasse der kleinen Kapitalgesellschaft gem § 267 Abs. 1 HGB, die Hälfte aller Genossenschaften unterschreitet entweder mit der Bilanzsumme den Betrag von 1 Mio. € oder mit dem Umsatz den Betrag von 2 Mio. €

Handelsgeschäft aufgegeben und den Laden und die darüber liegende Wohnung an eine Dame vermietet, die das Geschäft auf eigene Rechnung weiterführt. Die Genossenschaft hält und unterhält weiterhin das Haus und bezieht dafür eine Miete von 5.000 € im Jahr. Damit lassen sich kaum die notwendigen Instandhaltungskosten begleichen. Die Rechtsformkosten belaufen sich auf rund 2.000 € jährlich. Die Genossenschaft hat 134 Mitglieder, so dass schon aus praktischen Gründen eine Umwandlung etwa in eine GmbH ausgeschlossen ist. Alle Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder arbeiten ehrenamtlich, da sie daran interessiert sind, insbesondere für die alten Leute im Dorf eine Einkaufsmöglichkeit in erreichbarer Nähe zu erhalten. Würde eine größere Reparatur an dem Haus anfallen, müssten die Genossenschaftsmitglieder betteln gehen.

Nach der Auslegung des Bundesverwaltungsgerichts stellt § 22 BGB eine Vorsorgevorschrift für den Fall dar, dass eine wirtschaftliche Vereinigung wegen der atypischen Umstände des Einzelfalls nicht in einer für sie noch zumutbaren Weise auf eine der bundesgesetzlichen typischen Organisationsformen verwiesen werden kann (BVerwG NJW 1979, 2261, 2264). Diese Voraussetzung ist in Elleringhausen offenkundig gegeben.

Vergleicht man diese Situation mit den Genehmigungsvoraussetzungen für die im wirtschaftlichen Verein organisierten Waldbesitzer, Schweinemäster und Weinbauern, dann kann es keinem Zweifel unterliegen, dass zunächst in Elleringhausen die Unzumutbarkeit der anderen Rechtsform festzustellen ist, bevor man zum Genehmigungsantrag der ersten Erzeugergemeinschaft oder Forstbetriebsgemeinschaft kommt.

Dick zu unterstreichen ist die Forderung von Karsten Schmidt, dass es Kriterien für die Genehmigung wirtschaftlicher Vereine braucht, will man nicht Willkür einziehen lassen.¹⁷ Vorbildlich – wenn auch sehr eng – ist insofern die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion des Landes Rheinland-Pfalz, die für Dorfgemeinschaftsläden solche Kriterien aufgestellt hat. Die anderen Bundesländer werden folgen müssen, wollen sie sich nicht der willkürlichen Verwaltungspraxis zeihen lassen.

Allerdings geht es nicht nur um Gleichbehandlung und Willkürfreiheit. Die Blockade des wirtschaftlichen Vereins blockiert in wesentlichem Umfang wirtschaftliche Aktivitäten und Beschäftigung, die von kollektiven Kleinunternehmen ausgehen können. Auf gutem Grund fördert die Europäische Union seit Jahren die wirtschaftlichen und rechtlichen Bedingungen von Klein- und Mittelunternehmen, allerdings kommen diese Bemühungen bei kleinen Genossenschaften meist nicht an. So hat die regelmäßige Anhebung der Schwellenwerte für die gesetzliche Prüfung der Kapitalgesellschaften nach § 267 HGB keine Erleichterungen für Genossenschaften zur Folge. Das einfache Genossenschaftsrecht ermöglicht in Schweden die jährliche Neugründung von über 800 Genossenschaften. In Deutschland liegt die Neugründungszahl eben über 200.

¹⁷ K. Schmidt, NJW 1979, 2239 (2240)

Würde man für den Vergleich die Bevölkerungszahl beider Länder berücksichtigen, müssten in Deutschland über 7.000 Gründungen erfolgen. Man kann unterstellen, dass die ‚Freisetzung‘ des wirtschaftlichen Vereins auch in Deutschland einen Gründungsboom auslösen würde.¹⁸

Regeln für die Verleihung der Rechtsfähigkeit¹⁹

Wir schlagen vor, künftig bei der Genehmigung wirtschaftlicher Vereine nach folgenden Regeln vorzugehen:

1. Es muss ein öffentliches Interesse an der Tätigkeit des Vereins geben, allerdings nicht in dem engen Sinne der steuerlichen Gemeinnützigkeit.
2. Der voraussichtliche Umfang des Geschäfts wird in den ersten drei Jahren die Grenzen der Buchführungspflicht nach § 141 AO (Umsatz € 500.000 oder Gewinn € 50.000 p.a.) nicht überschreiten.
3. Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich, ein Aufwendungsersatz darf die steuerlichen Grenzen nicht überschreiten.
4. Die Satzung muss eine mindestens dreiköpfige Revisionskommission vorsehen.
5. Satzungsänderungen bedürfen der Genehmigung durch die Genehmigungsbehörde.
6. Der Mitgliederversammlung ist jährlich eine Jahresrechnung vorzulegen, die von der Revisionskommission zuvor zu prüfen ist.
7. Gewinnverteilung an die Mitglieder ist ausgeschlossen.
8. Der Vorstand hat unverzüglich die Umwandlung des Vereins in eine Genossenschaft einzuleiten, wenn in drei aufeinander folgenden Jahren die Grenzen der Buchführungspflicht (s. Ziff. 2) überschritten werden.
9. Der Vorstand hat jede Überschreitung der vorstehend genannten Grenzen an die Genehmigungsbehörde zu melden und auf Nachfragen jederzeit Einblick in die Geschäftsunterlagen zu gewähren.
10. Im Falle der Auflösung des Vereins fällt das Vereinsvermögen an die Ortsgemeinde.

¹⁸ Vom rheinland-pfälzischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau wird berichtet, dass bei den gemeinschaftlich betriebenen Nachbarschaftsläden der wirtschaftliche Verein inzwischen die am weitesten verbreitete Gesellschaftsform darstellt (Nachbarschaftsläden in Rheinland-Pfalz. Ein Leitfaden für Gründer und Betreiber, Mainz 2009, S. 29)

¹⁹ Nachfolgende Vorschläge erfolgen unter der Voraussetzung der unveränderten Gesetzeslage. Der ZdK ist – darüber hinaus gehend – der Auffassung, dass gesetzlich eine ‚Kleine Genossenschaft‘ oder ein wirtschaftlicher Verein geschaffen werden sollte, die unbürokratisch und kostengünstig den Bedürfnissen der kleinen Kollektivunternehmen entgegenkommen. S. dazu: Bösche, Zurück zu Schulze-Delitzsch, Genossenschaft, Sonder-Nr. 1/2007; Bösche, Warum brauchen wir eine ‚Kleine Genossenschaft? WISO direkt, Dezember 2007

Post Scriptum²⁰

1.039 Mitzeichner haben bis zum Ende der Zeichnungsfrist die Petition an den Bundestag wegen der Zulassung wirtschaftlicher Vereine unterstützt. 51 Stellungnahmen zum Thema wurden im Forum zur Petition abgegeben. Angesichts des spröden Themas eine erstaunliche Resonanz. In der nächsten Stufe wird sich der Petitionsausschuss des Bundestages mit der Angelegenheit befassen.

²⁰ Genossenschaft Nr. 1/2011 Informationen vom Zentralverband der Konsumgenossenschaften.

Internationale Praxis: Lehren, die gelernt werden können...

Unsere genossenschaftlichen Erfahrungen, Einflüsse, Bündnisse

Carl Davidson

Zunächst werde ich über einige Erfahrungen in meinem eigenen Land, den Vereinigten Staaten von Amerika, sprechen. Da die USA in vielfacher Hinsicht ein sehr junges Land ist, wurden uns viele Erfahrungen zunächst aus anderen Ländern gebracht. In dem Gebiet, wo ich lebe, am Ohio Fluss gibt es eine Reihe Städte, sie haben Namen nach Tugenden: Wirtschaft, Harmonie, Freiheit, Einheit, das sind einige dieser Städte. Sie erhielten ihre Namen von Deutschen Anhängern Fouriers, von religiösen Kommunisten oder Sozialisten und andere von 1848. Bei der Gründung jeder einzelnen Stadt wurde sie nach einer Tugend benannt und sie entwarfen eine utopische Kommune. All dies kann man in dem Buch von Friedrich Engels nachlesen. Aber alle ursprünglichen Experimente in diesen Städten schlugen fehl und sind nun nur noch Museen, in die man hineingehen und etwas lernen kann. Es gibt verschiedene Gründe dafür, warum viele dieser ursprünglichen Genossenschaften fehl schlugen. Einer der Gründe war der Glaube an das Zölibat. Ohne Kinder existierten sie nicht lange, aber die Museen gibt es dort noch.

Die nächste große Genossenschaftsgründungswelle in unserem Land war in den 1990ern, das heißt im Mittleren Westen, und viele dieser Genossenschaften entstanden aus der Erfahrung mit skandinavischen Immigranten, Bauern, die sich in einem scharfen Konflikt mit den Eisenbahneignern und den großen Unternehmen befanden. Wenn Du durch den Mittleren Westen fährst, einen Teil der USA, dann ist es bis heute so, dass Du in jedem Stadtzentrum ein "Coop"-Schild findest und dass die Genossenschaft noch eine Genossenschaft ist. Ursprünglich wurde sie aufgebaut sodass die Bauern vermeiden konnten, die Eisenbahn für die Lagerung ihres Korns zu bezahlen. Die Eisenbahnen waren meist gekommen und hatten Silos gebaut und von den Bauern Unmengen Geldes verlangt. Die Bauer trafen sich und beschlossen, " wir wissen selbst, wie man Silos baut". Daher bauten sie ihre eigenen Silos. Nachdem sie die Silos gebaut hatten und der Zug an dem normalen Treffpunkt hielt und sie eine industrielle Produktion aufgenommen hatten, nutzten sie Trecker statt Pferde. Dann brauchten sie Benzin, daher kaufte der Coop eine Tankstelle und daher ist die Tankstelle, wo jeder sein Benzin kauft, eine Genossenschaft. Daher gibt es noch Tausende davon. Sie haben wenig mit unserer Bewegung zu tun. Das ist einfach die Situation, es ist die normale Art und Weise, Dinge zu handhaben.

Die andere Art von Genossenschaften wurde ursprünglich von deutschen Siedlern gegründet. Sie verließen Deutschland 1848. Sie begannen ein Geschäft, das oft sehr erfolgreich war. Dann verkauften sie es und beschlossen, sich an die sozialistischen Werte zu halten indem sie das Unternehmen den Arbeitern als ihre Genossenschaft übereigneten. Eine ganze Reihe von diesen gibt es noch in unserem Land. Wenn man die Geschichte zurück verfolgt, findet man oft einen deutschen Sozialisten.

Später während der Weltwirtschaftskrise von 1930 hatten wir andere Arbeiter von Genossenschaften. Ein Beispiel waren Sperrholz Fabriken im Nordwesten, sie fällten Bäume, um Sperrholz für den Bau herzustellen. Jeder Arbeiter bekam genau den gleichen Lohn. Sie hatten keine Unternehmensleitung, sie stellten lediglich eine Person für die Buchführung an. Es gab sie, ich denke bis 1950 etwa 30 Jahre lang. Der Grund dafür, dass sie schließlich ihr Unternehmen aufgaben, ist der Holzhandel im Süden der Vereinigten Staaten, weil es dort keine Gewerkschaften gibt und ziemlich rückwärtsgewand ist. Dort war das Holz sehr billig, daher mussten sie ihr Unternehmen aufgeben – nach 30 erfolgreichen Jahren.

Wir hatten auch ein Stahlunternehmen, das Vandergrift hieß... Auch von einem sozialistischen Einwanderer, der die gesamte Stadt geplant hatte. Die Arbeiter besaßen ein Stahlwerk, Häuser und alles andere. Es war wie ein kleiner Vorort von Pittsburgh. Die Arbeiter besaßen die Stahlfabrik. Sie existierte etwa 30 Jahre. Aber die Stadt ist noch da.

Wir hatten eine weitere Genossenschaftsgründungswelle in den 1960er Jahren im Zuge der Jugendrebellion und der Hippie Bewegung. Viele von ihnen waren ziemlich erfolgreiche *food coops*, Nahrungsmittelgenossenschaften. Einige Farmen gibt es noch. Sie beschlossen, Experten für hochgradiges Marihuana zu werden. ...Es geht ihnen sehr gut. Andere überleben noch als normale Farmen. Eine der größten ist in Tennessee, einfach „die Farm“ genannt.

Das ist unsere Erfahrung in Bezug auf Genossenschaften ausgehend von unserer eigenen Geschichte und unserem Hintergrund. In Amerika haben die Genossenschaften Wurzeln, also das heißt, wenn Du über Genossenschaften sprichst, verstehen Dich die Leute.

Der größte Teil der Linken ist antigenossenschaftlich. Sie finden sie kleinbürgerlich. Das stimmt zumindest für die älteren Gewerkschafter. Die jüngere Generation der Linken, die in Seattle entstand, sieht das anders. Unser eigenes Netzwerk für Solidarische Ökonomie besteht aus jüngeren Leuten, die aus dem Trend hervorgingen. Wir haben die Gruppe aufgebaut als wir 2007 achtzig Workshops beim Sozialforum hatten. Wir sind „ein großes Zelt“ und spannen den Bogen von den anarchistischen Müllsammlern über die *food coops* zu den Fabriken in Arbeiterhand. Aber viele haben sehr wenig direkt mit Produktion zu tun.

Viele von uns hörten das erste Mal von Genossenschaften über Mondragon. Wir lernten das während der größten Unternehmensstillegungsbewegung in den späten 1990er Jahren, als überall Fabriken schlossen. Wir hatten darum gekämpft, sie offen zu halten indem wir versuchten, sie zu übernehmen, das heißt als wir begannen, Mondragon zu studieren. Für den Sektor der Bewegung, in dem ich arbeitete, kann ich sagen: wir fingen an, international zu studieren. Es gab Unternehmensschließungen. Das war der Moment als wir begannen zu lernen. Die wichtigste internationale Erfahrung kam von Mondragon. Wir haben auch Mitglieder des Stabes vom *Center for Labour and Community Research* (CLCR) auf die Universität von Mondragon geschickt, um dort einen Abschluss in der Universität von Mondragon zu machen.

Schließlich lernten wir von einigen Erfahrungen durch die Welt-Sozialforen. Die meisten von uns konnten es sich nicht leisten, an ihnen teilzunehmen. Das kann man nur bezahlen, wenn man ein reicher anarchistischer Jugendlicher oder ein Uniprofessor mit einem guten Einkommen ist. Das waren meist diejenigen, die es sich leisten konnten nach Afrika, Indien oder Brasilien zu fahren. Aber als diese Leute zurück kamen, berichteten sie uns darüber, was sie gelernt hatten, insbesondere in Argentinien. Da gibt es auch einen Film über Unternehmensbesetzungen in Argentinien.

Auch von Brasilien könnten wir etwas über verschiedene Fragen lernen. In unserem Buch „*Solidarity Economy: Building Alternative for People and Planet*“ kann man eine Debatte zwischen David Schweickart und Michael Albert über Wirtschaftsdemokratie finden. Schweickarts Arbeit spielt eine sehr interessante Rolle in vielen Ländern. Seine wichtigste Arbeit ist zum Beispiel vollständig ins Chinesische übersetzt worden. Auch in Venezuela und Vietnam, wo die Fragen der Lehren Solidarischer Ökonomie und Genossenschaften nicht nur als Formen der Einkommensverteilung ernsthaft auf der Tagesordnung stehen. Schweickart wurde in Mondragon und Jugoslawien ausgebildet. Ich erwarte Veränderungen in Richtung der Solidarischen Ökonomie.

Das ist unsere Erfahrung. Ich bin sicher, dass wir eine Menge lernen müssen, wir sind sehr bescheiden in Bezug auf unsere eigene Situation, wir sind spät zu dieser Bewegung gestoßen.

Aus dem Englischen von Clarita Müller-Plantenberg

Genossenschaften und Gewerkschaften und andere Bündnisse

Bruno Roelants

Zunächst werde ich auf Genossenschaften eingehen und da insbesondere auf die Beziehung zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften weltweit. In Bezug auf die Solidarische Ökonomie sind wir in ihr oder besser wir sind zum Teil in ihr, wir sind Teil der breiteren genossenschaftlichen Bewegung, die in ihr ist oder auch nicht. Es kommt auf das Unternehmen an, auf den Kontinent, es kommt auf die Situationen an. Wir, CICOPA und CECOP, sind ein genossenschaftliches System unabhängig von der Tatsache, dass wir im wesentlichen vereint bleiben müssen, da wir die Mutter der Unternehmen repräsentieren und wir haben eine außerordentliche Verantwortung, diese Mutter von Unternehmen aufrecht zu erhalten, so wie sie in allen Unternehmen weltweit existiert.

Die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den Genossenschaftsbewegungen hatten mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Sicher ist das hier so wie anderweitig. Es handelt sich wirklich um eine allgemeine Situation. Zumindest in Ländern, in denen es eine beachtliche Zahl von Genossenschaften gibt und gleichzeitig eine durchschnittliche Gewerkschaftsbewegung. Also gibt es da wirklich etwas grundlegendes, das, auf Grund von einigen historischen Gründen nicht funktioniert. Das ist die Situation. Wir stehen vor Entwicklungen, an denen beide Seiten Verantwortung tragen.

Es ist sehr verständlich aus der Sicht der Gewerkschaft und der Frustrationen, die sie haben können, wenn sehr konkret über Insolvenzen gesprochen wird. Wenn sie es mit einem Fall der Kooperativisierung von Unternehmen zu tun haben, besteht sehr oft das typische Szenario darin, dass es gerade der Gewerkschaftsführer ist, der den Kampf anführt. Dann wird der Gewerkschaftsführer ausgewählt, von den Arbeitern zum Präsidenten oder Manager des Vorstandes gewählt oder zu was auch immer der Führer des Unternehmens sein wird, das eine Genossenschaft werden wird. Dann wird der frühere Gewerkschaftsführer seine Gewerkschaftstätigkeit niederlegen und ein Unternehmer werden. Also war er ein Gewerkschafter und jetzt ist er oder sie ein Unternehmer. Auf diese Weise führen diese Art von Situationen an der Basis natürlich zu einer Menge Spannungen und vielen Missverständnissen und Frustrationen innerhalb der Gewerkschaften. Und wir von der Genossenschaftsbewegung waren auch bei einer Reihe von Gelegenheiten nicht umsichtig genug, sind nicht hinreichend entgegengekommen, um Übereinkommen mit den Gewerkschaften zu erreichen. Daher haben die Gewerkschaften zu Recht den Eindruck, dass wir es hätten besser machen können.

Auch finden wir, dass es viele Hoffnung auf die Gewerkschaften gibt. Ich möchte das ein wenig nachvollziehbar machen – es hat mit der großen Verständnislücke zu tun, die natürlich sehr bedauerlich ist, denn wir alle versuchen, dasselbe zu tun.

Standards für die Genossenschaftsbewegung

Mein erster konkreter Kontakt mit den Gewerkschaften war als wir die IAO Empfehlung 193¹ in der Genossenschaftskommission diskutierten. Wir waren während vier Wochen in einem Raum mit 150 Leuten und wir waren 10 Leute von der Genossenschaftsbewegung, die es geschafft hatten, entweder auf der Regierungsseite oder auf der Gewerkschaftsseite akkreditiert zu werden. Wir waren also in dem Raum und versuchten von allen Genossenschaftsperspektiven her zu verhandeln. So hatten wir dann viele Verhandlungen – sozusagen zwi-schendurch – mit den Gewerkschaften, die an diesen Verhandlungen teilnahmen. Es war sehr interessant, da die Gewerkschaften, die Teil der IAO sind, sagten: “Nun gut wir brauchen Euch nicht, wir werden entscheiden, wir sind in der IAO, ihr seid das nicht ... wir werden entscheiden, was eine Genossenschaft ist und wir werden mit den Regierungen einen Konsens erzielen und wir werden entscheiden.” Und natürlich mussten wir von der Genossenschaftsbewegung, die wir an der Diskussion beteiligt waren, sie dazu bringen zu verstehen. Wir schafften es, pädagogisch in vier Verhandlungswochen die andere Seite verstehen zu lassen, worin die Logik besteht und warum es so sein muss, dass man sieben Prinzipien benötigt – nicht wie einen Katechismus, er ist nicht dogmatisch – vielmehr wird er dafür benötigt, dass das Unternehmen ganz konkret funktionieren kann. Und langsam verstanden die Leute das, und am Ende haben uns die Gewerkschaften intelligent unterstützt. Und das war ein grosser Sieg.

Jetzt haben wir das Instrument, das uns zwischenstaatliche Standards für Genossenschaften setzt. Es sind die Standards, die wir innerhalb der Genossenschaftsbewegung ausgearbeitet haben und über die Regierungen – wie die der Vereinigte Staaten von Amerika, die Europäischen Union und überall auf der Welt – abgestimmt haben. Also haben wir jetzt ein vollständiges Verständnis davon, was eine Genossenschaft ist. Die Genossenschaften und Gewerkschaften sind beide extrem wichtig für diesen Prozess.

Gewerkschaften einiger Länder erkennen gemeinsame Ziele

Nach diesem Erfolg haben wir versucht, die Gewerkschaften aufzuwecken. In einer Reihe von Projekten und Interviews und gemeinsamen Publikationen, einige Dinge auf nationaler Ebene, auf europäischer Ebene und auf Weltebene. Und jedes Mal, wenn wir versuchten, die Beziehung zu den Gewerkschaften wiederherzustellen und jedes Mal, wenn wir sehen, dass dies gelingt, sind wir es, die versuchen, es wieder herzustellen. Die andere Seite antwortet nicht auf

¹ Empfehlung 193 der Internationalen Arbeitsorganisation

unser Anliegen, das ist etwas ganz klares, was wir überall auf dem Planeten wahrnehmen. Grundlegend finden wir zwei Arten von Einstellungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegungen in Ländern, wo wir genügend stark als Produktivgenossenschaften vertreten sind, ich betone **als Produktivgenossenschaften**. Denn der übrige Teil der Genossenschaftsbewegung ist OK. Das Problem besteht hauptsächlich mit Produktivgenossenschaften aufgrund der Arbeitsbeziehungen. Also es gibt einen Typ von Ländern wie z.B. Polen, wo die Solidarnosc uns völlig ignoriert, de facto wiederholt die polnische Organisation jedes Mal ganz fröhlich, dass sie nach Brüssel kommen mussten, um Solidarnosc treffen zu können. Also gaben wir ihnen in einem der Treffen, die wir in Brüssel organisiert haben, die Möglichkeit. – Sie sind alle in Warschau, dennoch müssen sie nach Brüssel kommen, um sich zu treffen. – Das gibt einem eine Vorstellung von der Art der Entfernung, die bestehen kann. Es gibt jene Leute, die uns nicht treffen wollen, das ist vollkommen klar. Nach dem Treffen in Brüssel vor vier Jahren haben die Solidarnosc nie wieder versucht, die genossenschaftliche Seite zu treffen. Das ist also ein Typ von Einstellung.

Dann begegnen wir einer anderen Einstellung in Ländern wo wir im Gegensatz dazu sehr stark sind, wie in Frankreich, Italien und Spanien. Dann funktionieren die Dinge viel besser... Viele Dinge finden statt, denn das Genossenschafts- und Gewerkschaftssystem können uns nicht länger ignorieren. In Italien gibt es drei Genossenschaftsföderationen, die mehr als 1 Mio. Arbeiter in ganz Italien vertreten. Sie repräsentieren nicht nur Arbeiter sondern auch andere Arten von Genossenschaften und sie verhandeln über politische Übereinkommen etc., daher sind sie ein Teil des offiziellen sozialen Dialogsystems in Italien.

Also kann man sie natürlich nicht umgehen und natürlich kennen sie sich bestens etc. Jedoch sogar in Italien, das einen der besten Fälle darstellt, gibt es eine besondere Beziehung zwischen der Genossenschaftsbewegung und den Gewerkschaften. Dort ist es so, dass die drei Konföderationen Italiens, CGIL, CISL und UIL, in jedem ihrer Hauptsitze ein, zwei oder drei Personen benennen, die auf Genossenschaften spezialisiert sind. Und dies sind die Leute, die sich immer mit uns treffen. Wir sehen immer dieselben Leute und dann sind diese Leute mit der Zeit kritisch und überzeugt, dass Genossenschaften eine gute Sache sind, aber in Bezug auf Hierarchie sind sie eher aus den niedrigeren Posten in der Organisation und haben nicht wirklich Führerfunktionen. Und wann auch immer wir mit ihnen diskutieren, versuchen sie, den stellvertretenden nationalen Sekretär zu erreichen. Die Gewerkschaften versuchen, sich des Genossenschaftsproblems zu entledigen indem sie Leute benennen, die in den Soziale-Ökonomie-Abteilungen von Genossenschaften sind. Das ist also die konkrete Situation.

Genossenschaftskulturen

Aber wir sollten auch das Problem benennen, das wir innerhalb der Genossenschaftsbewegung haben. Wie ich zu Beginn sagte, sind wir darauf angewiesen,

vereint zu sein, aber wir haben unterschiedliche Kulturen. Das ist auch Teil meiner Arbeit, das heißt, ich muss Leute in verschiedenen Ländern, in verschiedenen Kontinenten und verschiedenen Sektoren treffen und wir haben nicht denselben Zugang zu Genossenschaften. Aber wir müssen lernen, zusammen zu arbeiten, so verhandeln wir intern und das ist nicht einfach. Wir sind mehr oder weniger in dem *International Cooperative Alliance* (ICA) System, und insofern sind wir mehr oder weniger vereint.

Fallbeispiele

Nun gibt es vier Länder auf der Welt, wo auf der nationalen Ebene in letzter Zeit eine Spaltung stattgefunden hat: Brasilien, Argentinien, Italien und Deutschland. In all diesen Ländern kann man grob gesagt feststellen, dass sogar wenn man unterschiedliche Genossenschaftsorganisationen besitzt, es eine gewisse Ebene der Einheit auf nationaler Ebene gibt. Dies sind vier Länder, wo es ein Problem gibt. Das macht natürlich jedwede Beziehung zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften noch schwieriger. Mit wem wird man verhandeln, wenn die andere Seite...

Zunächst Argentinien, dort wurde das Problem vor kurzem überwunden. Das geschah im letzten Jahr, als das System der Wollarbeiter-Genossenschaft aus dreizehn oder vierzehn verschiedenen Föderationen eine Konföderation bildete – schließlich schafften sie es, zusammenzufinden, das ist ein einzigartiger Fall, ich habe nie gedacht, dass die Argentinier das schaffen würden, in demselben System zusammenzuarbeiten.

Ein anderes Land ist Italien, das Land von Don Camillo, die Geschichte des Priesters und des Führers der Kommunistischen Partei in einer kleinen italienischen Stadt, wo sie es immer schafften, zusammen zu kommen. So entsprechen die drei italienischen Genossenschaftsföderationen – es gibt drei von ihnen – dem genannten italienischen System, sie schafften es immer – trotz ihrer internen Differenzen – zu verhandeln.

Brasilien ist sehr interessant, weil Brasilien das Land ist, wo die Situation sogar noch schlimmer ist als in Italien. In dem Sinne, dass Du eine riesige Konföderation hast, die als Monopol des Genossenschaftssystems betrachtet wird und Organisation der Brasilianischen Genossenschaften²² genannt wird. Und dann – bei Lulas Machtübernahme – erhielten die anderen gesellschaftlichen Kräfte politische Anerkennung und das half, das Hervortreten eines weiteren Akteurs in der Solidarischen Ökonomie wahrzunehmen. Eine dieser Organisationen ist UNISOL und es ist sehr interessant für die Gewerkschaft, da es das einzige Beispiel auf der Welt für eine Organisation ist, die von den Gewerkschaften gegründet wurde. Also die Gewerkschaften gründeten UNISOL und zogen sich dann zurück. Also wurde UNISOL eine unabhängige Organisation. Leute spezialisierten sich in Genossenschaften und nicht länger in Bezug auf Fragen der

²² Organização das Cooperativas Brasileiras (OCB)

Gewerkschaften. Und dann wurde UNISOL jetzt sehr groß, in zehn Jahren wurde es zu einem sehr großen Akteur. Sie bringen es fertig, mit der anderen Seite zu verhandeln, und so kommen sie zu einer Übereinkunft. Jetzt gibt es ein Gesetz, das in Brasilien verabschiedet werden wird. Es ist ein Gesetz für genossenschaftliche Erziehung und es bedeutet immer noch, dass es im Kongress verabschiedet werden muss. Wenn dieses Gesetz auf der Agenda war – und natürlich hat Lula das sehr eilig gemacht – dann kann das stark darauf zurückgeführt werden, dass UNISOL in der Lage gewesen ist, mit den anderen – der traditionelleren Genossenschaftsbewegung – zu verhandeln. So waren sie in der Lage, miteinander innerhalb der Genossenschaftswelt zu verhandeln und dann wurde der Gesetzesvorschlag gemacht.

Deutschland ist ein Land, in dem die Dinge etwas komplizierter sind. Sie sind komplizierter, weil man auf der einen Seite das konventionelle Genossenschaftssystem unter dem DGRV hat und dann hat man andere Organisationen, die nicht mit dem DGRV verknüpft sind. Und dann gibt es auch den regionalen Aspekt, der die Dinge nicht einfacher macht. Außerdem habt ihr das Problem mit Ostdeutschland, das von Westdeutschland absorbiert worden ist. Es war eine Art Wiedervereinigung durch Absorption. Und daher war es eines, in dem das, was sie in Ostdeutschland machen wollen, nicht gut von Westdeutschland unterstützt werden konnte, auch weil die überwiegende Anzahl von Genossenschaften im Westen Produktivgenossenschaften waren und die Produktivgenossenschaften nicht hinreichend stark sind. Wenn man in Westdeutschland ein Produktivgenossenschaftssystem hätte, das so weit wie das italienische entwickelt gewesen wäre, dann wäre die Wiedervereinigung in Bezug auf Genossenschaften natürlich anders verlaufen.

Gleichzeitig ist es auch wahr, dass das, was zum großen Teil innerhalb des Genossenschaftssystems in Ostdeutschland passiert ist, sehr ähnlich der Geschehnisse in anderen früher kommunistischen Ländern ist. Man findet dieselbe Art von Problemen in den 1990ern in Polen, in der Tschechischen Republik, in der Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Ungarn all diesen Ländern. Also hatte man in all diesen Ländern dasselbe Problem. Es gab sogar Verfolgung, der das Genossenschaftssystem unterworfen war. Wir müssen angesichts dessen, was geschehen ist und was in Ostdeutschland und anderen zentral Europäischen Ländern als Genossenschaften aufrecht erhalten werden konnte – wahrscheinlich insgesamt mehr als tausend Genossenschaften insgesamt – feststellen, dass das eine enorme Leistung ist, wenn man die großen politischen Kräfte bedenkt, die dagegen arbeiteten, einschließlich der Gewerkschaften.

Unterschiede der Blöcke

Tatsache ist, dass dies wohl eines der größten Umstrukturierungsvorhaben ist, wenn wir über Insolvenz und Transformation von Unternehmen sprechen. Man bedenke den enormen Umbauprozess von sich verändernden Unternehmen, die

im wesentlichen ein bisschen freier waren als die Unternehmen, die sich noch in einer Planwirtschaft befanden und von einem zum nächsten Tag in Unternehmen umgewandelt wurden, die auf dem Markt konkurrierten. Das ist eines der erstaunlichsten Beispiele von Umwandlungen von Genossenschaften aber auch von der Umstrukturierung von Genossenschaften. Also müssen wir nicht so weit gehen, wenn wir über Insolvenzen und Transformation sprechen – was geschah ist, dass hunderte von Unternehmen es in Zentraleuropa schafften, nach dem Kommunismus zu überleben. Das ist in sich ein beachtliches Beispiel von Transformation. Zu dem, was in Ostdeutschland geschah, möchte ich etwas beitragen. Es geschah nicht ohne viel Interaktion mit den Gewerkschaften.

Der Schlüssel bei den Insolvenzen

Wenn wir jetzt zum Problem der Insolvenzen kommen sowie zur Interaktion von Gewerkschaften und Genossenschaften, zu der Frage des Managements von Insolvenzen, dann kann man sagen, dass die Beziehungen zu den Gewerkschaften wirklich der Schlüssel sind. Wenn die betrieblichen Beziehungen nicht verbessert werden, ist es sehr schwer, die Arbeit zu machen, die wir machen wollen indem wir Unternehmen in Krise transformieren. Die Gewerkschaften sind praktisch in der gesamten Industrie Deutschlands vertreten. Wir sind 2.000, 10.000, 50.000 Genossenschaften. Wir sind nicht in dem öffentlichen Raum, gleichzeitig werden wir gefordert in der letzten Minute, wenn die Dinge sehr teuer, sehr schwierig und sehr riskant sind, Unternehmen umzuwandeln. Dabei gehen wir auch ein großes politisches Risiko ein, denn wenn es nur einen Fehler gibt, dann werden sie sagen, wir wären nicht in der Lage, Genossenschaften zu schaffen. Also haben wir einen Patienten in schwierigen Bedingungen und der Doktor wird es möglich machen, den Patienten zu retten...

Und in der Situation ist die Gewerkschaft absolut unersetzlich, wenn ihr ein Frühwarnsystem bei der IG Metall, der CGT und so weiter hättet, was bisher noch nicht existiert, dann wären wir in der Lage, bessere Arbeit zu leisten zu viel niedrigeren Kosten. Lasst uns bei öffentlichen Geldern für Konversion in Genossenschaften aufpassen, wie wir sie nutzen. Auf diese Weise haben die Gewerkschaften ebenfalls eine große Verantwortung, sodass das öffentliche Geld zumindest dazu sinnvoll eingesetzt wird. Sie können mit Frühwarnsystemen eine entscheidende Rolle spielen.

Das zweite ist die Frage der Lobby. Carl Davidson erwähnte politische Bündnisse und ich denke, dass das extrem wichtig ist. Das Marcora Gesetz konnte nur verabschiedet werden, weil die drei italienischen Gewerkschafts-Konföderationen CGIL, CISL, UIL und die drei Genossenschafts-Konföderationen, also sechs Einrichtungen sich 1985 zusammengetan und dazu entschieden haben, dafür Lobbyarbeit zu leisten. Die Genossenschaftsorganisationen allein hätten es wahrscheinlich nicht allein geschafft, das Gesetz zu bekommen. Auch die andere Seite nicht, so war es also eine gute Verbindung, gute Umstände und das

politische Klima war zu der Zeit günstig, sodass dies zeigt, was ein Bündnis mit sich bringen kann.

Nun gut, das geschah vor 25 Jahren. Jetzt sind die Deutschen, besser gesagt ihr, an dem Gesetz in Deutschland interessiert, und es ist dank eines Bündnisses verabschiedet worden. Wie sieht es also mit Bündnissen in Deutschland aus?

Auch auf EU Ebene haben wir ein großes Problem. Wir haben die ITUC. Wenn die IG Metall und andere, die CGT und die italienischen Organisationen Druck auf die ITUC ausüben würden, sie solle die Genossenschaftsfrage und Insolvenzen auf EU Ebene erneut erwägen, so wäre ein Vorstandstreffen dafür hinreichend, dass es auf Europäischer Ebene zu einer politischen Priorität werden würde. Das ist aber nicht der Fall. So haben wir also auf der EU Ebene eine Menge Schwierigkeiten und wenn wir ein Bündnis auf Europäischer Ebene zwischen dem Genossenschaftssystem und der Gewerkschaftsbewegung schaffen könnten, dann könnten wir von den EU Institutionen eine Anzahl von Politiken erreichen, die wir gegenwärtig nicht erreichen können. Also erneut: wir haben eine große Verantwortung, um angemessene Rechtsprechung und Politik auf europäischer Ebene und auf nationaler Ebene zu erreichen.

Insolvenzgesetzgebung

In Bezug auf die Gesetzgebung haben wir von dem Marcora Gesetz gelernt, dass es ein wichtiger Punkt ist, eine Gesetzgebung zu bekommen, wo es wirklich wichtig wäre, diese Art Modell woanders hin zu exportieren. Die Idee, die ihm zugrunde liegt, ist exportierbar.

Wenn man dann die Insolvenzgesetzgebung hat, z.B. hat Argentinien einen sehr großen Schritt nach vorn gemacht und Uruguay ebenfalls in einem gewissen Maße, als sie bei der Bankrott Gesetzgebung erreicht hatten, dass die Arbeiter als erste Anwärtler galten, wann auch immer sie einen Plan hatten, das Unternehmen zu kaufen. Während zuvor bei Belegschaftsübernahmen in Argentinien die Gewerkschaftsseite jedes Mal extreme Ängste ausstehen musste, ob die Arbeiter es schaffen würden, das Unternehmen ohne die Eigentümer in Gang zu setzen. Wenn es dann zur Gerichtsverhandlung kommt und der Richter entscheidet, nein wir werden es nicht den Arbeitern geben, wir geben es jemand anderes. Und in vielen Fällen kam es zur Schließung des Unternehmens, zur Aufteilung des Unternehmens, es war ein großer Wettbewerb. Das ist eine typische Gesetzgebung, bei der auch die Gewerkschaftsseite sehr hilfreich sein kann, um sicher zu stellen, dass die nationalen legalen Rahmenbedingungen der Insolvenz und des Bankrotts günstig für die Arbeiter sind, wann auch immer sie ein Projekt haben und Käufer sind.

Mögliche Verbesserungen

Zu den Beziehungen zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften, lasst uns versuchen, die traditionellen Probleme zu betrachten und zu sehen, wo wir die Dinge verbessern können.

- Erstens sollten wir institutionell wirklich in der Lage sein, weitaus bessere institutionelle Beziehungen herzustellen, das ist Teil der Angelegenheit,

- Das zweite ist die betriebliche Frage, und dies ist ebenfalls schwierig, auch weil die beiden Bewegungen im Wesentlichen auf demselben Terrain arbeiten. Wenn wir über Insolvenz sprechen, sind wir alle auf demselben Terrain und wie ich zuvor erläutert habe, hat eine Seite geplant, die andere auszu-schließen. So sieht die konkrete Realität aus. Die Gewerkschaftsführer werden zu den Bossen.

Also ist es nicht einfach, und wir sollten natürlich mit beiden Seiten diskutierten, um zu sehen, wie jeder eine bestimmte Rolle wahrnehmen kann. Ich denke, dass es extrem wichtig ist – so wie wir es auf der genossenschaftlichen Seite einschätzen – dass die Gewerkschaft es nicht schafft zu verstehen bis zu welchem Ausmaß wir sehr, sehr professionelle Instrumente benötigen, um Unternehmen dabei zu helfen, sich in Genossenschaften umzuwandeln.

Wir brauchen professionelle Instrumente, die Dinge werden systematischer laufen müssen. Man will kein Zufallssystem, in dem man vielleicht nicht sicher sein wird und ein anderer es schaffen wird. Wir wollen ein System, das hinreichend sicher ist, sodass 85% oder zumindest 75% Erfolg haben. Also sind wir damit beschäftigt, diese Dinge konkret so anzugehen, dass sie zum Erfolg führen. Durch professionelle Finanzierungs-, Handels-, Beratungssysteme und dabei – es tut mir leid das sagen zu müssen – ist mit sehr großen Ausnahmen das Gewerkschaftssystem nicht in einer Verfassung, das zu tun. Denn aus allen Perspektiven haben wir diese Art von Initiativen im Detail aufgebaut und ebenso die Art der *governance*, die im Genossenschaftssystem notwendig ist – denn für all dies ist eine Art Demokratie *governance* erforderlich – sodass es funktionieren kann. Daher kann man es nicht von außen, von der Gewerkschaftsseite oder von der Regierungsseite, aufbauen. Es muss sich weitgehend innerhalb der Genossenschaft entwickeln, um wirklich effizient zu sein. Daher meinen wir, dass das Genossenschaftssystem helfen sollte. Und es kann eine Menge tun: Bewusstseinsbildung über Genossenschaften, Mobilisierung und Faszination von Genossenschaften. Das Genossenschaftssystem besitzt viel, womit es Faszination stärken kann; Es gibt viel, was wir tun können in Bezug auf Netzwerkbildung, Durchlässigkeit der Gesellschaft fördern – also können wir das tun. Viel Information, Ausbildung, wir können auch beim Training helfen, Recherchen, Forschungen, aber nicht die Arbeit der Transformation von Unternehmen in Genossenschaften. Dies ist etwas, für das das Genossenschaftssystem seine eigenen Instrumente entwickeln muss. Das ist zumindest unsere Erfahrung. Und dies ist auch genügend stark in den letzten 50, 60 Jahren in

Ländern – wie China, Brasilien, Argentinien – Ländern, die hinreichend weit voneinander entfernt sind, mit hinreichend unterschiedlichen Arten von politischen Bedingungen, um diesbezüglich hinreichend klare Wurzeln zu erkennen. Also denke ich, dass wir diese Art der Rollenteilung respektieren müssen. So werden wir wirklich in der Lage sein, gut zu arbeiten um den Herausforderungen, denen wir gegenüber stehen, begegnen zu können.

Vorschlag für eine Arbeitsgruppe

Die Idee des Marcora Gesetzes in Deutschland ist eine sehr gute. Ich wäre froh, wenn wir sie weiter planen können, da hier Leute aus dem Genossenschaftssystem und aus dem Gewerkschaftssystem haben und auch aus anderen sozialen Bewegungen, wie der Solidaritätsbewegung usw. sind.

Ich schlage vor, dass wir eine Arbeitsgruppe einrichten, wir sind CECOP, und wir können diese Arbeitsgruppe fördern. Wir können ein wenig Animatoren der Arbeitsgruppe spielen. Eine Arbeitsgruppe zu dieser Gesetzgebung, über die Möglichkeit einer Transformationsgesetzgebung, wo wir Genossenschaftsleute und Gewerkschaftsleute haben aus Deutschland und Italien.³ Und dann können wir ernsthaft studieren und in technische Einzelheiten gehen und konkret sehen, was getan werden kann. Wir können Spezialisten für Gesetzgebung, Wirtschaft, Unternehmen und Leute hinzuziehen, die diese Dinge von dem Marcora Gesetz in Italien kennen. Dann können wir einen wirklich guten Vorschlag erarbeiten, ein Projekt, das konkret vorgelegt werden kann. Es wäre gut, wenn wir das tun.

Ich denke es gibt eine tiefe Kluft – auf der einen Hand höre ich in Deutschland Sachen wie “lasst uns sehen, ob wir ein Marcora Gesetz entwerfen können”, um diesen Kampf aufzunehmen. Und auf der anderen Seite Fragen wie „können wir Opel kooperativisieren?“ Es ist einfach so ein riesiger Brocken. Auf der einen Seite, müsst ihr noch die grundlegenden Instrumente aufbauen, um den Genossenschaftsaufbau in systematischer Weise anzugehen. ...Und gleichzeitig reden wir über die Transformation von Opel in eine Genossenschaft. Natürlich wäre es gut – Sie verstehen die Kluft. Aber es hilft uns auch, die Herausforderungen zu sehen. Denn wenn ihr über die Kooperativisierung von Opel redet – meiner Meinung nach vollkommen unrealistisch – dann ist es sehr interessant die Frage zu stellen. Die Frage zu stellen, zeigt, dass die Frage nicht dumm ist – die Antwort wäre dumm – die Frage ist sehr gut. Und ich denke wir müssen die Frage behalten und sie ausweiten, um sagen zu können, was wir sehr konkret mit unterschiedlichen Kräften der Gesellschaft tun können, wobei Genossenschaften und Gewerkschaften das Zentrum sein sollten, andere Kräfte sollten dazu stoßen, sodass wir wirklich den Herausforderungen begegnen können, Insolvenzen wirklich in einer professionellen Weise zu begegnen, bei der die Dinge wirklich funktionieren können. Nach 10 Jahren werden sie immer

³ Diese Arbeitsgruppe fand am 3.12.2010 auf Einladung von ATTAC in Frankfurt am Main statt.

noch da sein und sie werden nicht wieder rückwärtsgehen. Im Gegenteil, wird es mehr Arbeiter und mehr Stabilität und mehr akademische Aktivität geben, mehr Industrie, mehr Unternehmen und so weiter. Um das zu erreichen, müsst ihr dieses Bündnis knüpfen. Ich meine, dass wir als Genossenschaftssystem das nicht allein tun können, Gewerkschaften können es nicht allein tun, Solidarische Ökonomie kann es nicht alleine tun, und daher gibt es ein Bedürfnis nach einem konkreten Bündnis. Ich denke wir können verschiedene Meinungen und Tätigkeiten zu einer bestimmten Frage haben und das respektieren, es könnte diese sein. Lasst uns versuchen zu sehen, was getan werden kann. Wenn ihr daran interessiert seid, es zu tun – so sind wir von CECOP sehr bereit zu versuchen, diese Art von Lösung anzuregen und mit Leben zu erfüllen.

Aus dem Englischen Clarita Müller-Plantenberg

III Solidarische Ökonomie in Nordhessen und Ostdeutschland

Podium Technologie für Profit versus Technologie für den Menschen:

Solidarische Wirtschaftsunternehmen im Energiesektor

Kristina Bayer

Wir wollen über einen Bereich der Neugründungen Solidarischer Wirtschaftsbetriebe sprechen, der im Moment bundes- und europaweit sehr dynamisch ist, den Bereich der Erneuerbaren Energien. Hierfür haben wir zwei Referenten gewinnen können, sogar nach der Logik von alten und neuen Bundesländern:

Zunächst ein Beispiel aus Sachsen, vorgestellt und initiiert von Herrn Nold, der dort mit anderen zusammen in einer sehr kleinen Gemeinde eine sehr zukunftsfähige Form gefunden hat, nicht nur Erneuerbare Energiegewinnung, sondern auch andere Bereiche der Kommune mit einer Bürgerstiftung zu finanzieren, die sonst nicht finanzierbar wären.

Das andere Beispiel stammt aus Nordhessen: Herr Möbus gehört zu der Ölmühle Haubern¹, die einigen sicherlich schon ein Begriff ist von dem Film „Ölwechsel“², den eine Studentengruppe an der Universität Kassel gemacht hat.

Wir haben also in Haubern einen Verein, der überwiegend mit ehrenamtlicher Arbeit eine Ölmühle betreibt, und wir haben in Zschadraß eine Stiftung. Der gemeinsame Fokus dieser beiden Institutionen ist der Markt der Erneuerbaren Energiegewinnung, der im Moment allgemein als großer Hoffnungsträger gehandelt wird und auch hier in unserer Region in Nordhessen der boomende Sektor ist. Studien sagen, dass bis zum Jahr 2020 zwanzig tausend Arbeitsplätze hier in der Region entstehen können.³ Wir haben bereits große und bedeutende Unternehmen in der Region wie zum

¹Vereinigung für nachwachsende Rohstoffe Haubern e.V.

²Vgl. YouTube: VfSOE

http://www.youtube.com/view_play_list?p=9BB42886EE2C2F56&search_query=%C3%96lwechsel

³deENet e.V. (2007): Nordhessen 2020: Dezentrale Energie und Arbeit. Studie zur Regionalentwicklung. Strategie zur Schaffung von 20.000 Arbeitsplätzen durch den Ausbau technologischer Kompetenz und die Anwendung dezentraler Energie- und Effizienztechnologien. Herausgegeben von deENet e.V. Kassel.

http://www.deenet.org/fileadmin/redaktion/deenet_org/pdf/Nordhessen_2020.pdf (letzter Aufruf am 08.03.2011)

Beispiel Wagner & Co. oder SMA, beides Weltmarktführer in der Solarbranche. Diese erfreulichen Entwicklungen haben allerdings auch eine Rückseite, von der wir noch hören werden.

Einen Widerspruch kann man in einer Nachbargemeinde hier im Mittleren Fuldaatal beobachten, wo ebenfalls ein großes Unternehmen angesiedelt ist. Die Gemeinde gilt aufgrund dieses Unternehmenssitzes sowie weiterer Vorzeigeprojekte im Bereich der Erneuerbaren Energiegewinnung weithin als „Solargemeinde“. Eine im Rahmen des Forschungsprojekts „Solidarische Ökonomie in Nordhessen“ am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel initiierte Gruppe zur Gründung einer lokalen Energiegenossenschaft scheiterte aufgrund zu geringen Engagements der Bürgerinnen und Bürger.⁴ Diese Erfahrung deckt sich mit den Untersuchungsergebnissen der Studie „Akzeptanz Erneuerbarer Energien und sozialwissenschaftliche Fragen“ des Fachbereichs Umweltpsychologie an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, die eine ähnlich strukturierte Region analysierte. Hier wurde ebenfalls in einer im Bereich der EE weit fortgeschrittenen Region eine auffallende Diskrepanz zu Informiertheit und Engagement der Bevölkerung festgestellt, was als Folge von Intransparenz und mangelnder Fairness im Planungsverfahren gewertet wird (vgl. dazu Schweizer-Ries 2008: 106f.)

Sicherlich sind die Ursachen hierfür aber auch in den Strukturen der Energiepolitik zu suchen: der neue, boomende Sektor der EE folgt einer stark durch Fördermittel gesteuerten Logik. Diese Logik steht sehr konträr zu den Möglichkeiten, die sich aus unserer Sicht der Solidarischen Ökonomie durch partizipative Wirtschaftsformen ergeben.

Daneben ist aktuell das Problem der Fördermittelkürzung aufgetreten. Das gesamte Marktanreizprogramm (MAP) der Bundesregierung – das ursprünglich „klimaschutzpolitischen Zielen“ dienen sollte – ist von jetzt auf morgen gestoppt worden.⁵ Was die laufenden Verhandlungen ergeben werden, ist unklar. Die Branche hat ausgerechnet, dass allein durch diesen momentanen Stopp schon ca. 300 Mio. EUR Schaden – also Verluste – im Wärmemarkt eingefahren worden sind. Sie rechnen, dass damit den Einsparungen von 100 Mio. EUR schon eine doppelt oder dreifach so hohe Schadenssumme gegenübersteht. Das kommt dadurch zustande, dass die Anlagen natürlich auf der Basis bestimmter Fördermittel berechnet wurden. Wenn die dann nicht fließen, bricht alles komplett ein.

Diese Situation stellt einen guten Anlass dar, darüber nachzudenken, wie denn eine Energiewende auf andere ökonomische Füße gestellt werden kann.

⁴ Vgl. Hierzu Bayer: Gründungsberatung als Aufbauarbeit für Solidarische Ökonomie – erste Erfahrungen in Nordhessen, Entwicklungsperspektiven Nr.95, Kassel 2008, S. 105ff.

⁵ Die Aussage bezieht sich auf das Einfrieren der BAFA_Förderung im Juli 2010.

Wie ist es möglich, sich von diesem ganzen Auf und Ab der Förderung Erneuerbarer Energiegewinnung, das seit Jahren zu beobachten ist, unabhängig zu machen?

Letztlich sind diese Schwankungen politisch motiviert und haben damit zu tun, dass wir in einem System leben, das nur sehr kurzfristig agiert und sich als unfähig erweist, so etwas wie Nachhaltigkeit zu steuern. Wie können wir diesen Sektor aus unseren Perspektiven, unseren Erfahrungen mit Selbstverwaltung z.B. in Genossenschaften und anderen Formen von Bürgerbeteiligung, stärken und weiter entwickeln?

Ich denke, wir beginnen zur Beantwortung dieser Frage mit Detlef Möbus, der mit seiner Initiative, der Ölmühle Haubern, auch sehr existentielle Erfahrungen mit dieser Fördermittelsituation gemacht hat. Dort wurde ursprünglich technisches Öl als Treibstoff hergestellt, das heißt Pflanzenöl für Landmaschinen und PKWs. Zum 1.1.2007 gab es dann die Mineralölbesteuerung, und damit waren auch sie gezwungen, den Produktionsprozess umzustellen.

Wie haben Sie das gemanagt, was ergibt sich daraus für Sie? Wie sind Sie über diese Krise hinweggekommen?

Ölmühle Haubern

Detlef Möbus

Ich bin einer der Initiatoren, die 1999 mit Mitstreitern in dem Ort Haubern, der in der Nähe von Frankenberg liegt, die Idee hatten, Flächen nicht stillzulegen, sondern auf diesen Flächen nachwachsende Rohstoffe anzubauen. Wir hatten das Ziel, nach dem wir unsere Idee weiter verfolgt hatten, auf den stillgelegten Flächen Raps für die Energiegewinnung anzubauen. Im Ort selbst konnten wir fünf Leute, zum Teil auch Landwirte, gewinnen, die sich mit engagierten und bereiterklärten, Raps anzubauen. Dieser Raps, so die Idee, sollte vor Ort in einer Ölmühle zu Pflanzenöl verpresst werden. Mit dem gewonnenen Rapsöl sollten dann vor Ort betriebene PKWs mit Energie versorgt werden. Die in Haubern wohnenden Arbeitnehmer müssen zum Teil täglich längere Autofahrten zu ihrem Arbeitsplatz in Kauf nehmen. Daher macht es Sinn, diese Fahrzeuge umweltfreundlich CO₂-neutral mit Energie zu versorgen. Haubern ist ein kleiner Ort, der etwa 500 Einwohner zählt. Die überwiegende Zahl der Bewohner muss täglich mehrere Stunden pendeln, um den Arbeitsplatz zu erreichen. Wir wollten das gewonnene Rapsöl diesen Pendlern zur Verfügung stellen, so dass sie umweltfreundlich zu ihrem Arbeitsplatz kommen konnten⁶.

⁶ <http://www.oelmuehle-haubern.de/>

Wir haben in der Anfangsphase Kontakt mit der Pflanzenölinitiative in der bayerischen Stadt Berching in der Oberpfalz, die vom dortigen Maschinenring unterstützt wird, aufgenommen. In dieser Region wohnt auch Herr Elsbeth, der als Pionier den legendären Pflanzenölmotor entwickelt hat. Der von Herrn Elsbeth entwickelte Pflanzenölmotor ist sehr gut auf die Verbrennung von Pflanzenöl abgestimmt und arbeitet mit einem sehr guten Wirkungsgrad. In diese Region haben wir unsere erste Exkursion unternommen und gemeinsam mit den Akteuren vor Ort deren Ölmühle besichtigt und über die Vorteile eines regionalen Energie-Wirtschafts-Kreislaufes auf der Basis von Raps diskutiert.

Die Idee, den benötigten Treibstoff für unsere Pkw's direkt vor unserer Haustür selbst herzustellen und dabei zum einen den Landwirten eine zusätzliche Einkommensquelle zu sichern und zum anderen einen umweltfreundlichen CO₂-neutralen Energieträger zu nutzen, hat uns so sehr begeistert, dass wir diese Idee in die Realität umsetzen wollten. Im ersten Schritt haben wir ein Entwicklungskonzept erstellt, welches wir im Anschluss beim Land Hessen eingereicht haben und 2002 sogar den Innovationspreis im Rahmen der Agenda 21 vom Land Hessen bekommen haben. Dieser Preis war für uns eine ganz tolle Sache und hat uns nochmal mehr motiviert, unser Projekt zu realisieren.

Als nächsten Schritt haben wir gemeinsam mit der regionalen Entwicklungsgruppe Burgwald und dem Amt für Regionalentwicklung des Landkreises einen Förderantrag für den Bau der Ölmühle gestellt. Die im Ort ansässigen Landwirte hatten uns zu diesem Zeitpunkt ihre Unterstützung zugesichert und bereiterklärt, den Raps zukünftig an uns zu liefern. Vor diesem Hintergrund haben wir die Planung für den Bau der eigenen Ölmühle vorangetrieben. Während der Rohbauphase im September 2005 kam es zum Regierungswechsel in Berlin: Rot-Grün wechselte, es folgte Rot-Schwarz und mit der neuen Regierung wurde dann auch die bis dahin gesetzliche Zusage, die die Rot-Grün Regierung getroffen und zum Teil gesetzlich verankert hatte, revidiert. Bsp.: Im Energieerneuerungsgesetz (EEG) wurde dem Verbraucher bei der Nutzung von biogenen Energieträgern eine Steuerfreiheit bis 2009 zugesagt. Diese gesetzliche Zusage war für uns eine wesentliche Grundlage, um uns auf das Wagnis, Bau einer eigenen Ölmühle für die Erzeugung von energetisch genutztem Pflanzenöl einzulassen.

Wir wurden also mit der Situation konfrontiert, dass die gesetzlich zugesagte Steuerfreiheit für biogene Energieträger nicht bis 2009 gelten, sondern eine Besteuerung wesentlich früher auf uns zukommen würde und mit hoher Wahrscheinlichkeit unsere bisherige Finanzierung für die Ölmühle in Frage stellte. Wir wussten aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht, wann eine neue Steuerbelastung einsetzen würde.

Wir haben uns entschlossen, die Ölmühle weiter zu bauen, wohl wissend, dass wir wahrscheinlich mit dem technischen Öl – so wie wir das angedacht hatten – die Finanzierung nicht bewerkstelligen können würden. Um den drohenden finanziellen Verlust auffangen zu können, haben wir uns für das zweite Standbein, der Herstellung von Speiseöl, entschlossen. Aufgrund dessen, dass zu diesem Zeitpunkt erst der Rohbau der Ölmühle stand, konnten wir das für die Speiseölproduktion erforderliche Equipment in das Bauvorhaben mit



integrieren. Wir hatten zu diesem Zeitpunkt keine Erfahrung in der Herstellung und Vermarktung von Speiseöl. Dies war für uns ein völlig neuer Bereich. Wir haben die ersten Pressungen durchgeführt und anschließend Kontakt mit dem Max-Rubner-Institut (Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel) in Münster aufgenommen und denen eine Probe von unserem Raps-speiseöl zur Untersuchung zugesandt. Über das Prüfergebnis waren wir völlig überrascht. Unser Rapsspeiseöl bekam für die Sensorik eine sehr gute Bewertung. Dieses Ergebnis hat uns motiviert den Bereich der Speiseölherstellung weiter zu entwickeln und als ein zweites Standbein aufzubauen. Im Nachhinein betrachtet, hat uns diese Entscheidung das Überleben gesichert. Im Jahr 2007 wurde die Energiesteuer für Pflanzenöl eingeführt und dadurch wurde für die Kunden das Öl teurer. Die Besteuerung hat dazu geführt, dass die bis dato positive Entwicklung in der Pflanzenölbranche nachhaltig stagnierte und viele der bis zu diesem Zeitpunkt aufgebauten dezentralen Ölmühlen heute die Produktion von technischem Pflanzenöl eingestellt haben.

Die Energiesteuer wurde in kürzester Zeit eingeführt. Am 18.12.2006 wurde der Gesetzesentwurf im Bundesrat mit Wirkung zum 01.01.2007 verabschiedet. Es gab keine Übergangsfristen, die eine geordnete Vorbereitung für die Ein-

führung ermöglicht hätten. Die zuständige Behörde, der Zoll, war überhaupt nicht vorbereitet und konnte daher auch anfangs keine konkreten Vorgaben machen. Die Betreiber von Ölmühlen und deren Kunden waren verunsichert und wussten nicht, wie sie sich korrekt verhalten sollten.

Die Besteuerung

Die Besteuerung von Pflanzenöl wurde im Mineralölsteuergesetz aufgenommen. Man hat dort festgelegt, dass Pflanzenöl jährlich bis 2012 stufenweise besteuert wird. Im Jahr 2012 soll die Steuerquote Rapsöl bei 45 Cent/ Liter liegen. Man muss klar sagen, dass ein Steueranteil in dieser Größenordnung den Preisvorteil gegenüber dem Diesel aufzehren würde. Aktuell liegt der Steueranteil bei 19 Cent/ Liter. Die nächste Steigerungsstufe für das Jahr 2010 hat die Bundesregierung ausgesetzt und beschlossen, für die nächsten Jahre den Steueranteil auf dem Niveau von 2009 einzufrieren.

Wir Ölmüller waren in einer völlig neuen Situation. Sie müssen sich vorstellen, plötzlich steht das Zollamt bei Ihnen vor der Tür. Die Räumlichkeiten und Produktionsanlage werden inspiziert und Möglichkeiten für die Mengenerfassung installiert. Ein sogenanntes Steuerfreilager musste eingerichtet werden. Das heißt, es gibt ein Lager – quasi eine steuerfreie Zone –, in der zunächst das produzierte Pflanzenöl eingeführt werden muss. Alle Ein- und Ausgänge werden messtechnisch erfasst und dokumentiert. Monatlich müssen wir, die Betreiber von Ölmühlen, die Verkaufsmengen an das zuständige Zollamt melden und den ermittelten Steueranteil an den Fiskus entrichten. Der Vorgang ist fast identisch mit der fiskalischen Überwachung einer Schnapsbrennerei, die ja auch jeden Milliliter, der an Schnaps produziert wird, messtechnisch erfassen müssen und anschließend den festgeschriebenen Steuerzins an den Fiskus entrichten.

Trotz dieser veränderten Rahmenbedingungen und damit verbundenen Widerständen haben sich zunehmend Menschen für die Nutzung von Pflanzenöl interessiert. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich auch eine Kooperation mit den Stadtwerken in Marburg entwickelt. Die Stadtwerke Marburg planten auf ihrem Gelände den Bau einer Pflanzenöltankstelle. Wir, die Ölmühle Haubern, hatten den Zuschlag für die Belieferung bekommen. Die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken in Marburg hat uns darinn bestärkt, unsere Projektidee weiter voran zu treiben. Ein Aussteigen aus diesem Projekt wäre zu diesem Zeitpunkt nur mit größerem finanziellem Verlust möglich gewesen. Wir wollten auch die, die sich bereits für die Nutzung von Pflanzenöl entschieden hatten, weiter unterstützen.

Als weitere Erschwernis kam hinzu, dass die Steuerfreiheit für Pflanzenöl nur für Rapsöl gilt, welches den Vorgaben der DIN 51605 entspricht. Diese DIN wurde ausschließlich für Rapsöl geschrieben, welches bei der Verbrennung von Pflanzenöl in Motoren verwendet wird. Diese DIN wurde von der Motorenindustrie mit der Begründung gefordert, dass es für die Weiterentwicklung der Verbrennungsmotoren, die mit Rapsöl betrieben werden sollen, Voraussetzung sei, dass ein normierter Rapsöltreibstoff am Markt zur Verfügung steht. Vor

diesem Hintergrund wurde die DIN 51605 aufgestellt. Nun haben wir aktuell die Situation, dass die neuen Grenzwerte soweit nach oben gesetzt werden sollen, dass kleine, dezentrale Ölmühlen diese Vorgaben nicht einhalten können. Weitere Investitionen in die Ölmühlentechnik sind also notwendig, um dann den strengeren Vorgaben der DIN 51605 gerecht zu werden. Sie sehen, es werden so Schritt für Schritt die Rahmenbedingungen in eine Richtung verändert, die die Nutzung von Pflanzenöl als Treibstoff für Verbrennungsmotoren nicht mehr möglich macht. Wenn man sich diese Entwicklung genauer anschaut, dann muss einem schnell klar werden, wie sauber und vielschichtig Lobbyverbände ihre Interessen in die Gesetzgebung haben einfließen lassen. Diese Lobbyisten haben es geschafft - ganz leise ohne großes Aufsehen die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass die Nutzung von kaltgepresstem Pflanzenöl für die energetische Nutzung gesetzlich verhindert wird. Da gab es keine konkreten Vorankündigungen und auch keine Übergangszeiten, plötzlich waren die Rahmenbedingungen verändert. Die technische Nutzung von Pflanzenöl für den Verbraucher war somit fast nicht mehr möglich. Mit dieser veränderten Situation müssen wir jetzt leben und uns positionieren.

Um die Entwicklung mit Zahlen zu beschreiben: der Absatz von technischem Pflanzenöl in der Ölmühle Haubern ist seit 2008 um ca. 90% zurückgegangen. Also, ich sage immer zu meinen Mitstreitern, wir haben ein Riesenglück, dass wir einen Großteil der Mühltätigkeit ehrenamtlich bestreiten. Denn wenn wir diese Tätigkeit durch bezahlte Arbeit verrichten müssten, könnten wir nicht mehr existieren. Ein Großteil der dezentralen Ölmühlen in Deutschland haben diese Veränderungen nicht überlebt und ihre Arbeit einstellen müssen. Die Infrastruktur, die bis 2007 für die Nutzung von Pflanzenöl entstanden war, ist heute größtenteils zusammengebrochen. Es gibt nur noch wenige Idealisten, zu denen ich auch die Mitstreiter der Ölmühle Haubern zähle, die es durch ihre Tätigkeit möglich machen, dass auch derzeit Pflanzenöl für Verbrennungsmotoren auf dem regionalen Markt zu bekommen ist. Ich befürchte jedoch, dass unter den gegenwertigen Bedingungen auch deren Tage gezählt sind. Eine weitere Branche, die der Umrüstunternehmen ist ebenfalls auf Grund der veränderten Rahmenbedingungen ihrer Existenz beraubt worden. Mangels Aufträgen mussten auch hier zahlreiche Betriebe ihre Tätigkeiten einstellen. Durch die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen ist Rapsöl für die Nutzung als Treibstoff für Verbrennungsmotoren durch die Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen fast vollständig demontiert worden.

Aufbau dezentraler Versorgung mit Erneuerbaren Energien (EE)

Aus meiner Sicht ist die energetische Nutzung von Pflanzenöl ein schönes Beispiel für den Aufbau einer dezentralen Energieversorgung. Wir haben das Problem, dass die dezentrale Energieversorgung nun mal nicht von den führenden Energiekonzernen gewollt ist. Energie soll zentral produziert werden. Wenige verdienen daran, und die Wenigen, die daran verdienen, möchten auch in Zukunft daran verdienen. Die Energiekonzerne sind finanziell gut ausgestattet

und haben sehr viel Macht, ihren Einfluss über die Lobbyisten in der Politik und der Gesetzgebung geltend zu machen. Es entstehen so politische Rahmenbedingungen, die alternative Entwicklungen wie das Rapsölprojekt in Haubern nicht zulassen.

Speiseöl

Als die steuerpolitische Veränderung eintrat, waren wir, wie gesagt, in der glücklichen Lage, dass die Ölmühle noch in der Rohbauphase steckte. Es war zu diesem Zeitpunkt einfach, das Konzept zu überarbeiten und die Ölproduktion nach lebensmittelrechtlichen Gesichtspunkten zu modifizieren. Die veränderte Anlagentechnik hat uns noch einmal sehr viel Geld gekostet. Die Oberflächen, die mit Rapsöl in Kontakt kommen, wurden in Edelstahl mit hygienisch korrekter Schweißnaht ausgeführt. Ein Großteil der hierfür erforderlichen Arbeiten war Handarbeit und entsprechend zeitintensiv. Anfangs haben wir wegen der hohen Kosten gezögert. Aus heutiger Sicht war diese Entscheidung richtig. Die technischen und hygienischen Voraussetzungen Speiseöl zu produzieren, sind heute optimal. Die Ölqualität, wie uns das Max-Rubner-Institut in Münster bestätigt hat, ist sehr gut. Auf dieser Grundlage haben wir die Speiseölproduktion weiter ausgebaut und eine Flaschenabfüllanlage installiert. Die Speiseölherstellung stellte uns immer wieder vor neue Herausforderungen, denen wir uns mit kreativen Lösungen stellen mussten. Das Speiseöl mussten wir natürlich auch in die Flaschen bekommen und mit dieser Aufgabe kam eine Reihe von neuen Problemen auf uns zu. Wir mussten uns überlegen, wie soll die Flasche und das Etikett aussehen, mit welchem Verschluss soll die Flasche verschlossen werden. Letztendlich soll unsere Flasche im Regal neben dem Konkurrenzprodukt die Kaufentscheidung für sich gewinnen. Wir hatten in dieser Phase sehr viel Glück, dass wir im Nachbarort eine Grafikdesignerin kennengelernt haben, die uns bei den gestalterischen Fragestellungen sehr geholfen und unterstützt hat. Sie sagte zu uns, sie kümmere sich um diese Dinge und hat für uns das Layout der Etiketten entwickelt. Dies war für uns ein großes Geschenk. Aber davon waren jetzt noch nicht die ganzen Materialien organisiert, die wir benötigten. Ich habe mir z.B. zuvor nie Gedanken gemacht, wie viele verschiedene Verschlussformen es für eine Flasche gibt. Bisher hatte ich die Flaschen, ohne mir etwas dabei zu denken, immer nur einfach geöffnet.

Wir mussten Lösungen entwickeln, wie wir das Öl in die Flasche bekommen? Wir haben Anfangs einen Trichter zur Hilfe genommen und das Öl in die Flaschen gefüllt. Aber dann haben wir schnell gemerkt, dass diese Methode sehr arbeits- und zeitintensiv ist. Es gab vor Ort keine Ölmühle als Anschauungsobjekt, in der wir uns umschauen konnten. Wir sind an die Mosel gefahren und haben uns dort bei Winzern umgesehen, wie die am besten Flaschen abfüllen. Wir haben sehr viel von den Winzern gelernt und sind über die Winzer dann auch mit Großhändlern in Kontakt gekommen, die uns mit notwendigen Materialien und Geräten versorgen konnten. So haben wir, wenn wir genau hinsehen, in unserer Ölmühle Winzertechnologie eingebaut. Wir besitzen heute

eine halbautomatische Abfüllanlage, mit der wir effektiv Öl abfüllen und etikettieren können. Wir hatten uns ohne Vorkenntnisse an die Speiseölherstellung und deren Vermarktung herangewagt. Aber aus der Situation heraus mussten wir uns intensiv mit diesem Thema beschäftigen und Lösungen finden. Wir wussten, wenn es uns nicht gelingt, den Speiseölbereich erfolgreich auszubauen, dann ist unser Rapsölprojekt nicht überlebensfähig. Vor dem Hintergrund, dass wir unsere Ölmühle überwiegend fremdfinanziert haben, wäre ein Scheitern mit finanziellem Schaden für alle Beteiligten einhergegangen. Wir waren gezwungen, mit dem Speiseöl ein weiteres Standbein aufzubauen.

Diese Aufgabe haben wir dann auch hinbekommen, also Flasche, Etikett, all diese Dinge waren fertig, aber wir hatten bis dato nur wenige Kunden für unser neues Produkt gewinnen können. Wir haben dann gemeinsam mit den hessischen Direktvermarktern und Landmarkt unser Öl in REWE-Märkten, die auch Landmarktprodukte führen, anbieten können.

Über diese Plattform vermarkten wir derzeit unser hochwertiges Rapsöl. Parallel dazu haben wir den Kontakt zu der Deutschen Gesellschaft für Fettwissenschaft in Münster weiter ausgebaut. Die Gesellschaft für Fettwissenschaft führt jährlich einen Wettbewerb durch, bei dem kaltgepresste Rapsöle sensorisch geprüft werden. Dies muss man sich so ähnlich vorstellen wie wir die Verkostung von Wein kennen. Da sitzen mehrere Prüfer an einem Tisch, verkosten Rapsöle und vergeben am Ende eine Note. Wir haben bisher dreimal in Folge die Deutsche Rapsölmedaille für einen vorzüglichen Geschmack bekommen, darauf sind wir auch stolz. Die Verleihung der Rapsölmedaille findet jährlich auf der Grünen Woche in Berlin statt. Dies nehmen wir dann zum Anlass und machen immer eine mehrtägige Exkursion nach Berlin mit umfangreichem Kulturprogramm. Die Verleihung der Rapsölmedaille ist für uns gerade in der Anfangsphase sehr wichtig und hilft uns sehr, unser Öl nachhaltig auf dem Markt zu etablieren.

Parallel dazu läuft jetzt der Aufbau der Erzeugergemeinschaft mit den Landwirten für den Anbau von Raps. Denn – wie wir erfahren haben – ist die Qualität von Pflanzenöl ganz entscheidend vom Anbau abhängig. Die Fehler, die Sie beim Anbau und der Ernte machen, können sie nicht mehr korrigieren – das ist ähnlich wie beim Wein, da gibt es keinen großen Unterschied. Die Landwirte waren bisher bestrebt, hohe Ölerträge zu erzielen. Die sensorische Qualität spielte dabei bisher eine untergeordnete Rolle.

Da sind wir jetzt eigentlich auf einem guten Weg, dass unsere Landwirte mitmachen und bestrebt sind, eine hohe sensorische Qualität zu erzielen. Wenn der Raps reif ist und vor der Ernte steht, herrscht oft ein großer Zeitdruck, weil die Rapsschote sehr schnell aufplatzt und die Saat auf den Boden fällt. Dann ist dieser Ertrag für den Landwirt nicht mehr so hoch. Viele Landwirte prüfen den Reifegrad, in dem Sie die äußeren Schoten am Halm prüfen. Sind diese reif, wird in der Regel geerntet. Dies hat zur Folge, dass im mittleren und unteren Bereich häufig die Rapsschote noch nicht vollständig reif ist. Für die Speiseölqualität ist es besser, wenn der Raps geerntet wird, wenn die Rapsschote im

mittleren und unteren Bereich reif ist, also noch ein paar Tage länger in der Sonne steht. Den Verlust der äußeren Rapsschoten nehmen wir dabei gerne für die höhere Speiseölqualität in Kauf.

Diversifizierung

Ein weiteres Standbein ist der Anbau von Leindotter. Das ist die alte Ölpflanze der Kelten. Wer sich auskennt: Leindotter ist auch im alternativen Landbau immer mehr in Mode, weil der Leindotter sehr schnell wächst, den Boden quasi unten dicht macht und dadurch die Wildbeute nach unten unterdrückt. So brauchen sie keine Herbizide und Pestizide.

Es war gar nicht so einfach, an Leindotter heranzukommen, den kriegen wir nicht im Landhandel. Die konventionelle Landwirtschaft hat Leindotter völlig vergessen. Wir haben dann letztes Jahr das erste Feld mit Leindotter angebaut und waren alle sehr gespannt. Keiner wusste, wie Leindotter aussieht, keiner hatte ihn blühen gesehen. Wir denken irgendwie, dass er nur ganz wenige Stunden blüht. Er muss aber geblüht haben. Wir haben Leindotter geerntet. Wir haben ihn dann gepresst. Das hat alles ganz toll geklappt. Somit haben wir dieses Jahr, ich glaube 1 ½ ha angepflanzt und die Vermarktung steht, die Flaschen stehen, die Etiketten stehen, so dass wir dieses Jahr im Sommer auch mit Leindotter auf den Markt gehen können. Es ist ein absolutes Nischenprodukt.

Neulich war ich auf einer Tagung mit allen Ölmüllern, die Insolvenz angemeldet hatten. Man überlegte, wie kann man neue Produkte aus Raps kreieren und so weiter. Es kam die Idee mit diesem Rapskuchen. Wenn Sie Raps pressen, entsteht ja Öl. Dieser Kuchen hat einen sehr hohen Proteinanteil, weswegen er auch in die Tierfütterung geht. Wir haben überlegt, ob wir es wohl schaffen, eine Rezeptur zu entwickeln, um ihn in Form von Keksen verarbeiten zu können? Dann habe ich mich mit unserem Bäcker, der uns zu Hause mit Brot versorgt, unterhalten. Wir haben eine Rezeptur entwickelt.

Kontroversen

Diskussionen, wie z.B. die um die Studie des Umweltbundesamtes, die vor den Rapsmonokulturen und vor den angeblich für die menschliche Gesundheit schädlichen Abgasen der mit Rapsöl betriebenen Motoren warnt, fingen zeitgleich mit der Besteuerung von Pflanzenöl an. 2007 hatten wir auch den exorbitanten Anstieg des Dieselpreises auf dem Mineralölmarkt. Sie müssen sich vorstellen, wir hatten wöchentlich Anrufe von Speditionen, die fragten, ob wir Rapsöl liefern können. Spätestens bei der Frage, wie viel Liter benötigt würden, wurde uns geantwortet: 2-3 Mio. Liter. Die Speditionen, die nachgefragt haben, denen war überhaupt nicht bewusst, dass man erst einmal für diese großen Mengen Rapsöl auch entsprechende Ackerflächen braucht und dies nicht von heute auf morgen zu realisieren ist.

Raps als Monokultur – ich denke da sind wir uns einig. Wenn wir nur noch Raps anbauen würden, würden wir das ganze Ökosystem kaputt machen. Also

Rapsanbau kann nur in einer Fruchtfolge zusammen mit anderen Fruchtarten sinnvoll sein. Das wird von unseren Landwirten eingehalten und wenn Sie sich mit Landwirten unterhalten, dann wird Ihnen jeder Landwirt sagen, wenn zweimal hintereinander auf der gleichen Fläche Raps angebaut wird, ist der Ertrag bei dem zweiten Anbau erheblich niedriger als bei dem ersten. Also, das heißt, wenn man keine Fruchtfolge einhalten würde, würde irgendwann der Ertrag nicht mehr rentabel sein. Der Rapsanbau macht also nur Sinn, wenn er in einer gesunden Fruchtfolge praktiziert wird.

Die Studie des Umweltbundesamtes und andere Studien, die angeblich auch belegen, dass die Verbrennung von Rapsöl in Motoren zum Beispiel auch karzinogene Wirkung hat, wurden schnell aus der Hüfte geschossen, obwohl das Umweltbundesamt eigentlich dafür steht, dass es neutrale Untersuchungen durchführt. Obwohl ich mittlerweile – nachdem ich weiß, wie Lobbyisten gezielt an Gesetzestexten feilen bzw. sie verändern – auch natürlich da sehr kritisch mit den Untersuchungen umgehe. In der Untersuchung, die publiziert und in einer Panoramasendung veröffentlicht wurde, wird die Verbrennung von Pflanzenöl wesentlich karzinogener dargestellt als die Verbrennung von Diesel. Wir sind vom Bundesverband für Pflanzenöle diesem Ergebnis gezielt nachgegangen und haben erfahren, dass man hier die Untersuchungen an einem Motor vorgenommen hat, der überhaupt nicht auf Pflanzenöl eingestellt war. Man konnte uns noch nicht einmal auf Nachfragen sagen, wie denn Verbrennung und Einstellung aufeinander abgestimmt wurde. Jeder, der bei der Erstellung von Studien schon einmal mitgearbeitet hat, der weiß, dass in der Beschreibung der Methodik ein ganz wichtiger Baustein für die Interpretation des Ergebnisses liegt. Die Beschreibung der Methodik wurde in wenigen Sätzen abgehandelt. Die nächste Frage, die man stellen sollte, ist: wer hat denn die Studie finanziert? Und da bekommt man eine ganz wichtige Antwort. Wenn diese Antwort dann auch in die Philosophie derer passt, die sie finanziert haben, ja, dann ...

Biodiesel ist etwas völlig anderes als reines Pflanzenöl. Auch Palmöl ist etwas völlig anderes als das Pflanzenöl, welches bei uns in Kooperation mit den Landwirten angebaut und verarbeitet wird. Bei uns geht es nicht um die Schaffung von Monokultur. Dagegen ist Palmöl – in Monokultur angepflanzt – die ganz große Kontroverse.

Entstehung des Vereins für nachwachsende Rohstoffe Haubern e.V.

Die Idee entstand aus der Bierlaune. Die Gruppe am Tisch war von der Idee gefangen, den Treibstoff für die eigenen PKWs selbst herzustellen. Wir hatten 2001 die Idee in einem Projektantrag beim Landwirtschaftsministerium eingereicht und wurden mit dem Preis „Innovatives Projekt Agenda 21 in Hessen“ ausgezeichnet. Mit diesem Preis bekamen wir Geld. Da hatten wir ein Problem, wir hatten kein Konto und das Land Hessen konnte uns den Geldbetrag nicht überweisen. Aus dieser Situation heraus mussten wir ganz schnell handeln und den Verein gründen. Somit hatten wir einen Kassierer, ein Konto und wir konnten das Geld entgegen nehmen. Damit war der Verein geboren. Und dieser

Verein besteht bis heute. Und in diesem Verein werden auch alle Entschlüsse, ob es darum geht, dass wir jetzt Leindotter anbauen, ob wir jetzt Plätzchen mit Rapskuchen machen oder welche Anschaffungen getätigt werden müssen, im Vorstand mit Mehrheitsbeschluss entschieden. Wenn sie wollen, ist das ein gut funktionierendes demokratisches Gefüge. Jeder, der sich mit Wirtschaft auskennt, der wird sagen, um Gottes Willen, man kann doch so ein Unternehmen nicht über einen Verein führen, da müsste man eine Genossenschaft oder eine andere Gesellschaftsform gründen. Dies haben wir einfach noch nicht geschafft. Ich weiß auch nicht, wie lange der Verein noch Bestand hat und es ist möglich, dass sich aus diesem Verein zur richtigen Zeit eine andere Organisationsform entwickelt. Bisher haben wir mit unserem Verein sehr gut gearbeitet. Wenn die Kapitaldecke größer wird, wovon ich erst einmal nicht ausgehe, müssen wir sicherlich überlegen, ob es nicht unter fiskalischen Gesichtspunkten geeignetere Organisationsformen gibt.

Der Verein hat sich aus den Akteuren, die sich zu Beginn in der Arbeitsgruppe gefunden hatten, rekrutiert. Es sind nicht nur Landwirte im Vorstand, sondern auch promovierte Biologen, Ingenieure, Schreiner, Hausmeister. Wir haben eine breitgestreute Kompetenz, die wir auch brauchen, um die Ölmühle gut zu führen. Wir haben 12 Mitglieder. Wie das Vereinsrecht vorschreibt, halten wir jährlich eine Hauptversammlung ab, in der über die Jahresziele mehrheitlich abgestimmt wird. Die Geschäftsführung übernimmt der Vorstand.

Mitgliedschaft im Verein

Es sind nicht alle Rapslieferanten im Verein. Aber wir sind jetzt dabei, die Landwirte in einer Erzeugergemeinschaft zusammenzufassen. Denn wir haben ja auch, was die Qualität angeht, Ziele und demzufolge Handlungsbedarf. Das geht nur, wenn sich die Landwirte, die für uns den Raps anbauen und diesen an uns liefern, mit eingebunden werden.

Hanfanbau für Textilien und Öl

Es gibt ein kleines Projekt im Nachbarort von Haubern. Dort gibt es eine Initiative, die Hanf anbaut. Hanf wurde in unserer Region ja auch früher angebaut. Diese Initiative hat sich auf die alten Anbau- und Erntetechniken besonnen. Es soll das Wissen um den Hanfanbau für die Nachwelt erhalten werden. Der Hanf wird auf dem Webstuhl zu Stoff verarbeitet. In diesem Zusammenhang werden auch kleine Mengen Hanföl hergestellt.

Es gibt Hanföl, Rapsöl, Leindotteröl. Der Punkt ist der: Wenn es uns gelingt, Speiseöl gut im Markt zu platzieren, dann können wir den Landwirten für ihre Ernte mehr Geld als der Landhandel zahlen. Auf diese Weise können sich die Landwirte mit dem Rapsölprojekt in Haubern identifizieren und sind motiviert auch zukünftig Ölpflanzen anzubauen.

Ausblick: Solidarische und klimarelevante Umsteuerung des Sektors der Erneuerbaren Energien

Kristina Bayer

Es ist sehr deutlich geworden, wie die Abhängigkeit in diesem Bereich gestrickt ist. Man könnte die genannten Erfahrungen jetzt sehr leicht übertragen auf die Solarbranche und auch auf den Wärmemarkt, insbesondere angesichts der aktuellen Ungewissheit der KWK-Förderung. Das ist auch eine Branche, die sich über die Einspeisevergütung die illustresten Zukunftserwartungen hochgerechnet hat.

Ich denke, aus der Perspektive der Solidarischen Ökonomie stellen sich zwei Fragen:

Die eine haben Sie angesprochen: es geht um dezentrale Energieversorgung. Angesichts der Gesetzeslage, die wir haben, die wir im Grunde seit 20, 30 Jahren haben, scheint es nicht in der Intention irgendeines politischen Entscheidungsträgers zu sein, eine dezentrale Energieversorgung zu fördern – die allerdings die einzig richtige Antwort auf den Klimawandel wäre. Ich will diese Debatte jetzt nicht aufmachen, wahrscheinlich werden wir ohne zentrale Modelle nicht auskommen. Aber es ist auch deutlich, dass es in dieser Diskussion um andersartige zentrale Kraftwerke geht.

Was wir wollen, ist aber natürlich etwas anderes: Eine Umsteuerung der Energiepolitik. Und da ist ganz oben auf der Prioritätenliste eben nicht die Logik “wir werden immer mehr Energie brauchen, also müssen wir immer mehr Energie produzieren, also müssen wir immer mehr Energie zentral bereit stellen“. Sondern wir müssen erst mal anfangen, unseren Energieverbrauch zu reduzieren, und zwar nicht nur kosmetisch sondern richtig drastisch.

Jeder Kraftstoff hat seine Ambivalenzen. Bei Biomasse gibt es dann Fragen, der Wirkungsgrad von Holz ist doch gar nicht groß genug für Großanlagen usw. bei fast allen alternativen Energiequellen gibt es eine bestimmte Ambivalenz und ich möchte für Haubern hervorheben: dort gibt es eine Kommune, die sich ein Konzept gemacht hat und darüber eine demokratische Verständigung hergestellt hat. Das finden sie im Moment fast nirgendwo. Wir haben in der Nachbarregion einmal über eine Energiegenossenschaft gesprochen. Da waren 90% der Leute Landwirte. Dann kam der Bürgermeister dazu, und sagte, aber ich kann hier doch gar nicht entscheiden, was hier angebaut werden soll. Die bauen doch alle sowieso das an, was sie wollen. Das heißt sie haben in einer normalen Kommune gar nicht mehr die Möglichkeit einer Verständigung darüber zum Beispiel, welche Energiequellen überhaupt angebaut werden sollen, weil alles nur nach dem individuellen Marktprinzip funktioniert. Das ist in Haubern anders und sozial anders zu sehen.

nur nach dem individuellen Marktprinzip funktioniert. Das ist in Haubern anders und sozial anders zu sehen.

Und ich denke, das muss der Ort sein, wo sich Solidarische Ökonomien in diese Debatte einmischen und sagen: wenn es auf Grund der politischen Vorgaben, die wir momentan haben, nicht möglich ist, so etwas in einer Marktwirtschaft zu betreiben, dann müssen wir uns andere Möglichkeiten ausdenken, um solche dezentralen Energieversorgungsmodelle auch finanzieren zu können.

Das ist meine Überleitung zu dem Modell in Zschadraß. Wie schafft die Gemeinde Zschadraß es, Energieprojekte zu finanzieren und gleichzeitig noch aus dem Überschuss heraus soziale Projekte anzuschieben?

Gemeinde Zschadraß‘ Erneuerbare Energieproduktion mit gemeinwesenorientiertem Fonds

Werner Nold

Ich bin geboren im Hessischen Ried, wohnhaft in Frankfurt am Main, in Zschadraß –in unmittelbarer Nähe von Colditz – tätig. Zschadraß hat 3.200 Einwohner.

Wie ist es zur Stiftung gekommen? Ich bin Initiator der Stiftung. Sie ist im Grunde Partner der Gemeinde. Die Gemeinde hat im Jahre 2004 ihre Energieversorgung in einem sehr großen Gebäudekomplex mit Verwaltung, Schule, Sporthalle und Kindergarten von Öl auf Hackschnitzel umgestellt. Sodass die Gemeinde die Hackschnitzel jetzt nicht zu kaufen braucht sondern sie produziert und wartet die Heizung. Etwa 30 % der verbrannten Hackschnitzel sind Restholzmengen, die in den Kommunen in der großen Fläche entstehen. Dadurch ist die Gemeinde zum Beispiel von irgendwelchen Zukäufen unabhängig. Die Stiftung selbst betreibt inzwischen drei photovoltaische Solaranlagen mit einer Gesamtkapazität von etwa 35 kWp. Die Einnahmen aus den Photovoltaik-Anlagen betragen im Schnitt pro Jahr zwischen 17.000 und 18.000 EUR. Diese Summe gibt die Stiftung in einen Topf sozialer Einrichtungen.

Bei den sozialen Einrichtungen wird jetzt zum Beispiel eine Kinderspielstadt durchgeführt. Das heißt die Gemeinde schreibt das aus. Es sammeln sich etwa 80-90 Kinder eine Woche lang und bilden Stadt. Da kommt ein Bäcker und backt mit den Kindern Kuchen, die Polizei kommt und stellt ihr Sicherheitskonzept vor. Alle möglichen Handwerker sind da und stellen so ihre Arbeit vor, binden aber auch die Kinder in die Arbeit ein.

Hinzu kommt, dass die Gemeinde eine Kindertagesstätte und einen Hort betreibt und da ist natürlich klar, mit Mittagessen, dass es da immer auch Kinder gibt, die kein Geld in der Tasche haben und seither mehr oder weniger Hunger gelitten haben. Da bringt die Stiftung sich für den, der kein Geld fürs Essen hat, ein – unbesehen, ob die Eltern das vielleicht doch könnten oder nicht können –, das ist für uns unerheblich. Das ist für uns als Stiftung zu leisten. Wir sind ja

keinen Gesetzes- oder Ordnungsstrukturen unterworfen, da geben wir 1.200 EUR drauf.

Dann sponsern wir auch für solche Kinder, die im Herbst mit Sommerschuhen in die Schule kommen. Da geht der Lehrer ins Geschäft und kauft die Schuhe oder den Anorak und legt dem Timo Stenzel(von der Stiftung) die Rechnung vor und die wird bezahlt. Das ist so ein Teil, den die Stiftung von sich aus trägt.

Dann sammeln die Kinder im Herbst in der weitläufigen Gemeinde Äpfel, die Stiftung kauft noch einmal eine Tonne dazu, die werden gepresst und dann werden die drei Kindergärten, die es in der Gemeinde gibt, mit Saft über das ganze Jahr versorgt.

Wie gesagt noch die übrigen Zuschüsse: dann passiert es mal, dass auch der Sachwalter der Stiftung, der Timo Stenzel, mir vorgetragen hat, dass da die Mutter eines Kindes plötzlich verstorben ist und der Mann völlig von der Rolle ist, weil er als Hartz IV Empfänger völlig mittellos ist. Dann überlegen wir, wie wir auch dem Mann beispringen können, sodass er über die schwierige Zeit früher wegkommt. In diesem Fall, versuchen wir in der Kommune, in der gesamtgesellschaftlich größer werdende Schere zwischen arm und reich ein bisschen zusammenzubringen. Das funktioniert in der kleinen Gemeinde. In der großen Gemeinde hätte ich sicher Probleme, dass die Probleme insgesamt passen.

Dann der investive Teil: wir haben in den sechs Jahren, in denen wir existieren, etwa 84.000-85.000 EUR in die technische Weiterentwicklung investiert. Da ist einmal das Hackschnitzelverfahren. Das wäre nicht zum Laufen gekommen, wenn die Stiftung da nicht schlicht 5.000 EUR hingeblättert hätte, damit die UNI Dresden dieses Projekt durchführen kann. Hätte schief gehen können, ist nicht schief gegangen.

Wir haben inzwischen drei thermische Solaranlagen auf Sportheimen installiert und zwar in der Weise, dass wir den Sportvereinen diese thermischen Solaranlagen mit einer Sanierung der Heizung zur Verfügung stellen. Die Sportvereine müssen nachweisen, dass sie die eingesparten Gelder für die sozialschwachen Kinder verwenden. ...Für uns hat es den Vorteil, dass wir uns um die technische Sache nicht mehr zu kümmern brauchen, weil die Sportvereine Interesse haben, dass es wirklich läuft. Da wollte ich dazu sagen, je kleiner der Verein ist, umso besser funktioniert das. Also wir haben einen Verein, also B und C Klassenverein, der aber sehr aktiv ist im sportlichen, da funktioniert er super. Und dann der größere Verein der hat schon in der Regionalliga gespielt, da muss man schon hingucken, wie das funktioniert.

Da muss ich dazu sagen, dieses letztere Projekt haben wir nicht gemacht, um Energie einzusparen, sondern um den horrenden Stromverbrauch in einer Sportgaststätte (72.000 kWh/ Jahr) decken zu können. Es hat unheimliche Schwierigkeiten gemacht, denen beizubringen, dass die Umstellung der Küche von elektrischer Warmwasserbereitung auf thermische Warmwasserbereitung mittels der Hackschnitzel und der herrlichen Solaranlage eine Menge Strom spart, was bewiesen ist. Da gibt es Leute, die sagen, „lass das doch, das lohnt sich nicht, das klappt nicht“. Das ist den Leuten unheimlich schwer beizu-

bringen, dass es einen Sinn macht, wenn sie nach meiner Rechnung immerhin so 30-35 kWh einsparen. Das macht die Summe von 7.000-8.000 EUR jährlich aus und ist für einen Verein ja eine Riesensumme. Es geht darum zu vermitteln, dass das einen Sinn macht und dass man irgend einen Weg finden muss, um es für beide – für Stiftung und Verein – tragbar umzusetzen.

In diesem Jahr wird die Gemeinde Zschadraß im Zuge der Gebietsreform wahrscheinlich mit Colditz und noch einer Randgemeinde zusammengelegt. Das wird sicher ein bisschen abbremsten. Da weiß ich nicht, wie sich das politisch entwickelt. Die Stiftung funktioniert, wenn diese beiden Partner vernünftig kooperieren. Das funktioniert nicht in einer so komplexen Geschichte.

Neue Projekte werden in der Regel im Moment durch Zustiftungen oder durch Spenden finanziert. Im Übrigen passiert es immer mal wieder, dass die Stiftung ein Projekt angeht. Und die Gemeinde sagt, ‚wenn wir das nicht gefördert kriegen machen wir es nicht‘. Und es gibt viele Projekte, so im vergangenen Jahr eine Hackschnitzelheizung der Betriebsgebäude, und einen Lebensmittelladen.

Die Stiftung hat mit 150.000 EUR angefangen. Ich habe 105.000 EUR eingebracht. Und das Land Sachsen hat die große Photovoltaik-Anlage im Zuge des Sporthallenneubaus nochmal mit 47.000 EUR gefördert. Problem war ein bisschen, dass sich die Genehmigungsbehörde überhaupt nicht vorstellen konnte, dass die Photovoltaik-Anlage um ein wesentliches effektiver arbeitet als der Kapitalmarkt. Es gibt einige Zuspender.

Seit eh und je haben Landwirte 30% ihrer Ernte für die Energiegewinnung abgezweigt und zwar die wertvolle Energie, den Hafer. Wir leisten uns natürlich jetzt den Luxus, dass wir überall Pferde und Hunde mit hochwertigem Futter versorgen.

Zweitens: in der EU liegen nach wie vor etwa 38 Mio. ha Ackerland brach und es ist natürlich für die Konzerne günstiger, nach Indonesien zu fahren als bei uns eine vernünftige Einkommensstruktur für diesen Teil zu schaffen.

„Wo kein Mist ist, ist kein Frühstück“. Man kann nicht Energie oder anderes ernten, dem Boden nichts entnehmen, ohne dass man vorher etwas über Kompost tut oder nachschlägt.

Organisationsform der Stiftung in Zschadraß.

Ich habe zuvor alle möglichen anderen Organisationsformen kennen gelernt. Ich habe in einem Krankenhaus für Behinderte gearbeitet. Mein Bemühen war es, für die Behinderten eine optimale Organisationsform zu finden. Eine Stiftung ist die einzige Möglichkeit, die steuerlich unkomplizierter ist.⁷

⁷ Vgl. Website der Gemeinde Zschadraß, vgl. auch Christoph Links, Kristina Volke (Hrsg.): Zukunft erfinden, Kreative Projekte in Ostdeutschland, Berlin 2010, vgl. auch www.zukunft-ostdeutschland.de und www.buergerforum-ost.de



<http://www.colditz.de/energiespargemeinde/Energiespargemeinde.html>

Ein Landwirt baut lignozellulosehaltige Energieträger an



Zum Beispiel Hackschnitzel

Ein Landwirt baut lignozellulosehaltige Energieträger an

Anfangs hatte die Gemeinde Holzhackschnitzel von gewerblichen Anbietern aus einem Umkreis von 30 Kilometern bezogen. Inzwischen ist die Beschaffung von Brennmaterial ein Selbstläufer: „Verschiedene Einrichtungen, Firmen und Bürger bieten uns abzuholzende Bäume an“, so der Hauptamtsleiter. Außerdem hat der größte landwirtschaftliche Betrieb der Gemeinde auf sechs Hektar Fläche schnell wachsende Gehölze angepflanzt. „Dadurch kann zwar nicht der Jahresbedarf gedeckt werden und wir müssen immer noch zusätzliche Lieferungen organisieren“, räumt Hans-Peter Kiesel ein. Doch mittlerweile lagert die Gemeinde kontinuierlich auf Vorrat Holzhackschnitzel für zwei Jahre.

Frisch produzierte Schnitzel werden innerhalb von acht Wochen auf 30 Prozent Restfeuchte getrocknet. Sie werden auf dem Biomassehof im Ortsteil Raschütz gelagert. Die Trocknungsanlage ist in Kooperation mit der Technischen Universität Dresden im Rahmen eines Versuchsfelds für nachwachsende Rohstoffe entwickelt worden. Nach der Patentierung des Verfahrens wurde der Gemeinde eine Lizenz erteilt, die Anlage weiter zu betreiben.

Mittlerweile wurde auch in Raschütz ein Holzhackschnitzelofen mit einer Kapazität von 50 kW für die Beheizung der Betriebsräume, des Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr sowie einer kleinen Verkaufseinrichtung installiert. Dieser Ofen neuerer Generation ist auch für die Verbrennung anderer pflanzlicher Energieträger wie zum Beispiel Miscanthus geeignet.

Auch das Fachkrankenhaus für Neurologie und Psychiatrie im Ortsteil Zschadraß wurde inzwischen auf eine CO₂-neutrale Heizanlage umgerüstet. Der Hauptamtsleiter: „Die Klinikleitung ließ ein Nahwärmenetz für die zentrale Versorgung mit einer Kapazität von 1 MW installieren.“ Die Holzhackschnitzel liefert ein gewerblicher Produzent. Bedarfsspitzen werden mit der zusätzlichen Verbrennung von Erdgas abgedeckt.

Gewinne aus Energieerzeugung für soziale Zwecke

Ein weiteres Thema ist die Wärmeengewinnung durch Photovoltaik. In der Turnhalle wird zum Beispiel das Wasser durch Sonnenenergie erwärmt. Die Gebläse für die Frischluftzufuhr sind so konstruiert, dass der Heizbedarf um 5° C gesenkt werden kann. „Drei Gebläse saugen ausschließlich Frischluft an. Zwei weitere werden durch unterirdische Kanäle geführt, damit sich die Lufttemperatur erwärmt“, erklärt Hans-Peter Kiesel. Das sechste Gebläse wurde an der Südseite installiert, wo direktes Sonnenlicht für die Lufterwärmung genutzt werden kann.

Die Photovoltaikanlagen für gemeindeeigene Objekte wurden ganz oder zumindest zum Teil durch die Ökologisch-Soziale Stiftung Zschadraß, die Fluthelfer Werner Nold seinerzeit ins Leben gerufen hatte, finanziert. Eine davon befindet sich auf dem Dach eines Kindergartens des Vereins „Ländliches Leben e. V.“. Auch der Biomassehof in Raschütz sowie die benachbarte Feuerwehr bieten gute Voraussetzungen für die Nutzung von Sonnenenergie. Es gelang der Gemeindeverwaltung sogar, die Denkmalpfleger davon zu überzeugen, dass

Tradition und Fortschritt einander nicht ausschließen müssen: „Für das historische Gebäude des Bauhofs in Zschadraß haben sie uns das Eindecken mit einer Indachanlage genehmigt“, so der Hauptamtsleiter.

Die Erträge aus der Einspeisung von überschüssigen Stromkapazitäten in das öffentliche Netz verwendet die Ökologisch-Soziale Stiftung für die Finanzierung sozialer Projekte in der Gemeinde. Eines davon ist die Zahlung von Zuschüssen für die Schulspeisung an Kinder aus bedürftigen Familien. Auch hat die Ökologisch-Soziale Stiftung mit Erträgen aus der Stromerzeugung einen Kleinbus finanziert, den die Vereine nutzen dürfen. Logisch, dass dieser Bus für den Betrieb mit aus Rapsöl gewonnenem Bioethanol umgerüstet wurde. Ein weiteres Projekt war die Installation einer Solaranlage auf dem Sportlerheim für die Warmwasserversorgung. Überdies veranstaltet die Stiftung, der genau wie dem „Ländliches Leben e. V.“ auch Gemeinderatsmitglieder angehören, in der Grundschule regelmäßig Energiespartage.

Quo vadis, Kommune?

Aktivierung kommunaler Nachhaltigkeitspotentiale im Bereich Energiewirtschaft⁸

Philipp Schmagold

Welche nordhessischen Gemeinden werden von sich und anderen Gemeinden als Musterschüler energetischer Nachhaltigkeit angesehen und welche Faktoren waren und sind für diese subjektiv positive Entwicklung entscheidend? Umgekehrt gilt es, für Gemeinden mit Nachholbedarf im Bereich nachhaltiger Energiewirtschaft, die hemmenden Faktoren herauszufinden. Interviewt wurden im Rahmen der hier kurz dargestellten Untersuchung seit März 2009 jeweils der Bürgermeister und eine Gemeindevertreterin oder ein Gemeindevertreter, der einer anderen Fraktion als der Bürgermeister angehörte. Die Untersuchung bezieht sich auf Ahnatal, Alheim, Bad Hersfeld, Baunatal, Bebra, Eschwege, Felsberg, Frankenberg, Fritzlar, Jühnde, Kassel, Korbach, Körle, Marburg, Schwalmstadt, Vellmar, Waldeck, Wanfried, und Wolfhagen. Die Mehrzahl dieser neunzehn Gemeinden, zum Beispiel Kassel, Baunatal, Bebra und Eschwege, wurden ausgewählt, weil sie zu den größten Gemeinden der fünf nordhessischen Landkreise zählen und damit eine Aussagekraft für große (Bevölkerungs-)Teile Nordhessens angenommen werden kann. Die übrigen Gemeinden, zum Beispiel Marburg, Wolfhagen und Jühnde, wurden in die Untersuchung aufgenommen, weil sie dem Autor im Rahmen einer Vorrecherche als besonders engagiert im Bereich der erneuerbaren Energien aufgefallen sind.

In den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder, Werra-Meißner, Waldeck-Frankenberg und Kassel wurden ebenfalls Interviews mit der Kreisverwaltung und Vertretern des Kreistages geführt. Die Interviews auf Kreisebene untergliedern sich seitens der Kreistagsverwaltung in Interviews nur zur nachhaltigen Ernährung und Interviews nur zur nachhaltigen Energiewirtschaft, wohingegen in den Interviews mit den Gemeindevertretern und Bürgermeistern jeweils beide Themen behandelt wurden. Mehrfachantworten waren im Rahmen des Interviews möglich.

⁸ Der Autor beschäftigt sich anlässlich seines hier kurz dargestellten Dissertationsthemas neben der nachhaltigen Energiewirtschaft auch mit der nachhaltigen Ernährung auf kommunaler Ebene, dieser zweite Bereich wird aus Gründen der Handhabbarkeit im Folgenden ausgeklammert.

Globale Nachhaltigkeit

Zum aktuellen Stand der globalen Nachhaltigkeit ist festzustellen: „Der Weltklimagipfel 2009 in Kopenhagen brachte keine spürbaren Fortschritte in Sachen Nachhaltigkeit. Hier wurden im Bezug auf die Klimaerwärmung nur vage Ziele formuliert. Es gab zwar eine Abschlusserklärung, diese wurde aber nicht abgestimmt. Den teilnehmenden Ländern bleibt es somit freigestellt, ob sie den Text annehmen und umsetzen oder eben nicht.“⁹ Aufgrund des besagten partiellen Versagens der nationalen und internationalen Ebene steigt die Verantwortung der kommunalen Ebene, welche sich ansonsten auf die Erfolge der Erstgenannten hätte berufen können. Auf der Ebene der Gemeinde gibt es zahlreiche Möglichkeiten, energiesparende und klimarelevante Maßnahmen durchzuführen.

Es folgt eine kurze Übersicht über ausgewählte Fragen und anonymisierte Antworten der Untersuchung. Die gesamten Ergebnisse werden durch die Veröffentlichung der Dissertation zugänglich gemacht.

„Was bedeutet für Sie nachhaltige Energiewirtschaft auf kommunaler Ebene?“

Bei dieser offenen Frage nehmen sechszwanzig der neununddreißig Gemeindevertreter¹⁰ und Bürgermeister von selber Bezug auf die Erneuerbaren Energien. Die Themen Energieeinsparung und Energieeffizienz werden in zwölf Interviews von den Befragten angesprochen. Auf Platz drei der häufigsten eigenständig genannten Antworten landet der Themenkomplex Klimaschutz, Umweltschutz, Ökologie, CO₂-Reduzierung und Ressourcenschonung, der in zehn Interviews vom Interviewten angesprochen wird.

In einem in Körle geführten Interview werden energetische Unabhängigkeit, regionale Wertschöpfung und kommunale Einnahmen angesprochen:

„Ja, erst einmal Unabhängigkeit von, ja, Entwicklungen, Preisentwicklungen am Energiemarkt. Letzten Endes auch eine Wertschöpfung hier vor Ort in der Region. Und unter Umständen auch letzten Endes Gewinnung von Einnahmepotential für die Kommune oder zumindest eine Verbesserung der vorhandenen Ressourcen, eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen“

⁹ Focus (2010): Desaster Weltklimagipfel.

¹⁰ In der überwiegenden Zahl der Gemeinden wurden zwei Interviewpartner befragt. Einzig in Felsberg wurden drei Interviews geführt, da nach Durchführung der ersten beiden Interviews noch Fragen offen geblieben waren.

In Waldeck-Frankenberg werden dagegen die Möglichkeiten der Gemeinde als sehr begrenzt beschrieben:

„Ja, da haben wir ja kaum Einfluss drauf. Denn wir haben ja keine Stadtwerke, sagen wir mal oder ähnliche Einrichtungen. Wir beziehen den Strom von VEW früher, heute EWF. Das ist eine Tochter von der EON, glaube ich. Also, unsere Möglichkeiten, nachhaltig zu wirtschaften oder voraus zu planen sind begrenzt. Sehr begrenzt.“

„Was sind die großen Herausforderungen?“ und „Welche Anstrengungen werden zur Förderung der nachhaltigen Energiewirtschaft unternommen?“

Die Nutzung kommunaler Dächer durch Dritte wird in fünf Gemeinden genannt, die Investition der Gemeinde direkt in erneuerbare Energien in zwei Gemeinden. Die energetische Sanierung von Gebäuden spielt mit acht Antworten für die Gemeinden und mit vier Antworten für die Landkreise eine erhebliche Rolle. Fünfmal werden bei den Gemeinden Bürger-Photovoltaik-Anlagen, die Nutzung von Holz oder Biomasse und die notwendige Bürgerbeteiligung und Information der Bürgerinnen und Bürger genannt. Auffällig ist, dass die Holznutzung in den Landkreisen mit fünf von acht möglichen Antworten proportional mehr Aufmerksamkeit genießt als in den Gemeinden mit fünf von neuunddreißig möglichen Antworten. Das Thema scheint im Landkreis mehr angekommen zu sein als in den Gemeinden.

Einer der Interviewpartner aus Wanfried benennt den Energiemix und Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Dächern bei dieser Frage:

„Die größten Herausforderungen sind sicherlich, zu einem entsprechenden Energiemix beizutragen. Wobei man eben hier schauen muss, inwieweit halt die Kommune oder eine politische Partei oder eben das Parlament Hilfestellungen geben können. Und ich denke mal, die größte Herausforderung für uns auf kommunaler Ebene ist dann eben, ja, eine Errichtung einer, also dieser Solaranlagen, also dieser Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäudeflächen.“

Und ein Befragter aus Eschwege sieht wenig Potential für Erneuerbare Energien in der Stadt:

„Das zielt ja drauf ab, im Endeffekt zumindest CO₂-neutral erst mal die Stadt aufzustellen. Da hat Eschwege das Problem, dass es im Bereich der erneuerbaren Energien jetzt nicht wirklich viele Quellen hat. Sprich mit Photovoltaik, das ist ja immer nur ein sehr kleiner Teil, den man damit abdecken kann. Wir haben ein bisschen Wasserkraft durch die Werra. Und wir haben perspektivisch keine Chance, hier mit Windkraft was zu machen. Man braucht nur mal in den Regionalplan zu gucken, dann weiß man, dass wir hier in dem Bereich keine

Vorrangflächen haben. Die sind halt um Eschwege herum. Es wird also sehr schwer, hier Windkraft zu etablieren.“

Der Nutzen regionaler Wertschöpfung wird von einem Interviewpartner in Wolfhagen benannt:

„Dass wir versuchen, Beispiel Biogas, mit den Landwirten gemeinsam die Dinge umzusetzen, die uns hier auch möglich sind, das heißt der Flächenbedarf, der da ist, beziehungsweise die verfügbaren Flächen entsprechend nutzbar zu machen und die Technologie einzusetzen. Das heißt auch zum Beispiel im Solarbereich die Flächen in der Kommune nutzbar zu machen. Private, aber auch kommunale Flächen nutzbar zu machen. Und das heißt eben auch besonders hier in Wolfhagen, dass wir versuchen wollen, bis zum Jahr 2015 unseren Strom selbst zu produzieren. [...] Und wir sind derzeit noch an einem anderen Projekt, da geht es um Holzvergasung. Da können wir mit einem sehr innovativen Verfahren aus Wolfhagen, hat ein Bürger unsere Stadt entwickelt, über die Holzvergasung auch Wärme, Strom produzieren. Und das eben auch so, dass die Ressourcen dieser Region, die Ressourcen der Stadt genutzt werden und vor allen Dingen, dass eben auch die Erträge in der Region bleiben. Das heißt, die wirtschaftlichen Vorteile bleiben auch hier vor Ort und das Geld wird nicht komplett nach Aussen transferiert. Im Moment geben wir in Wolfhagen so ungefähr 15 bis 20 Millionen aus, also alle Bürger gemeinsam für Energie. Strom, Benzin, Öl, Gas und, und, und, ne. Und wenn wir davon einen Teil in der Region belassen können, da können wir damit ein klares Signal zur regionalen Wertschöpfung setzen und das möchten wir natürlich auch mit umsetzen. Und dabei natürlich auch das Klima noch ein Stück weit schonen.“

„Woher kam der Anstoß dazu?“

Die Frage nach dem Anstoß der einzelnen Maßnahmen wie zum Beispiel Photovoltaik-Anlagen wurde nicht von allen Interviewpartnern beantwortet, da diese oftmals den Anstoß nicht nennen konnten oder wollten. Beim Landkreis taucht das Konjunkturpaket dreimal als Antwort auf. Zudem geben im Laufe des Interviews gleich zwölf Gemeindevertreter und Bürgermeister an, dass das Konjunkturpaket der Bundes- und Landesregierung den Anstoß für die energetische Sanierung von Gebäuden gegeben habe. Vorher standen einfach keine ausreichenden Mittel für diese Maßnahmen zur Verfügung. Bei den genannten Antworten taucht am zweithäufigsten die Gemeindevertretung mit acht Antworten auf. Jeweils sechsmal wurde für die Gemeinden als Anstoßgeber die Bevölkerung genannt, ebenso häufig wie die Bürgermeister. In Körle berichtet man von einem für die Gemeinde fruchtbaren Anstoß von außen:

„Gut, das waren jeweils Anstöße, die von Aussen kamen, bei den Windrädern hat man natürlich – sagen wir einmal – Projektentwickler oder nennen wir es Investoren, die hier vorstellig geworden sind und haben nach Flächen gefragt. Mit denen haben wir dann letzten Endes hier – sagen wir einmal so – ein

Konzept entwickelt, wo, an welchen Standorten, wie viele Anlagen hinkommen. Das war, wie gesagt, aus dem Kreis von Investoren angestoßen worden. Aber auch die Solaranlagen, speziell jetzt Photovoltaik-Anlagen, sind im Grunde genommen auch von privater Seite hier angestoßen worden. Zunächst haben wir daran gedacht, nur Dachflächen zu vermieten. Aber wir haben es dann quasi aufgrund des Anstoßes von Investoren einmal näher angesehen und haben uns dazu entschieden, selbst zu investieren.“

In Felsberg wird demgegenüber ein innerkommunaler Anstoßgeber verortet:

„Ja, der Anstoß kam aus einer Agenda-Gruppe, lokalen Agenda-Gruppe, Umwelt, Wirtschaft, Energie. [...] Und dort war dann schon die Überlegung, nachdem wir entsprechende Fortbildungen und Informationsveranstaltungen gemacht haben, doch auch sozusagen in konkrete Projekte einzusteigen.“

„Wurden in Ihrer Gemeinde Vorhaben der nachhaltigen Energiewirtschaft gebremst oder gestoppt aufgrund anderer Interessen?“

Die Antworten auf diese Frage sind eher gespalten. So bejahen fünfzehn Interviewpartner auf Gemeindeebene die Frage, vierundzwanzig verneinen sie. Bei den Landkreisen, Unternehmen und Vereinen überwiegt jeweils der Anteil der Ja-Stimmen.

In Bebra wird die Situation folgendermaßen beschrieben:

„Man kann jetzt nicht sagen, dass da etwas verhindert ist. Aber es kommt einfach auf Seiten der Mehrheitsfraktion keine Stimmung auf, dort einen Weg zu gehen.“

Neunzehn Gründe für das Bremsen oder Stoppen von Vorhaben der nachhaltigen Energiewirtschaft werden genannt, darunter am häufigsten der begrenzende Faktor Geld sowie Vorbehalte gegenüber Windkraft aufgrund von Sorgen um den Landschaftsschutz, die Tiere und den Schlagschatten der Rotoren. Aber auch die anderen erneuerbaren Energien – etwa in Form von Wasserkraftanlagen, Solarparks oder Biogasanlagen – stoßen in manchen Gemeinden auf Ablehnung.

Das Finanzierungsproblem wird auch in Ahnatal angesprochen:

„Ja, dass denke ich schon, weil man kann das Geld nur an einer Ecke ausgeben und wenn man dafür lieber ein großes Feuerwehrhaus baut mit allem Schicki-Micki, den Porsche unter den Feuerwehrhäusern, dann fällt die nachhaltige Energie da hinten runter. Dafür gibt es weitere Beispiele, wenn man die Sporthalle nimmt, da müssen erst mal neue Geräte rein bevor da die, ja, die Energieeinsparmaßnahmen erfolgen. Also die Priorität, sicher, wir wollen Energie sparen, aber erste Priorität hat das nicht.“

Ähnlich wird von einem Interviewpartner aus Kassel argumentiert:

„Also, das kann ich eigentlich so nicht sagen. Das Einzige, was man sagen muss, ehrlicherweise, ist ganz einfach, dass dem Wünschenswerten oftmals die finanzielle Realität gegenübersteht. Dass heißt also, dass aufgrund von Finanz- oder Personalknappheit vielleicht nicht alles, was wünschenswert ist, auch umgesetzt werden kann.“

Widerstand der ortsansässigen Bevölkerung wird im Werra-Meißner-Kreis benannt:

„Wenn, also, nein, gebremst, wir fördern eigentlich immer. Das, was bei uns leider häufig der Fall ist, dass in der Bevölkerung die, ja, die Anlagen, ich sage mal, die Anlagen, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden, unter Umständen auch nicht so gern gesehen werden oder da noch mit Vorurteilen behaftet sind. Also, ich denke jetzt an die Biogasanlage, die wir mal auf der Deponie errichten wollten. Und das wurde dann eben auch durch eine Bürgerinitiative gestoppt. Also wir, wir sind es nicht, wir sind eher der pushende Faktor und es sind also eher unsere Bürger, die das dann nicht so gern wollen, das Gleiche ist ja auch immer bei der Windkraft. Auf der einen Seite will man erneuerbare Energien, aber dann immer nicht vor der eigenen Haustür. Das ist also immer so eine schwierige Geschichte.“

„Was müsste geschehen, damit Ihre Gemeinde noch stärker die nachhaltige Energiewirtschaft fördert beziehungsweise diese noch stärker selber praktiziert?“

Immer wieder wird, sowohl auf der Ebene der Gemeinden als auch auf der Ebene der Landkreise, mehr Geld bzw. Personal als die zentrale Bedingung benannt, damit die Gemeinde sich dem Thema der nachhaltigen Energiewirtschaft mehr widmen kann. Ein spezielles Förderprogramm für erneuerbare Energien wünschen sich fünf Interviewpartner auf Gemeindeebene sowie zwei aus den Unternehmen. Die Investitionen müssten sich noch besser rechnen, meinen fünf Interviewpartner aus den Gemeinden und einer aus dem Landkreis. Aufklärung und Bewusstseinsbildung wird sowohl auf der Ebene der Gemeinden, der Landkreise, in den Unternehmen und Vereinen als Bedingung genannt, bei den Vereinen ist dies sogar die häufigste Antwort auf die Frage. Keine Veränderung ist in den Augen von fünf Interviewpartnern auf Gemeindeebene notwendig, die Bedingungen seien schon gut genug.

Der Autor weist an dieser Stelle darauf hin, dass die Interviews weitgehend vor Bekanntwerden der zur Jahresmitte 2010 angekündigten Kürzungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes geführt wurden, da diese Veränderung ggf. auf die Einschätzung der Interviewpartner gewirkt hätte.

Bei einem Befragten aus Körle steht die Verteuerung der fossilen Energieträger oder die Förderung der Erneuerbaren Energie im Zentrum der Antwort:

„Ja, sagen wir einmal, natürlich ist ein steigender Ölpreis immer, sage ich einmal, ein Motivator, sich mit Alternativen zu befassen. Ich will nicht sagen, dass es jetzt mein Wunsch ist, aber auf jeden Fall ist es so, wenn die Leute einen Euro oder mehr für das Öl, für den Liter Öl ausgeben müssen. Dann wird natürlich auch der Leidensdruck ein bisschen höher. Insofern glaube ich schon, dass halt auch steigende Energiekosten die Leute zu Alternativen treiben. Darüber hinaus, ja, was müsste geschehen. Also, im Grunde genommen ist natürlich generell auch eine Förderung von regenerativen Energien, auf die wir natürlich auch bei unseren Projekten mit der Holzhackschnitzelheizung sehen konnten, auch immer eine Sache, die letzten Endes da förderlich ist.“

Ein Interviewpartner aus Felsberg betont die Notwendigkeit gesteigerter finanzieller Möglichkeiten:

„Wir brauchen mehr Geld. Die Idee ist da, wir haben viele Konzepte da, das Bewusstsein ist dazu da, wir brauchen mehr Geld. Ganz einfach, ganz direkt.“

Die Schließung von Rentabilitätslücken wird in Eschwege angesprochen:

„Also ich denke, wir haben hier schon eigentlich ein hohes Maß an Übereinstimmung sowohl innerhalb der städtischen Gremien wie auch mit der Bevölkerung und auch unser mittelständisches Handwerk sieht die neuen Chancen. Und deshalb sind wir hier schon auf einem guten Weg. Natürlich ist es für die Mitwirkungsbereitschaft privater Eigentümer, sich dieser Entwicklung zu öffnen. Das ist natürlich auch immer eine Frage der Finanzierbarkeit. Und deshalb halte ich es doch für erforderlich, dass man sich anschaut, wie man auch bei privaten Investitionen vorhandene Rentabilitätslücken schließen kann. Wobei wir ja nicht wissen, wie sich die Energiepreise entwickeln. Ich gehe davon aus, dass die Energiepreise weiter steigen werden, also die der fossilen Energieträger zum Beispiel. Und das alleine führt ja dann schon dazu, dass auch das Umschwenken auf regenerative Energien immer attraktiver und wirtschaftlicher wird.“

Ergebnisse

Die Analyse der in den nordhessischen Städten und Gemeinden geführten Interviews legt den Schluss nahe, dass unterschiedliche Typen von Städten und Gemeinden existieren, welche sich insbesondere durch die Art unterscheiden, wie sie auf ähnlich gelagerte Herausforderungen in Sachen nachhaltiger Regionalentwicklung reagieren. Der Autor unterscheidet in diesem Zusammenhang erstens die blockierte Gemeinde, zweitens die Gemeinde, welche sich der Privatwirtschaft öffnet und drittens die Gemeinde, welche selber investiert. Diese drei Idealtypen werden im Folgenden dargestellt, danach wird unter viertens ein Beispiel für intermediäre Fälle erläutert. Unter fünftens wird auf die Möglichkeiten der Förderung von Gemeinwirtschaft eingegangen.

Die blockierte Gemeinde

Politische Vertreter einer blockierten Gemeinde sehen aufgrund der finanziell desolaten Situation der öffentlichen Haushalte und insbesondere der kommunalen Haushalte keine Möglichkeit, Investitionen zu tätigen. Blockierte Gemeinden sind in erster Linie wirtschaftlich blockiert, daraus resultiert dann quasi eine Blockade von Investitionen durch die Gemeindevertreter.

„In den letzten Jahren hat sich die finanzielle Situation der Kommunen vielfach verschlechtert. Einerseits sind die Einnahmen stark rückläufig – und hierbei macht sich auch der Rückgang der Einwohnerzahlen und Steuerpflichtigen bereits bemerkbar – auf der anderen Seite sind die Ausgaben auf gleichem Niveau geblieben oder haben sich sogar erhöht. Dies führt zu Sparzwängen und häufig können geplante Vorhaben nicht mehr realisiert werden.“¹¹

Die Probleme einer blockierten Gemeinde beschreibt ein Interviewpartner aus Schwalmstadt folgendermaßen:

„Also, wie gesagt, uns fehlen die Gelder, um zu investieren. Und bei den zusammenbrechenden Finanzen der Kommunen wird das noch dramatischer [...] da müsste die Finanzkraft der Kommunen stärker sein. Nur wir werden im Moment von anderen Aufgaben regelrecht aufgefressen.“

Insbesondere im Bereich der Energiewirtschaft beraubt sich die blockierte Gemeinde selber ihrer möglichen Entwicklungspotentiale, da Dank dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und anderen förderlichen Parametern viele Investitionen in diesem Bereich auch rein finanziell gesehen ein Gewinn wären, wie mehrere Interviewpartner äußern, etwa ein Befragter aus Wolfhagen:

„Also, bei der Nutzung erneuerbarer Energien sehe ich die Chance, dass wir die wirtschaftliche Entwicklung in der Kommune positiv beeinflussen können.“

Und im Werra-Meißner-Kreis wird die energetische Nutzung der ohnehin anfallenden Ressourcen geplant, also

„sämtliche kommunalen Reststoffe, die in der Hand der Behandlung des Kreises liegen, ich denke jetzt mal an grüne Tonne, Bio-Abfall, Restholzschnitte, Grünschnitt aus Sukzessionsflächen. Dass diese in einer energetischen Anlage behandelt werden.“

Auch im Schwalm-Eder-Kreis wird mit leeren Kassen argumentierenden Gemeindevertretern widersprochen:

„Im Gegenteil, ich spare langfristig gesehen Geld.“

¹¹ Kreisausschuss des Werra-Meißner-Kreises (2009), S. 44.

Ähnlich wird von einem Befragten im Landkreis Kassel formuliert:

„Man muss nur wirklich langfristig rechnen und dann kann man solche Projekte auch mit knappen Kassen umsetzen. Denn es ist letztlich ja langfristig gesehen eine Kosteneinsparung, auf regenerative Energien umzusetzen.“

So sieht man es auch im Schwalm-Eder-Kreis, gute Finanzen seien

„Nicht zwingend, ich glaube, dass das eine, eine Frage von Prioritäten ist. Es gibt Gemeinden, denen es besser geht, die aber trotzdem nicht dieses Themenfeld haben als Hauptbetätigungsfeld.“

Zu den Finanzen heißt es dementsprechend von einem Interviewpartner in Marburg:

„auch diejenigen, die arm sind, also diejenigen, die keinen Spielraum haben finanziell, haben genug Möglichkeiten, weil nicht nur der Privatmann, die Privatpersonen, auch die Kommunen können mit erneuerbaren Energien richtig Geld verdienen. Also da braucht es kein Geld für, sondern genauso, wie man die Photovoltaikanlage privat über eine Bank komplett finanzieren und abtragen kann, so kann das auch jede Kommune machen. Also, um ein großes Photovoltaik-Programm aufzulegen, brauch keine Kommune Geld.“

Ob blockierte Gemeinden die Botschaft in Entscheidungen umsetzen können, hängt natürlich von mehreren Faktoren ab, etwa von politischen Mehrheiten, von der Überzeugung der Bevölkerung und von der Bereitschaft und dem Mut zur Veränderung.

Was die Gemeindevertreter und Bürgermeister selber vorschlagen, um sich gewissermaßen aus der Blockade zu lösen, um sich nachhaltiger zu entwickeln im Bereich der Energiewirtschaft, wird ausführlich im Rahmen der Dissertation behandelt. Als förderliche Ausgangsbedingung wird mehrfach eine in Richtung nachhaltige Energiewirtschaft ausgerichtete Überzeugung angesprochen, dies besonders bei den politischen Entscheidungsträgern der Kommune, aber auch in der Gesamtbevölkerung. Die Notwendigkeit der Überzeugung der Gesamtbevölkerung ist verständlich erklärbar durch die Begrenztheit einer Legislaturperiode. Steht bei einer Neuwahl die Gesamtbevölkerung nicht hinter den ergriffenen Maßnahmen, sind die politischen Entscheidungsträger schnell abgewählt und deren politische Entscheidungen werden dann nicht fortgeführt.

Ebenfalls zentral in zahlreichen Interviews ist die förderliche Ausgangsbedingung Geld. Entweder über Mittel im Haushalt der Gemeinde, über eine noch nicht vollständig ausgeschöpfte Kreditwürdigkeit oder durch ein Förderprogramm sollte nach Meinung mehrerer Interviewpartner die finanzielle Basis gesichert werden. Dabei sind einige Interviewpartner der Ansicht, dass eine instabile finanzielle Situation sogar Gemeinden eher zur Begehung neuer Wege

verleiten kann und nicht in jedem Falle bremsend wirken muss, etwa auf die Bestrebungen im Bereich der erneuerbaren Energie.

In blockierten Gemeinden sind keine positiven ökologischen und sozialen Folgewirkungen zu erwarten, wenn erwartungsgemäß keine Maßnahmen erfolgen.

Die Gemeinde, welche sich der Privatwirtschaft öffnet

Ein Interviewpartner aus Felsberg berichtet über die Vergabe kommunaler Dachflächen an Dritte:

„Wir bieten auch unsere Dächer an, damit auch Private auf den öffentlichen Dächern unter Zahlung einer Miete Photovoltaikanlagen anbringen können und wir sind gerade auch in Überlegungen, einen Bürgersolarpark auf einem Gewerbegebiet einzurichten.“

Dabei kommt die Überlegung zur Beteiligung der eigenen Bürger nicht von ungefähr, immerhin droht bei der Vergabe an Private oder Privatunternehmen ein Abfluss der Gewinne, wohingegen diese bei einer Beteiligung der ortsansässigen Bevölkerung zumindest potentiell vor Ort verbleiben könnten. Gemeinden, die sich der Privatwirtschaft öffnen, dabei aber nicht selber investieren, erkennen zumindest die Möglichkeiten, wenngleich sie diese nur mittelbar ergreifen bzw. eher passiv agieren.

Eine quasi passive Öffnung gegenüber der Privatwirtschaft lässt positive Folgewirkungen im Bereich Ökologie erwarten, da Maßnahmen wie beispielsweise Photovoltaikanlagen durch die Privatwirtschaft umgesetzt werden. Der Bereich Soziales bleibt dann auf der Strecke, wenn die durch die Maßnahmen erzielten Gewinne das Gemeindegebiet verlassen.

Die Gemeinde, welche selber investiert

Neben den blockierten Gemeinden, den Gemeinden, die sich der Privatwirtschaft öffnen gibt es einige Gemeinden, die nicht nur mittels Gewerbesteuer insbesondere an der Entwicklung der dezentralen Erneuerbaren Energie partizipieren wollen. Sie investieren selber. Man könnte auch von selbstbestimmten Gemeinden sprechen, diese lassen sich auch durch die Notwendigkeit einer Kreditaufnahme nicht von den Aktivitäten im Bereich der Energiewirtschaft abhalten. Immerhin wird schlussendlich in der überwiegenden Mehrzahl auch von wirtschaftlich tragfähigen Investitionen berichtet, die man nicht bereut hat. Beispiele für solche Städte sind Kassel und Marburg. So heißt es in Marburg:

„Wir betreiben zum Beispiel über unsere Stadtwerke drei Windkraftanlagen, wir betreiben über unsere Wohnungsbaugesellschaft zahlreiche Photovoltaikanlagen. Ja. Mit etwas mehr als ein Megawatt Leistung. Wir haben in der Stadt verschiedene Programme aufgelegt, dass wir sehr energiesparend dämmen. Wir haben, glaube ich, den ersten Kindergarten landesweit, ich glaube sogar bundesweit, im Passivhausstandard gebaut. Wir versuchen, alle städtischen Gebäude mit sehr hohen Dämmstandards, die wir anpacken, also, wo wir sanieren, zu dämmen. Wir haben ein Gebäude, ich glaube auch, dass es das erste Bürogebäude zumindest in Hessen ist, was im Passivhausstandard saniert wird.“

Und aus Kassel wird berichtet:

„Also, wir sind bemüht, auf städtischen Gebäuden, wo es geht, Solarstromanlagen zu installieren. Wir haben ein eigenes Wasserkraftwerk, das auch Strom anbietet für Privathaushalte, also über das Netz der städtischen Werke.“

Durch die gemeindeeigenen Investition wird eine positive ökologische Folgewirkung erreicht, da sich ein geringerer Ressourcenverbrauch oder auch die stärkere Nutzung erneuerbarer Ressourcen ergibt. Zudem verbleibt der Gewinn der getätigten Maßnahmen in der Gemeinde. Auch Energiegenossenschaften können positive Folgewirkungen im ökologischen und im sozialen Bereich für sich in Anspruch nehmen.

Die Gemeinde, welche die Gemeinwirtschaft fördert

Gemeinden können, wie beispielsweise in Jühnde geschehen, die Gemeinwirtschaft etwa durch die Unterstützung von Energiegenossenschaften fördern. Durch die Investitionen der Energiegenossenschaft wird – analog zur Investition durch die Gemeinde selber – eine positive ökologische Folgewirkung erreicht, da sich ein geringerer Ressourcenverbrauch oder auch die stärkere Nutzung erneuerbarer Ressourcen ergibt. Zudem verbleibt der Gewinn der getätigten Maßnahmen in der Gemeinde, falls die Energie-Genossen vollständig oder überwiegend ortsansässig sind.

So gibt ein Befragter aus Jühnde an:

„Der Anstoß innerhalb des Dorfes ging vom Gemeinderat aus. Es fanden sich aber sehr schnell Mitbürger, die sich bereit erklärten, mit zu arbeiten, was sehr hilfreich war. Meine Idee war, keinen Investor (Firmen usw.) aufzunehmen, sondern eine Genossenschaft zu gründen, wo nur Wärmekunden als Mitglieder aufgenommen werden sollten. Resultat: Die Gesamtanlage gehört den Mitbürgern.“

Intermediäre Gemeinden

Es gibt neben den Idealtypen auch intermediäre Städte und Gemeinden, welche sich zum Beispiel von der Öffnung für die Privatwirtschaft in Richtung der eigenen Investition bewegen. Davon berichtet ein Befragter aus Wolfhagen:

„Es gibt, hier in Isthia private Betreiber, die schon Windkraftanlagen betreiben, ja. Das war vor zehn Jahren, nein, dass war eine Initiative, die kam aus privater Motivation heraus. Ich denke mal, zehn Jahre ist es bestimmt her, kann auch schon ein bisschen länger sein, vielleicht auch schon zwölf, die gesagt haben, wir wollen es machen und dann hat die Stadt die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Aber heute sind wir auf einem anderen Standpunkt, ist also alles viel weiter entwickelt.“

Gemeinden sind nicht durch unabänderliches Schicksal entweder blockiert, passiv oder aber selbstbestimmt. Vielmehr gilt es, gestärkt von einem aktiven Kern an Menschen, die Möglichkeiten der Gemeinde zu eruieren und zu diskutieren, dann aber die Umsetzung der geeignetsten Maßnahmen nicht zu vergessen und sich durch einen desolaten Haushalt oder andere Rückschläge nicht von der Umsetzung der Nachhaltigkeit abbringen zu lassen. Die EU, der Bund und die Länder sind davon unbenommen aufgerufen, den Gemeinden insbesondere die finanziellen Möglichkeiten zum Nachhaltigkeits-Engagement zu verschaffen.

Der schon zuvor benannte „Stern Review on the Economics of Climate Change“ zeigt, dass die Kosten des Nichtstuns deutlich höher wären als Investitionen in den Klimaschutz. Die Zeit zu handeln ist jetzt.

Kommunalpolitik und Verwaltung

Worin bestehen die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden und Landkreise? Welche Handlungschancen der Bundesebene gibt es? - Letztere werden nur am Rande benannt.

Niemand ist für eine Klimaveränderung mit katastrophalen Auswirkungen auf unsere Lebensverhältnisse in der Zukunft. Das Verhalten der entscheidenden Akteure legt es aber nahe, dass eine

“derartige Veränderung mit zunehmender Wahrscheinlichkeit eintreten wird. Warum gibt es diese Diskrepanz? Dafür lassen sich zwei wesentliche Gründe anführen: die Unwissenheit über die Zusammenhänge und das Ausmaß der Be-

drohung sowie die Gleichgültigkeit oder auch der Mangel an Verantwortung gegenüber der Zukunft.“¹²

Eine entscheidende Ebene der Verantwortung ist die Gemeinde. Hier gibt es zahlreiche Möglichkeiten, energiesparende und klimarelevante Maßnahmen durchzuführen oder – im Bereich der nachhaltigen Ernährung – eine regional-biologische Schulspeisung und dementsprechende Kindergartenverpflegung zu organisieren. Heizung, Nahwärme, Stromerzeugung, Raumordnung und Baupläne, sie alle können, wie etwa in Marburg mit Auflagen im Bebauungsplan geschehen, dazu beitragen, den Energieverbrauch zu senken, die CO₂-Emissionen zu reduzieren und insgesamt nachhaltiger zu werden.¹³ Die Transformation zu flächendeckend nachhaltigen Kommunen sowie der damit verbundene Schutz der Erdatmosphäre stehen derzeit noch aus: „Was die traditionellen politischen Entscheidungsfindungsprozesse betrifft, so wird mit den globalen Umweltproblemen, wie dem Treibhauseffekt, immer deutlicher, dass hier eine Neuorientierung notwendig wird. Ohne eine neue Kultur der Entscheidungsfindung werden die Ergebnisse langfristig nicht mehr geeignet sein, um beständige und tragfähige Lösungen zu finden.“¹⁴

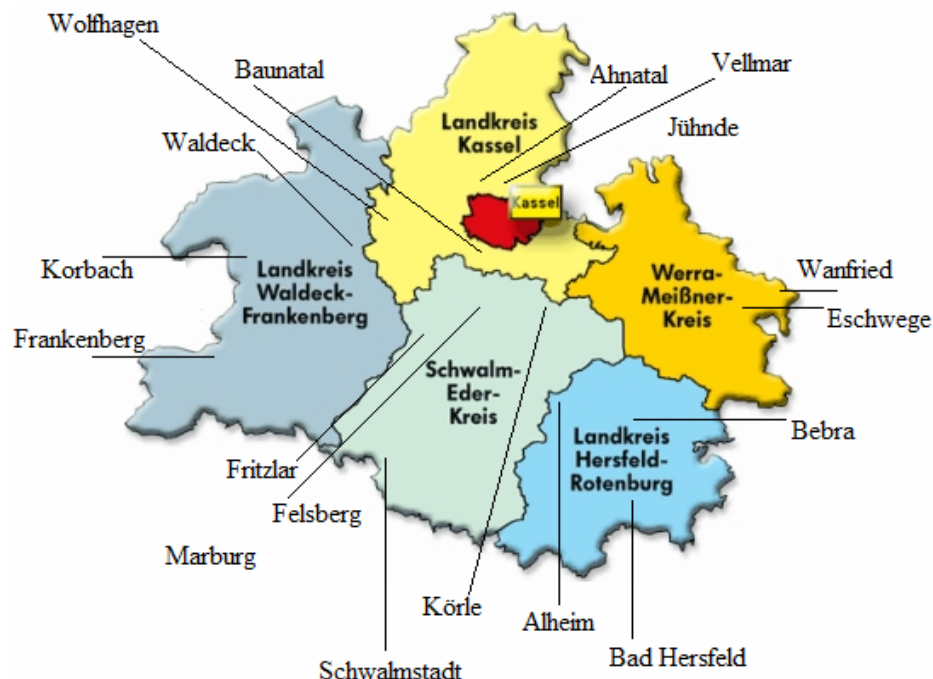
Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurden die förderlichen und hemmenden Faktoren der kommunalen Nachhaltigkeitsentwicklung untersucht. Der Autor stellt den Bürgermeistern, Gemeindevertretern und Landkreisvertretern neben der Arbeit daher auf der nächsten Seite auch einen übersichtlichen Maßnahmenkatalog zur Verfügung, welcher Wege aufzeigen soll, um Gemeinden und Landkreise –insbesondere in den Bereichen Ernährung und Energiewirtschaft – näher an die Nachhaltigkeit insgesamt bzw. an einige Ausprägungen derselben heranzuführen. Die positive Reaktion der Gemeinden auf die Mittel des Konjunkturpaketes zeigen zum Beispiel, dass finanzielle Möglichkeiten auch häufig zu Investitionen in energetische Nachhaltigkeit geführt haben. In Anbetracht dieser Feststellung sind die erheblichen Kürzungen – etwa der Einspeisevergütungen des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) – als nachhaltigkeitschädigend zu bezeichnen. Eine Empfehlung für die Bundesebene kann also nur darin liegen, den Gemeinden die finanziellen Möglichkeiten zu verschaffen, um sich nachhaltig zu entwickeln, wobei dem Autor bewusst ist, dass diese Forderung schon vielfach etwa vom Städte- und Gemeindebund erhoben und doch von den Verantwortungsträgern bisher zurückgewiesen wurde.

¹² Kopetz, Heinrich (1991), S. 156.

¹³ Vgl. Kopetz, Heinrich (1991), S. 157.

¹⁴ Schneider, Werner (1990), S. 10.

Karte der untersuchten Gemeinden und Landkreise im Bereich Energiewirtschaft



Fördernde und hemmende Faktoren der nachhaltigen Energiewirtschaft

Fördernde Faktoren	Hemmende Faktoren
1. Lokale Aktivität: Wenn sich Gemeindevertreter, Bürgermeister und die Bevölkerung insgesamt dem Thema nachhaltige Energiewirtschaft mit hoher Priorität widmen, sind Erfolge wahrscheinlicher als ohne dieses Engagement. 2. Finanzen: Investitionen in Erneuerbare Energien, das Energiesparen und in Energieeffizienz machen sich auch rein ökonomisch bezahlt. Wenn eine Gemeinde keine Förderung durch Land, Bund oder EU erhält, sollte sie dennoch nicht die Aufnahme von zweckgebundenen Krediten scheuen. 3. Austausch mit anderen Gemeinden: Der Austausch mit und die Inspiration	1. Verhinderungsplanung: Insbesondere die Windenergienutzung erlebt eine wachsende Akzeptanz, selbst bei Nachbarn solcher Anlagen. Um das Potential der Erneuerbaren Energien besser als derzeit zu nutzen, sollten kommunale Gremien und Kommunalverwaltungen den Energiewandel als Chance begreifen und nicht als Eingriff in das gewohnte Landschaftsbild. 2. Einfluss bestehender Machtstrukturen: Der Einfluss von großen Energiekonzernen, welche die Gemeinden potentiell in ihrer Entwicklung der lokal verfügbaren

durch andere Gemeinden kann nur hilfreich sein für überwiegend ehrenamtlich gestaltete Lokalpolitik. Der Kontakt sollte natürlich vornehmlich mit erfolgreichen Gemeinden wie Jühnde, Wolfhagen oder Marburg gesucht werden, um diesen Wegen zu folgen.

4. Prüfung aller kommunalen Optionen

Gemeinden können sich in der Rolle des Produzenten, Konsumenten, Planers und Investors in Sachen maximierte Nachhaltigkeit betätigen, auszugsweise seien hier einige denkbare Möglichkeiten benannt: Energieeinsparung; Nutzung Erneuerbarer Energien durch die Kommune selber; Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie; Einkauf von Ökostrom; Erstellung eines Solarkatasters; Vermietung kommunaler Dachflächen zur Nutzung der Solarenergie; Energieberatung aller Energieverbraucher durch die Gemeinde; Energetische Nutzung von Holz; Kommunales Förderprogramm für Solarthermie; Öffentlichkeitsarbeit für Erneuerbare Energien und Energieeinsparung; Gründung einer Multi-Stakeholder-Genossenschaft für lokale Produktion und Konsum von Erneuerbaren Energien in der Gemeinde durch die Gemeinde mit den Produzenten erneuerbarer Energien und mit den Konsumenten; Car-Sharing usw.

Erneuerbaren Energien behindern können, muss begrenzt werden. Eine Einflussnahme in kommunalen Gremien ist auszuschließen.

3. Geringer Überzeugungsgrad:

Je weniger die Bevölkerung insgesamt, aber auch die Gemeindevertreter, beispielsweise über den Nutzen regionaler Wirtschaftskreisläufe wissen, umso potentiell geringer fällt die Unterstützung einer lokalen Energiewirtschaft und einer regional-biologischen Verpflegung in den Kindergärten aus. Daher ist hier eine förderliche Öffentlichkeitsarbeit angeraten.

4. Verankerung in Parteiprogrammen:

Für die Entwicklung einer Gemeinde darf es nicht von Belang sein, welcher Partei die Mehrheit in der Gemeindevertretung oder der Bürgermeister angehört. Auch wenn auf Bundesebene einige Parteien den Erneuerbaren Energien, andere der Atomkraft oder der Kohleverbrennung nahe stehen, so ist die Gemeinde davon unabhängig und sollte die sich durch das EEG bietenden Chancen vollumfänglich nutzen.

Quellenverzeichnis:

Focus (2010): Desaster Weltklimagipfel, Berlin.

http://www.focus.de/politik/deutschland/un-desaster-weltklimagipfel-hoffen-auf2010_aid_463873.html , eingesehen am 28.06.2010.

Kopetz, Heinrich (1991): Nachhaltigkeit als Wirtschaftsprinzip, Österreichischer Agrarverlag, Wien.

Kreisausschuss des Werra-Meißner-Kreises (2009): Demografiebericht 2009 Werra-Meißner-Kreis, strohmeyer dialog.druck GmbH, Wehretal.

Schneider, Werner (1990): Treibhauseffekt-Eine Überlebensfrage fordert Umdenken und Handeln, in: Kerner, Dagny; Kerner, Imre (Hrsg.): Der Klima-Report, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln.

Empfohlene Literatur:

Alt, Franz (1990): Brauchen wir einen grünen Adolf, in: Kerner, Dagny; Kerner, Imre (Hrsg.): Der Klima-Report, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln.

CLIMATE ALLIANCE / KLIMA-Bündnis / ALIANZA DEL CLIMA

e.V.(2010): Die Rolle von Städten und Gemeinden,

<http://www.localclimateprotection.eu/437.html?&L=1>, eingesehen am 6. Juli 2010.

Diefenbacher, Hans (2008): Nachhaltigkeitsberichterstattung und kommunale Lernprozesse in einer gemeinwesenorientierten Ökonomie, in: Müller-Plantenberg, Clarita (Hrsg.): Der Bildungsprozess beim Aufbau der Solidarischen Ökonomie, Entwicklungsperspektiven Nr. 95, Kassel University Press GmbH, Kassel.

Hucke, Jochen (1999): Kommunale Umweltpolitik, In: Wollmann; Hellmut, Roth, Roland: Kommunalpolitischen Handeln in den Gemeinden, Leske+Budrich, Opladen.

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2002): Zukunftsfähiges Deutschland - Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Birkhäuser Verlag, Berlin.

Podium

Strukturen einer selbstverwalteten nachhaltigen Ernährung

Barbara Schweitzer

Um eine regional-biologische Schulversorgung als einen Zyklus zu entwickeln, der nicht beim Spülen des dreckigen Geschirrs endet, sondern über Bildung den Kreislauf wieder schließt, bedarf es einer abgestimmten regionalen Struktur und Koordination. Doch wer kann diese Koordination übernehmen? Mehrere Beispiele zeigen uns, wie dies trotz aller Hindernisse im Sinne einer gesunden Ernährung funktionieren kann. Es sind vor allem „Leuchtturmprojekte“, die sich derzeit in Gegenwart großer Caterer beweisen und ihre ganz eigene Qualität aufzeigen. Diese Qualität bezieht sich nicht ausschließlich auf eine regionale Nahrungsmittelproduktion und Weiterverarbeitung. Sie wirkt mit ihren Ansätzen auch auf eine nachhaltige Bildung der Kinder und Jugendlichen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze in einer lokalen Ökonomie, die Förderung der Ökologischen Landwirtschaft und der Belebung einer regionalen Identität.

So sehr auch die genannten Leuchtturmprojekte gelobt und öffentlich anerkannt sind, erschwert die Förderbürokratie ihre Übertragung auf andere Orte und andere Menschen enorm. Auch die Zuständigkeiten für die Bereitstellung der mittäglichen Mahlzeiten sind nicht immer einwandfrei geklärt oder wechseln, z.B. in der lokalen Politik, je nach aktueller Lage.

Verschiedene Institutionen haben an dieser Stelle die Möglichkeit, unterstützend für eine regional-biologische Schulversorgung einzutreten. So könnten zum Beispiel an Universitäten Bedarfsanalysen, Erhebungen der vorhandenen Versorgungsstrukturen und gegebenenfalls Machbarkeitsstudien durchgeführt werden. Oder auch die landwirtschaftlichen Verbände könnten in Bezug hierauf tätig werden, da ihnen im Interesse ihrer Mitglieder eine kontinuierliche Abnahme von Produkten am Herzen liegen sollte. Nicht zuletzt sollten die vorhandenen Strukturen der Solidarischen Ökonomie an dieser Stelle Verantwortung übernehmen und Zuarbeit im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit, öffentlichen Meinungsbildung, Kooperationsförderung und der regionalen Vernetzung leisten. Durch gezielt eingesetzte MultiplikatorInnen könnten die Ideen der bereits erfolgreich durchgeführten Projekte, wie z.B. im Schwalm-Eder-Kreis¹, weiter gestreut werden.

Nach Herrn Rainer Mathar stehen die „Großen“ bereits in den Startlöchern und warten darauf, den anstehenden Bedarf decken zu können. Und das werden sie ohne Weiteres übernehmen, wenn es nicht wie oben beschriebene Initiativen

¹ Vgl. Projektbericht „Regional-biologische Schulverpflegung im Schwalm-Eder-Kreis“
Internet:http://p1749.typo3server.info/uploads/media/Abschlussbericht_Regional-biologische_Schulverpflegung_02.pdf

und Projekte gibt, die sich zu solidarischen Ketten zusammenschließen, um regional-biologische Versorgung der nächsten Generation kombiniert mit Ausbildung hierüber vor Ort auf dem Bauernhof und in der Schule zu gewährleisten. Sie leisten auf diese Weise großartige Arbeit im Sinne einer nachhaltigen Bildung, regionaler Wertschöpfung und der Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region.

Wir diskutieren über die zunehmende Konkurrenz zwischen Biosprit und Nahrungsmitteln, was soll auf unseren Feldern gedeihen? Der Inhalt der geführten Diskussion bezieht sich ausschließlich auf die Deckung eines steigenden Energiebedarfes. Wäre es nicht im Umkehrschluss zukunftsweisender, die Wege zu verkürzen, die unsere alltäglichen Güter vom Anbau bis zum Konsum auf der Straße zu bringen? Es gibt viele Ansatzpunkte, die im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung für die Förderung regionaler und solidarischer Ketten sprechen. Die Ansätze einer regional-biologischen Schulversorgung sind in Nordhessen übertragbar auf andere Produkte, wie zum Beispiel die Herstellung von Textilien und die Weiterverarbeitung von Holz.

Punktuell gibt es in allen genannten Bereichen (Holz, Kleidung, etc.) bereits erste Initiativen, auch sind in der Region durch Praktika und Studienarbeiten erste Kontakte und Analysen durchgeführt worden.² Um kontinuierlich an der weiteren praktischen Umsetzung zu arbeiten bedarf es weiterer Plattformen für einen interdisziplinären Austausch zwischen Theorie und Praxis und vor allem zwischen den „Praktikern“. Selbstverwaltung braucht auch eine gewisse Organisation und Struktur, auch eine öffentliche Meinungsbildung, damit die konkrete Utopie nicht in den Weiten der Bürokratie verloren geht.

Gesunde Bildung

...,In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Übergewichtigen verdreifacht. Die WHO geht davon aus, dass bis zum Jahr 2010 etwa 20% der erwachsenen Bevölkerung und 10% der Kinder und Jugendlichen in Europa unter Adipositas leiden werden.“ (KIGGS-Studie, 2006)

„Der Bezug unserer Jugendlichen zu den Lebensmitteln ist extrem gering!“ (Klaus Adamaschek – Schullandheim Licherode)

Hinzu kommt die immer größer werdende Zahl von Ganztagschulen, die „irgendwie“ ein Schulessen anbieten müssen.

Dieser Film zeigt wie es eine Region schaffen kann, dass sich ihre KINDER BEWUSST und GESUND ernähren. Hierbei werden Kreisläufe aufgedeckt, die die Region SOZIAL, WIRTSCHAFTLICH und in ihrem SELBSTWERT-GEFÜHL stärken.

http://www.youtube.com/view_play_list?p=6B6BD8B90778EDE0&search_query=Gesunde+Bildung

² Weitere Informationen dazu findet man unter www.vfsoe.de

Keine Risikotechnologien: Lebensmittelwirtschaft und Verbraucherorganisationen unterzeichnen die Niedermöllercher Erklärung



Pressemitteilung 08.04.08 „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“

Gute Lebensmittel – Regional und ohne Agrotechnik vom Acker bis in den Einkaufskorb

Nach dieser Devise haben sich die Bürger und Bürgerinnen im Schwalm-Eder-Kreis bislang erfolgreich gegen Genmais-Anbauvorhaben des US-Konzerns Monsanto in Niedermöllerch gewehrt.

Viele tausend Menschen haben sich aktiv beteiligt und damit durch ihr praktisches Handeln zum Ausdruck gebracht, was durch viele repräsentative Meinungsumfragen seit Jahren bestätigt wird: Der weit überwiegende Teil unserer Bevölkerung lehnt die Genmanipulation bei Pflanzen und Tieren ab.

„Mit der Niedermöllercher Erklärung, die am 8.4. vorgestellt und von namhaften Akteuren aus der regionalen Lebensmittelwirtschaft und einem breiten Bündnis engagierter Verbraucherorganisationen und verantwortlicher Politiker unterzeichnet wurde, wollen wir ab sofort deutlich machen, wo es in unserer Region Lebensmittel „ohne Gentechnik“ gibt“ und damit den Druck auf die Gentes-Lobby weiter erhöhen, erklärte Dietmar Groß, Sprecher des Bündnis „kein Genmais im Schwalm-Eder Kreis“.

Grundlage dieser von den Landkreisen Schwalm-Eder und Kassel mitgetragenen Strategie ist die Gesetzesnovelle des Bundes zur Kennzeichnungsverordnung „neuartige Lebensmittel“, die im Dezember 07 im Bundestag und im Januar 08 im Bundesrat verabschiedet wurde.

„Wir wollen mit dieser Kampagne dazu beitragen, dass Landwirte und Lebensmittelhandwerker die Lebensmittelqualitäten erzeugen, die VerbraucherInnen haben wollen und wir wollen gleichzeitig dazu beitragen, dass unsere Kulturlandschaft nachhaltig bewirtschaftet und damit die Sicherung von Arbeit und Einkommen in unserer Region verbessert wird,“ begründete Landrat Neupärtl seine Unterstützung

„Ich freue mich über den Erfolg der Menschen in Ihrer Region über die ökologisch und ökonomisch äußerst fragwürdigen Interessen des US-Multis Monsanto. Mit der breiten Kampagne für gentechnikfreie Lebensmittel ist die Region Nordhessen bundesweit führend und ich hoffe, dass diese Initiative überall in Deutschland Nachahmung findet“ begründete Prof. Dr. Hubert Weiger seine Unterstützung.

Für die regionale Lebensmittelwirtschaft erklärten sich:

Bäckermeister Schwarz, Gudensberg

Metzgermeister Rohde, für den Förderverein Ahle Wurscht

Geschäftsführerin Arzt-Steinbrink für die Upländer Bauernmolkerei, Usseln

Braumeister Haaß für die Schwalm-Bräu, Schwalmstadt

Frau Brede für die Landmarkt-Direktvermarkter Nordhessen

Für die Verbraucherorganisationen erklärten sich:

BI Niedermöllrich: Herr Schäfer, Umweltverbände: Frau Glathe,

Ev. Kirche, Dienst auf dem Lande: Herr Koch

ASF,

SPD Schwalm-Eder, Frau Vaupel

Bündnis gentecfreies Hessen,

Bündnis 90 Grüne: Herr Häusling,

slow food Nordhessen: Herr Kniepkamp

Gute Lebensmittel brauchen keine Gentechnik:**Niedermöllricher Erklärung**

Die gentechnische Manipulation von Kulturpflanzen beinhaltet unvorhersehbare Risiken für die Landwirtschaft und unsere natürlichen Ökosysteme. Die Bevölkerung lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel in großer Mehrheit ab. Mit ihrem praktischen Handeln setzen sich die Unterzeichner dieser Erklärung dafür ein, dass in unserer landwirtschaftlich geprägten Region Nordhessen hochwertige Lebensmittel erzeugt und möglichst in regionalen Zusammenhängen verarbeitet und vermarktet werden.

1. Landwirte verpflichten sich, keine gentechnisch manipulierten Kulturpflanzen anzubauen.

Futtermittel sollten nach Möglichkeit aus dem betrieblichen oder regionalen Kreislauf stammen. Wo dies nicht möglich ist, werden nur Futtermittel eingesetzt, die nachweisbar gentechnikfrei sind.

2. Unternehmen des Lebensmittelhandwerks (Bäckereien, Metzgereien, Molkereien, Brauereien) verpflichten sich, keine genveränderten landwirtschaftlichen Rohwaren einzusetzen. Bei der Erzeugung von Milch und Fleisch dürfen keine genveränderten Futtermittel eingesetzt worden sein.

3. VerbraucherInnen, Umwelt- und Verbraucherorganisationen, Parteien und Verbände sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterstützen diese Zielsetzung und fordern die Bevölkerung auf, bei der Wahl ihrer Lebensmittel gentechnikfrei-gekennzeichnete Ware von Anbietern Ihres Vertrauens zu bevorzugen.

Das Besser-Esser-Konzept Schulessen, Ernährungsbildung und Regionalentwicklung¹

Klaus Adamaschek

Die Meldungen sind bekannt: Unsere Kinder essen bekanntlich zu viel und das Falsche, sie werden durch belastete Lebensmittel schleichend vergiftet, und Medienüberflutung und passiver Lebensstil steigern die Bewegungslosigkeit. Es fehlt das Wissen über die Grundlagen der eigenen Ernährung, und es fehlen die Regulative einer sozialen Esskultur. Dennoch geschieht nichts wirklich Durchgreifendes. Die einen verfallen angesichts der vermuteten Übermacht von Burger, Döner und Co. gleich in lamentierende Tatenlosigkeit, die anderen reiben sich in vielen kleinen Pilotprojekten und Modellversuchen auf, ohne dass die wichtigen Ergebnisse bisher tatsächlich zum großen Wurf geführt haben.

Dabei gäbe es vielversprechende Anknüpfungspunkte. In Deutschland entstehen Tag für Tag neue Ganztagschulen, und all diese Schulen müssen ein angemessenes Verpflegungsangebot bereitstellen. Hier bietet sich doch eigentlich die große Chance, „pädagogischen Zugriff“ auf die Ernährungsverbesserung unserer Kinder zu erhalten. Ganztagschulen könnten zum Vorreiter einer neuen Ernährungskultur werden.

Der folgende Artikel berichtet von zwei Modellversuchen zum Schulessen. Ihre Botschaft ist einfach: Lösungsansätze für die Ernährungskrise unserer Kinde liegen in den Regionen selber. Schulen und Kindertagesstätten, aber auch die Landwirtschaft können von kleinen regionalen Kreisläufen profitieren, die nicht nur zu einer durchaus nennenswerten Wertschöpfung führen, sondern Kindern auch wieder eine lustvolle Ahnung von den Grundlagen ihrer Ernährung vermitteln.

1. Das Praxisbeispiel des Ökologischen Schullandheims Licherode

Ausgangspunkt für die Entwicklung dieser alternativen Konzepte sind Erfahrungen aus der Praxis eines 15-jährigen Bildungsbetriebs und weit über 120.000 regionalbiologischen Verpflegungstagen an einem Umweltbildungszentrum in Nordhessen.

Am Ökologischen Schullandheim und Tagungshaus im Dorf Alheim-Licherode im Landkreis Hersfeld-Rotenburg verbringen alljährlich ca. 3.000 Kinder und 1.000 Lehrkräfte Umweltbildungswochen oder Seminartage. Licherode verwirklicht ein ganzheitlich ökologieorientiertes Grundkonzept unter bewusster Einbeziehung des regionalen Umfelds. Die 25 Arbeitsplätze, die das Projekt in den Bereichen Pädagogik, Hauswirtschaft, Verwaltung und Praktika

¹ Mit freundlicher Genehmigung von Klaus Adamaschek aus: Lotte Rose, Benedikt Sturzenhecker: 'Erst kommt das Fressen ...!': Über Essen und Kochen in der Sozialen Arbeit, VS Verlag 2009 ISBN: 3531160907, 316 Seiten

bietet, wurden so weit wie möglich aus der Region besetzt. Hinzu kommt, dass die Küche des Schullandheims die Lebensmittel für die regional-vollwertige Verpflegung der Gästegruppen so weit wie möglich direkt bei Bio-Erzeugern der Region und bei Landwirten in und um Licherode bezieht.

In Licherode haben seit 1995 ca. 40.000 Schulkinder Umweltbildungswochen verbracht. Lernort ist nicht das Klassenzimmer, sondern es sind Erlebnisorte wie Feuchtbiotop, Waldareale, Werkstätten und Bauernhöfe. Über 100, meist ehrenamtlich Tätige wie z. B. Revierförster, Landwirte, Handwerker, Künstler und Naturschützer unterstützen die Umweltpädagogen bei ihrer Arbeit. Die Expertise von Menschen mit besonderen Kenntnissen und Fähigkeiten wird somit ganz gezielt in die außerschulische Bildungsarbeit eingebunden. Licherode wurde von der UNESCO bereits dreimal als Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet.

Unter den mittlerweile 13 Projektwochen, die Licherode für Schulen aller Schulformen ganzjährig anbietet, finden sich neben klassischen Umweltbildungsthemen wie Wald, Wasser oder Erneuerbare Energie auch zahlreiche Wochen, die sich mit gesunder Ernährung und Biolandbau befassen, so z. B. die Eierwoche, die Milchwoche oder die Fleischwoche. Doch egal, für welches Wochenthema sich die Schulklassen in Licherode entscheiden, das Thema Ernährung spielt ohnehin immer eine zentrale Rolle. Das Ernährungskonzept ist integraler Bestandteil des ganzheitlichen Ansatzes der Einrichtung und richtet sich nach folgenden Grundsätzen.

Regionale und saisonale Aspekte

Die Nahrungsmittel werden so weit wie möglich von Erzeugern der unmittelbaren Region bezogen. Die Kooperationspartner erklären sich im Gegenzug bereit, den Kindern Einblick in die Erzeugungsprozesse zu geben. Es werden zudem bevorzugt solche Produkte auf den Tisch gebracht, die die Region zu dieser Saison bietet bzw. die sinnvoll eingelagert werden können. Denn auch viele Eltern und Lehrer fragen sich mittlerweile mit Recht: Erdbeeren im November, Trauben im Februar – brauchen wir das wirklich?

Biologische und ökologische Aspekte

Die Nahrungsmittel werden so weit wie möglich von Erzeugern bezogen, die nach Bio-Richtlinien arbeiten. Im Blick hat Licherode dabei auch den so genannten „Ökologischen Rucksack“, der auch die Produktionsbedingungen und die Transportwege der Lebensmittel einbezieht. Bio-Produkte aus der Region und das gleiche Produkt aus einem anderen Erdteil sind zwar beides „bio“, aber dennoch trennt sie ökologisch ein himmelweiter Unterschied. Und so kann mitunter auch eine bewusste Entscheidung für verantwortungsvoll erzeugte konventionelle Nahrungsmittel aus der Region fallen.

Der gesundheitliche Aspekt

Dem gesundheitlichen Aspekt kommt besondere Bedeutung zu, vor allem natürlich durch eine ausgewogene Speiseplangestaltung. Aber auch mit dem Bio-Ansatz ist man unter gesundheitlichem Aspekt eher auf der sicheren Seite. Bio-Produkte weisen in Lebensmittel-Tests deutlich weniger Schadstoffe vor allem bei den Pestiziden auf. Bei verarbeiteten Produkten finden sich deutlich weniger Zusatzstoffe und weniger Farbstoffe, was gerade für Allergiker wichtig ist. Über das pädagogische Programm und natürlich die Lern- und Erlebnislandschaft „Unserland“ werden den Kindern zudem vielfältige Anreize zu Eigenaktivität und Bewegung geboten.

Der pädagogische Aspekt

Die Tagesmenüs werden von Hauswirtschafterinnen vorgestellt und erläutert. Bei den eintägigen Vorbereitungsseminaren werden auch die verantwortlichen Begleitlehrer auf die Bedeutung ihres Vorbildverhaltens eingestimmt. Möglichst oft werden die Kinder in Kleingruppen in die Zubereitung der Mahlzeiten einbezogen. Über vielfältige pädagogische Aktionen ist das Thema „Gesunde Ernährung“ fest in allen Licheröder Wochenprogrammen verankert. Bei Ernährungswochen stehen zudem spezielle Lernwerkstätten und Besuche bei den landwirtschaftlichen Kooperationspartnern auf dem Programm.

Soziale und psychologische Aspekte

Es wird auf soziale Rituale geachtet wie z. B. gemeinsame Mahlzeiten, feste Essenszeiten und verbindliche Tischregeln. Eingefahrene Essgewohnheiten kann man nicht mit einer einwöchigen „Öko-Körner-Kur“ aufbrechen. Ganz im Gegenteil laufen sie Gefahr, bei Eltern – und Kindern – das verbreitete negative Klischee von „Öko und Verzicht“ zu bestätigen. Auch gesunde und regional-biologische Verpflegung muss vor allem schmecken und Spaß machen, sie muss mit positiven Gemeinschafts- und individuellen Erfolgserlebnissen verknüpft werden, um emotional prägen zu können.

Dieses alternative Ernährungs- bzw. Bildungskonzept ist nicht auf dem Papier entstanden, sondern hat sich im Verlaufe von fast 15 Jahren entwickelt. Dabei musste auch Licherode in den ersten Betriebsjahren einiges an Lehrgeld zahlen, aber das wäre ein eigenes Kapitel wert.

2. Das Pilotprojekt „Regional-biologische Schulverpflegung“

Das Licheröder Ernährungskonzept unterscheidet sich grundlegend vom Konzept vieler Schulen und Kindergärten, die auf industriell vorgefertigte Lebensmittel zurückgreifen, die in Großküchen erwärmt und zu kompletten Menüs zusammengestellt werden. Einrichtungen der Außer-Haus-Verpflegung kochen heute immer seltener selbst. Dies macht es kaum mehr möglich, die Beziehung zwischen einem landwirtschaftlichen Produkt und der Mahlzeit auf dem eigenen Teller herzustellen.

Die Folge ist die oft beklagte Ahnungslosigkeit von Kindern, die oft keine Vorstellung haben, woher die Nudeln oder Eier aus dem Supermarkt überhaupt stammen. Diese Beziehungslosigkeit zu den eigenen Lebensgrundlagen und die fehlende Ernährungskompetenz werden die ohnehin schon beunruhigende Gesundheitssituation auf lange Sicht weiter verstärken.

Diese Entwicklung ist auch dem Bundesernährungsministerium nicht verborgen geblieben, das 2003 über das Bundesprogramm Ökologischer Landbau (BÖL) bundesweit vier Modellprojekte initiiert hat. Es sollten Konzepte entwickelt werden, mit denen die Verwendung hochwertiger ökologischer Lebensmittel in Kindergarten- und Schulküchen sowie die Etablierung begleitender Lernangebote unterstützt werden können.

Eines dieser vier Pilotprojekte ist das Modellvorhaben „Regional-biologische Schulverpflegung“, das das Umweltbildungszentrums Licherode gemeinsam mit der Uni Kassel im nordhessischen Schwalm-Eder-Kreis durchgeführt hat. In der zweieinhalbjährigen Laufzeit wurden regional angepasste Konzepte für die Versorgung, die Beratung und die pädagogische Betreuung von Ganztagsschulen entwickelt und in der Pilotregion realitätsnah erprobt.

Der Fokus regionaler Wirtschaftskreisläufe

Die Finanzierung des Forschungsvorhabens aus Mitteln eines Programms zur Förderung der Landwirtschaft ist nicht zufällig. In Deutschland entstehen Tag für Tag neue Ganztagsschulen, die allesamt ein angemessenes Verpflegungsangebot bereitstellen müssen. Hier wächst ein enormer Markt für die Anlieferung der Mahlzeiten, der entsprechend hart umkämpft ist. Und natürlich entsteht auch ein neuer Markt für landwirtschaftliche Produkte.

Zentrale Aufgabe des Projekts war zu prüfen, wie weit dieser Markt auch für regional und biologisch verantwortliche Produkte genutzt werden kann. Im Klartext heißt das: Soll man den neuen Markt der Schulverpflegung den „Rundum-Sorglos-Paketen“ der Großcaterer überlassen, die ernährungsphysiologisch sicherlich korrekt zusammengestellt, aber ohne regionalen Bezug, mit einem prall gefüllten ökologischen Rucksack und ohne jeden pädagogischen Wert sind? Oder soll man die Chance nutzen, um kleine regionale Kreisläufe zu beleben, die eine regionale Wertschöpfung ermöglichen und Kindern wieder die Chance geben, die Herkunft und den Wert ihrer Lebensmittel unmittelbar zu erfahren?

Das Grundkonzept für den Modellversuch war denkbar einfach und in drei Projektschritte unterteilt. Im ersten Schritt wurde erfasst, welche Lebensmittel die Region zu bieten hat und wie diese Produkte für Gemeinschaftsverpflegung genutzt werden können. Es stellte sich schnell heraus, dass es gerade im Bio-bereich durchaus Defizite im regionalen Angebot gibt, aber immerhin konnten z. B. Kartoffeln, Eier, Brot, einige Gemüsesorten und Fleisch relativ verlässlich bereitgestellt werden.

Im Modellversuch im Schwalm-Eder-Kreis wurde mit 30 Cent Mehrkosten immerhin ein 50%-Anteil von regional und „bio“ erreicht. Im zweiten Schritt wurden regionale Großküchen gesucht (und gefunden), die bereit und in der Lage sind, als regionale Bio-Caterer Schulen und KiTas im Umkreis von ca. 30 km zu beliefern. Mit „Hephata“ in Schwalmstadt und der „Starthilfe“ in Homberg fiel die Wahl auf sozial-rehabilitative Einrichtungen, die neuen Konzepten offen gegenüber stehen und als Einrichtungen, die mit jungen, behinderten und benachteiligten Menschen arbeiten, auch anders kalkulieren können.

Aber natürlich mussten auch diese neuen Partner durch gezielte Beratungsmaßnahmen erst für die neuen Herausforderungen fit gemacht werden. Im dritten Schritt ging es dann darum, das hochwertige und regionalbiologische Essen nun auch an den Schulen zu verankern. Das bedeutete zum Beispiel konkret, um Akzeptanz für den ca. 30 Cent teureren Preis zu werben. Vor allem aber ging es darum, die Chancen, die ein solches Essen für die Ernährungsbildung von Kindern bietet, konsequent zu nutzen und dauerhaft im Schulprogramm zu verankern.

Koordiniert wurde die Arbeit von einer Projektsteuerungsgruppe, in die alle beteiligten Partner wie der Landkreis, die Uni Kassel, das Schulamt, das Kultusministerium und auch die Caterer eingebunden waren. Hier wurden grundlegende Fragen wie z. B. die angemessene Definition von „bio“ und „regional“ oder auch die Öffentlichkeitsarbeit diskutiert.

Öko-Food löst noch immer Ängste aus

Die Einführung einer regional-biologischen und gesunden Schulverpflegung an Ganztagschulen scheitert häufig an mangelnder Akzeptanz und den Beharrungskräften im „System Schule“ selbst. Dies bestätigten auch die Interviews, die in der ersten Projektphase geführt wurden. Die Umstellung scheitert z. B. ...

□ ... an der Schulleitung bzw. den verantwortlichen Lehrkräften, die kleinen regionalen Kreisläufen eher skeptisch gegenüberstehen. Befürchtet werden zu hoher Organisationsaufwand, aufwändige Hygienemaßnahmen und unüberschaubare Kosten.

□ ... an der Elternschaft, die das „Öko-Food“ mitunter recht ablehnend betrachtet.

Endlos diskutiert wird über zu hohe Kosten; Verantwortlich für die Projektumsetzung waren Dietmar Groß als Projektleiter von der Uni Kassel und der Autor, Leiter des Umweltbildungszentrums Licherode, Klaus Adamaschek.

Angst, sich zukünftig vor den eigenen Kindern für die „heimische Esskultur“ mit Mikrowelle und Pizza-Taxi rechtfertigen zu müssen.

□ ... am Einfluss der „grauen Eminenz“ so mancher Schulgemeinde, nämlich dem Hausmeister, der um die sicheren Einnahmen aus Cola-Automat und Kiosk-Verkauf fürchtet.

□ ... an den Schulkindern (und manchmal auch ihren Lehrkräften), die Angst vor vermeintlich fadem und freudlosem „Öko-Fraß“ haben. Die Anziehungs-

kräfte von Cola und Fast Food werden häufig noch durch das freudlose Verzichtsimago der frühen Öko-Bewegung verstärkt.

Diesen tief verwurzelten und rational oft nicht begründbaren Vorurteilen und Hemmnissen kann man nur durch gezielte Maßnahmen an der jeweiligen Schule selbst entgegentreten. Eine Schule, die sich mit dem Gedanken trägt, regional-biologische Verpflegung einzuführen oder darauf umzustellen, benötigt ganz konkrete Hilfestellungen. Gerade beim Thema „Gesunde und ökologische Schule“ gibt es an vielen Schulen sehr engagierte Einzelkämpfer, die oft auch eine Menge bewegen.

Diese Kräfte muss man durch externe Unterstützung gezielt stärken, denn natürlich birgt das auch immer die Gefahr, sich im Kollegium aufzureiben.

Die ganze Schule mitnehmen

Aber kann man die heutigen Kinder (und ihre Eltern) überhaupt noch für ein gesundes und regional-biologisches Mittagessen gewinnen? Sind die Vorbehalte der Fast-Food-Generation gegenüber fadem und freudlosem „Öko-Fraß“ nicht unüberwindbar groß? Und wie kann man das Thema „Gesunde Ernährung“ dauerhaft im Schulleben verankern?

Aufbauend auf den positiven Erfahrungen am Ökologischen Schullandheim hat ein Licheröder Projektteam in Kooperation mit dem Amt für Lehrerbildung die Aufgabe übernommen, ausgewählte Modellschulen im Schwalm-Eder-Kreis zu begleiten. Der Projektansatz zielte darauf ab, an Schulen mit Ganztagsangeboten ein grundlegend positives Klima für die Einführung einer gesundheits-orientierten Schulverpflegung zu schaffen.

Mit einem ganzen Bündel abgestimmter Maßnahmen wurde versucht, die „ganze Schulgemeinde“ auf den Weg zu einer anderen Schulverpflegung einzustimmen.

Neben dem Transfer von theoretischem Wissen und praktischen Erfahrungen waren hier vor allem Methoden der vorbereitenden Sensibilisierung von Schülern, Eltern und Lehrern gefragt. Wie kann man Kinder, Eltern und Kollegen für die Umstellung gewinnen, wie kann ich vor allem die Skeptiker „mitnehmen“?

Herausgekommen ist dabei das so genannte „Besser-Esser-Konzept“, das u. a. Fortbildungsveranstaltungen für das Kollegium, Informationsabende für die Eltern sowie betriebswirtschaftliche und hauswirtschaftliche Beratungsangebote für Schulleitung und Küche umfasst. Pädagogisches Kernstück ist eine Projektwoche zu den Themen gesunde Ernährung und ökologischer Landbau, die so genannte „Besser-Esser-Woche“, die im dritten Kapitel näher vorgestellt wird.

Einige Beispiele aus der Arbeit an Schulen

Von der Schulverwaltung des Schwalm-Eder-Kreises war die Eckhard-Vonholdt-Schule in Schwalmstadt als erste Modellschule empfohlen worden. Nach zahlreichen Vorgesprächen, Konferenzen und Präsentationen konnten

Lehrerkollegium, Elternbeirat und Schulkonferenz für das Projekt gewonnen werden.

In der Zeit von März 2004 bis Januar 2005 hat das Projektteam aus Licherode die „Besser-Esser-Woche“ dann mit insgesamt sieben Schulklassen unter wechselnden Bedingungen durchgeführt. Um sicherzustellen, dass das Konzept auch nach der externen Betreuung einen festen Platz im Schulprogramm findet, wurden gemeinsam mit dem Amt für Lehrerbildung offizielle Fortbildungsveranstaltungen für das gesamte Kollegium der Schule u. a. in Licherode durchgeführt.

Zur Einbindung der Eltern wurden mehrere Elternabende durchgeführt, die jedoch nur auf geringe Resonanz trafen. Gut besucht wurde demgegenüber ein Schulfest zum Thema „Gesunde Ernährung und Bewegung“. Die positive und offensive Kommunikation über Rundbriefe u. ä. hat wohl mit dazu beigetragen, dass die anstehenden Preiserhöhungen von den Eltern ohne Widerspruch akzeptiert wurden.

Das an der Eckhard-Vonholdt-Schule erstmals eingesetzte Maßnahmenpaket zur pädagogischen Absicherung einer regional-biologischen Schulverpflegung wurde dann an weiteren Schulen des Kreises erprobt und optimiert. Dabei wurde der Fokus insbesondere auf die Auswirkungen geänderter Rahmenbedingungen (Altersgruppe, Organisationsform etc.) gelegt.

Die Erfahrungen mit dieser umfassenden Schulbetreuung waren überaus positiv: Schulleitung, Lehrkräfte, Caterer und Küche sind enger zusammengerückt, und die Eltern waren sogar bereit, einen verträglichen Mehrpreis für die regionale Biokost zu akzeptieren. Es wurde deutlich, dass ein prozessorientiertes Kommunikationskonzept nachhaltiger wirkt als punktuelle und kurzfristige Maßnahmen. Als besonders hilfreiche Instrumente haben sich dabei verschiedene projektbegleitende Arbeitsgruppen erwiesen: In einer schulinternen Steuergruppe halfen Lehrkräfte und Schulleitung dem Beratungsteam, das Licheröder Konzept den tatsächlichen Gegebenheiten der jeweiligen Schule anzupassen. Und in einer „Koop-AG“ diskutierten die „Lehrenden“ (Schulleitung und Lehrkräfte) mitunter sehr lebhaft mit den „Kochenden“ (Caterer und Köchinnen) über konkrete Fragen des Versorgungskonzepts und der Speiseplangestaltung. Ohne die gegenseitige Wertschätzung der Kompetenzen pädagogischer und hauswirtschaftlicher Fachkräfte kann gesunde Schulverpflegung nicht funktionieren. Wenn wir Ernährungsbildung als schulische Zukunftsaufgabe ernst nehmen, brauchen unsere Schulen eine Renaissance der Hauswirtschaft.

3. Die „Besser-Esser-Woche“ als pädagogisches Kernstück

Als pädagogisches Kernstück wurde im Rahmen des Projekts „Regional-biologische Schulverpflegung“ eine kompakte Projektwoche entwickelt, die die Themen gesunde Ernährung und ökologische Landwirtschaft handlungsorientiert miteinander verbindet. Diese „Besser-Esser-Woche“, die mit dem kindgerechten Zertifikat „Besser-Esser-Pass“ abschließt, wurde im Rahmen des

Projekts „Lernende Regionen Hersfeld-Rotenburg/Werra-Meißner“ an zahlreichen weiteren Schulen fortentwickelt und lässt sich unter bestimmten Bedingungen auch an Schulen ohne Mittagsverpflegung sinnvoll einbinden. Dabei muss aber klar gestellt werden, dass die Projektwoche nur ein Bestandteil eines umfassenden Gesamtkonzepts zur Stützung des Themas „Gesunde Ernährung“ sein kann. Bei der „Besser-Esser-Woche“ geht es um gesunde Ernährung, regionale Landwirtschaft und biologischen Landbau – und zwar erfahrungsbezogen und mit allen Sinnen. Die Kinder erleben konkret Orte ökologischer und ernährungswirtschaftlicher Kreisläufe, vollziehen vernetztes Denken, und ganz nebenbei erlernen sie auch wieder verloren gegangene Alltagskompetenzen. Es handelt sich dabei um eine klassische Projektwoche, bei der ein Tag auf dem anderen aufbaut:

Tag 1: Die Lernwerkstatt Ernährung – Einstieg mit allen Sinnen

Die Schüler bearbeiten in Kleingruppen zehn unterschiedliche Stationen zum Thema Ernährung. Wer „erschmeckt“ Brotsorten mit verbundenen Augen? Wie viele Stück Würfelzucker sind in Cola, Ketchup und Fruchtzwergen? Wer kann Gewürze am Geruch bestimmen? Es wird getastet, gefühlt, geschmeckt und gerochen ... und jeder kann sich sein eigenes Bio-Pausen-Brötchen zubereiten. Mindestens genauso wichtig wie die handlungsorientierten Stationen ist die ausgiebige Nachbesprechung im Anschluss an die Stationsarbeit. Die Ergebnisse des Projekts „Regional-biologische Schulverpflegung“ im Schwalm-Eder-Kreis und drei weiterer Forschungsprojekte in Berlin, Hamburg und im Rhein-Main-Gebiet wurden vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) in der Broschüre „Mehr Bio ist machbar“ publiziert. Sie bietet einen praxisorientierten Leitfaden für alle Fragen rund um eine gesunde und regional-biologische Gemeinschaftsverpflegung an Schulen und Kindertagesstätten. Entwickelt wurde diese Modellwoche vom Licheröder Umweltpädagogen und Dipl. Agr. Ingenieur Johannes Lutz und seinem Team. Eine DVD, die eine exemplarische Projektwoche dokumentiert, ist über das Umweltbildungszentrum Licherode zu beziehen. Bei der Evaluation des Konzepts besteht eine enge Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Angelika Plöger, Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften an der Uni Kassel und mit Prof. Dr. Barbara Freytag-Leyer vom Fachbereich Oecotrophologie an der Hochschule Fulda.

Tag 2: Der Besuch auf dem Biohof – Biolandbau aus erster Hand

Einen Vormittag lang erkunden die Kinder einen Biohof, der zu den Zulieferern der Schulküche oder des Öko-Caterers gehört. Hier lernen sie die Menschen persönlich kennen, die wertvolle Lebensmittel für die Schulküche produzieren. Die Klassen werden in vier Gruppen aufgeteilt und gehen dem ökologischen Landbau auf die Spur – nicht nur durch Zuschauen, sondern auch durch eigenes Mitpacken. Es wird Getreide mit der Hand gemahlen, die Schweine werden

gefüttert, es wird je nach Jahreszeit eingesät, pikiert und natürlich auch geerntet. Und in der „Lernwerkstatt Ökolandbau“ erfahren die Schüler Wissenswertes und Spannendes über ökologische Landwirtschaft und ihre Erzeugnisse.

Tag 3: Gemeinsam kochen und gemeinsam genießen

Unter fachlicher Anleitung wird in der Schulküche Gemüse geschnebelt und Salat geputzt, es wird gebrutzelt und gekocht, und dabei möglichst viel von dem verarbeitet, was am Vortag auf dem Biohof selber geerntet wurde. So schließt sich ein kleiner exemplarischer Kreislauf von der Ur-Produktion bis in die Schulkantine. Und hier leistet jeder seinen eigenen Beitrag, egal ob beim Kochen, beim Dekorieren oder beim Eindecken. Und schließlich wird das schmackhafte Menü natürlich auch gemeinsam genossen.

Tag 4: Auswerten, diskutieren, präsentieren

Der vierte Tag dient der Auswertung, dem vertiefenden Gespräch und der Erarbeitung einer eigenen Präsentation in Gruppenarbeit. Dem Alter angemessen wird das bisher Erlebte und Erlernte diskutiert und auf eigene Zusammenhänge übertragen.

Beispiele für konkrete Aufgabenstellungen sind Dokumentationen und Ausstellungen zur Projektwoche, die Gestaltung von Speiseplänen für die Schulkantine, Vorschläge für das Sortiment des Schulkiosk, Bio-Dekoration der Cafeteria oder auch Umfragen bei Mitschülern und Lehrern zum Thema regionale Biokost.

Tag 5: Der „Besser-Esser-Pass“ – verdiente Anerkennung und Belohnung

Am letzten Tag der Projektwoche werden die Ergebnisse der Gruppenarbeiten vorgestellt, und die Projektwoche wird in einem zusammenfassenden Abschlussgespräch vertieft. Schließlich erhalten die Schülerinnen und Schüler in einer Feierstunde ihr ganz offizielles Zertifikat, den „Besser-Esser-Pass“, der nicht nur vom Umweltpädagogen und Schulleiter unterzeichnet ist, sondern auch das Logo des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft trägt.

Die Inhalte der Woche und bei älteren Kindern auch die individuellen Leistungen werden im Zertifikat dargestellt. Die Ergebnisse an solchen Schulen, die dauerhaft mit dem „Besser-Esser-Konzept“ arbeiten, sind ermutigend. So wird die „Besser-Esser-Woche“ z. B. an der Eckhard-Vonholdt-Schule mittlerweile eigenständig mit allen dritten Klassen durchgeführt, der „Besser-Esser-Pass“ hat wie ein Freischwimmer-Zeugnis seinen festen Platz im Schulleben gefunden. Andere Schulen wie z. B. die Georg-August-Zinn-Schule im nordhessischen Morschen haben sich angeschlossen. Entscheidend für den Erfolg des Konzepts ist die dauerhafte Verankerung dieses Instruments im Schulprogramm und vor allem im alltäglichen Schulleben. Dies hat auch das Hessische Kultusministerium erkannt und fördert diesen Ansatz mit sanftem institutionellem Druck. So ist das „Besser-Esser-Konzept“ als Baustein zur Zertifizierung als

gesundheitsfördernde Schule anerkannt. Gemeinsam mit dem Amt für Lehrerbildung bietet das Umweltbildungszentrum Licherode Seminare und Workshops zum „Besser-Esser-Konzept“ an. Und um den Anreiz für hessische Lehrkräfte zu erhöhen, ist die Durchführung der „Besser-Esser-Wochen“ in Licherode als offizielle Lehrerbildung akkreditiert.

4. Ernährungsbildung als Leitbild der Regionalentwicklung – Weiterentwicklungen der Pilotphase

Das Pilotprojekt im Schwalm-Eder-Kreis ist ein Erfolg: Das Thema „Regional und Bio für die Schulküche“ ist dort heute in vieler Munde; Engagement und Kooperationsbereitschaft sind auch bei anfangs eher zurückhaltenden Prozessbeteiligten spürbar angestiegen. Aber natürlich sind auch viele Fragen offen geblieben: Wie kann man die Beratungsleistungen dauerhaft personell und finanziell absichern?

Kann der Schulträger über Vergaberichtlinien auf die gesundheitliche, pädagogische und soziale Qualität von Schulverpflegung Einfluss nehmen? Mit welchen Strukturen kann für eine dauerhafte Verstetigung des Projektansatzes in der Region gesorgt werden? Vor einer flächenhaften Verbreitung des Konzepts ist es daher sicherlich sinnvoll, den Projektansatz gezielt zu erweitern, um die Frage nach den „Erfolgsfaktoren“ für eine Übertragung auf andere Regionen beantworten zu können.

Für einen solchen erweiterten Modellversuch gibt es zurzeit sehr konkrete Planungen in der Region Hersfeld-Rotenburg, die unmittelbar an den Schwalm-Eder-Kreis angrenzt. Legt man diese beiden nordhessischen Flächenlandkreise zusammen, ergibt sich eine Fläche von über 2.500 qkm, die dann tatsächlich so groß ist wie das Bundesland Saarland. In einem solch umfassenden Cluster ließen sich auch im Bereich der Produktion, der Logistik, aber auch der Öffentlichkeitsarbeit greifbare Synergieeffekte erzielen.

Erfreulich ist, dass in dieser Region nicht nur Pädagogen, Oecotrophologen und Sozialwissenschaftler das Thema für sich entdeckt haben, sondern dass sich neue Koalitionen mit neuen Akteuren insbesondere aus dem Bereich der Regionalentwicklung gebildet haben. So ist das Projekt „Regional-biologische und gesunde Schulverpflegung“ als eines der zentralen Leuchtturmprojekte im regionalen Entwicklungskonzept der Region Hersfeld-Rotenburg aufgeführt, das unter Beteiligung vieler relevanten gesellschaftlichen Kräfte erarbeitet wurde. Und so könnte das erweiterte Pilotprojekt dann auch aus dem EU-Programm Leader+ mitfinanziert werden, aus dem normalerweise eher Struktur fördernde Maßnahmen in Bereichen wie Landwirtschaft, Tourismus oder Regionalkultur gefördert werden. Praxisnahe Ernährungsbildung für unsere Kinder, natürlich verknüpft mit der Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten, als Leitbild und Fördergegenstand der Regionalentwicklung – das wäre sicherlich eine ebenso erfreuliche wie sinnvolle Entwicklung.

In der Region Hersfeld-Rotenburg steht das Thema Schulverpflegung für viele zukünftige Ganztagschulen ganz aktuell auf der Tagesordnung. Die dortigen Richtlinien zur Mittagsverpflegung sehen bereits heute vor, dass zur Zubereitung der Speisen nach Möglichkeit Produkte aus ökologischer und regionaler Erzeugung verwendet werden sollen. Aber ob und wie diese sinnvolle Vorgabe in der Praxis tatsächlich umzusetzen ist, das muss den vielen Skeptikern aus den Reihen der Schulleitungen, der Lehrerkollegien und der Elternschaft erst noch belegt werden.

Zu einem Kernstück der erweiterten Pilotphase gehört der Aufbau eines „regionalen Kompetenzteams für gesunde Ernährung an Schulen“. Dieses soll, ähnlich wie das Projektteam aus Licherode in der Pilotphase, umstellungsbereite Schulen fachlich und organisatorisch beraten und auch mit pädagogischen Aktionen im Unterricht, im Schulraum, auf dem Bauernhof und in der Schulküche unterstützend begleiten.

Das Konzept zielt darauf, außerschulische Kompetenzen aus den Bereichen Landwirtschaft und Ernährung stärker als bisher in die schulische Ernährungsbildung einzubeziehen. Perspektivisch bietet sich auch die Chance, neue und sinnvolle Betätigungsfelder für Fachkräfte aus Bereichen wie Agrarwissenschaften, Umweltpädagogik, Hauswirtschaft oder Oecotrophologie zu erschließen. Zudem soll eine Regionale Plattform für Gesunde Ernährung initiiert werden, die dann auch Mitverantwortung für die Verstetigung und dauerhafte Finanzierung des Projekts übernimmt. Für die erweiterte Pilotphase wären, aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen, folgende Handlungsschritte sinnvoll:

1. Aufbau eines regionalen Kompetenzteams
2. Aufbau regionaler Versorgungsstrukturen
3. Intensive Begleitung und Beratung der Modellschulen
4. Dauerhafte Stärkung schulinterner Kompetenzen
5. Konstruktive Revision der Richtlinien des Schulträgers
6. Aufbau einer Regionalen Plattform Gesunde Ernährung.

Bei der Diskussion über die Finanzierung solcher Konzepte muss eines völlig klar sein: Lässt man die Schulen in der Verpflegungsfrage mit ihrem hohen Entscheidungsdruck und ohne fachlichen Rat allein, muss man davon ausgehen, dass sich viele für bequeme, einfache und vermeintlich billige Lösungen entscheiden, die jedoch gesundheitlichen und pädagogischen Intentionen oft massiv widersprechen – und das kostet auf lange Sicht viel mehr Geld.

Und zum guten Schluss eine konkrete Vision

Zum Schluss sei ein kurzer visionärer Ausblick erlaubt, denn nur der Blick auf das Ideal ermöglicht es, sich aus festgefahretem Denken zu lösen: Fünf Ganztagschulen und evtl. einige Kindertagesstätten schließen sich zu einem regionalen „Cluster“ zusammen. Versorgt werden diese Schulen von einer regionalen Großküche, die nach einer entsprechenden fachlichen Beratung kindgerecht und gesund kocht und die Lebensmittel zu einem hohen Prozentsatz bei biologisch wirtschaftenden Landwirten der Region bezieht. Einer dieser Land-

wirte betreibt einen Lernbauernhof, der von den umliegenden Schulen regelmäßig genutzt wird, vor allem wenn die alljährlichen „Besser-Esser-Wochen“ durchgeführt werden. Für die Umsetzung der pädagogischen und kommunikativen Maßnahmen steht den fünf Schulen ein regionales Beratungsteam zur Seite.

Die Eltern werden über diese Aktivitäten der Schule nicht nur informiert, sondern sie werden aktiv einbezogen. So bietet die Schule z. B. einen nachmittäglichen Kochclub, bei dem Kinder gemeinsam mit ihren Eltern und den Fachkräften Rezepte aus der regional-biologischen Schulküche ausprobieren.

Die Lehrkräfte der Schule nehmen an diesem Prozess aktiv und stützend teil. Sie nehmen regelmäßig an qualifizierten Fortbildungen teil und sind sich daher über die gesundheitliche, die pädagogische und die soziale Dimension der Schulverpflegung im Klaren. Ernährungsbildung wird als Fächer übergreifende Querschnittsaufgabe begriffen, das eigene Vorbildverhalten der Lehrkräfte ist eine Selbstverständlichkeit.

Und die Kinder? Denen macht das neue Konzept ihrer Schule viel Freude, denn das gesunde Schulessen schmeckt richtig gut und die spannenden Unterrichtsaktionen dazu machen sogar Spaß. Was in der Konsequenz dann auch ihr langfristiges Verhalten und auch ihre Gesundheit beeinflusst. Warum sollte man sich nicht auch mal seinen Träumen hingeben?

<http://www.schullandheim-licherode.de/iss-von-hier.html>

* Umweltbildungszentrum Licherode e.V. - Ökologisches Schullandheim und Tagungshaus (ÖSTLi) :: Lindenstraße 14 :: 36211 Alheim – Licherode

oeconetz.licherode@t-online.de

Telefon: +49 (0) 56 64 - 94 86 – 0

+49 (0) 56 64 - 94 86 – 0

Service Stelle Schule und Gesundheit im Hessischen Kultusministerium

Reiner Mathar

Ich komme von der Servicestelle Schule und Gesundheit Hessen, die ist mittlerweile im Kultusministerium angesiedelt. Zehn Jahre lang habe ich vorher für das Land Hessen Schulentwicklungsprogramme im Bereich Nachhaltige Entwicklung geleitet. Unter dem Dach der Servicestelle wird alles was sich mit Gesundheit beschäftigt angesiedelt: z.B. Ernährungs- und Verbraucherbildung, Umweltbildung / Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie Mobilitätsbildung. Schulverpflegung ist aus meiner Sicht eine der großen Baustellen im Schulbereich in fast allen Kommunen.

Das Potential

In Deutschland geht man ja den Weg in Richtung Ganztagschule, in Hessen kommen jedes Jahr 70 Schulen dazu. Wir haben rund 2000 Schulen und da geht man davon aus, dass bis Ende 2015 jede Schule die es möchte ein Ganztagsangebot haben wird, und damit verbunden ist die Verpflichtung, Essen anzubieten. Ich habe das zunächst mal auf Hessen bezogen, man kann es auch auf die anderen Bundesländer hochrechnen. Wenn dann nur 50% an dem Essen teilnehmen, dann haben wir 75 Mio. Essen. Das ist also ein Markt, den auch die Großen erkannt haben. Die sind schon in den Startlöchern.

Die Verantwortung

Auf der anderen Seite ist die Verantwortung für dieses Essen immer regional. Per Gesetz sind die Träger der Schulen für das Essen verantwortlich. Die Träger der Schulen sind die Städte, die kreisfreien Städte, Landkreise und Kommunen die knapp an 100.000 sind. Sie haben die Verantwortung für dieses Essen und sie nehmen sie unterschiedlich wahr. Das heißt, da wäre ein riesiges Potential der regionalen Erzeugung und der regionalen Beschäftigung. Es ist ja nicht damit getan, dass das Essen gekocht wird, sondern das Essen muss auch an die Schülerinnen und Schüler ausgegeben werden. Dieser Bereich hat einen großen Einfluss auf die Akzeptanz des Essens, es heißt gemäß den vorhandenen Studien, dass 50% der Akzeptanzfrage, ob die das dann wirklich essen, davon abhängt, ob das Personal freundlich ist, das überhaupt Personal da ist. Es gibt also eine große Möglichkeit, Beschäftigung auf unterschiedlichem Niveau von demjenigen, der das Gemüse schnippelt bis zu demjenigen, der das Essen ausgibt, der es kocht, und demjenigen, der das Geschäft verwaltet. Es gibt durchaus Initiativen in Hessen, die das so auch in Kooperation mit lokalen Beschäftigungsinitiativen umsetzen.

Die Schwierigkeiten

Die Großen versuchen, sich den Markt aufzuteilen. Seniorenverpflegung ist eine ähnliche Geschichte mit 11.000 Trägern. Da ist die Situation in Deutschland so, dass sich im Wesentlichen drei Anbieter mittlerweile den Markt teilen. Aber setzt man auf Tiefkühl-Ernährung für die alten Menschen. Jede Woche einmal kommt ein Auto, bringt eine Box, einen Karton tiefgekühlter Menüs. Neue Studien zeigen hier eine geringe Qualität mit großen Defiziten im Bereich von Vitaminen und Spurenelementen.

Das kann in der Schulverpflegung auch passieren. Es gibt aber im Moment Gott sei Dank die Situation, dass sich die Kommunen und Landkreise ihrer Verantwortung auf unterschiedliche Weise bewusst sind. Ein Beispiel aus Fulda: In Fulda wird das Essen an großen Schulen zubereitet und ausgegeben. Dort gibt es eine Behinderteneinrichtung, unter anderem einer der größten landwirtschaftlichen Erzeuger von Biokartoffeln. Der beliefert in Fulda und der Region um Fulda mittlerweile sehr viele Schulessen und hat in den Schulen sowohl behinderte Mitarbeiter beschäftigt als auch fest angestellte Köche aber alles aus der Region.

Ein anderes Beispiel ist das Projekt von Licherode mit dem Namen „Iss von hier“. Der Schulträger Landkreis Hersfeld Rotenburg hatte die Idee im Rahmen der europäischen Regionalförderung Mittel anzuwerben. In den Schulen gibt es regional -biologisches Essen. Der Landkreis hat gesagt, damit die Akzeptanz steigt bekommen die Schüler das Essen kostenfrei. Das Problem ist, dass im Moment das Projekt daran scheitern wird. Denn die Akzeptanz ist zu hoch. Sie haben einen bestimmten Betrag in den Haushalt des Landkreises eingestellt. Dieser Betrag reicht einfach nicht aus, um allen, die es gerne hätten, das Essen zu geben.

Ein weiteres Beispiel aus Südhessen nennt sich „Mahlzeit Schule“. Dahinter steht im Wesentlichen der regionale Bauernverband, der regionale Caterer sucht und diese regionalen Caterer erhalten 85% der Produkte aus der Region. Das ist eine logistische Herausforderung. Der braucht ja Eier, Kartoffeln, Gemüse, Fleisch, Milch, was man sich alles vorstellen kann. Das heißt, es muss da vor Ort eine Infrastruktur geben, die das zusammenführt. Das hat der Bauernverband garantiert. Die haben einen Sammler, der sich darauf spezialisiert, Halbfertigprodukte, also Kartoffeln, zu schälen und an die Schulen sowie auch an Hotels zu liefern, sodass die regionale Wertschöpfung funktionieren kann. Wichtig, dass die Caterer regionale Küchen sind. Das ist auch das Ziel des Projektes „Mahlzeit Schule“. Ein Beispiel: das Europahotel in Heppenheim ist ein vier Sterne Hotel. Sie beliefern im Umkreis fünf Schulen. Sie kochen sowieso und können damit ihre Küche finanzieren, die haben dann Personalauslastung, weil in einem Hotel ja nur Frühstück und Abendessen aber mittags relativ wenig serviert wird. Da ist es also ein Beispiel dafür, wie eine regionale Beschäftigung funktionieren kann und wie über die Landwirtschaft die Verknüpfung dazu da ist. Ich denke, das ist ein Ansatz, der weiter gehen kann.

Ein weiterer Ansatz innerhalb der Schulverpflegung sind sogenannte Beschäftigungsgesellschaften, die sich um regionale Arbeitsförderung kümmern. Einige von denen sind auch mittlerweile in der Schulverpflegung aktiv. Ein Beispiel ist in Marburg „Integral“, ein Beschäftigungsträger, der ausbildet. Er versucht Leuten mit besonderen Bedürfnissen, meistens sozialer Art, eine sinnvolle Beschäftigung zu geben. Er beliefert in der Region sehr erfolgreich sehr viele Schulen. Das Zentrum für Arbeit und Umwelt in Gießen unterhält zwei große Küchen, die die Schulen beliefern. Parallel dazu gibt es Initiativen bei der Lebenshilfe regional. Im Wetteraukreis „Frauen Arbeit Bildung“, eine Initiative, die auch beschäftigt und versucht, vor allen Dingen Zielgruppen zu qualifizieren und ihnen regionale Beschäftigungsmöglichkeiten zu suchen. Sie stehen aber immer in Konkurrenz zu den Großen.

Qualität und Qualitätssicherung – Hygienestandards

Es gibt Vorgaben für die Schulverpflegung, das ist auch wichtig, um nicht zu sagen, die Qualität ist mir egal, Hauptsache sie ist regional. Diese Standards sind bei der Deutschen Gesellschaft für Ernährung aufgestellt worden. Die Schwierigkeit ist, dass es sehr aufwändig ist, das Zertifikat zu bekommen. Große Anbieter, die bundes- und europaweit aktiv sind, die haben das Zertifikat. Die sagen, wenn Du bei mir bestellst Schule, dann garantieren wir Dir ein Essen, das den Standards entspricht. Das ist noch keine Qualitätsaussage. Das muss – auch im Rahmen von Wirtschaftsförderung – regional diskutiert werden. Man muss aufpassen, dass dieses sehr sinnvolle Instrument der Qualitätssicherung des Essens nicht durch die Hintertür dazu führt, dass hinterher nur noch drei Große da sind. Dann wir das Essen an der polnischen Grenze gekocht und danach nach Frankfurt geschafft.

Bei der Tiefkühlverpflegung ist es Apetito und Sodexo und bei der Anderen kommen Dussmann und noch zwei andere Großanbieter hinzu. Vom Ernährungsstandard überhaupt kein Problem. Es ist gutes Essen aber die Frage ist, vergibt man sich da die Chance von Regionalität. Im Übrigen versuchen wir ja auch immer, dieses Essen mit Bildung zu verbinden.

Bildung

Die meisten Schülerinnen und Schüler wissen heute nicht mehr, was saisonal ist. Sehr viele wissen nicht mehr, dass die Erdbeeren jetzt (Mai, Juni) am besten schmecken. Das kann man ja mit dem Schulessen verbinden, das heißt, dass die Küche dann regional werden muss. Ich denke, dass muss man auch unter ökologisch nachhaltigem Gesichtspunkt sehen. Auch die Klimaaspekte, die reduzieren sich – das ist eine Binsenweisheit. Wenn ich saisonal Essen zubereite, bin ich klimatisch immer auf der grünen Seite. Denn die Preise gehen runter. Wir bekommen jetzt, im Juni, Topqualität das Kilo für drei Euro etwa, bei Bioqualität zahlen Sie 3,50 EUR.

Ehrenamt und Profis

Wir vertreten wie viele Kommunen auch die Auffassung, das Essen in der Schule ist eigentlich Profisache. Es kann durch das Ehrenamt unterstützt werden. Gerade der Landkreis Kassel setzt sehr stark auf das Modell „Förderer“. Fördervereine werden beauftragt, dieses Schulessen anzubieten und die arbeiten durchaus professionell. Also sie können sich selbst nicht organisieren an der Schule mit 600 Schülern, 400 Essen jeden Tag ausgeben und das mit 30 Frauen ehrenamtlich über mehrere Monate. Sie brauchen fest angestellte Köche, fest angestelltes Personal. Sie können durch aus auf die Elterninitiativen als Springer zurückgreifen. Sie können für die Qualität Verantwortung tragen.

Viele Schulen erreichen mit der großen Stückzahl des Essens die Grenzen der Ausschreibung im europäischen Maßstab. Eigentlich begrüßen wir das von der Vernetzungsstelle Schulverpflegung, dass die Landkreise die Schulverpflegung in eigener Verantwortung umsetzen. Bei der Ausschreibung gibt es aber auch Fallen und Probleme: Sie können „Bio“ ausschreiben, sie können aber nicht regional ausschreiben.

Fördervereine, also nicht öffentliche Träger sind nicht daran gebunden. Fördervereine können – egal welche Summe sie für Essen ausgeben – drei, vier, fünf Caterer haben. Es gibt die Lehrerkooperative in Frankfurt. Sie wurde in den 70er Jahren von arbeitslosen Lehrkräften gegründet, als die Einstellungschancen für Lehrer in Deutschland sehr gering waren. Die haben dann Nachhilfestunden gegeben und Betreuungsangebote in Schulen gemacht. Sie betreiben drei große Küchen, von denen sie weitere Schulen versorgen. Sie sind nicht an die Auswahl gebunden. Dagegen muss jede größere Schule ausschreiben und dann kommt Apetito mit einer Biokost.

Es gibt auch Initiative bei Altenheimen. Da wird dann gesagt, na dann sollen sie doch auch gleich die zwei benachbarten Schulen beliefern. Doch das funktioniert nicht, da alte Menschen anders essen als Junge. Kinder haben Zähne, Biß sollte da sein, für alte Leute muss es etwas weicher sein. Deswegen sagen die Ernährungsleute, bloß nicht aus dem Krankenhaus, bloß nicht aus dem Altenheim.

Bei dem Potential von 45 Mio. Essen müsste überall etwas Vernünftiges aufgebaut werden können. Es ist ja eine Sache, die wächst und die 45 Mio. sind ja nur als die 50% der Kinderessen gerechnet auch nur Montag bis Donnerstag. Wenn man das voll rechnet – wenn alle Schüler essen - kommt man leicht auf 100 Mio. Essen.

In Finnland ist das so. Da liegt die Verantwortung für das Schulessen bei der Kommune, und das Essen ist kostenfrei für jedes Kind. In jeder Schule gibt es eine Küche, in jeder Schule wird frisches Essen zubereitet, gibt es Personal. Ich glaube, dass wir dahin kommen werden, wenn wir es regional absichern können.

Auf welcher Ebene laufen die Ausschreibungen?

Wenn der Schulträger sagt, wir beauftragen den Förderverein, und die Verantwortung für das Schulessen trägt die Schule. Im Zuge der Eigenverantwortung der Schule werden die Schulen in Zukunft selber stärker wirtschaftlich handeln dürfen und müssen.

Es gibt Schulen, die organisieren bis zu 400 Essen pro Tag, z.B. „Schüler kochen für Schüler“. Das funktioniert. Dann müssen Sie nicht ausschreiben, die Schule macht das dann als Eigenleistung. Sie vergibt Aufträge an Caterer, aber das ist dann ein Dienstleistungsvertrag auf relativ niedrigem Niveau. Die erreichen damit nur, dass sie auf jeden Fall unter die 10.000 EURO Grenze kommen. Das ist eine Strategie. Ich glaube, auch die wird gebraucht.

Wir haben natürlich auf der anderen Seite viele Akteure für das Schulessen. Es gibt die Eltern, die andere Ideen vom Essen haben als die Schüler. Dann gibt es innerhalb der Elternschaft diejenigen, die sagen, das muss regional und bio sein, Preis ist mir egal. Dann gibt es die Eltern, die sagen Hauptsache billig. Die sagen, Ok, dann sollen die Kinder doch *Apetito* oder *Sodexo* essen. Wir haben einige Schulen, die das gemacht haben. Sie sagen das ist gute Qualität, wir stellen Personal ein, wir machen das warm. Die haben das nach einem Dreivierteljahr wieder eingestellt, weil die Stromrechnung so hoch war. Sie müssen sich das vorstellen, wenn von *Apetito* 5kg Reis tiefgefroren mit Soße schon fertig übergeben wird, dann müssen sie 70 Minuten bei 140 Grad regenerieren. Außerdem entstehen Abfallproblem, das heißt die Schulen stolpern über die Fertigschalen. Da wird oft keine Vollkostberechnung gemacht, wir nehmen das billigste, aber die Energiekosten hat man gar nicht bedacht und dass der Lieferant nur ein Mal die Woche liefert. Da brauche ich ja ein Kühlhaus. Wer bezahlt die Energie?

Qualitätssicherung: Saisonales Essen, Hygiene lernen...

In der steigenden Zahl der Schulverpflegungen steckt ja auch eine Gefahr. Die Hygienevorschriften der Großküchen sind umfangreicher als wenn Sie zu Hause kochen. Dazu haben wir Workshops mit den Veterinären und mit den Gesundheitsämtern: wie kann man hohe Standards einhalten, aber so, dass diese nicht alle Initiativen behindern. Wir müssen uns einerseits auf die hohen Standards einlassen und dort, wo die Kinder mitarbeiten, entsprechende Angebote machen, in denen die Kinder dann Hygiene lernen. In einer Frankfurter Schule habe ich z.B. gesehen, dass die Kinder große Waschräume hatten, wo sie sich die Hände waschen können und ihre Sachen aufhängen können.

Servicestelle Schule & Gesundheit reiner.mathar@schuleundgesundheit.com
www.schuleundgesundheit.hessen.de; www.schuleplusessen.de

Cena et Flora - Küche und Gärtnerei Riesa eG¹

Andreas Näther



„Uns schmeckt’s!“: Sandra, Selina, Lisa, Tobias (v.r.n.l.) und Klassenkameraden aus der 1a der Riesaer Storchbrunnen-Grundschule. 1,75 Euro kostet für sie eine Mittagsmahlzeit. 130 Schüler und Lehrer dieser Schule essen mit. Aus: D. Schall: Soziales Engagement ist jeden Tag harte Arbeit, in: Aus Genossenschaften 10/2006 S. 26ff Foto: Diethart Schall

Wie ist die Genossenschaft entstanden?

a) *Durch eine Notlage innerhalb des Sozialunternehmens Sprungbrett (Träger Diakonie)*²

Entsprechend der neuen Herausforderungen nach der Wende in unserer kleinstädtisch-ländlichen Region zwischen Dresden und Leipzig im Norden des Bundeslandes Sachsen, geprägt bis 1990 von einer Monostruktur der Stahlindustrie, begannen wir verschiedene Projekte mit Erwerbslosen, hauptsächlich Jugendlichen in Trägerschaft der Diakonie aufzubauen. So entstand 1992 das Sozialunternehmen Sprungbrett mit verschiedenen Handwerksbereichen

¹ Aus: Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit und der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Rheinland-Pfalz: Fachtagung „Neue Arbeit durch Sozialgenossenschaften!“, Mainz 2006, Dank für Hinweis und Vermittlung an Prof. Dr. Franz Segbers

² Mit der Gründung der Produktivgenossenschaft Cena et Flora eG konnten Aufgaben, die der Sprungbrett e. V. von der Diakonie Riesa gGmbH übernommen hatte, in einem eigenständigen Wirtschaftsunternehmen fortgeführt und damit Arbeitsplätze erhalten werden. Die Mitglieder der Genossenschaft sind Arbeitnehmer und Fördermitglieder, deren Mitgliedschaft im Interesse der Genossenschaft liegt. Sitz: Zentrale Anschrift: Cena et Flora eG, Spinnereistraße 3, 01589 Riesa, Telefon (0 35 25) 50 03 10, Fax.: (0 35 25) 50 03 15, E-Mail: info@sprungbrett-riesa.de, aus: <http://www.mgv-info.de/downloads/wir/w-2006-10-s26-27.pdf>

(Tischler, Maurer, Maler, Garten- und Landschaftsbau, Schneiderei, Fahrradwerkstatt, Gärtnerei, Schulküche, Stadtteilküche, Möbelbörse) und einem Begegnungs- und Kommunikationszentrum, dem Stadtteilhaus im Stadtteil Riesa-Gröba.

Grundsatz der gesamten Arbeit war und ist, mit den Menschen Potentiale zu entdecken und zu fördern und somit Beschäftigung und Existenzsicherung zu generieren. Tragend sind also die Ideen einer räumlich gemeinwesenorientierten Arbeit in kooperativer Vernetzung.

Seit 2000 kam in diese Sozialunternehmensstruktur immer mehr finanzieller Druck, Fördermittel wurden gekürzt, Antragsverfahren verlängerten sich, Vorfinanzierungszeiten nahmen liquiditätsgefährdende Größenordnungen an. Aus geprüften Förderbescheiden der Anfangsjahre entstanden Rückforderungen, die auch gnadenlos durchgezogen wurden. Kurz gesagt, die Ökonomisierung dieser Arbeitsbereiche schlug uns immer mehr ins Gesicht. Wir reagierten mehr, als dass wir noch agieren konnten. Für den Träger Diakonie Riesa wurden wir in unserer Größenordnung (in Spitzenzeiten bis 250 Beschäftigte und ein Jahresvolumen von 3 Mio. EUR) immer mehr ein zu großes Risiko. Auch in diesem Verband war die Ökonomisierung angekommen. Quersubventionierungen, wie es uns 1990 noch Diakonie-Berater beim Aufbau der Strukturen rieten, waren nun endgültig vorbei.

Am 30.9.2003 beschloss die Gesellschafterversammlung der Diakonie Riesa gGmbH, den Bereich Sozialunternehmen Sprungbrett mit all seinen Untergliederungen zum 31.3.2004 in ihrer Trägerschaft zu schließen. Damit sollte Risiko von der GmbH genommen werden, aber auch die Möglichkeit für eine Sanierung außerhalb der gGmbH-Strukturen in alternativen Rechtsformen. Ich selbst war zu dieser Zeit einer der Geschäftsführer der gGmbH und für den Bereich Sprungbrett verantwortlich.

b) Durch Überlegungen von Mitarbeitern, die Schließung dieses Unternehmens nicht einfach hinzunehmen

Sowohl ich als auch einige Mitarbeiter sahen in dieser Entscheidung neben Traurigkeiten auch eine Chance, Strukturen neu zu überdenken und den veränderten Rahmenbedingungen mit dem Ziel anzupassen, möglichst den Grundsatz und die Tätigkeitsbereiche des Sprungbrettes auch nach dem 31.3.04 für die Region, für die Menschen und letztlich damit auch für die eigene Existenzsicherung zu erhalten.

c) Durch organisierte Selbsthilfe

Wir waren von unserer bisherigen inhaltlichen Arbeit überzeugt und wussten auch, dass sie von vielen Bürgern in unserer Stadt geachtet, gebraucht und genutzt wurde. Mit diesem Rückenwind begannen wir, uns selbst zu helfen, auch gegen die Skepsis des abgebenden Wohlfahrtsverbandes und mancher Verwaltungsstrukturen.

Der Weg bis zur Gründung der Genossenschaft am 29.10.2004

Ich erinnere mich an einen Besuch in Trier bei Prof. Ries. Der ökonomische Kreislauf der Genossenschaft „Am Beutelweg“ ging mir nie mehr aus dem Kopf. Wenn wir wertegeleitete Arbeit weiterhin in unseren Regionen leisten wollen, dann müssen wir uns Strukturen schaffen, die uns dies auch machen lassen. Wir legten in unseren ersten Treffen im Oktober 2003 folgenden Rahmen für unseren Weg fest.

Grundüberlegung

Bildung einer Genossenschaft und eines Vereins. Grund für diese Doppelstruktur sehen wir darin, dass wir die sehr zunehmenden Tätigkeiten auf dem Markt auf Dauer nicht mehr als gemeinnütziger Verein ausführen können. Darum soll die Genossenschaft auch eine rein wirtschaftlich tätige sein. Die nach wie vor stark geförderten sozialen Aufgaben sollen im Verein getätigt werden.

Strategie

Bildung von Gründungsinitiativen sowohl für den Verein, wie auch für die Genossenschaft. Regelmäßiger Austausch der Arbeitsstände beider Gruppen, um Kooperationen und Netzwerkmöglichkeiten zu entdecken.

Ziel

Beide Körperschaften sollen miteinander kooperativ zum beiderseitigen Vorteil zusammenarbeiten und dadurch gemeinsam Entwicklung voranbringen.

Schulungen und Analysen

Durch Kontakte zur innova eG in Leipzig bekamen wir recht schnell kompetente Partner an die Seite, die mit uns ein für uns maßgeschneidertes Schulungs- und Entwicklungsprogramm entwickelten und mit allen Höhen und Tiefen durchführten. Auf der Agenda standen nun:

- Entwicklung der Geschäftsidee
- Analyse möglicher Geschäftsfelder
- Festigung der Geschäftsfelder
- Unternehmensplanung inklusive Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Organisationsplanung
- Schulung und Motivation der Gründungsmitglieder

In diesem Prozess merkten wir, dass in dieser sehr kurzen Zeitspanne die zeitgleiche Gründung zweier Rechtsformen schwierig ist. Darum entschieden wir uns zum Erhalt der laufenden Projektarbeit über den 31.3.2004 hinaus, alle zu erhaltenden Bereiche unter neuer Personal- und Organisationsstruktur in den Verein zu legen. Es wurde am 23.1.2004 der „Sprungbrett“ e.V. gegründet, der zum 1.4.2004 seine Geschäftstätigkeit mit den Projektübernahmen aus der Diakonie aufnahm. Die Gründungsinitiative für die Genossenschaft arbeitet

innerhalb dieses Vereines weiter. Ziel war, die Genossenschaft spätestens zum 1.1.2005 an den Markt zu bringen.

Für wen ist die Genossenschaft da? Ziele

- Existenzsicherung durch Eigeninitiative und Eigenbeteiligung im Rahmen einer solidarischen Gruppe.
- Erhalt von Tätigkeitsfeldern in der Region
- Schaffung von betrieblichen Ausbildungsplätzen im Reha-Bereich.

Zielgruppe

- arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen und Männer
- arbeitslose Jugendliche bzw. Schulabgänger
- Menschen mit Behinderungen

Aus der Satzung

§2 Zweck und Gegenstand

1. Zweck und Ziel:

- a. Die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder, insbesondere der Mitglieder, die mit der Genossenschaft in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, durch einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb.
- b. Die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit des Sprungbrett e.V. Riesa durch die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für benachteiligte Zielgruppen sowie die Bereitstellung von zielorientierten, kompetenzfördernden Praktikumsstellen zu fördern. Hierzu schließt die Genossenschaft mit dem Sprungbrett e.V. Riesa im Rahmen der sozialpädagogisch begleiteten Ausbildung benachteiligter Jugendlicher eine Kooperationsvereinbarung.

2. Gegenstände des Unternehmens sind:

- a. Gärtnerische Dienstleistungen
- b. Zubereitung und Verkauf von Speisen zur Essensversorgung in öffentliche Einrichtungen und/oder Unternehmen
- c. Essen- und Haushaltsservice für Senioren und private Haushalte
- d. Hausmeisterdienstleistungen und Wohnumfeld-Gestaltungen.

Einbindung in die Lokale Ökonomie

Die Einbindungsprozesse in die lokale Ökonomie basieren durch unsere Entwicklungsgeschichte auf einem sehr langen prozesshaften, auch kontroversen aber stets offenen und vertrauensvollen Weg. Die vielen Auseinandersetzungen mit den Kammern und den Innungen, aber auch mit der örtlichen Politik haben zu Beziehungen und gegenseitigen Entdeckungen geführt. Man begriff zunehmend, dass es solche Projekte und Initiativen braucht, um ein Gemeinwesen zu gestalten und es die reine Marktlogik nicht schaffen wird, jedem die Existenz zu sichern. Zwar vertritt man politisch immer noch die reine Wachstumsideo-

logie und „Der Markt ist das Allerheiligste“, aber im Bauch wird zunehmend bei Kleinunternehmern und auch in der Politik gemerkt, dass wir andere Kreisläufe brauchen und dass kommunaler Gemeinbesitz ein wichtiges Gut zur Steuerung der ganzheitlichen Stadt- und Regionalentwicklung ist. Eine Chance für unsere Genossenschaften. Ich bin froh und auch ein wenig stolz darauf, dass wir in Riesa sehr zeitig versucht haben, im Markt mit tätig zu sein und unser Dasein nicht in einem Hinterhof-Projekt versteckt haben und uns auch immer als Unternehmer verstanden haben, um uns nicht in die soziale Schmutzelnische abschieben zu lassen. Auf dieser Grundlage sind wir auch in die lokale Ökonomie mit allen Risiken und Verpflichtungen eingebunden.

- Hauptauftraggeber in der Gärtnerei ist die Stadtverwaltung
- Grundmittel für die Produkterzeugung werden aus der Region bezogen
- Hauptkunden der Küche sind die in Riesa und der Region lebenden Familien, deren Kinder in inzwischen 7 Schulen mit warmen Mittagessen versorgt werden.
- Wohnungsunternehmen kaufen zunehmend die Pflegeleistungen ein.
- Kleinbetriebe fragen unsere Leistungen nach.

Die ökonomischen Bestandteile

Auch wenn das Jahresergebnis der Gärtnerei negativ ist und nur durch das sehr positive Ergebnis der Küche ausgeglichen werden kann, sind wir mit dem Gesamtergebnis nach einem Jahr recht zufrieden. Es wurde geschafft, fast aus eigenen wirtschaftlichen Kräften, Arbeit für bestimmte Zielgruppen in der Region zu halten und Lebensqualität in den Schulen und in der Stadt zu erhalten.

Beteiligten- und Mitarbeiterbilanz

Die Genossenschaft hat 9 Mitglieder. Der Aufsichtsrat besteht aus 3 gewählten Mitgliedern. Geführt wird Genossenschaft von zwei ehrenamtlich berufenen Vorständen. Das heißt, die beiden Bereichsleiterinnen (Küche, Gärtnerei) sind die Vorstände.

Mitarbeiter in der Küche

6 Teilzeitbeschäftigte

10 im Zuverdienst

4 Lehrlinge (Reha) 1.und 2.Lehrjahr

Mitarbeiter in der Gärtnerei

4 Teilzeitbeschäftigte (davon 2 SB-Plätze)

1 Umschüler

2 Praktikanten

4 Lehrlinge (Reha) 1.und2.Lehrjahr

Für die Buchhaltung und Verwaltung und den Fahrdienst bedient sich die Genossenschaft auf Grundlage eines Dienstleistungsvertrages der bestehenden Struktur des Sprungbrett e.V. Diese Übergangsphase wird entsprechend einer derzeitigen strategischen Planung mit 1.1.2007 verändert werden. Büro und Fuhrpark werden von der Genossenschaft übernommen werden und der Verein

wird sich die Dienstleistung für sich bei der Genossenschaft einkaufen. Dieses Netzwerkverhältnis ist rechtlich unbedenklicher.

Probleme und offene Fragen

Trotz der positiven Grundstimmung, auch im Rückblick auf unseren Weg bleiben immer wieder offene Fragen, die Schritt für Schritt bewältigt werden müssen.

- Quersubventionierung der Gärtnerei durch die Küche (Gründe dafür sind Heizkosten, die alten Gewächshäuser und keine Absatzsteigerung in diesem Jahr)
- Dadurch Abfluss bzw. Verhinderung von Eigenkapitalbildung
- Spannung in der Geno-Gruppe durch diese Schieflage
- Welche lokalökonomischen Kooperationen können dabei helfen, zu einer Stabilität und einer guten Liquidität zu kommen?

Fazit des Weges

Rückblickend auf die Ausgangsposition und die Entscheidung zwischen Schließung mit Folge Arbeitslosigkeit und Aufbruch zu neue Strukturen zum Erhalt einer aufgebauten und mühsam entwickelten lokalökonomischen Struktur, muss ich immer wieder feststellen, es hat sich gelohnt. Ich möchte Mut machen zu solchen Wegen. Darum hoffe ich, dass ich mit diesen kleinen Bruchstücken unseres Entwicklungsweges zu Fragen und weiteren Diskursen anregen konnte.

Unsere Genossenschaft ist nicht fertig, sondern sie wird ständig ein Prozess sein, der auch viel überregionalen Austausch und Diskurs quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen braucht.



Ausbildungs- oder Arbeitsplatz: junge Leute wie hier Isabel Münch finden ihn in der neuen Flora et Cena e.G. (Foto W. Schmidt), aus D. Schall: Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV) 2009 Frische Blumen und Pflanzen aus der Gärtnerei und schmackhaftes Essen für Riesaer Schüler, Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV), in: WIR, das Genossenschaftsblatt aus Mitteldeutschland, Aus Genossenschaften 10/2006, S. 21

http://www.neuegenossenschaften.de/gruendungen/dienstleistung/Cena_et_Flora.html

Vielfalt regionaler Potentiale: Gesellschaft und Natur

Kleider machen Leute – Leute machen Kleider

Alexandra Stenzel/AG Textile Kette

Kleidung ist mehr als nur ein Schutz vor Kälte oder Nässe. Sie ist ein sinnliches Erlebnis. Vor allem aber ist sie ein Kommunikationsmittel.

Kommunikation über Kleidung, Mode, Style? Kommunikation von welchen Inhalten? Eine Gruppe aus Bekleidungstechnischen Assistenten, Produktdesignern, Landschaftsplanern, Sozialwissenschaftlern und ökologischen Landwirten griff diese Fragen auf und entwickelte eine Vision: den Aufbau einer regionalen und selbstverwalteten Produktionskette für ökologische Kleidung.

Die Idee entstand 2006 in einer Kasseler WG-Küche, als Lena Natt, damals noch in der Ausbildung zur Bekleidungstechnischen Assistentin, nicht wusste, was sie in Zukunft mit der Ausbildung anfangen sollte. Als sie dies äußerte, blätterte ich gerade in einem Katalog für ökologische Mode. Ich wollte damals gerne nachhaltiges Konsumverhalten auch auf meine Kleidung übertragen. Aber die Mode aus den Katalogen sprach mich vom Stil her nicht an. Die ökologische Kleidung war damals noch klar auf eine ältere Zielgruppe ausgelegt. Aus Spaß kamen wir darauf, dass Lena doch ökologische Mode jenseits des damaligen eher gediegeneren „Öko-Mainstreams“ machen könnte. Aus dem Spaß wurde bald eine Idee, die immer weiter wuchs und auch bei anderen Leuten großen Anklang fand.

In unserer alltäglichen Kleidung ist im wahrsten Sinne des Wortes die globale Welt verstrickt. Das eine Jeans einmal um die Welt reist, bevor sie in den deutschen Läden liegt, unter ausbeuterischen Bedingungen produziert wird und die Produktion die Umwelt stark belastet, lernen schon kleine Kinder in der Schule. Deshalb wünschen wir uns wieder Mode, mit der wir uns identifizieren können, bei der wir wissen, wie und wo sie entstanden ist, und dass sie unter nachhaltigen Gesichtspunkten produziert wird. Nachhaltigkeit soll sich dabei nicht nur in der ökologisch ausgerichtete Produktion und den kurzen Strecken zwischen den Produktionsstätten widerspiegeln, sondern auch in der Forderung nach einer demokratisch ausgerichteten Wirtschaftsform der Kette.²⁰

Durch diesen Wunsch und der immer detaillierter werdenden Idee kam eine Arbeitsgruppe zustande, die die Möglichkeiten dieser selbstverwaltete Produktionskette für ökologische „jungendliche“ Kleidung in Nordhessen und angrenzende Regionen erforschte.

²⁰ siehe dazu Abschnitt „Vom Anbau bis zum Verkauf“ in dem folgenden Text von Cindy Völler.

Mit der Zeit merkten wir, dass die Realisierung der Textilkette kein einfaches Unterfangen ist. Ziemlich viele Akteure müssen an dieser Produktionskette beteiligt sein. Angefangen von den Landwirtinnen und Landwirten bis hin zu den Verkäuferinnen und Verkäufern. Wir kamen zu dem Entschluss, dass eigentlich zuerst ein Modelabel entstehen müsse, um von „hinten“ die Produktionskette aufzubauen. Allerdings sind immer noch viele Fragen offen, die die Mitglieder der Gruppe bisher daran gehindert haben, erste Schritte auf dem Weg des Aufbaus der selbstverwalteten Textilkette zu gehen.²¹

Zusätzlich fehlt es der Gruppe bisher noch an Menschen, die die Kleider mittels einer demokratisch organisierten Produktionsweise produzieren wollen. Die große Hürde für den Aufbau der Kette, die Gründung eines eigenen Modelabels, haben sich die Gruppenmitglieder auch auf Grund ihrer beruflichen Ausrichtung bisher noch nicht getraut.

Mittlerweile gibt es schon viele neue Labels, die unter nachhaltigen Prämissen ihre Kleidung für junge Leute produzieren lassen. Das Design und die Unternehmenskonzepte zeigen deutlich die neuen Globalisierungstendenzen in Richtung regionaler Orientierung auf. Läden mit regionalen Designprodukten sprossen in den letzten Jahren aus dem Boden. Auch der Markt für ökologische und fair gehandelte Kleidung vergrößerte sich seit den letzten Jahren stetig. Das zeigte z.B. auch die große Fair-Trade Messe 2010 in Dortmund, auf der junge Modelabels wie Greenality ihre Kleidung präsentierten.

Unser Vorhaben hebt sich von den Fair-Trade-Labels in dem Sinne ab, dass wir nicht nur die Solidarische Ökonomie in den Ländern des Südens mittels des fairen Handelsbedingungen fördern wollen, sondern auch hier vor Ort nachhaltige Wirtschaftsstrukturen implementieren und dadurch vor allem jungen Menschen in „Hessisch Sibirien“ eine Zukunftsperspektive aufzeigen wollen.

Mit dem Aufbau der selbstverwalteten Produktionskette kann Kleidung hergestellt werden, in der nicht mehr die Globalisierung verstrickt ist, sondern die demokratischen, ökologischen aber auch modischen Grundhaltungen der Trägerinnen und Träger. Darüber hinaus könnte der Konsum dieser Kleidung vor allem junge Leute darauf bringen, dass man nicht mit seinen ausgestreckten Ellenbogen durch die Welt gehen muss, sondern dass es vielmehr auf Vernetzung und Kooperation auf Augenhöhe ankommt.

Durch die in der Textilkette produzierte Kleidung können die Konsumentinnen und Konsumenten ihre nachhaltige Lebensweise nach außen kommunizieren und diese Lebensweise durch den „Style“ auch zu einem sinnlichen Erlebnis machen. Frei nach dem Motto: Kleider machen Leute, Leute machen Kleider...

²¹ siehe Abschnitt „Wie geht es weiter?“ in dem Text von Cindy Völler.

Solidarische Textilkette in Nordhessen und Umgebung

Ein Konzept zum gemeinschaftlichen Aufbau in der Region

Cindy Völler/ AG Textile Kette



Die Idee

Die Projektidee oder Vision, die im Folgenden vorgestellt wird, entwickelte eine Gruppe des Vereins zur Förderung der solidarischen Ökonomie e.V. aus Kassel. Ziel ist der Aufbau einer regionalen und solidarischen Produktionskette für ökologische Kleidung.

Die Idee selbst stammt von Alexandra Stenzel und Lena Natt. Beide saßen eines Abends in der Küche ihrer Wohngemeinschaft zusammen und diskutierten über das geringe Angebot an ökologischer Kleidung für Jugendliche. Daraus entstand die Idee zu dem Projekt, für welche sie immerhin noch eine ganze Reihe weiterer Interessenten gewinnen konnten. Am Ende waren wir eine Gruppe von 10 Personen, die sich regelmäßig trafen.

Ausgangspunkte waren für uns, neben der Herstellung von ansprechender Kleidung auch die zunehmende Zerstörung der Umwelt und die Veränderungen in der Gesellschaft, wie zum Beispiel die immer größer werdenden Unterschiede zwischen arm und reich.

Die Ökobilanz eines konventionellen Textils

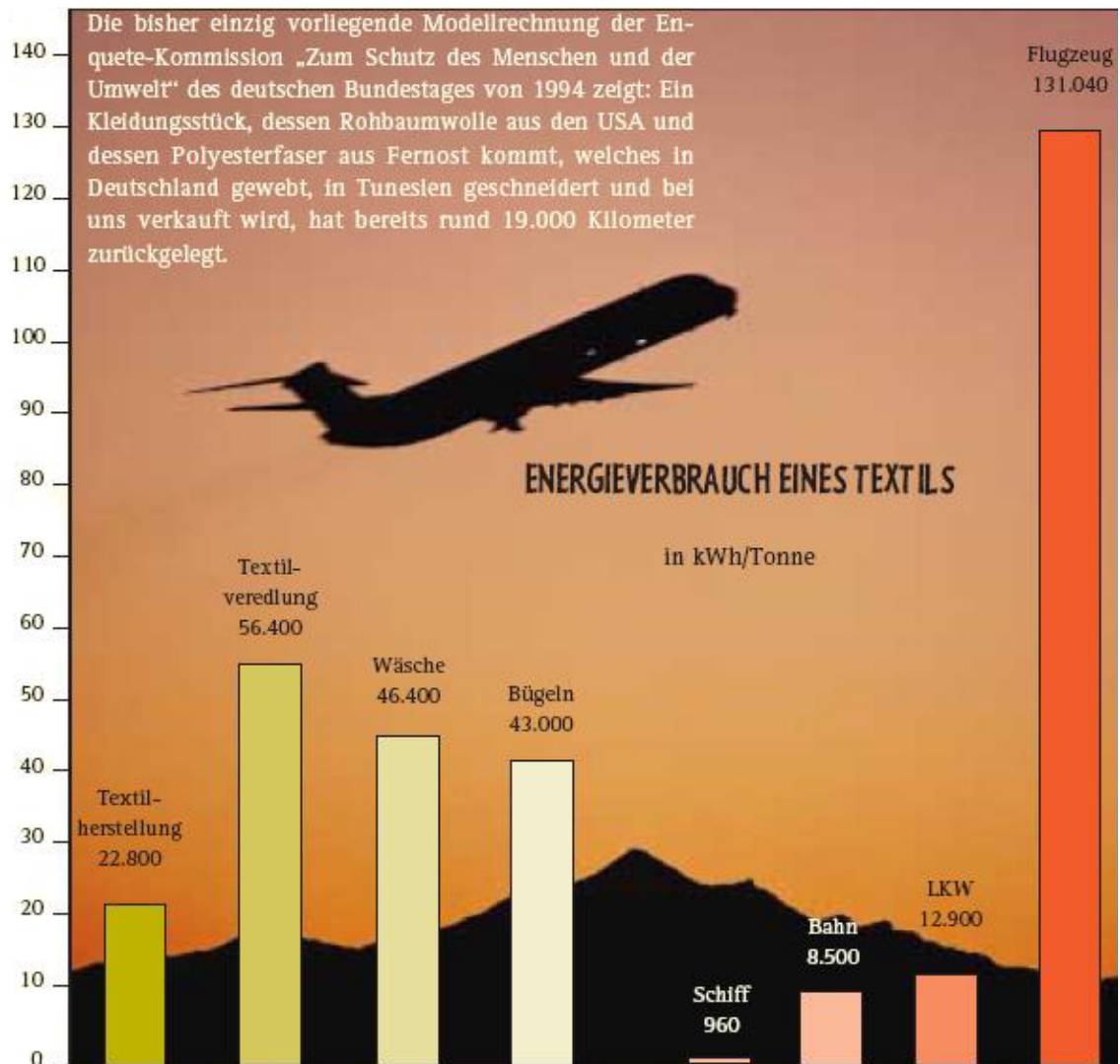
Während sich vor allem in der Lebensmittelindustrie ein Bewusstsein für regionale und ökologische Produkte entwickelt hat, geschieht dies in der Textilbranche nur begrenzt.

Grafik 1 beschreibt den Weg, den ein einziges Kleidungsstück zurücklegt und den Energieverbrauch für die einzelnen Schritte. Für das exemplarische Kleidungsstück kam die Baumwolle aus den USA, die Polyesterfaser aus Asien, in Deutschland wurde gewebt und in Tunesien geschneidert. Den höchsten Energieverbrauch hat der Transport mit dem Flugzeug. Der Transport mit dem LKW und der Bahn fällt dem gegenüber deutlich geringer aus. Eine regionale Produktionskette, d.h. kurze Wege zwischen den einzelnen Produktionsstufen, würde die Ökobilanz eines Textils wesentlich verbessern. Deshalb ist es aus ökologischer Sicht sinnvoll, diese ganzen Schritte auf regionaler Ebene, durchzuführen.

Die Kleidungsproduktion, die heute überwiegend im asiatischen Raum stattfindet, ist auch ein sehr gutes Beispiel, wie kapitalistische Wirtschaftsstrukturen die Gesellschaften und deren Kultur zerstören können. Die eigentlichen Produzenten profitieren nicht von dem riesigen Markt, sondern vielmehr die in- und meist ausländischen Unternehmer.

In Afrika z.B. brach die Herstellung von traditionellen Stoffen weg, welche aber für viele Stämme eine wichtige kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung hatte. Hinzukommen, wie allgemein bekannt, menschenunwürdige Arbeits-

bedingungen in den Entwicklungsländern und die Vergrößerung der Schere zwischen Arm und Reich durch die Kleidungsindustrie. Dem wiederum stehen Projekte im Sinne des Fair-Trade- Gedankens gegenüber.



Grafik 1: Energieverbrauch eines Textils in 1000kW/Tonne

Fair-Trade wird regional ...

Der Fair-Trade- Gedanke beinhaltet die Zahlung fairer Preise zur Deckung der Produktionskosten, eine angemessene Bezahlung der Arbeiterinnen und Arbeiter und Fair Trade lässt auch Freiraum für Aktivitäten auf sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Ebene.

Fairer Handel muss auch hier in Deutschland und den anderen Industriestaaten stattfinden!

Die Menschen und die Umwelt werden nicht nur in den Entwicklungsländern ausgebeutet, sondern auch in Ländern mit einem höheren Lebensstandard. Das beginnt bei der Zahlung geringer Löhne und setzt sich fort in der Ausbeutung der Arbeitskraft durch unbezahlte Überstunden bis hin zu Entlassungen aus Profitgier.

Darüber hinaus wollen wir hier mit einer regionalen solidarischen Produktionskette die lokalen Märkte stärken, damit der globale Handel auf die Produkte beschränkt wird, die nicht vor Ort produzierbar sind. Durch die solidarische Organisation wird der Produktionsprozess transparenter gestaltet, indem Hersteller und Verbraucher in direkten Kontakt treten. Der Kunde erfährt somit alles über die Kleidung, die er trägt. Der Produzent kann von den Verbesserungsvorschlägen des Kunden profitieren. Ein weiterer großer Vorteil einer regionalen Kette sind die kürzeren Transportwege, die Umwelt wird dadurch geschont, was ebenfalls zum Wohle Aller beiträgt.

Vom Anbau bis Verkauf

Vom Anbau bis zum Verkauf heißt: alle Schritte des Produktionsprozesses sollen in der Region stattfinden. Zur Produktion in der Region gehören dann auch der ökologische Anbau heimischer Faserpflanzen und die Anwendung umweltschonender Technologien. Ebenso gehört für uns die solidarische Organisation der Kette dazu, weil die permanente Steigerung des Gewinns auf Dauer nicht als nachhaltig gelten kann. Im Vordergrund eines wirtschaftlichen Unternehmens sollte vielmehr die Befriedigung der Bedürfnisse der einzelnen Arbeiter oder Angestellten stehen.

Kleidung, die vom Anbau bis zum Verkauf in der Region bleibt, ist ein Beitrag für eine nachhaltige regionale Entwicklung!

Nach dem dieses Konzept ausgearbeitet war, versuchten wir uns an dessen Umsetzung und formulierten die übergeordneten Ziele:

- die umweltverträgliche Produktion von Kleidung;
- der Aufbau einer nachhaltigen Produktionskette und
- die Stärkung der regionalen und solidarischen Ökonomie.

Ansprechen wollen wir vor allem ein junges Publikum zwischen 20 und 30 Jahren, für die der aktuelle Markt nur wenige Möglichkeiten bietet, sich umweltgerecht zu kleiden. Es gibt inzwischen viele Modelabel, die diese Altersklasse ansprechen, deren Produkte aber immer noch sehr teuer sind.

Textile Kette für Nordhessen

Dabei konzentrieren wir uns auf die Region Nordhessen, weil wir in der Region beginnen wollten, in der wir wohn(t)en. Zu Beginn überlegten wir uns, welche Fasern für die Region in Frage kämen. Wir diskutierten über Flachs, Brennnessel, Hanf und dachten auch über die Verwendung von Wolle nach. In weiteren Schritten untersuchten wir das Anbaupotential für Faserpflanzen, die Situation der Landwirte und Berufstätigen in der Textilbranche, lokalisierten und besuchten bestehende Betriebe, machten eine Studie zum Aufbau einer solidarischen Kette und eine Umfrage zur Akzeptanz von ökologischer Kleidung und dem Wissen darüber.



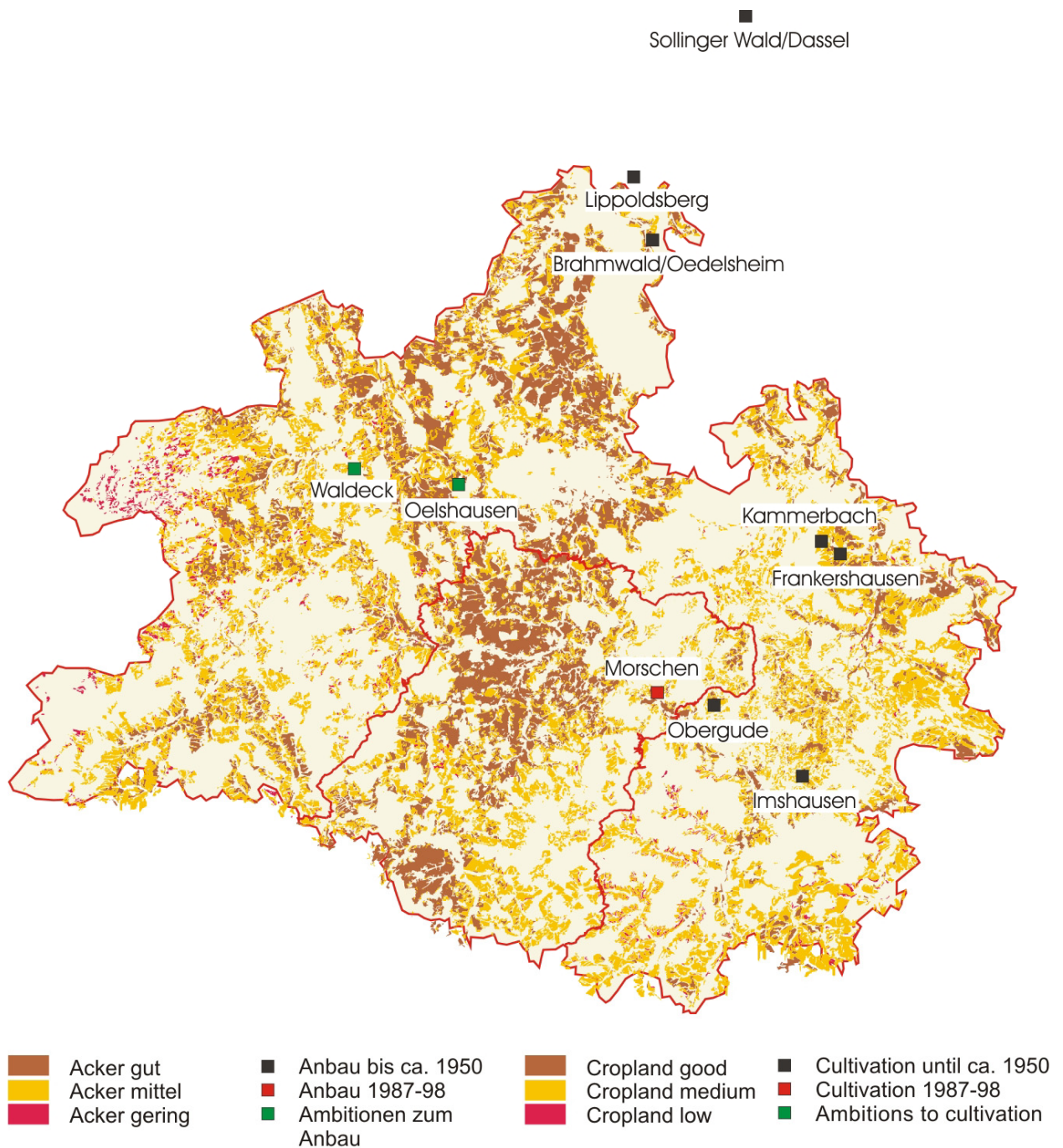
Grafik 2: Skizze der textilen Kette in Nordhessen

Bei der Auswahl der Fasern konzentrierten wir uns zunächst auf Flachs, weil dieser neben der Brennnessel eine einheimische Pflanze ist und gerade Nordhessen auf eine lange Tradition des Flachsbaus zurückblicken kann. Die Her-

stellung von Leinen zählt hier zu den ältesten Gewerben der Region. Bis in die 50er Jahre wurde Flachs noch in einigen Orten Nordhessens angebaut. Danach kam der Anbau für ca. 50 Jahre vollständig zum Erliegen. Erst seit 2005 ist die Kultivierung von Flachs in geringen Mengen wieder verzeichnet. 2007 und 2008 wurden in ganz Hessen immerhin 22,5 ha Ackerfläche mit Flachs bestellt.²²

²² Vgl.: ebenda

Ehemalige Anbauorte für Flachs



Grafik 3: Historische Anbauorte in Nordhessen;

Kartengrundlagen: HLUG: Natürliche Nutzungseignung für landbauliche Nutzung 1999, <http://atlas.umwelt.hessen.de/atlas/>; Flachs in Hessen, Lea Unterholzer, Uni-Kassel, SoSe 2008; Gesundheitswissen und alte Bräuche, Clarita Müller-Plantenberg, in: Entwicklungsperspektiven, Uni-Kassel, 2005; Google Maps: <http://maps.google.de/maps?hl=de&tab=w1>

Die Grafik 3 zeigt eine Karte historischer Flachs-Anbauorte im Werra-Meißner- und im Schwalm- Eder- Kreis. Diese historischen Standorte können heute noch

als potentielle Anbaugelände für die Leinpflanze gesehen werden. Für die meisten Landwirte wird der Hanf vermutlich die interessantere Nutzpflanze sein, da dieser auf Grund seiner großen natürlichen Widerstandsfähigkeit gegen Schädlinge und wegen seines schnellen Wuchses sehr leicht zu kultivieren ist und geringere Ernteaufträge als beim Flachs zu erwarten sind. Flachs reagiert auf hohe Feuchtigkeit empfindlich. Neben Flachs und Hanf ist die Schafwolle einer der ursprünglichsten Rohstoffe für die Herstellung von Textilien. Sie ist vielseitig verwendbar und wird unter anderem auch für Dämmstoffe in der Baubranche eingesetzt. Die Verwendung von Wolle könnte die Produktpalette also erweitern, wobei es bereits Stoffe aus einer Mischung von Flachs und Wolle gibt.

Ein weiterer wesentlicher Punkt der ersten Recherche war die Feststellung, ob es denn generell einen Raum für eine regionale solidarische Kette gibt. Dazu sahen wir uns die Entwicklung der Landwirtschaft und die gegenwärtige Situation der Schäfer und der Arbeiter in der Textilbranche an.

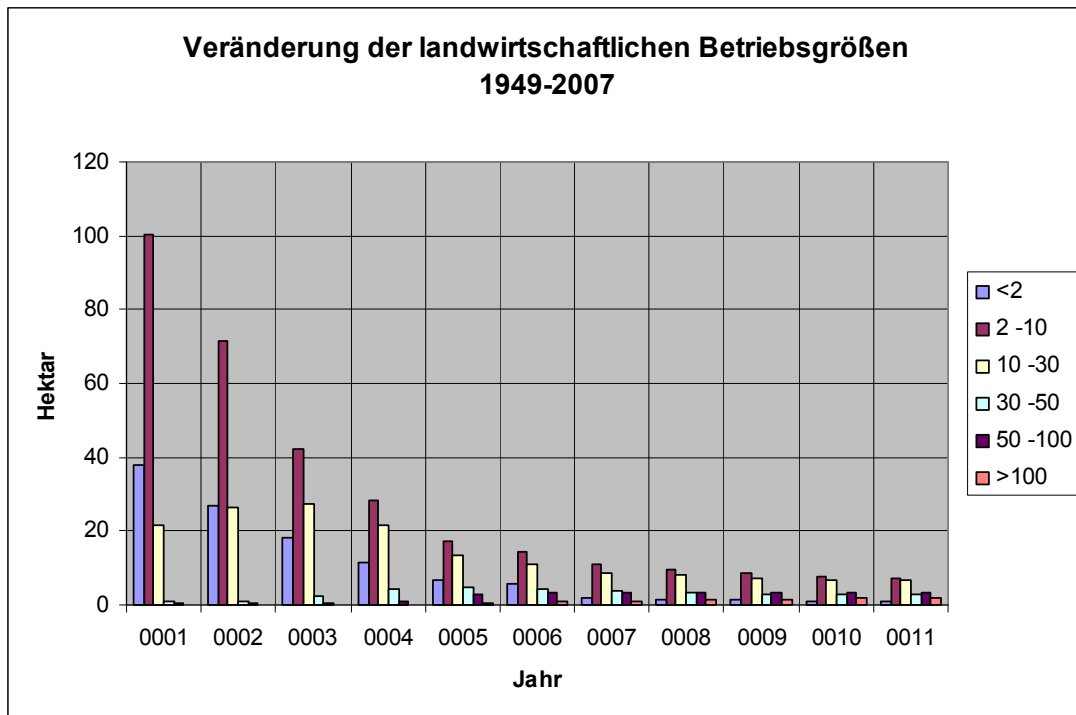
Nordhessen ist eindeutig eine agrarisch geprägte Region. Die Grafik 3 zeigt, dass von 1949 bis 2007 die Zahl der Betriebe mit einer Fläche zwischen 2 und 30 Hektar stark zurück ging, gleichzeitig aber die Zahl der Betriebe mit mehr als 30 Hektar stieg. Insgesamt führt diese Entwicklung zu einer erhöhten Landkonzentration. So ist seit 2001 eine Zunahme der Betriebe mit einer Fläche von mehr als 100 Hektar zu verzeichnen. Mit zunehmender Technisierung und der Tendenz zu Monokulturen sind damit erhebliche Umweltschäden und Arbeitsplatzverluste verbunden.

Durch den Anbau von einheimischen Faserpflanzen wollen wir insbesondere den kleinen Höfen eine Chance geben, um diesem Trend der Landkonzentration und der Arbeitsplatzverluste entgegenzutreten.

In der Schäferei sieht es ähnlich aus. Es gibt in Nordhessen noch einige Schäfer, die ihre Wolle an einen weiterverarbeitenden Betrieb in Rosdorf in Niedersachsen verkaufen.²³ Die kleineren Schäfer nutzen dabei das Potential der Schäfer mit größeren Herden, über die sie ihre Wolle an den Betrieb veräußern. Insgesamt hat die Schäferei in Nordhessen einen starken Rückgang zu verzeichnen. Die Wollpreise sind gesunken und die Wolle wird teilweise entsorgt.

Unter den Textilverarbeitern und Schneidern herrscht eine hohe Arbeitslosigkeit. Von 2007 bis 2008 waren monatlich 224 Textilverarbeiter und 120 Schneider arbeitslos. Auch diese können von der Etablierung einer textilen Kette profitieren und sind sicher Ansprechpartner, wenn es um Neugründungen geht.

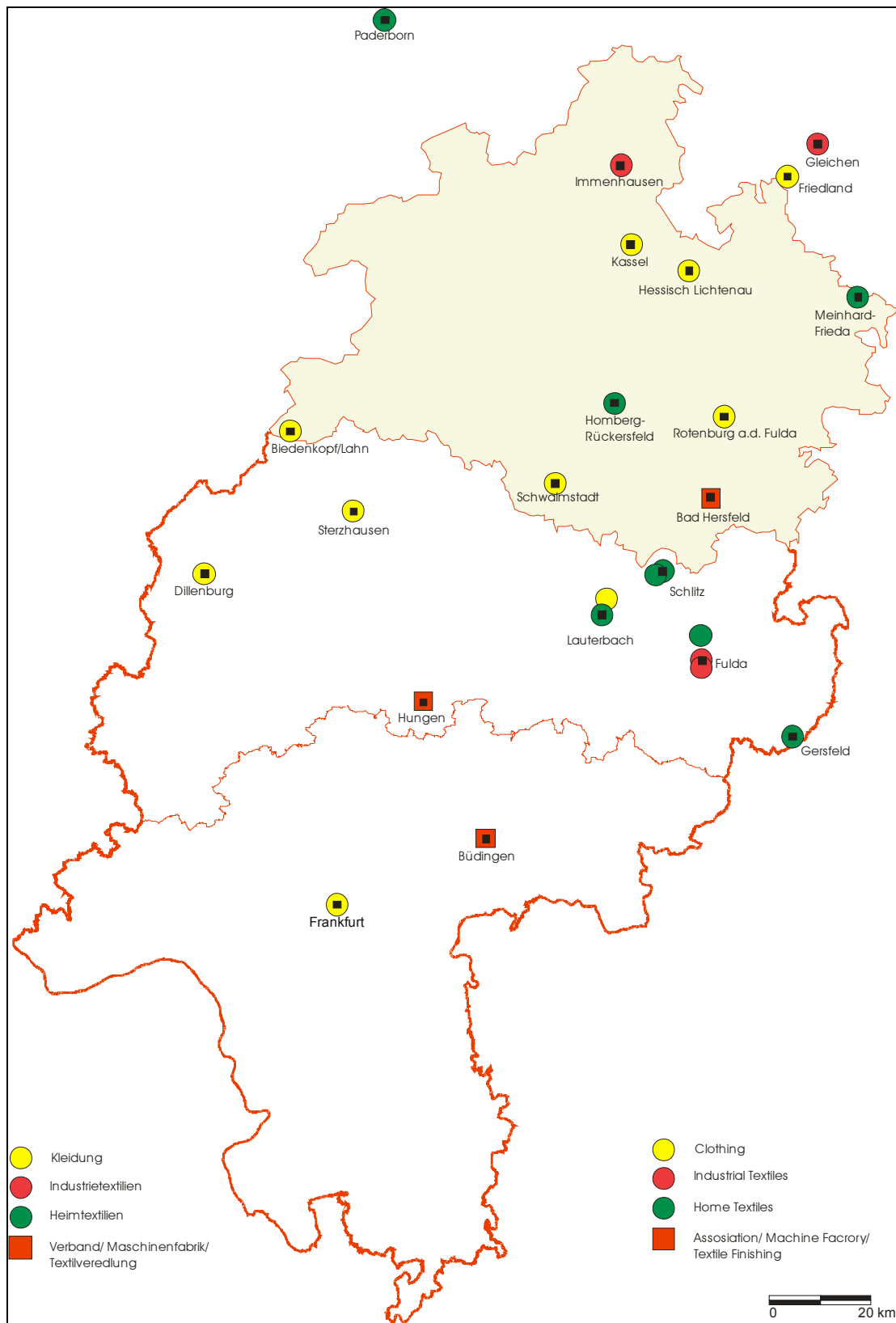
²³ Gespräch mit Regine Holloh, Studentin der Ökologischen Agrarwissenschaften in Witzenhausen am 11.11.2008.



Grafik 4: Veränderung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen 1949-2007;
Quelle: Umweltatlas Hessen, <http://atlas.umwelt.hessen.de/atlas/>, Hrsg.:
Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie, Stand Nov. 2007

Bestehende Betriebe für die Weiterverarbeitung

Entgegen unserer ursprünglichen Annahme, dass die Textilproduktion in Hessen quasi nicht mehr existent ist, mussten wir feststellen, dass es doch noch eine Vielzahl an Textilbetrieben gibt. Was uns unter anderem veranlasste zu sagen, dass auch konventionelle Betriebe in die Kette mit aufgenommen werden könnten. Im Verlaufe der Arbeit schauten wir über die Grenze der Region und auch über die Landesgrenze hinaus, um die bestehenden Betriebe aufzunehmen. Es existieren in Hessen und Niedersachsen kleine Manufakturen mit etwa zehn Mitarbeitern, aber auch größere Fabriken mit einem entsprechenden Mitarbeiterstab. Acht der Betriebe stellen Kleidung her, acht Heimtextilien und drei Betriebe Industrietextilien.



Grafik 5: Übersicht über bestehende Weiterverarbeitungsbetriebe; Kartengrundlagen: HLUG: Natürliche Nutzungseignung für landbauliche Nutzung 1999, <http://atlas.umwelt.hessen.de/atlas/>;

Google

Maps:

<http://maps.google.de/maps?hl=de&tab=wl>

Zusammenfassend kann man also sagen, dass es ein Potential für den Anbau und die Weiterverarbeitung hier in Nordhessen und Umgebung gibt. Wir haben Anbauflächen für die Rohstoffe, die Schäfer wissen nicht wohin mit ihrer Wolle, und es gibt Betriebe für die Weiterverarbeitung und arbeitslose Textilarbeiter, die eventuell für eine Neugründung zur Verfügung stehen.

Und wie soll die Kette nun aussehen? Eine konkrete Struktur haben wir nicht festgelegt, weil wir es für wichtig halten, diese mit den Akteuren zu erarbeiten. Das Konzept kann aus unserer Sicht nur gelingen, wenn es von allen ihren Gründungsmitgliedern getragen wird. Als Voraussetzungen für eine Realisierung sehen wir jedoch die Prinzipien des solidarischen Wirtschaftens, die wären:

- Selbstverwaltung
- Umweltschutz
- Kooperation
- Solidarität und
- wirtschaftliche Tätigkeit.

Beispiel einer möglichen textilen Kette

Neben der Aufnahme der aktuellen Situation wurde an der Kunsthochschule eine Systemstudie durchgeführt, bei der es darum ging, alle Komponenten einer Kette computerunterstützt durchzuspielen und herauszufinden, welches die wesentlichen Faktoren für den Erfolg bzw. das Scheitern einer solchen Kette sind.

Die Studenten gingen erst einmal von den quantitativen Faktoren, die für konventionelle Betriebe wichtig sind, aus. Dazu zählen unter anderem die Produktivitätssteigerung, der Gewinn und die Mitarbeiterzahl. Diese haben sie mit den Faktoren, die für solidarische Betriebe wesentlich sind, ergänzt, wie z.B. „Motivation“, „Vertrauen“ und „Interne Transparenz“.

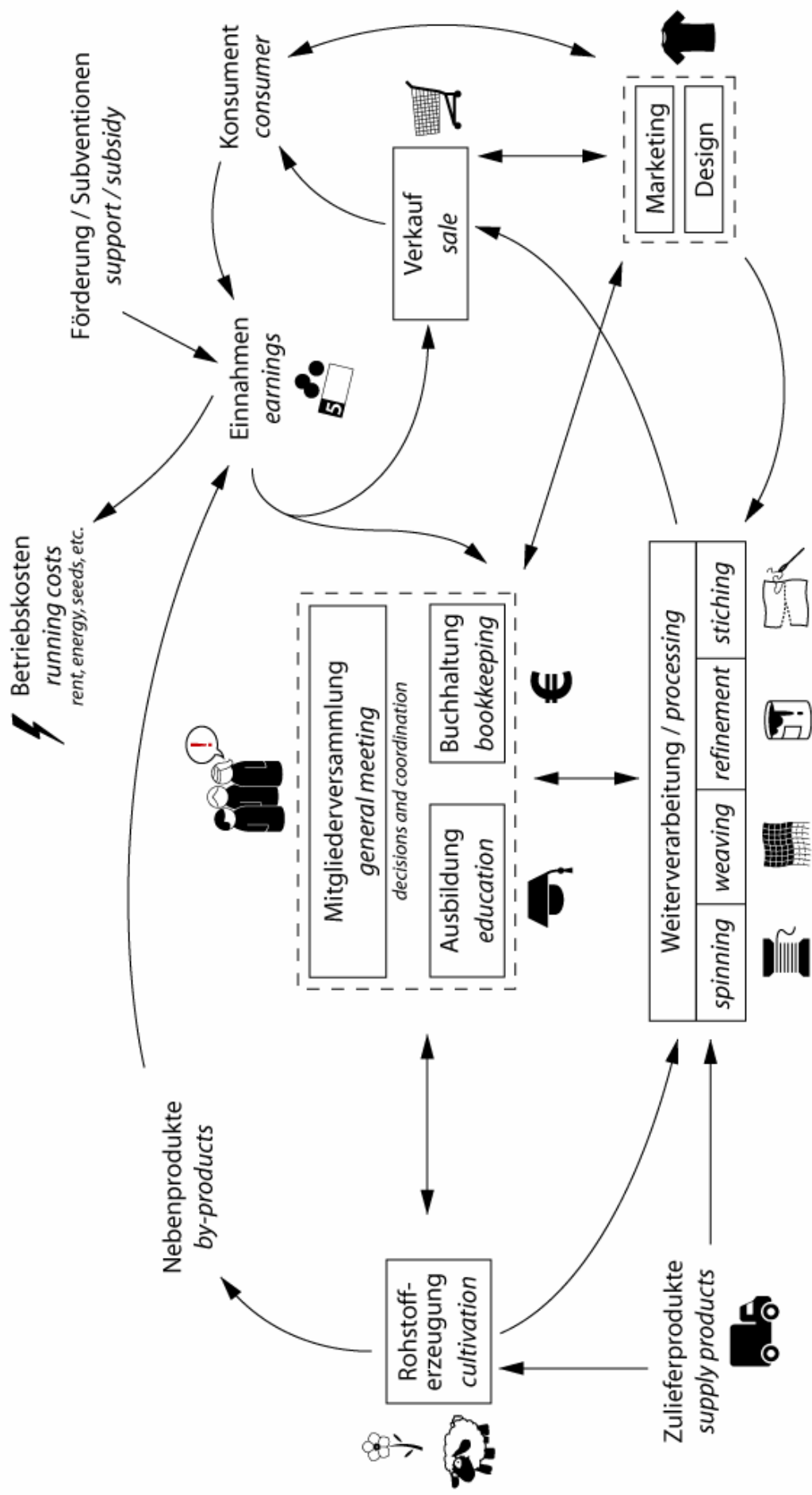
Ihr Ziel war es, ein ganzheitliches Modell der Kette zu erstellen, das die Kette nicht bis ins kleinste Detail beschreibt, sondern die Zusammenhänge zwischen allen Beteiligten, ihren Tätigkeiten, ihren Empfindungen, usw. aufzeigt.

Die ersten Ergebnisse zeigen, dass qualitative und quantitative Einflüsse von besonderer Bedeutung sind. Die „Arbeitsbedingungen“, die „Motivation der Beschäftigten“ und die „ökologische Ausrichtung“ sind besonders stark in die Abläufe der textilen Kette eingebunden.

Wesentlich für die aktive Steuerung der Kette sind „Bildung“, „Produktqualität“ und der „Grad an Selbstverwaltung“. Das bedeutet, dass besonders viel Energie beim Aufbau und späteren Betrieb des Textilverbundes z.B. auf die

Aus- und Weiterbildung aller Beschäftigten zu verwenden ist. Dann erreicht man schnell positive Effekte, die sich auf andere Bereiche der Kette auswirken.

Weniger wichtig für die gezielte Steuerung sind Faktoren wie der Verkaufspreis und die Akzeptanz der Kette in der Region, weil diese vor allem auf die aktiveren Komponenten reagieren und somit weniger für eine gezielte Steuerung geeignet sind. Erhöht man zum Beispiel den Verkaufspreis, erreicht man nur kurzfristig einen höheren Gewinn, weil dadurch die Nachfrage nach dem Produkt sinkt. Aus dem prototypischen Idealbild der Kette lassen sich jedoch wichtige Erkenntnisse für den allmählichen Aufbau gewinnen, welches dann eine Entscheidungshilfe ist, wenn es um die Auswahl der eingesetzten Rohstoffe oder um die Rechtsform geht. Wird es z.B. eine Genossenschaft oder ein Verein? Am Computer können hierfür verschiedene Szenarien entwickelt und auf ihre Auswirkungen hin überprüft werden, so dass Schritt für Schritt ein konsistentes und konsensfähiges Bild einer unabhängigen und selbstverwalteten Produktionsgemeinschaft entsteht.

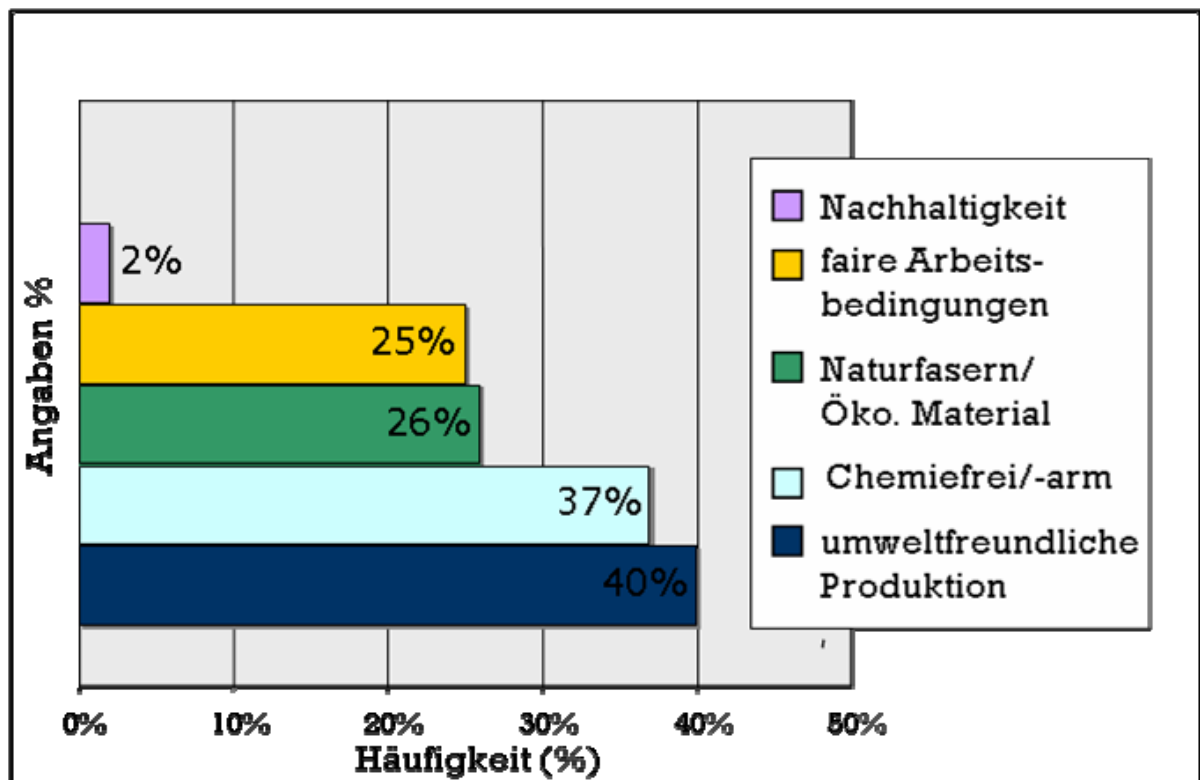


Grafik 6: Beispiel einer möglichen textilen Kette

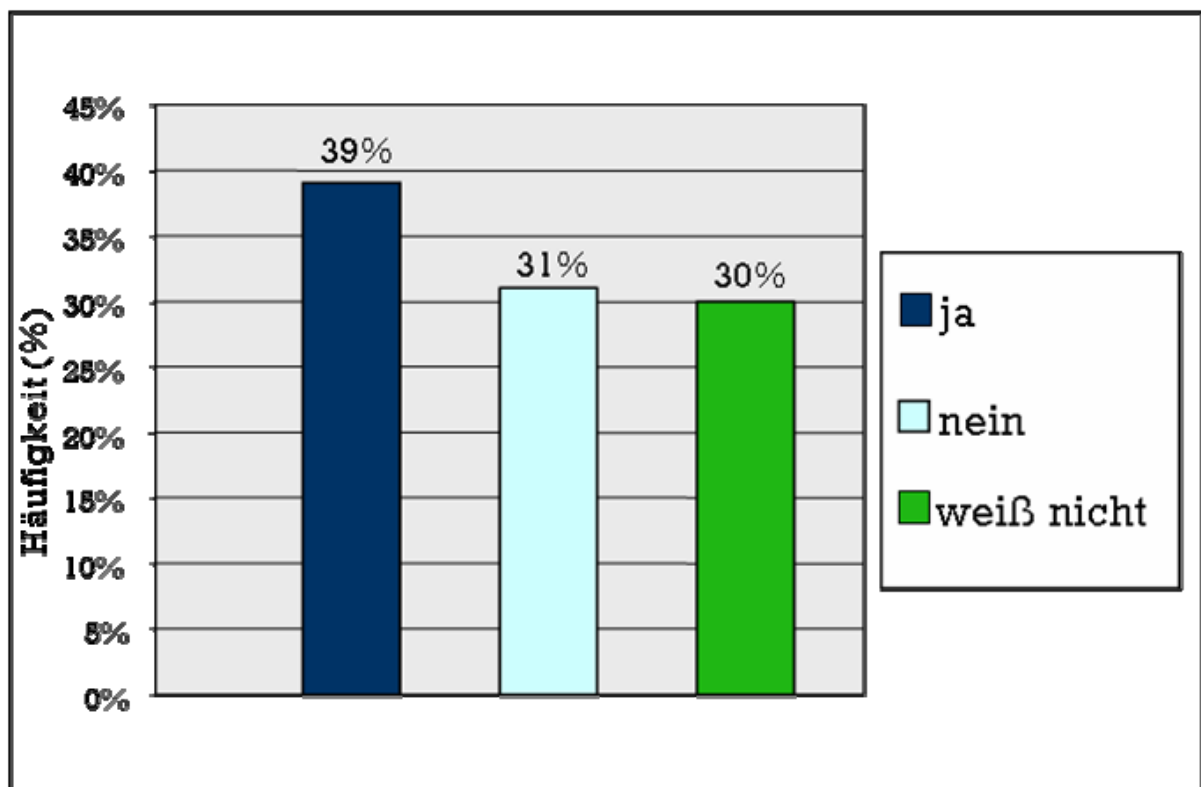
Konsum und Akzeptanz

Von August bis Oktober 2008 führten wir in Kassel eine quantitative Umfrage zu Konsum und Akzeptanz von ökologischer Kleidung durch. Diese sollte uns einen Überblick über die Meinung zu und die vorherrschenden Kenntnisse über umweltschonend und sozialverträglich hergestellte Kleidung verschaffen. In dieser Zeit konnten wir 335 Menschen zwischen 14 und 65 Jahren befragen. Der Altersdurchschnitt lag bei 31 Jahren. 63% der Befragten waren Frauen und 37% Männer.

Der Fragebogen begann mit einer allgemeinen Frage zum Verständnis von ökologischer Kleidung: Immerhin 40 % der Befragten gaben an, dass sie darunter eine „umweltfreundliche Produktion“ verstehen. 37% verstehen unter „ökologischer Kleidung“ eine chemiefreie Herstellung. Dies ist aber nur ein Aspekt einer umweltfreundlichen Kleidung, weil dazu u.a. auch die Produktion aus Naturfasern zählt, was 26% der Befragten angaben. Für sie ist Ökoleidung ein Naturprodukt. Dabei verwendeten sie Begriffe wie z.B. „synthetikfrei“ oder „aus Baumwolle“. Interessant ist, dass ein Viertel der Befragten „faire Arbeitsbedingungen“ als ein Kriterium für ökologisch produzierte Kleidung betrachtet. Sie nannten Begriffe wie „fair trade“, „faire Löhne“ und/oder „keine Kinderarbeit“. Hier gibt es offensichtlich wirkungsvolle Bildungsarbeit bzw. Medienpräsenz, die die Aufmerksamkeit der Bevölkerung immer mal wieder auf die ungerechten und schlechten Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern lenken. 2% der Befragten gaben „Nachhaltigkeit“ an, auch hier muss offen bleiben, was konkret damit gemeint war. Sehen die Personen Nachhaltigkeit ganzheitlich oder in diesem Fall nur bezogen auf die Bereiche Ökologie und/oder Soziales? Dies ließe sich zumindest aus den vorherigen Antworten schließen. 39% der Befragten gaben an, bereits ökologische Kleidung gekauft zu haben. Diese Aussage ist schwierig zu bewerten, da, wie eben erwähnt, ein Viertel der Befragten darunter auch einfach Kleidung aus Naturfasern verstehen. Und ein aus 100% Baumwolle bestehendes Kleidungsstück nicht zwangsläufig als umweltfreundlich zu bezeichnen ist. 30% der Befragten konnten gar keine Angaben machen und ein weiteres Drittel ist sich sicher, noch nie umweltfreundlich produzierte Kleidung gekauft zu haben.



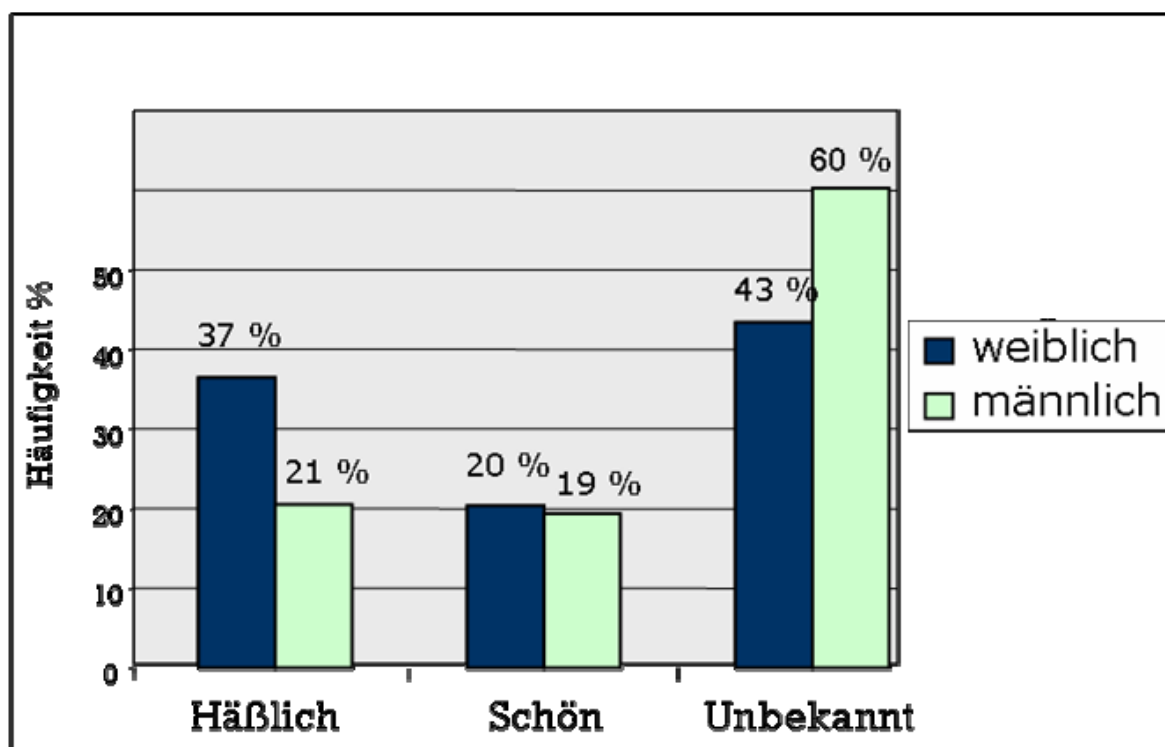
Grafik 7: Frage: Was verstehst du unter ökologischer Kleidung?



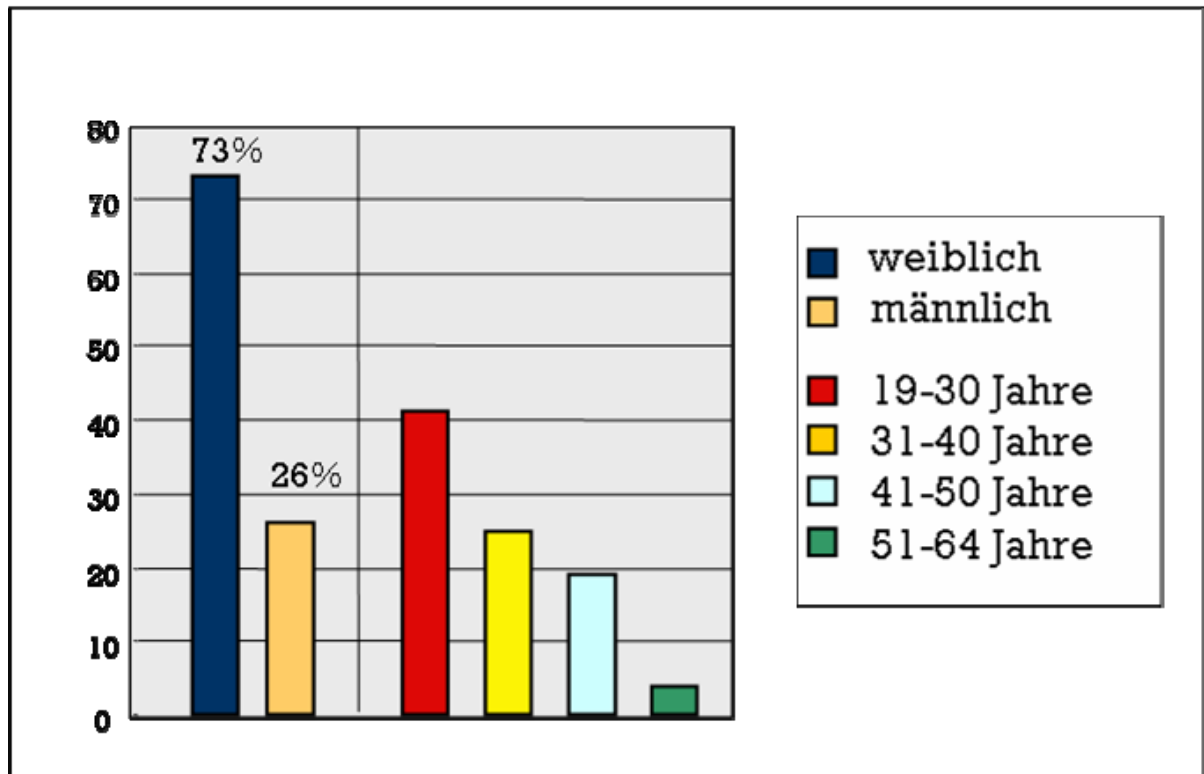
Grafik 8: Frage: Hast Du schon mal ökologische Kleidung gekauft?

Weiterhin gaben 43% der Frauen und 60% der Männer an, dass sie nicht beurteilen können, ob ihnen ökologische Kleidung gefällt bzw. sich noch nicht mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Andere empfanden sie als langweilig, klischeehaft oder unmodisch. Diese Aussagen decken sich mit dem, was wir auch empfinden und zeigen, dass es eine Gruppe gibt, die der ökologische Textilmarkt noch nicht oder nur wenig erreicht.

In der nächsten Grafik ist zu sehen, dass Frauen scheinbar bewusster einkaufen gehen. 73% der befragten Frauen haben schon ökologische Mode gekauft, wohingegen nur 26% der Männer dies angaben. Auch beim Alter zeigen sich deutliche Unterschiede. Die meisten der Käufer ökologischer Kleidung sind zwischen 19 und 30 Jahre alt, was unserer Zielgruppe entspricht. Von den Befragten zwischen 31 und 40 kauft ein Viertel Ökoleidung und von den über 51-jährigen gaben dies lediglich 4% an. Dies kann man zurückführen auf ein verändertes Umweltbewusstsein in den letzten Jahren. Trotzdem ist auch diese Frage mit Vorbehalt zu bewerten, da das Wissen über ökologisch hergestellte Kleidung doch sehr lückenhaft scheint.



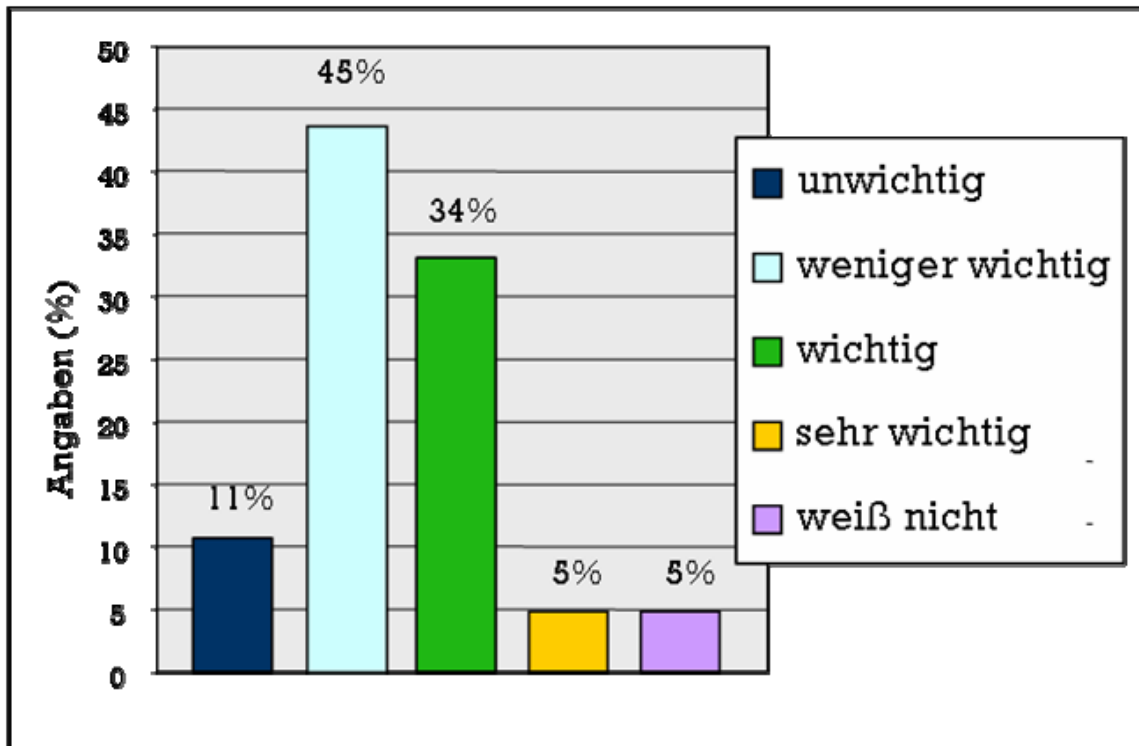
Grafik 9: Frage: Wie gefällt Dir die ökologische Kleidung, die es momentan auf dem Markt gibt? (nach Geschlecht getrennt)



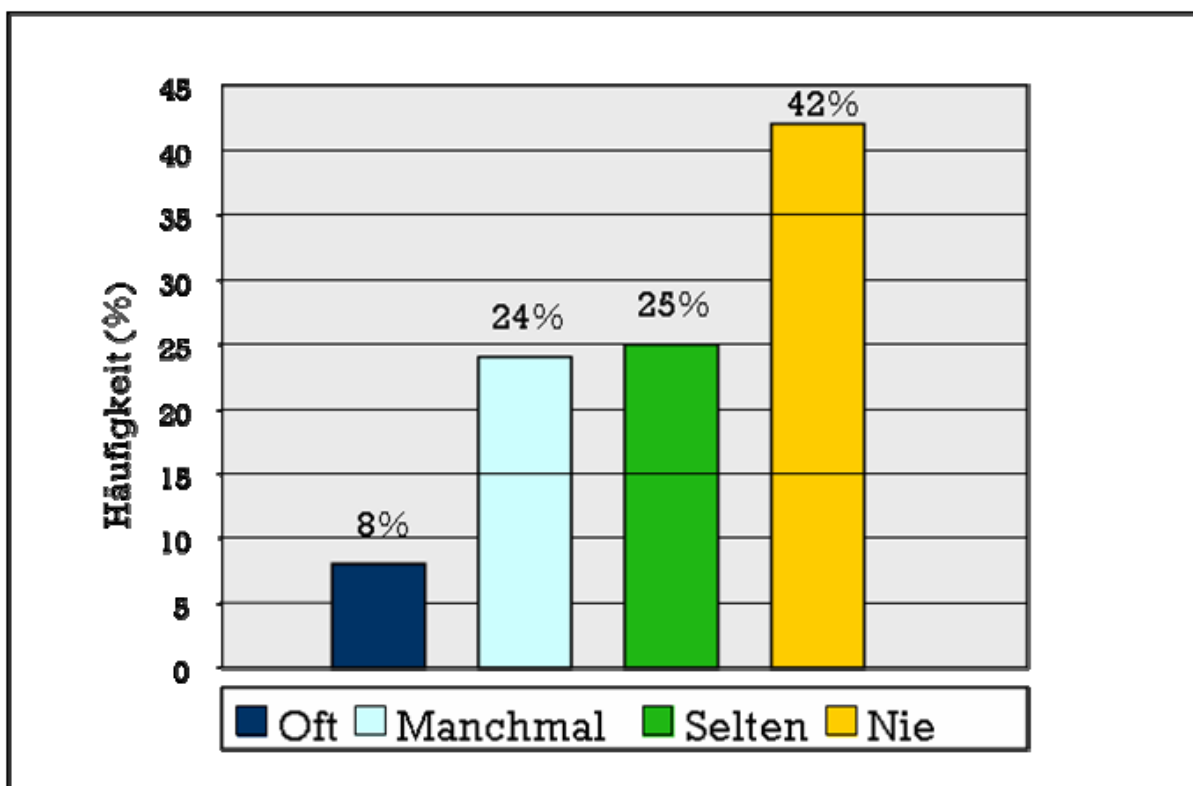
Grafik 10: Kaufverhalten nach Alter und Geschlecht

Eine Ursache könnte auch das mangelnde Interesse an den Herstellungsprozessen von Kleidung sein. Nur 5% der Befragten war es „sehr wichtig“ über diese Prozesse Bescheid zu wissen. 34% meinten dass es ihnen „wichtig“ sei, 45% ist es „weniger wichtig“ und 11% scheint es mehr oder weniger egal zu sein.

Auf die Frage „Informierst Du Dich über die Herstellungsbedingungen Deiner Kleidung?“ antworteten 42%, dass sie sich „nie“ darüber informieren, 8 % oft, 24 % manchmal und 25 % selten. Das heißt, dass immerhin mehr als die Hälfte sich über die Herstellungsbedingungen informiert, wenn auch nur sporadisch. Eine verstärkte Aufklärung bezüglich der ökologischen und sozialen Folgen der Kleidungsproduktion ist notwendig, um die Problematik zu verdeutlichen und ein bewussteres Kaufverhalten der Konsumenten zu erreichen.



Grafik 11: Frage: Ist es für Dich wichtig, über die Herstellungsprozesse Deiner Kleidung Bescheid zu wissen?



Grafik 12: Frage: Informierst Du Dich über die Herstellungsbedingungen Deiner Kleidung?

Bestätigt wird dies durch die Antworten auf die Frage „Achtest Du auf das Herkunftsland Deiner Kleidung?“.

37% schauen beim Kleidungskauf „nie“ auf das Herkunftsland

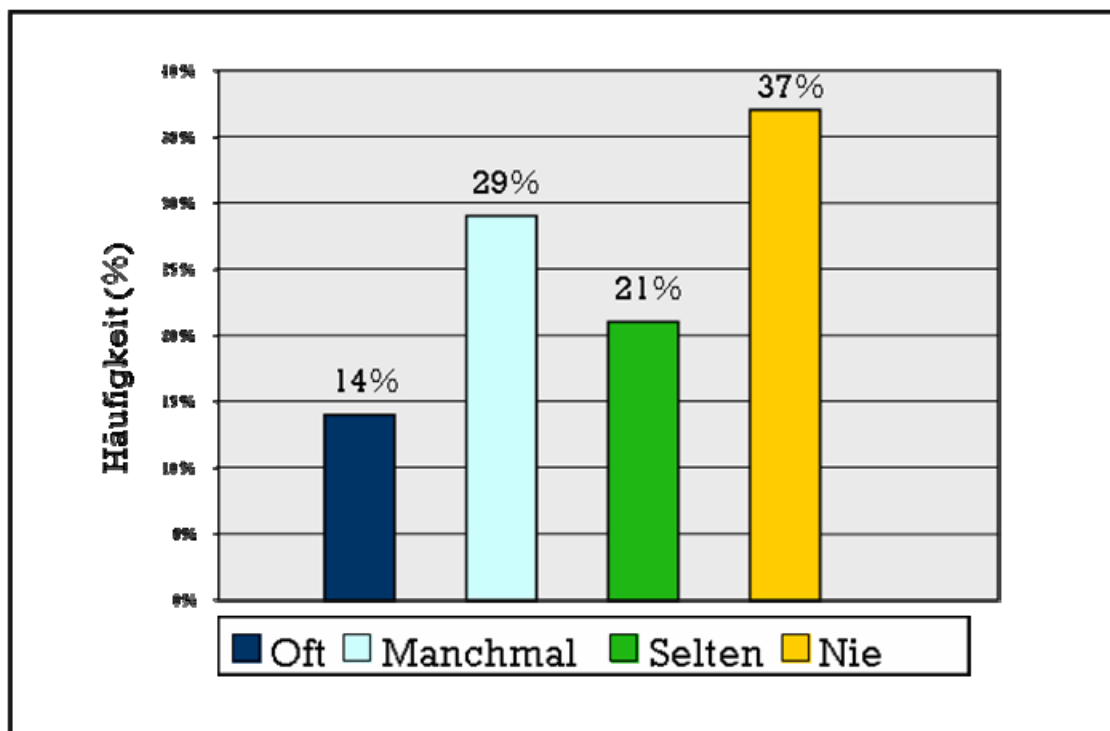
14% „oft“

29% „manchmal“ und

21% „selten“.

Vorschlag: Die Prozentzahlen zeigen, dass das Herkunftsland keine große Rolle beim Kauf eines Kleidungsstückes spielt, lediglich 14% achten „oft“ darauf. Dies trotz eines allgemeinen Wissens über die Produktionsbedingungen in der Textilbranche, die in den letzten Jahren nur punktuell verbessert werden konnten. Die Transparenz eines Kleidungsstückes bleibt weiterhin verschlüsselt.

Die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage sind, dass es eine Gruppe gibt, die vom ökologischen Textilmarkt noch nicht bedient wird. Weiterhin ist ein Bewusstsein vorhanden, wenn auch in geringem Maß, vor allem bei Frauen und in der Altersklasse der 19 bis 31jährigen und das sagt uns, dass die Aufklärungsarbeit über Anbau und Weiterverarbeitung textiler Produkte wesentlich ist, um umweltfreundliche und sozialverträgliche Kleidung anbieten zu können. Dies gilt nicht nur für eine solidarisch organisierte Kette, sondern für alle Kleidungsproduzenten dieser Branche.



Grafik 13: Frage: Achtest Du auf das Herkunftsland Deiner Kleidung?

Ergebnisse

Unsere Ergebnisse zeigen insgesamt, dass in Nordhessen ein Bedarf an ökologischer Kleidung besteht und es existiert ein geringes Wissen über ökologische Kleidung, welches durch gezielte Aufklärungsarbeit gefördert werden kann.

Weiterhin gibt es ein hohes landwirtschaftliches Potential, so dass Faserpflanzen angebaut werden können.

Die wirtschaftliche Situation der möglichen Akteure ist leider schlecht, bietet aber die Möglichkeit mit diesen Akteuren eine solidarische Kette aufzubauen. Weiterhin sind bestehende Betriebe vorhanden, die, wenn sie denn Interesse haben, aufgenommen werden können.

Wie geht es weiter?

Uns stellen sich nun die Fragen, wie wir an dem Projekt weiterarbeiten können. Bezüglich der Durchführbarkeit sind noch einige Fragen offen. Sollten wir also zunächst noch weitere Informationen über die Herstellung von Kleidung, die Durchführbarkeit eines solchen Projektes etc. einholen, also weiter forschen? Oder sollten wir selber ein Modelabel gründen, so zu sagen „das Pferd von hinten aufzäumen“, um dann nach und nach die Kette aufzubauen? Dabei könnten wir mit ähnlichen bestehenden Ketten, z.B. in Frankreich kooperieren. Eine andere Frage ist, welche Rolle wir beim Aufbau der Kette spielen. Sind wir Berater für die einzelnen Betriebe und/oder Koordinatoren des gesamten Projektes? Vielleicht sollten wir auch nur die einzelnen Akteure zusammen bringen, damit diese dann selbständig eine Kette aufbauen? Dies würde bedeuten, dass die Akteure sich selbst organisieren müssten, was natürlich das Risiko birgt, dass eine Kette entgegen unseres Konzeptes entsteht. Vielleicht starten wir aber auch eine Bildungs- bzw. Aufklärungskampagne, die sich nicht nur an die breite Öffentlichkeit wendet, sondern gezielt an die Landwirte, Schäfer, Textilhersteller, Schneider usw., wodurch wiederum die Akteure zusammengebracht werden könnten und aus diesen Kontakten und der Aufklärungsarbeit eine Kette entstehen kann.

Ergebnisse der Diskussion

Die Diskussion war rege und die Anwesenden begeistert von dem Konzept. Daraus ergaben sich folgende Arbeitsschritte:

- Erstellung eines Unternehmenskonzeptes
- Besuch in Ardelaine

Erst kürzlich wurden in den Medien beispielhaft die Produktionsbedingungen bestimmter Hersteller angeprangert, auch die Qualität der Produkte wurde bei

vielen großen Textilunternehmen als „mangelhaft“ bewertet. Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit der Projektgruppe, im lokalen Raum und auch darüber hinaus, kann aufgrund der negativen Schlagzeilen Gehör finden und regionale Akteure, u.a. aus der Textilbranche, ansprechen. Der gezielte Austausch mit den regionalen Betrieben, beispielsweise durch Vorträge und Diskussionen, kann das Projekt in der Realität entstehen lassen.

Im Sinne der Projektidee soll eine Doktorarbeit den Aufbau der Kette begleiten und wissenschaftlich die Zusammenhänge und die Bedeutung solidarischer Produktionsketten für eine nachhaltige Regionalentwicklung aufzeigen. Aus der Diskussion ergab sich die Möglichkeit und auch die Wichtigkeit des Austausches mit Ardelaine, einer erfahrenen Gruppe, die bereits seit 30 Jahren regional und ökologisch Kleidung produziert. An diesem Projekt wird vor allem die Bedeutung für die Regionalentwicklung sichtbar. Über den Produktionsprozess hinaus entstanden dort beispielsweise gut besuchte Museen, was BesucherInnen allerorts anzog und die Region damit kulturell belebte.

Im Detail soll die Umsetzung der Projektidee durch quantitative und qualitative Untersuchungen unterstützt, der Austausch unter den Akteuren organisiert und der Prozess wissenschaftlich begleitet werden.

Literaturverzeichnis

Geschichtsverein Bad Hersfeld (Hrsg.): Die Hersfelder Textilindustrie. Vergangenheit und Gegenwart. Bad Hersfeld, 2003

Kraus, Christian: Projektarbeit: Kosten und Nutzen des Hanfanbaues in Deutschland als Leistungsnachweis im Modul VP21: Agrarpolitik, Umwelt- und Ressourcenökonomie; 2006, Universität Kassel, unveröffentlicht

Müller-Plantenberg, Clarita: Gesundheitswissen und alte Bräuche; Nordhessische Bäuerinnen beurteilen ihre veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen; vielfältiges Manuskript, Kassel 1984

Unterholzer, Lea: Flachs in Hessen, Studie an der Universität Kassel, SS 2008, unveröffentlicht.

„Höfesterben ohne Ende – Immer weniger Menschen in Deutschland leben von der Landwirtschaft“; Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 27.06.2000.

Internetquellen

Agenda 21 – Treffpunkt; Natur & Kultur; Unterrichtsbaustein 4 (SI/SII); Produktlinie Jeans; <http://www.agenda21-treffpunkt.de/archiv/um/natkult/U-4.pdf>

Deutscher Hanfverband: Warum Hanf? Über die ökologischen und ökonomischen Möglichkeiten des Rohstoffs Hanf;

http://hanfverband.de/themen/warum_hanf.html#nr_01

Fairtrade Labelling Organizations International, www.fairtrade.net

Fakten wissen zur Agrobiodiversität, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Informations- und Koordinationszentrum für Biologische Vielfalt, Stand: März 2008

http://www.genres.de/downloads/faktenblaetter/faktenblatt_agrobiodiversitaet_de.pdf.

GEPA - The Fair Trade Company, www.gepa.de

Hessisches Statistisches Landesamt, Landwirtschaft, Landesdaten, Schweine- und Schafbestände, <http://www.statistik-hessen.de/>, Stand: 2008

HNA online; Nachrichten, Hessen, Nordhessen: Rezession schlägt auf Arbeitsmarkt durch;

http://www.hna.de/hessenstart/00_20090226183900_Nordhessen_Rezession_schlaegt_auf_Arbeitsmarkt.html

Meier, Christoph; Neue Perspektiven für Hanf als Textilfaser, in: Schweizer Bauer; Pflanzen/Spezialkulturen;

http://www.schweizerbauer.ch/htmls/artikel_11483.html; 25.10.2006

Schaf-Portal der Vereinigung Deutscher Landesschafzuchtverbände (VDL) und der Wirtschaftsvereinigung Deutsches Lammfleisch e.V. (WDL)

<http://www.bundesverband-schafe.de/>

Schneider-Rose, Gerhard: Zur Geschichte und Alltagskulturellen Bedeutung der Ahlen Wurst in Nordhessen; <http://www.nordhessische-ahle-wurst.de/geschichte.html>

Umweltatlas Hessen; Landwirtschaft, Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe Stand 2001, <http://atlas.umwelt.hessen.de/atlas/>; Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie, Stand:2005

Mündliche Quellen

Gespräch mit Regine Holloh, Studentin der Ökologischen Agrarwissenschaften in Witzenhausen am 11.11.2008.

Es ist allemal besser, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit.²⁴

Franz Segbers

Das große Interesse an Sozialgenossenschaften zeigt ein doppeltes: Zum einen drückt sich darin aus, dass neue Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegangen werden müssen, da die bisherigen Arbeitsmarktreformen bislang nicht das erwartete Ergebnis erbracht haben. Zum anderen: Es ist auch Zeit, erneut darüber nachzudenken, dass es nicht darum gehen kann, Arbeit um jeden Preis und zu jedem Preis zu schaffen. Wir brauchen auch eine Debatte darüber, wie menschenwürdige Arbeit aussehen kann.

Die Ausgangslage ist bekannt: etwa sechs Millionen Menschen gelten in Deutschland als arbeitslos. Der Niedriglohnsektor wurde zwar kräftig ausgebaut, doch die Erwerbslosigkeit dadurch keineswegs verringert. Es ist mit einer dauerhaften, strukturellen Arbeitslosigkeit zu rechnen, die in immer weitere Schichten der Bevölkerung hineinreichen wird. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit ist ein gravierendes gesellschaftliches Problem – häufig mit erheblichen Folgen für die davon betroffenen Menschen. Manche Ökonomen und Politiker propagieren, Arbeit müsse nur billiger werden, dann werde sie auf dem Markt schon wieder nachgefragt. Fast eine Millionen Menschen arbeiten bereits jetzt zu Armutslöhnen, die so niedrig sind, dass sie weniger verdienen als ein Arbeitsloser vom Staat bekommt. Längst haben wir einen real existierenden Mindestlohn zu den Bedingungen von Hartz IV. Ist Billigarbeit zu jedem Preis und um jeden Preis die einzige Lösung?

Trotz Arbeitslosigkeit liegt Arbeit brach. Es müssen Wege gefunden werden, gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit im sozialen oder ökologischen Sektor zu schaffen und zu finanzieren. Nur einige seien genannt: Dienstleistungen für ältere Menschen, Dienstleistungen zur Verbesserung kommunaler Serviceleistungen, haushaltsnahe Arbeit, Pflege der Kulturlandschaft. Der Wohlstand zeigt sich nicht allein im Bruttoinlandsprodukt, sondern auch in Arbeit für ein gerechtes und menschenfreundliches Gemeinwesen.

An dieser Stelle wollen wir über neue Wege nachdenken: Nicht Ich-AG, sondern Genossenschaften könnten eine Lösung sein. Es ist höchste Zeit, sich wieder auf Erfahrungen zurückzubessinnen, die Menschen zu Beginn der Industrialisierung gemacht haben. Der Gründer der Diakonie Johann Hinrich Wichern hatte bereits 1848 gefordert, dass soziale Dienstleistungen nicht ausreichen, er nannte das noch „Rettende Liebe“. Auch staatliche Sozialpolitik

²⁴ Leicht gekürzte Fassung eines Vortrages, den der Autor zum Auftakt der Tagung „Neue Arbeit durch Sozialgenossenschaften!“ in Rheinland-Pfalz am 3.5.2006 hielt.

reicht nicht aus – er sprach von „gestaltender liebe“. Nötig seien „Assoziationen der Hilfebedürftigen“ selber, also Genossenschaften.

Weltweit, aber auch hierzulande gibt es eine Renaissance der Genossenschaftsidee. Wir hören von Erfahrungen, die zeigen, dass durch Genossenschaften arbeitslose Menschen Arbeit bekommen haben und notwendige Dienstleistungen angeboten wurden.

Es ist allemal besser Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit. Warum ließen sich nicht die bisherigen Ausgaben für Arbeitslosigkeit gebündelt für die Finanzierung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im sozialen Bereich ausgeben und dadurch Genossenschaften die Arbeit ermöglichen. Warum werden nicht die sogenannten Passivleistungen in Aktivleistungen für arbeitslose Menschen umgewandelt. Rechtlich wäre das durchaus möglich. Dabei würde ausgeschlossen, dass bestehende Arbeitsplätze vernichtet werden. Es entstünden neue Beschäftigungsfelder. Warum lassen sich nicht die finanziellen Mittel, die derzeit für Arbeitslosengeld II ausgegeben werden, in aktive Mittel für erwerbslose Menschen umwandeln?

Von Hannah Arendt stammt der Satz: „Macht entspringt der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammen zu schließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln.“ Genossenschaften sind solche Orte, wo Menschen sich zusammentun und ihre Leben in die eigene Hand nehmen.

Wir können gemeinsam überlegen, was wir als Wohlfahrtsverbände gemeinsam mit der Politik tun können, dass Menschen sich selber organisieren können um zu arbeiten, um anders zu arbeiten, um gemeinsam anders zu arbeiten.

Genossenschaften haben drei Akzente, die sie auch für soziale Arbeit interessant machen: Partizipation, Empowerment und Selbstverantwortung. Auf diese Weise wird vermieden, dass Betroffene entmündigt und betreut werden. Jeder hat Fähigkeiten, die er einbringen kann zum Wohle eines Gemeinwesens. Genossenschaften ermöglichen Selbstverantwortung und Selbstachtung.

Wir wollen also heute einen Stein ins Rollen bringen. Aus Betroffenen, denen der Arbeitsmarkt keine Chancen mehr bieten kann, können durch Genossenschaften Menschen werden, die ihr Leben selber in die Hand nehmen.

Es gibt so viel zu tun für ein blühendes Gemeinwesen. Da braucht ein Dorf einen Dorfladen. Alle reden von der Demografie. Nehmen wir die Herausforderung auf und bieten haushaltsnahe Dienstleistungen an, damit ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt leben können. Wir brauchen die Förderung von Kindern in benachteiligten Stadtteilen. So viel Arbeit liegt brach und wird nicht getan. Sozialgenossenschaften sind dafür geeignet. Sie werden so genannt, weil sie im sozialen Sektor tätig sind. Ich habe den Traum, dass es Sozialgenossenschaften gibt, die sich in der Pflege und in haushaltsnahen Dienstleistungen engagieren.

Wie können wir diesen Stein ins Rollen bringen? Wie können wir als Wohlfahrtsverbände Menschen fördern, dass sie ihr Leben selber in die Hand nehmen können? Wie könnte ein solches Unterstützungsmanagement aussehen?

Ich glaube, dass genossenschaftliche Projekte gut in die politische Landschaft unseres Bundeslandes passen. Der Ministerpräsident hat das Leitbild der Bürgergesellschaft vor Augen. Bürgerschaftliche und genossenschaftliche Selbstorganisation passt gut zu diesem Leitbild. Als Genossenschaften erwarten sie gerade nicht alles vom Staat und auch nicht vom Markt. Die aktive Forderung von Genossenschaften wäre ein gutes Beispiel für einen wirklich fördernden Staat.

Im Herbst 2005 hat die Landesregierung mit der LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege Rheinland-Pfalz eine Charta für ein soziales Rheinland-Pfalz verabschiedet. Darin heißt es über die Grundlagen des Sozialstaates, in dem wir leben wollen:

„Wir wollen eine Gesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger zur Solidarität mit anderen ermutigt und sie stärkt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für sich und andere Verantwortung wahrzunehmen.“

Das könnte ein Motto für Sozialgenossenschaften sein.

Literatur zum Thema der Sozialgenossenschaften

□ Burghard Flieger: Sozialgenossenschaften – wirtschaftliche und soziale Verantwortung miteinander verbinden, in: Klüser, Anne / Maier, Hugo (Hg.): Selbständige in der Sozialen Arbeit – Grundlagen und Projekte, Köln 2009.

□ Flieger, Burghard (2003): Sozialgenossenschaften. Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft, Hrsg. Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens / Paritätische Bundesakademie, Neu-Ulm.

□ Flieger, Burghard (2005): Selbsthilfegenossenschaften - Grundidee und Lösungsansätze für ihre Verbreitung, in: Clarita Müller-Plantenberg, Wolfgang Nitsch, Irmtraud Schlosser (Hg.): Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa - Wege zur konkreten Utopie, Kassel, S. 161-189.

□ Flieger, Burghard (2008): Sozialgenossenschaften, in: Bernd Maelicke (Hg.): Lexikon der Sozialwirtschaft, Baden-Baden, S. 908f.

□ Göler von Ravensburg, Nicole (Hg.) (2004): Perspektiven für Genossenschaften aus Sicht der Sozialen Arbeit, Marburg, Ministerium für Arbeit,

Gesundheit, Familie und Frauen, Baden-Württemberg (Hg.) (1991): Selbsthilfe im Alter und Seniorengenossenschaften, Stuttgart, September.

Gründungsberatung²⁵

Um bei der Gründung von Sozialgenossenschaften, unnötige Fehler zu vermeiden, lohnt es sich, ausreichend Unterstützung zu holen. Informationen und Hilfen für Neugründungen sind vor allem erhältlich bei:

□ der **innova eG**, ein Zusammenschluss von Organisationen, die sich der Weiterentwicklung genossenschaftlicher Strukturen verschrieben haben. Sie bietet vor allem für soziale Organisationen und Arbeitslosengruppen Qualifizierungen, Beratungen und viele weitere professionelle Unterstützungen an. Kontakt: Kurt-Eisner-Str. 41, 04275 Leipzig, , Tel.:0341/6810985, Email: info@innova-eg.de, www.innova-eg.de.

□ dem **Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.**, der seit zwanzig Jahren bei der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zugunsten des Genossenschaftsgedankens mit vielen Erfolgen aktiv ist. Mitgliedschaftsanträge sind hier ausdrücklich erwünscht.

Kontakt: Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Uwe Witte, Mariannenstraße 48, 10997 Berlin, info@genossenschaftsgedanke.de, www.genossenschaftsgedanke.de

□ dem **Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften, ZdK**, der Rechtsberatung und Hilfen zur Vorbereitung der genossenschaftlichen Gründungsprüfung gibt. Kontakt: Baumeisterstraße 2, 20099 Hamburg, Tel.: 040/2351979-79, info@zdk-hamburg.de, www.zdk-hamburg.de

□ dem **Prüfungsverband für kleine und mittlere Genossenschaften**, der besonders im Bereich von Neugründungen aktiv ist und bundesweit über die Prüfungsberechtigung verfügt.

Kontakt: Boxhagener Straße 76-78, 10245 Berlin, Tel.: 030/26551236, pkmg@pruefungsverband.de, www.pruefungsverband.de.

²⁵ Zusammengestellt nach Burghard Flieger: Sozialgenossenschaften – wirtschaftliche und soziale Verantwortung miteinander verbinden, in: Klüser, Anne / Maier, Hugo (Hg.): Selbständige in der Sozialen Arbeit – Grundlagen und Projekte.

Vielfalt von Kultur erhalten Kulturgenossenschaften als Leuchttürme

Burghard Flieger

Die Kultur in Deutschland befindet sich im Umbruch. Das ist immer der Fall, bedingt durch den ständigen kulturellen Wandel aller modernen Gesellschaften. Zusätzlich wird der gegenwärtige Umbruch aber massiv verschärft durch anstehende erhebliche Kürzungen in weiten Teilen der Kultureinrichtungen. Privatisierungen, Sponsorensuche und unterschiedliche Formen der Kommerzialisierung sind die Folge. Lassen sich dafür nicht andere Formen finden? Könnte in vielen Fällen nicht auch bürgerschaftliches Engagement eine Alternative zum (Aus-)Verkauf kultureller Einrichtungen sein? Kulturgenossenschaften sind eine solche denkbare, in Deutschland bisher stark vernachlässigte Perspektive.

Was sind Kulturgenossenschaften

Dem Begriff Kulturgenossenschaften kann ein breites Spektrum, in sehr unterschiedlichen Bereichen wirtschaftlich tätiger Genossenschaften zugeordnet werden, deren Mitglieder oder Beschäftigte dem kulturellen Sektor zuzurechnen sind. Insofern beinhaltet die Bezeichnung Kulturgenossenschaften eine Zuordnung zum Kultursektor, in dem diese Genossenschaften wirtschaftlich agieren. Unterscheiden lassen sich u.a.:

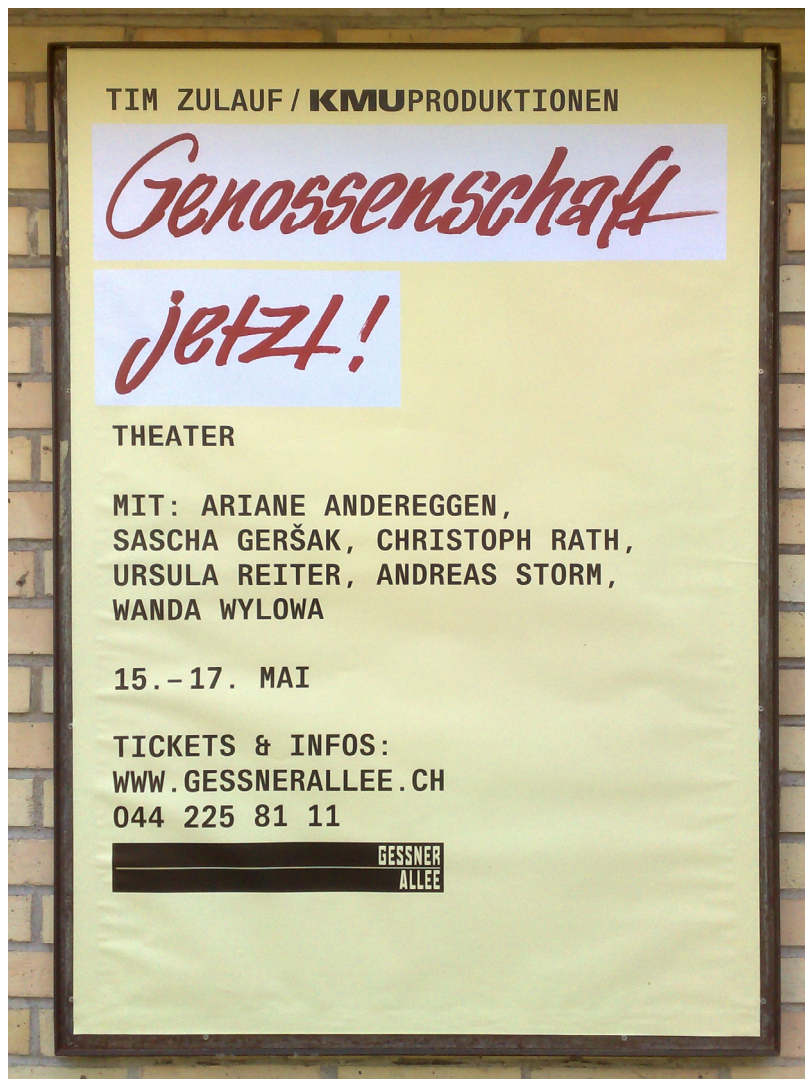
1. Kulturgenossenschaften bürgerschaftlichen Engagements,
2. Professionelle Kulturgenossenschaften sowie
3. Genossenschaftliche Unterstützungseinrichtungen für Kultur.

Nur die professionellen Kulturgenossenschaften können produktivgenossenschaftlichen Charakter aufweisen, während der stärker verbreitete hilfsgenossenschaftliche Charakter für alle drei Ansätze in Frage kommt. Produktivgenossenschaften sind es, wenn zumindest ein nennenswerter Teil der Mitglieder auch Beschäftigte der Genossenschaft sind oder über diese regelmäßig bezahlte Arbeit erhalten, die nicht in irgendeiner Form der Selbständigkeit oder Subunternehmerschaft ausgeführt wird. Der hilfs- oder fördergenossenschaftliche Charakter ist gegeben, wenn die Mitglieder über diese Genossenschaften Leistungen beziehen oder einbringen, die der ergänzenden Unterstützung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit oder ihrer Reproduktion bzw. ihres Kulturkonsums im weitesten Sinne dienen.

Hintergrund vieler Neugründungen

Kultur ist wichtiger Bestandteil jeder Gesellschaft. Doch wer bezahlt sie? In Deutschland wird ein vergleichsweise hoher Anteil vom Staat finanziert, während nur ein kleiner Teil von privater Seite Unterstützung erfährt. In Zeiten knapper staatlicher Kassen wächst aber in der gesamten Kulturbranche der Zwang zu mehr Einnahmen aus dem privaten Sektor. Nach Artikel 151 des EG-

Vertrages sowie Artikel 22 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist es Ziel der europäischen Kulturpolitik, die kulturelle Vielfalt in Europa zu bewahren und zu fördern. Ebenso sollte diese einen breiten Zugang für die Öffentlichkeit zu Kulturangeboten gewährleisten und somit eine Plattform für künstlerische und kulturelle Entfaltung bieten. Davon ist in der Kulturpolitik zurzeit wenig die Rede.



Theaterplakat »Genossenschaft jetzt« ein Stück, bei dem die Zuschauer über die Entwicklung der Genossenschaft – Kommerzialisierung oder Hochhalten der Ideale – mitentscheiden dürfen.

Im Gegenteil: Immer wieder werden Diskussionen geführt, welche Kultureinrichtungen überflüssig sind und wie die übrigen „wettbewerbsfähig“ gehalten werden können. Hintergrund ist die brisante Frage, ob zur Finanzierung öffentlicher Kulturanstalten die Haushaltskassen ausreichen und wenn nicht, ob diese privatisiert oder gar geschlossen werden müssen. In vielen Fällen bietet sich hier als politische Alternative, die genossenschaftliche Selbsthilfe an. Soll kulturelle Vielfalt vor Ort erhalten oder ausgebaut werden, sind Genossenschaften eine wichtige Variante, über die in der Bundesrepublik bisher viel zu wenig nachgedacht wird. Dennoch existieren in Deutschland einige kulturgenossenschaft-

liche Ansätze, denen Pionierfunktionen in der Kulturbranche zukommen. Sie setzen für den Erhalt oder die Weiterentwicklung von Kultur wichtige Impulse.

Genossenschaftliche Pioniere

Dass Kultureinrichtungen wie Theater genossenschaftlich betrieben werden, ist in der Schweiz häufiger anzutreffen. Beispiele befinden sich in Basel, Zürich, Chur und Bern. Dagegen kann das „Theater Ansbach – Kultur am Schloss eG“ (www.theater-ansbach.de) in Deutschland als Exot eingestuft werden. Seit 1919 sorgt in der mittelfränkischen Bezirkshauptstadt die Genossenschaft für einen Gastspielbetrieb mit Tourneetheatern. Aktuell ist das Theater auf dem besten Weg, sich neu zu einem Kleinod zu entwickeln. Hintergrund hierfür: Der ehemalige Bundesminister Carl-Dieter Spranger, Vorstand der Genossenschaft, ließ sich von Experten beraten und fand Mitstreiter in der Kommunalpolitik. Dann ging es schnell. 2007 war mit Jürgen Eick ein engagierter Intendant gefunden. Seit Herbst 2008 läuft der Spielbetrieb, der auf einem Drei-Säulen-Modell basiert: Eigenproduktionen, Koproduktionen und Gastspiele.

Ebenfalls eine Genossenschaft mit Tradition ist die Künstlergenossenschaft „Kunst+Bau“ in Dresden. Immerhin hat sie bereits ihr 50jähriges Bestehen gefeiert. Gegründet wurde sie im Sommer 1958 von einer Handvoll Künstler, die gerade ihr Studium beendet hatten. Sie suchten zielstrebig nach Arbeitsorten und -möglichkeiten, um ihr Können anzuwenden und um sich an den großen Veränderungen und dem Aufbau der Kultur im Lande zu beteiligen. Heute ist das Ateliergrundstück Veranstaltungsort für verschiedene kulturelle Ereignisse wie Konzerte, Lesungen, Vorträge und Ausstellungsort für die Geschichte des Hauses und die hier wirkenden Künstler. Der weitläufige Skulpturenpark des Grundstückes wurde wiederbelebt und mit Werken Edmund Moellers und anderer Künstler erweitert. Trotzdem ist der ursprüngliche Gedanke, einen Ort zu schaffen, an dem in einer Gemeinschaft künstlerisch gearbeitet werden kann, das Hauptanliegen auch der heute hier ansässigen Künstler geblieben.

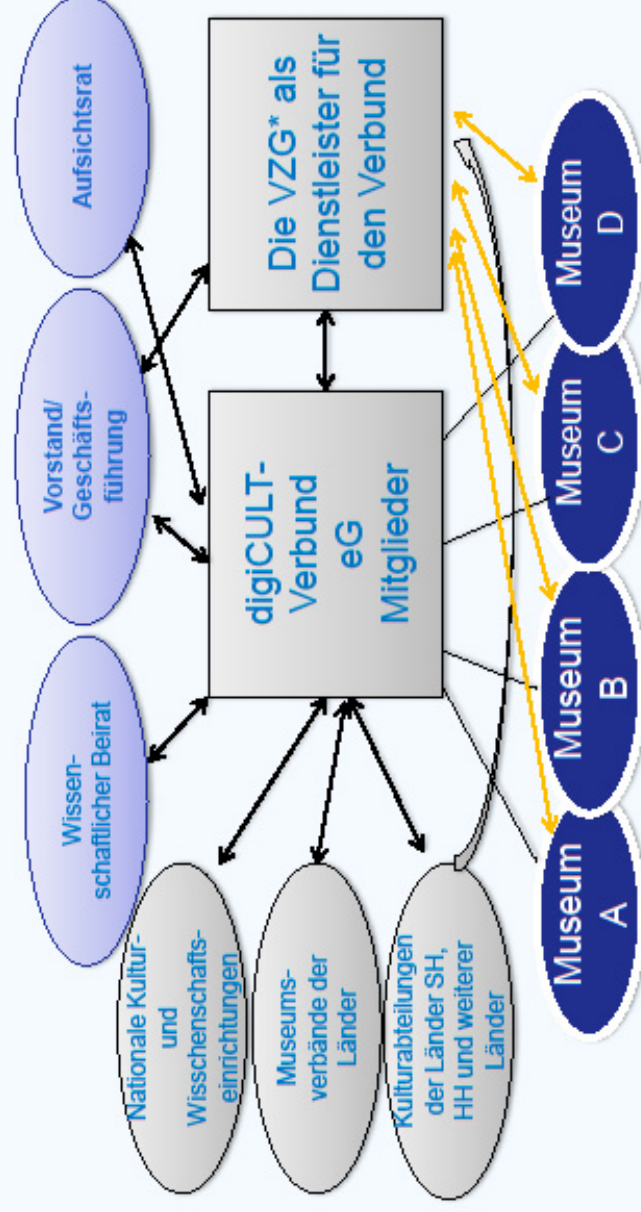
Sichern kultureller Nischen

Kulturgenossenschaften scheinen für stark vernachlässigte Kultursegmente an Bedeutung zu gewinnen. Dazu gehören auf jeden Fall so genannte Programmkinos. Dies sind kleinere Kinos, die künstlerisch anspruchsvolle Autorenfilme zeigen. Sie etablierten sich als Antwort auf die Versuche der angestammten Kinoindustrie, kleineren Kinos das aktuelle Kinoprogramm vorzuenthalten. Sie sind verglichen mit anderen Kinos von der Verleihstrategie und den Vorgaben der Filmverleiher unabhängig. Vorreiterfunktion hat hier das gemeinnützige Programmkino Aalen eG (www.kino-am-kocher.de). Nachahmer des Aalener Modells, einer ehrenamtlichen Kinogenossenschaft, machen sich derzeit in Würzburg und Ingolstadt auf den Weg.



Ein Kultur-»Event« der besonderen ART: die Errichtung Genossenschaft Programmkino Aalen eG durch gemeinsame Unterzeichnung der Satzung

Organisation der digiCULT-Verbund eG



*VZG: Verbundzentrale
Göttingen des
Gemeinsamen
Bibliotheksverbundes (GBV)

Ebenfalls scheint die genossenschaftliche Rechtsform für den Erhalt von Kulturdenkmälern „entdeckt“ zu werden. Die Wildenburg in Hellenthal in der Eifel hat eine 800-jährige Geschichte. Die Genossenschaft Pro Wildenburg eG (www.pro-wildenburg.de) will dem Burg-Ambiente und Ritter-Leben verstärkt Aufmerksamkeit schenken. Den ehrenamtlichen Vorständen gelang es immerhin 2007, eine schwarze Null zu erwirtschaften. Dafür mussten sie die angeschlossene Übernachtungs- und Begegnungsstätte gut auslasten. In eine ähnliche Richtung geht die Festhalle Annaberg-Buchholz eG. Sie verfolgt das Ziel, dieses traditionelle Kongress- und Veranstaltungszentrum im Erzgebirge nicht nur zu erhalten, sondern in der Region zu einem kulturellen, wirtschaftlichen, aber auch kulinarischen Zentrum weiterzuentwickeln – ein hochgestecktes Ziel.

Unterstützung einzelner Einrichtungen

Eine größere Breitenwirkung geht von Kulturgenossenschaften als Sekundär-genossenschaften aus. Sie übernehmen Unterstützungsfunktion für einzelne Kultureinrichtungen. Die Berlin Music Commission eG (www.berlin-music-commission.de) und die digiCULT-Verbund eG i.G. (digiCULT.museen-sh.de) sind Beispiele hierfür. Erstere versteht sich als übergreifendes Netzwerk der Musik- und Veranstaltungsbranche Berlins. Die Mitglieder kommen aus allen Bereichen der mittelständischen Musikwirtschaft, darunter Live Entertainment, Recorded Music, Music Software und Music Media. Konzertveranstalter wie Arena, Admiralspalast und Kesselhaus beteiligen sich. Ziel der „Berlin Music Commission“ ist es, sich als nationaler und internationaler Repräsentant der kleinen und mittelständischen Musikwirtschaft Berlins sowie als Türöffner für die lokale Musikszene zu etablieren.

Für eine Kulturgenossenschaft weist die digiCULT Verbund eG eine eher komplexe Organisationsstruktur auf.

Eine der größten Aufgaben für Museen und Sammlungen ist es heute, das kulturelle Erbe digital für viele verfügbar zu machen. Ein Großteil der Sammlungen bleibt in Magazinen verborgen oder ist nur kurze Zeit in Wechsellausstellungen zu sehen. Die digiCULT entwickelt für Museen in Schleswig-Holstein ein digitales Gesamtkonzept zur Dokumentation der Museumsbestände. Kultur wird so für jedermann zugänglich, eine Zukunftsaufgabe von Kulturpolitik.

Für solche Formen der Zusammenarbeit verschiedener Kultureinrichtungen einer „Branche“ stellt die Genossenschaft eine besonders rationale und zweckmäßige Organisationsform dar, solange Wirtschaftlichkeit und Selbständigkeit gleichzeitig verfolgt werden. Sie ermöglichen ohne Aufgabe der betrieblichen Entscheidungsfreiheit Aufgaben, die sonst aufgrund finanzieller Überforderung nicht umgesetzt werden können, gemeinsam erfolgversprechend anzugehen – eine der wichtigsten Zwecke genossenschaftlicher Selbsthilfe.

Solidarische Ökonomie: Schritte, die anstehen

Es ist ein Anfang ... auch eine Chance ...dass es doch noch was anderes gibt!

Klaus-Dieter Utoff

Ich war schon einmal hier²⁶. Und dann gab es eine lange Zeit, wo man geschafft hat. Jetzt habe ich festgestellt, dass in diesem Forum die Solidarische Ökonomie lebt, dass es Menschen gibt, die sich dafür begeistern. Es sind ja viele Erfahrungen ausgetauscht worden aus unterschiedlichen Bereichen so wie die Podien aufgebaut wurden. Ich denke wenn das von uns gelebt wird – also was ich jetzt mitnehme – dass man es weitervermittelt, dass man es weitergibt, wo man Bekannte hat oder wo man Einfluss nehmen kann und dass man da vielleicht auch in Deutschland auch bei den Gewerkschaften mehr verpflanzen kann, dass vielleicht auch das Meinungsbild sich ändert.

Wir müssen einfach in der Geschwindigkeit, wie sich das Leben, die Ökonomie, die Geschwindigkeit der Einsichten, die daraus gezogen werden, verändert, über neue Alternativen nachdenken. So klein wie der Kreis auch immer ist.

Es ist ein Anfang und wenn sich der Kreis durch viele Zellen erweitert, dann wird es halt ein größerer Organismus. Und dieser größere Organismus hat dann auch eine Chance, den Menschen zu zeigen, dass es doch noch was anderes gibt als das, was heute auf uns einströmt.

Also von der Seite her kann ich nur sagen, ich fand es ganz toll, dass die Studenten mit ihrem Professor²⁷ da waren, weil das ist die Zukunft. Das, was wir als Generation ein Stück weit gelebt haben, dass das in die Hände der Zukunft kommt. Und ich fand es so toll die Zusammenfassung²⁸, dass genau der Kopf dazu kommt, halt da ist. Und in dem Sinne habe ich Vertrauen und bin dankbar, dass ich hier sein durfte.

²⁶ Sommerschule Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa 2004. Ergebnisse erschienen den Entwicklungsperspektiven 83/ 84 , Kassel University Press, Kassel 2005.

²⁷ Prof. Dr. Hans Nutzinger.

²⁸ Zusammenfassung der Ergebnisse der Podien von Dagmar Embshoff.

Drei Hüte

Carl Davidson

Bei der Solidarischen Ökonomie bin ich derjenige, der drei Hüte trägt. Jeder von ihnen hat mit der Solidarischen Ökonomie zu tun. Also muss ich entscheiden, welchen Hut ich trage.

...einen Lastwagen zu fahren ist leichter, wenn er sich schon mal bewegt.

Also kurz gesagt: der erste Hut, den ich trage, ist meine Arbeit bei den Mitgliedern der United Steel Workers. Hier betrachten wir die Solidarische Ökonomie wie mit einem Laser Strahl. Wir schauen uns alles sehr genau an, die blaugrüne Industriepolitik, High-Tech, Manufaktur mit hohen Wertschöpfungsraten. Dieses in den demokratischen Schulreformprozess einzubauen ist wichtig, da die Schulen Teil davon sein müssen. Mondragon ist das Modell bei dem Aufbau von Bündnissen zwischen Sektoren und Kapital, daher trage ich in gewisser Weise, den Hut, der sehr fokussiert, sehr technisch ist. Wir sind überzeugt, dass das der Kern dessen ist, was wir tun müssen, um zu überleben und sowohl die Wirtschaft als auch die Gesellschaft zu transformieren. Das ist also ein Hut. Und ich habe etwas darüber hier gelernt. Ich war sehr beeindruckt mit der Vielfalt und den Studien, die durchgeführt werden. Wir sind sehr pragmatisch: „einen Lastwagen zu fahren ist leichter wenn er sich schon mal bewegt.“

Der zweite Hut, den ich trage, ist der der Nationalen Leitung des US Solidarische Ökonomie Netzwerks (*National Board of the US Solidarity Economy Network, SEN*). Und hier sehen wir es als unsere Aufgabe an, herauszufinden, wie wir sehr integrierend sein können, einen hohen Grad der Inklusion erreichen und all die verschiedenen Wege der Solidarischen Ökonomie herausfinden können. Es ist nicht nur Arbeit mit Genossenschaften. Es sind Frauen, die in New York City Gebäude reinigen. Sie möchten sich zusammenschließen; sie möchten eine Genossenschaft gründen. Sie möchten ihre Werkzeuge gemeinsam benutzen; sind sie Teil der Solidarischen Ökonomie? Leute reißen Häuser ab, sammeln Materialien und verkaufen sie. Sind sie Teil der Solidarischen Ökonomie? Für den städtischen Haushalt gibt es Massenversammlungen darüber, wie das Geld ausgegeben werden soll, ist das Teil der Solidarischen Ökonomie? Es gibt Leute, die mit Müll überleben, sind sie Teil der Solidarischen Ökonomie? Und so geht es immer weiter. Die Antwort lautet immer „ja“. All dieses ist Teil der Solidarischen Ökonomie, obwohl es da Unterschiede gibt, das gebe ich zu. Also gibt es da eine sehr kreative Energie. Es ist sehr wichtig für uns, sehr solide mit diesen Leuten unter einem großen Hut umzugehen. Es ist sehr hilfreich, die Solidarische Ökonomie wachsen zu lassen. Wenn man mit normalen Leuten spricht, dann ist ihre erste Frage „was ist die Solidarische Ökonomie“, „was tut ihr“. Also brauchen wir diesen großen Hut, um die Idee bekannt zu machen und ihr zum Wachstum zu verhelfen.

Der dritte Hut, den ich trage, ist die *Nationale Vizepräsidentschaft einer sozialistischen Organisation*, hier in Deutschland kommt dem „Die Linke“ am nächsten. Und hier habe ich es in den letzten sieben Jahren zu meiner Aufgabe gemacht zu versuchen, die Organisation davon zu überzeugen, dass die Solidarische Ökonomie sehr wichtig ist und sie sich da engagieren sollten. Und schließlich nach sieben Jahren habe ich es geschafft. Wir sind die Organisation in den Vereinigten Staaten, die die Ziele und Prinzipien der Solidarischen Ökonomie unterstützen.

Aber auch hier sehen wir es anders als die erste Gruppe. Wir betrachten sie in einem anderen Zusammenhang, wir sehen die Solidarische Ökonomie als einen Teil des Klassenkampfes. Es ist eine unter vielen. Dort sind u.a. viele Immigranten organisiert, die um ihre Rechte kämpfen. Solidarische Ökonomie wird als ein und dasselbe in dem Kampf gesehen, den wir in der Wirtschaft aufnehmen können.

Der letzte Punkt, auf den ich hier hinweisen möchte, der meiner Ansicht nach für alle drei Perspektiven wichtig ist. Ein alter Politiker, der ein Anführer gewesen war, der einige irische Weisheiten kannte, sagte: Ich kann ein nationaler Anführer sein aber ich habe es ebenso als meine Aufgabe gesehen, einer Nachbarschaft anzugehören auf globaler Ebene und gleichzeitig daran teilzunehmen, was vor Ort geschieht. Es gibt keinen Weg für einen guten Anführer. Letztlich können Leute nur das repräsentieren, was an der Basis existiert. Man kann seine ganze Zeit damit verbringen, von Kongress zu Kongress zu hüpfen, und nie eine einzige Institution der Solidarischen Ökonomie an der Basis zu gründen und einige Leute machen das so. Ich schlage vor, es andersherum zu tun, an der Basis anzufangen, etwas aufzubauen, wovon man ein Teil ist, lokale Organisationen aufzubauen, Netzwerke aufzubauen, globale Regeln aufzubauen und dann auf internationale Konferenzen zu gehen. Dann hat man etwas, worüber man reden kann.

Aus dem Englischen Clarita Müller-Plantenberg

Solidarische Ökonomie Schritte, die anstehen

“Welche Art von Demokratie müssen wir entwickeln” in allen drei Typen der Solidarischen Ökonomie²⁹

Bruno Roelants

Ich habe weniger Hüte als Carl Davidson, aber einer ist die Koordination des Europäischen Teils der Produktiv- und Sozialgenossenschaften und der andere ist die Koordination auf der Welt-Ebene bezogen auf andere Länder der Welt (CECOP und CICOPA). Natürlich hat meine Rolle in dieser Debatte damit zu tun. Also von der Perspektive aus gesehen, geht es zunächst einmal darum, die genossenschaftlichen Organisationen in der Diskussion hier und ihre Qualitäten zu benennen. Zum Zweiten zu versuchen, das Potential für Austausch auf der internationalen Ebene für diesen spezifischen Typ von Unternehmen und Organisationen zu ermöglichen.

Zuerst einmal muss ich Euch gratulieren zu der Organisation dieses Treffens und zu dem Reifeprozess, den diese Gruppe und diese beginnende Bewegung schon in Gang setzen konnten. Auch im Vergleich zu vor einigen Jahren entwickeln sich die Dinge zumindest aus der Sicht der Bewusstseinsbildung und aus der Sicht der beginnenden Mobilisierung. Ich finde es sehr gut aus der Perspektive der Solidarischen Ökonomie vorzugehen, insbesondere im Deutschen Zusammenhang. Auch in anderen Zusammenhängen merkt man, wenn es dann dazu kommt, dass man schließlich mit konkreteren Aufgaben zu Organisationen geht, dann – das beobachten wir – muss man sich etwas mehr darauf konzentrieren, welchen Typ von Organisationen man entwickeln will.

Also ist der Beginn zunächst sehr pluralistisch aber dann muss man klären wie die Organisationen sich strukturieren. Wir haben zwei Mitglieder, die mit dem Interesse an Mobilisierung ein Seminar der Solidarischen Ökonomie entwickelt haben. Aber wenn es dann später zur konkreten Arbeit der Strukturierung der Organisationen mit konkretem Ratschlag in Bezug auf Unternehmenskonzepte kommt - all diese Arbeit der Wirtschaftsorganisation - dann ist es sehr interessant zu sehen, dass vor allem der genossenschaftliche Unternehmenstyp entwickelt wird. Das beobachten wir, ich habe die Zahlen gesehen. Und dennoch arbeiten wir zu den verschiedenen Themen um die Solidarische Ökonomie im Allgemeinen und im Besondern herum.

Von dem, was ich hier höre, denke ich, dass ihr hier in dieselbe Richtung geht.

Wir haben verschiedene Themen um die SÖ herum diskutiert: im Allgemeinen und spezifisch in Bezug auf die Genossenschaften. Zunächst das Thema der Insolvenz, das Thema der Ketten und zu einem gewissen Grad auch

²⁹ “what type of democracy we need to develop” in all three types of solidarity economy

das Thema der Gruppen, denn Mondragon war Teil der Debatte und das ist eine Gruppe. Jedes dieser Themen muss entwickelt werden.

Insolvenzen

In Bezug auf Insolvenzen und die Forderungen der Arbeiter, die wir diskutierten, möchte ich die sehr konkrete Frage der Regulierung unterstreichen. Ein reguliertes System, ist nötig, das es ermöglicht, dass alle diese Dinge geschehen können und Bündnisse mit verschiedenen Kräften sind wichtig, insbesondere mit den Gewerkschaften in den Frühwarnsystemen. Sie sind vollkommen unersetzbar, wenn man eine *win-win*-Situation für diese Art von Unternehmenstransformation in systematischer nicht nur zufälliger Weise erreichen will.

Ketten

Wir halten es für wichtig, bei den Ketten auf das zentrale Glied der Kette zu achten. Man hat also die Kette und man hat verschiedene Teile, und man muss die Aufmerksamkeit darauf richten, was das zentrale Glied der Kette ist. Natürlich muss das Unternehmen sich um Kommerzialisierung etc. kümmern, aber man muss sich vor allem darauf konzentrieren, das zentrale Glied der Kette zu kontrollieren. Das ist zumindest das, was wir bei allen Erfahrungen, nicht nur in Deutschland, in Frankreich, Brasilien, England und Ghana beobachten. Also es geht um die Kontrolle des zentralen Gliedes der Kette, das ist denke ich wichtig.

Bei all diesen Themen: Ketten, Insolvenzen und Gruppen gibt es zwei Dinge, die für alle zentral sind.

Welche Art von Demokratie?

Erstens die Frage danach, "welche Art von Demokratie" müssen wir in den drei Typen von Solidarischer Ökonomie entwickeln. Partizipation wurde erwähnt, sie ist wichtig. Qualität ist absolut zentral und sie ist sehr wesentlich auch jenseits der Frage, ob wir in der Organisation stark sind. Worum geht es da? Natürlich geht es um Teilnahme und was ist die Qualität der Arbeit? Wir verbringen täglich 8-10 Stunden bei unserer Arbeit. Wie bewerten wir sie? Ich brauche keine besondere Untersuchung, um herauszufinden, wie viele Selbstmorde in Genossenschaften stattfinden. Wir können keine Selbstmorde in Arbeitergenossenschaften finden. Die Franzosen haben jetzt eine Überprüfungsstelle für Selbstmorde eingerichtet, da ihre Zahl wirklich zunimmt, sie werden wirklich endemisch. Das geschieht nur, wenn Leuten der Sinn ihrer Arbeit verloren geht. Auch durch Teilnahme, kann man sogar Selbstmorde verhindern. Es ist sicherlich wichtig, seinem Leben einen Sinn zu geben, und Du kannst sogar Selbstmord verhindern.

Kontrolle in der Demokratie

Wir sind mit anderen Organisationstypen im kapitalistischen System konfrontiert, die versuchen, mit jedwedem Mittel zu kontrollieren. Kontrolle ist für Demokratie sehr wichtig: wer kontrolliert sie? Wir müssen uns auf Kontrolle durch Teilnahme konzentrieren, und darauf, die Solidarische Ökonomie und die Genossenschaftsbewegung auszubilden.

Konsolidierung der Demokratie: Institutionen auf der Meso-Ebene

Schließlich gibt es die Frage nach den Institutionen auf der Meso-Ebene. Man muss die Meso-Ebene entwickeln. Wir sind nicht auf der Makro-Ebene wir befinden uns in der Meso-Wirtschaft. In den Länder, in denen man es geschafft hat, die Institutionen auf Meso-Ebene aufzubauen, sind wir sehr erfolgreich. Sie haben Gruppen und Ketten entwickelt, und sie haben es geschafft, Solidarische Wirtschaftsunternehmen ausgehend von Insolvenzen zu gründen. Das bedeutet dann, dass es permanent stabile Systeme sind. Sie sind über den Graswurzeln aber aus wirtschaftlicher Sicht sind sie fähig, Leute zu beraten, wie man einen Unternehmensplan macht, dann braucht man Dienstleistungen. Das fehlt in Deutschland noch weitgehend. Es gibt Länder, in denen diese Institutionen auf Meso-Ebene bestehen. Welche Finanzierung könnten die Institutionen auf Meso-Ebene haben? Wie können sie durch die Graswurzelorganisationen finanziert werden und wie können sie kontrolliert werden?

Aus dem Englischen Clarita Müller-Plantenberg

Anhang Autoren

Klaus Adamascheck, Leiter des Schullandheimes Licherode.

Kristina Bayer, Soziologin, Universität Kassel, Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie (VFSoE), www.vfsoe.de; k_bayer@web.de .

Dr. Joachim Beerhorst, Sozialwissenschaftler, 5 Jahre Wissenschaftlicher Mitarbeiter Universität Hannover, 3 Jahre Akademie der Arbeit, Seit 1993 IG Metall, Ressortleiter bei der IG Metall für Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche.

Dr. Burchard Bösche, Zentralverband der Konsumgenossenschaften ZdK, www.zdk-hamburg.de.

Hartwig Daniels ATTAC SÖ, Akademie auf Zeit SÖ, www.akademie-solidarische-oekonomie.de.

Carl Davidson ist Mitglied der Nationalen Leitung des Solidarity Economy Net in den Vereinigten Staaten von Amerika (SEN) <http://solidarityeconomy.net>, Nationaler Vizevorsitzender des Komitees für Demokratie und Sozialismus, carld717@gmail.com.

Dagmar Embshoff, ATTAC SÖ, Bewegungsakademie, www.solidarische-oekonomie.de .Initiative Netzwerk Solidarische Ökonomie e.V.

Dr. Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 79102 Freiburg, Tel.: 0761/709023, Genossenschaft@t-online.de, Tel: 0761/709023, www.innova-eg.de, Vorstand und wissenschaftlicher Leiter der innova eG Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften. Dozent an der Fachhochschule München im Rahmen des Masterstudiengangs Gemeinwesenökonomie, zuständig für das Modul Betriebswirtschaftslehre. Redakteur der Zeitschrift CONTRASTE für den Bereich Genossenschaften.

Giuliana Giorgi, ATTAC SÖ, Akademie auf Zeit SÖ, www.akademie-solidarische-oekonomie.de.

Reiner Mathar Tel: Servicestelle Schule & Gesundheit Hessen, Leitung Vernetzungsstelle Schulverpflegung Hessen, Tel.:0611/7342913, Fax: 0611/97102976, www.schuleundgesundheit.hessen.de .

Detlef Möbus, Verein für nachwachsende Rohstoffe, Vereinigung nachwachsende Rohstoffe Haubern e.V. , Ölmühle Haubern, Wannweg 8, 35066 Frankenberg-Haubern, Telefon 06455 759668, [info001 \(at\) oelmuehle-haubern.de](mailto:info001(at)oelmuehle-haubern.de).

Prof. Dr. Clarita Müller-Plantenberg, Soziologin, Universität Kassel, Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V. www.vfsoe.de muellerp@uni-kassel.de.

Andreas Näther, Vereinsvorsitzender des Sprungbrett e.V. in Riesa, info@sprungbrett-riesa.de

Werner Nold, Sozialökologische Stiftung, Gemeinde Zschadraß.

Gerd Nottenbohm, Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, Vorstand und wissenschaftlicher Leiter der innova eG Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften www.innova-eg.de .

Bruno Roelants ist Master in Entwicklung und Generalsekretär von CECOP (Zusammenschluss europäischer Genossenschaften) und CICOPA (Internationale Organisation von Produktivgenossenschaften, Industrie, Handwerk und Dienstleistungen, eine spezialisierte Organisation der Internationales Genossenschafts-Allianz), Brüssel www.cecop.coop; www.cicopa.coop

Gerd K. Schaumann, Vorstand im VerbändeNetzwerk Menschen machen Wirtschaft e.V. und Vorstand in einem genossenschaftlichen Prüfungsverband VDP

Philipp Schmagold, Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V.(VFSOE), Universität Kassel.

Barbara Schweitzer, Soziologin,Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V., www.vfsoe.de, Barbara.Schweitzer@gmx.de

Prof. Dr. Franz Segbers, Pfarrer und Referatsleitung Ethik, Arbeit und Sozialpolitik Diakonisches Werk in Hessen und Nassau, Professor für Sozialethik am FB Evangelische Theologie an der Universität Marburg Ederstr. 12 D - 60486 Frankfurt/M, ehemals Vorsitzender der Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege Rheinland-Pfalz.

Alexandra Stenzel, Referendarin für Italienisch und Politische Weltkunde; Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V. ;alexi_S@gmx.de

Dan Swinney ist Direktor des Center for Labor and Community Research sowie des Chicago Manufacturing Renaissance Council sowie Gründer und CEO der Austin Polytechnical Academy www.clcr.org, dswinney@clcr.org.

Klaus-Dieter Utoff, IG Metall Chemnitz.

Cindy Völler, VfSOE, www.vfsoe.de ; voeller@vfsoe.de .

Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V.³⁰

Die Öffnung der nationalen und lokalen Ökonomie im Zuge der Globalisierung führte zur Trennung der Wirtschaft von ihrer sozialen Verpflichtung, Ausschluss von Teilen der Gesellschaft aus dem Wirtschaftskreislauf, Gefährdung der Grundversorgung (Ernährung, Gesundheit, Energie).

An diesem Punkt setzt die Solidarische Ökonomie an. Sie entsteht auf Grund der Widersprüche und Misserfolge, die sich aus der Organisation des Marktes und des Staates ergeben.

Wegen diesen ökonomischen, politischen und sozialen Tendenzen veranstaltete der Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Kassel zusammen mit vier weiteren Universitäten in Imshausen 2004 eine internationale Sommerschule zum Thema „Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa“.

Nach dieser Sommerschule bildete sich die interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft „Solidarische Ökonomie“ aus den Teilnehmern der Sommerschule. Die Mitglieder der AG waren MitarbeiterInnen und StudentenInnen der Universität Kassel, der Evangelische Kirche Kurhessen Waldeck und des DGB. Bei den Treffen wurden über die verschiedenen Formen der Solidarischen Ökonomie in Deutschland und anderen Ländern diskutiert.

Nach der zweiten Sommerschule in Imshausen 2006 über das Thema „Solidarische Ökonomie in Europa – Betriebe und regionale Entwicklung“ gründete sich im April 2007 als ein weiterer Akteur der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen der Verein zur Förderung der solidarischen Ökonomie e.V. Der Verein ist die Nachfolgeorganisation der AG Solidarische Ökonomie.

Er setzt sich zum Ziel, Initiativen der lokalen solidarischen Wirtschaftakteure durch Forschung über die verschiedensten Formen der solidarischen Ökonomie und der nachhaltige Entwicklung der Region zu fördern und gemeinsam eine Strategie für die Stärkung der Region zu entwickeln. Dafür führen Mitglieder des Vereins Studien zu den sozialen, ökologischen und intergenerativen Aspekten der solidarischen Ökonomie durch, um die endogenen Potentiale der Regionen in Deutschland und anderen Regionen in der Welt zu erfassen. Die Aktionsforschung dient als Grundlage für den zukünftigen Wiederaufbau von solidarischen Strukturen, die die betroffenen Regionen und ihre Gemeinschaften wieder aufwerten.



³⁰ www.vfsoe.de

Kommentar Es geht doch!³¹

Von Roland Bunzenthall

Die Energiekosten explodieren ebenso wie die Nahrungsmittelpreise. In immer mehr Dörfern fehlt eine Versorgung mit Lebensmitteln und Dienstleistungen. Doch es geht auch anders.



Roland Bunzenthall ist Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Rundschau.

Foto: FR

Die Energiekosten explodieren ebenso wie die Nahrungsmittelpreise. In immer mehr Dörfern fehlt eine Versorgung mit Lebensmitteln und Dienstleistungen. Die Umwelt- und Klimabelastung wächst. Junge und qualifizierte Kräfte wandern aus den strukturschwachen Gebieten ab. Wer einen Job findet, muss oft Abstriche bei Verdienst und Arbeitsbedingungen machen.

Weshalb dieser kleine Streifzug durch den real existierenden Kapitalismus bundesdeutscher Prägung? Weil es auch anders geht! "Solidarische Ökonomie" lautet das Schlagwort. Der kollektiv organisierte Dorfladen dient nicht nur der Nahversorgung, sondern ist zugleich ein Treffpunkt gegen Einsamkeit. Die Handwerker-Genossenschaft bündelt die Kreativität ihrer Mitglieder und mildert den existenziellen Konkurrenzkampf. Das Wasser- oder Energiekollektiv koppelt die lokale Versorgung vom Monopol-Diktat der Konzerne ab. Biobauern bringen ihre Produkte über ein Netzwerk lokaler Verteiler eher in Schulen, Kneipen und Kantinen unter. Selbst die Kleinindustrie gedeiht ohne Hierarchie und mit einem Schuss Selbstverwaltung besser.

Alles nur utopisch-sozialistische Träume? In den Keimzellen der anderen Produktions-, Konsum- und Lebensweisen tritt zumindest die ganze Kreativität all jener Menschen zum Vorschein, die sich nicht mit den "Sachzwängen" begnügen und die ein Stück Utopie schon heute leben wollen.

³¹ Frankfurter Rundschau 7.7.2008 Zur Entwicklung der Arbeit des VFSOE

Solidarische Ökonomie Inseln im kapitalistischen Meer³²

Roland Bunzenthall

Die Uni Kassel erforscht Betriebe der "Solidarischen Ökonomie". Statt Profit, Konkurrenz und Privatbesitz ist eine Verbesserung der Lebensbedingungen das Ziel.



Regale im Dorfladen. Foto: Kraus

Hansheinz Schwalm ist Waldbauer im nordhessischen Leuderode. Das Forstgebiet in der Gemeinde gehört einer Kooperative mit 24 Anteilseignern. "Unser Ziel ist es, den Wald zu erhalten", erklärt Schwalm. In Versammlungen wird über Holzeinschlag oder Neupflanzung diskutiert - jedes Mitglied hat eine Stimme. Gearbeitet wird gemeinsam, die Verkaufserlöse kommen in eine Kasse. Gezahlt wird nach geleisteter Arbeitszeit.

Der so genannte Interessenwald mit seinen kollektiven Nutzungsrechten stammt aus dem Jahr 1880 und ist damit eine der ältesten Formen selbstverwalteter Wirtschaft. Daneben gibt es in der "strukturschwachen" Region Nordhessen auch zahlreiche neue Ansätze für kollektive Betriebsgründungen. Sie sind eine Reaktion auf das viel beklagte "Ausbluten der Region", weil Fachkräfte, Betriebe und Einzelhandel abwandern; sowie auf die "Fremd-

³² Frankfurter Rundschau 7.7.2008

bestimmung" durch auswärtige Unternehmen. Statt auf Profit, Konkurrenz und Privatbesitz setzt die Solidarökonomie auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen.

Netzwerk für Gemeinschaftsbetriebe

Forschung: Federführend in Theorie und Praxis ist der Lehrstuhl "Soziologie der Entwicklungsländer" an der Uni Kassel. Erfahrungswerte für die Erforschung der Solidarökonomie stammen aus Brasilien.

Erhebung: Die Kartierung der Solidarökonomie erfolgte in den fünf hessischen Landkreisen Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg, Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner sowie in Kassel-Land und der Stadt Kassel.

Zusammenarbeit: Der "Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie" ist 2007 aus der Arbeitsgemeinschaft "Solidarische Ökonomie" an der Uni Kassel hervorgegangen. Themenbezogene Forschungs- und Bildungsarbeit steht im Mittelpunkt der Kooperation mit der Universität.

Netzwerk: Das Regionale Nachhaltigkeitsforum Nordhessen wurde im Jahr 2006 gegründet. Ziel des Forums ist es, ein Netzwerk für solidarisch und selbstverwaltet arbeitende Betriebe, Gemeinschaften, Vereine oder Genossenschaften der Region Nordhessen zu sein, die zu einer stärkeren Unabhängigkeit der Region besonders hinsichtlich erneuerbarer Energieträger und ökologischer Landwirtschaft beitragen.

Erstmals in Deutschland haben Wissenschaftler der Uni Kassel vor gut einem Jahr in Nordhessen begonnen, unter dem Begriff "Solidarische Ökonomie" die alternativen Inseln im kapitalistischen Meer zu erheben. "Solidarische Ökonomie" ist demnach eine andere Art zu produzieren, zu verkaufen, zu konsumieren und zu leben. Indem die Arbeit kollektiv, solidarisch und hierarchiefrei organisiert wird, stelle sie eine Strategie zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung dar. "In kooperativer Form werden lokale Potentiale mit lokalem Bedarf zu einem Netzwerk verknüpft", erläutert die Kassler Soziologin Clarita Müller-Plantenberg. Für die Abgrenzung solcher Betriebe haben die Forscher fünf Kriterien aufgestellt:

- Selbstverwaltung, das heißt gemeinsamer Besitz und Entscheidungsprozess. Beispiel sind die Leuderoder Waldbauern.

- Ökologische Ziele und Sensibilität beim Nutzen von Material, Energie, Wasser und Boden. Ein Beispiel ist die 2001 in Eiterfeld-Großentaft von Umweltschützern gegründete Pflanzenölmühle.

- Kooperation, etwa das gemeinsame Nutzen von Gütern mit anderen Betrieben. Zunehmend entstehen so solidarische Netzwerke. Ein Beispiel ist die Handwerker-Genossenschaft Kassel-Wehlheiden, die zuständig ist für die Auftragsbeschaffung und Verkaufsförderung ihrer ansonsten selbstständigen Mitglieder.

- Weitere Bedingung ist, dass es sich um ein echtes Wirtschaftsunternehmen handelt und nicht um einen Wohltätigkeitsverein.

- Wichtig ist auch die Gemeinwesenorientierung, das heißt Einsatz für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Gemeinschaft. Ein Beispiel ist der Dorfladen in Oberellenbach. 20 Jahre nachdem die letzte Filiale der Lebensmittel-Ketten dort die Segel strich, sorgten die Dorfbewohner 1998 selbst für Abhilfe. "Wir mussten stets meilenweit mit dem Auto wegen jeder Kleinigkeit fahren", erinnert sich eines von mittlerweile 57 Mitgliedern des Laden-Kollektivs, vier sind ehrenamtliche Geschäftsführer.

Das Ergebnis der Erhebung in fünf Landkreisen sowie der Stadt Kassel liegt jetzt vor: Insgesamt 142 alternative Betriebe identifizierten die Forscher um die Kasseler Professorin Müller-Plantenberg, mit zusammen 19.000 Beschäftigten beziehungsweise Genossenschaftsmitgliedern. Zwei Drittel der Betriebe können als wirtschaftlich gesund gelten - sie verbuchen Überschüsse. Dazu zählen Wassergenossenschaften ebenso wie Wohnungsbau-Kooperativen oder die von Bauern selbstverwaltete Molkerei. Nur fünf Betriebe schrieben rote Zahlen, erläutert Alexandra Stenzel, Koordinatorin der Kartierung, der Rest operiere an der Null-Linie.

Ein Beispiel für die geplante Vernetzung in der Region sei die Organisierung gesunder Schulspeisungen durch den Verbund von Öko-Bauern, Molkerei, Kommunen und Schulverwaltungen, erklärt Müller-Plantenberg. Frühere Versuche seien vor allem an der mangelnden Vernetzung von Produzenten, Kommunen und zunehmend auch der Konsumenten bei der Markterschließung gescheitert. Die wenigsten der 142 identifizierten Betriebe erfüllen alle fünf Kriterien, doch ziehe ein Ansatz meist andere nach sich - Öko-Bewusstsein führe häufig zu Kooperation in einer Branche, kollektives Handeln begünstigt die Gemeinwohlorientierung.

Die Kassler Wissenschaftler wollen aber nicht nur eine Bestandsaufnahme machen, sondern auch für die Verbreitung der neuen Gemeinwirtschaft sorgen. Hierfür wird ein Informationssystem Solidarische Ökonomie aufgebaut. Das Potenzial für weiteres Wachstum des Alternativsektors sei vorhanden, so die Entwicklungssoziologin, auch weil Konsumenten zunehmend beunruhigt über den Vormarsch der Gentechnik seien, die Energiekosten nicht mehr verkraften könnten oder mehr Wert auf Dienstleistungen mit persönlichem Touch legten.

Für Betriebe und Initiativgruppen gibt es eine Gründungsberatung. Dafür zuständig ist Kristina Bayer. Sie sieht großes Potenzial auf dem Gebiet der nachhaltigen Energieversorgung - jeder zehnte untersuchte Betrieb speist bereits eigenen Öko-Strom ins öffentliche Netz ein. Chancen gebe es auch bei der Privatisierung kommunaler Einrichtungen, in der ökologischen Landwirtschaft oder im dörflichen Einzelhandel. Das "Ausbluten" der Region, resümiert Müller-Plantenberg, "bietet die Gelegenheit für eine lokale Ökonomie".

Entwicklungsperspektiven

Bisher erschienene Bände:

- Deutscher Akademischer Austausch Dienst, Uni Kassel (Hrsg.)
[Universities and Rio +10. Paths to sustainability in the regions, an interdisciplinary challenge](#)
- Band 79:** Mit Beiträgen von Georg Boomgaarden, Heinrich Dehn, Francis Deng, Working Groups, Working Groups, Silvia Hesse, Vijay Paranjpye, Rolf-Dieter Postlep, Heinz Schulze, Paul Singer, Stefan Summerer, Hanns Sylvester, Preparation Team, Preparation Team
Clarita Müller-Plantenberg, Wolfgang Nitsch, Irmtraud Schlosser, Loccumer Initiative (Hrsg.)
[Solidarische Ökonomie in Brasilien und Deutschland – Wege zur konkreten Utopie. Internationale Sommerschule Imshausen](#)
- Band 83/84:** Mit Beiträgen von Rosângela Alves, Uli Barth, Jacqueline Bernardi, Michael Buckmiller, Susanne Elsen, Burghard Flieger, ITCP-USP, Sonia Kruppa, Sylvia Leser de Mello, Clarita Müller-Plantenberg, Wolfgang Nitsch, Bruno Roelants, Claudia Sánchez Bajo, Claudia Sánchez Bajo, Irmtraud Schlosser, Paul Singer, Paul Singer, Alexandra Uran Carmona, Dieter Uthoff
Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.)
[Solidarische Ökonomie in Europa - Betriebe und regionale Entwicklung. Internationale Sommerschule Imshausen](#)
Mit Beiträgen von Rosângela Alves de Oliveira, Dario Carrera, Stefania Checchelani, Livia Consolo, Heinz-Ulrich Eisner, Hans Jürgen Fischbeck, Heiner Fleischmann, Burghard Flieger, Burghard Flieger, Siegfried Franke, Paolo Galeotti, Piero Gallina, Dietmar Groß, Martin Häusling, Axel Holzhauer, Jürgen Klose, Georg Lüdtke, Marco Meneguzzo, Alessandro Messina, Clarita Müller-Plantenberg, Horst Pipper, Els Reynaert, Bruno Roelants, Sachverständigengruppe für die Auftragsvergabe, Claudia Sánchez Bajo, Reiner Scheiwe, Martina Spohr, Statistisches Institut Italiens (ISTAT), Karsten Tent
- Band 85/86:**
- Band 87:** Viviana Inés Uriona
[Solidarische Ökonomie in Argentinien nach der Krise von 2001. Strategische Debatten und Praktische Erfahrungen](#)
Clarita Müller-Plantenberg, Joachim Perels (Hrsg.)
[Kritik eines technokratischen Europa. Der politische Widerstand und die Konzeption einer europäischen Verfassung](#)
- Band 91/92:** Mit Beiträgen von Alya Aglan-Wismann, Kristina Bayer, Thomas Blanke, Philip M. Coupland, Leo Gabriel, Heinrich Grosse, Rebecca Harms, John Hidden, Helmut Koch, Eugen Kogon, Brunello Mantelli, Clarita Müller-Plantenberg, Urs Müller-Plantenberg, Joachim Perels, Konrad Raiser, Claudia Sánchez Bajo, Marco Scavino, Alexandra Stenzel, Hans-Jürgen Urban
- Band 93:** Jacqueline Bernardi
[Solidarische Ökonomie. Selbstverwaltung und Demokratie in Brasilien und Deutschland](#)

- Band 94: Universität Kassel, FB Gesellschaftswissenschaften (Hrsg.)
Atlas der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen. Strategie für eine nachhaltige Zukunft
 Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.)
Der Bildungsprozess beim Aufbau der Solidarischen Ökonomie. KIGG-Kolloquium an der Universität Kassel Januar 2008
- Band 95: Mit Beiträgen von Kristina Bayer, Jacqueline Bernardi, Sabine Conti, Hans Diefenbacher, Renate Dürr, Susanne Elsen, Romeu Forneck, Michael Goldbach, Manfred Liebel, Günther Lorenz, Klaus-Peter Lorenz, Clarita Müller-Plantenberg, Clarita Müller-Plantenberg, Bernd Overwien, Claudia Sánchez Bajo, Alexandra Stenzel, Volker Teichert, Viviana Inés Uriona
 Claudia Sánchez Bajo (Hrsg.)
Solidarische Ökonomie als Motor regionaler Ökonomie. Ardelaine in der Ardèche, Frankreich
- Band 97: Mit Beiträgen von Béatrice Barras, RECIT, Bruno Roelants, Claudia Sánchez Bajo, Claudia Sánchez Bajo
 Clarita Müller-Plantenberg, Dieter Gawora (Hrsg.)
Solidarische Netze und solidarische Ketten. Komplexe solidarische Wirtschaftsunternehmen
- Band 98: Mit Beiträgen von M. Djuikom, Jean-François Draperi, Jean-Luc Dubois, Dieter Gawora, Anna Hoffmann, Clarita Müller-Plantenberg, J. Nang Song, Lena Natt, E. M. Nfah, Hans Nutzinger, Els Reynaert, Claudia Sánchez Bajo, Britta Schuboth, Barbara Schweitzer, Paul Singer, Alexandra Stenzel, Lea Unterholzner, Cindy Völler, Veit Wolfer
 Heidi Feldt, Clarita Müller-Plantenberg
Gesellschaftliche Bündnisse zur Gewinnung des Naturbezuges. 20 Jahre Klimabündnis
- Band 99: Mit Beiträgen von Alberto Acosta, Agenda 21 Koordination, Nord-Süd-Forum München, Liliana Castaño, Mac Chapin, María del Pilar Valencia, Gerhard Dilger, Europäisches Attac Netzwerk Kopenhagen, Heidi Feldt, Martin Glöckle, José Luis Gonzalez, Abadio Green Stocel, Georg Grünberg, Eduardo Gudynas, Marcus Hawel, Silvia Hesse, Ute Koczy, Paula Letts, Joan Martinez Alier, Esperanza Martínez, Dietmar Mirkes, Dietmar Mirkes, Clarita Müller-Plantenberg, Kumi Naidoo, Theodor Rathgeber, Guadalupe Rodriguez, Klaus Rummenholler, Milton Santacruz, Thomas Siepelmeyer, Survival International, Leah Temper, Joseph Vogel

Bestellungen

Bei Silvana Lammers lammers@uni-kassel.de
 bei Kassel University Press geschaeftsfuehrung@upress.uni-kassel.de
 oder über den Buchhandel



ISBN 978-3-86219-130-7



9 783862 191307